

HÖHEPUNKTE



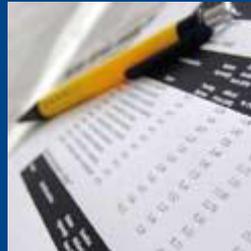
EINBLICKE



STIFTUNG



NAMEN, DATEN,
FAKTEN



J A H R E S B E R I C H T 2 0 0 7
E I N B L I C K E 2 0 0 8

3 | VORWORT

5 | HÖHEPUNKTE

19 | EINBLICKE 2007 | 2008

■ <i>Demokratie</i>	23
■ <i>Werte</i>	39
■ <i>Herausforderungen</i>	53
■ <i>Erinnerung</i>	67

79 | STIFTUNG

■ <i>Wir über uns</i>	80
■ <i>Stifter und Spender haben vieles bewirkt</i>	82
■ <i>Internationale Zusammenarbeit</i>	84
■ <i>Politik und Beratung</i>	90
■ <i>Politische Bildung</i>	93
■ <i>Begabtenförderung und Kultur</i>	96
■ <i>Wissenschaftliche Dienste und Archiv</i>	100
■ <i>Akademie in Berlin</i>	103
■ <i>Dienstleistungszentrum</i>	105
■ <i>Die Villa La Collina in Cadenabbia</i>	106

107 | NAMEN, DATEN, FAKTEN

■ <i>Bilanzen</i>	108
■ <i>Vorstand</i>	113
■ <i>Mitglieder</i>	114
■ <i>Kuratorium</i>	115
■ <i>Organigramm</i>	116
■ <i>Außenstellen</i>	117
■ <i>Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Deutschland</i>	120
■ <i>Neuerscheinungen</i>	121
■ <i>Die Politische Meinung</i>	124
■ <i>Freundeskreis</i>	125

IMPRESSUM

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,



2007 war für die Konrad-Adenauer-Stiftung ein erfolgreiches Jahr. Inhaltliche und organisatorische Herausforderungen hat sie angenommen und, wie wir meinen, gemeistert. Die seit einigen Jahren eingeschlagene Strategie, Themen stiftungsübergreifend zu behandeln, dabei verschiedene Hauptabteilungen einzubinden und die dazugehörigen Projekte auch längerfristig auszurichten, hat sich im Berichtsjahr weiterentwickelt. Sie hat sich insbesondere bei der Begleitung der Grundsatzprogrammdiskussion in der CDU und den vielfältigen Aktivitäten im Zusammenhang mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft bewährt.

Diese Erfahrungen werden vor allem im Blick auf die bevorstehenden Jubiläumsdaten sechzig Jahre Bundesrepublik Deutschland und zwanzig Jahre Wiedervereinigung nützlich sein. Seit Herbst 2007 ist eine stiftungsübergreifende Arbeitsgruppe mit der Planung und Koordination der Aktivitäten befasst, welche die Konrad-Adenauer-Stiftung in den Jahren 2008 bis 2010 entfalten möchte.

Die inhaltlichen Grundlagen dafür sind bereits in der Arbeitsplanung für 2008 gelegt. Leitlinie ist, die Gedenkdaten in aktuelle Zusammenhänge zu betten und unter dem Titel „Weichenstellungen“ deutlich zu machen, dass die wesentlichen Entscheidungen der vergangenen sechzig Jahre in Deutschland maßgeblich von der Christlichen Demokratie herbeigeführt worden sind. Damit soll nicht nur Tendenzen zu einem Geschichtsrelativismus oder gar -revisionismus entgegen gewirkt werden, sondern auch in der Breite der politischen Bildung das Vertrauen in die freiheitlich-demokratische Grundordnung und ihre Institutionen neu gestärkt werden.

Die bereits seit einigen Jahren zu beobachtende Erosion des demokratischen Grundkonsens in Deutschland begründet einen klaren Auftrag an die politischen Stiftungen, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten in die Gegenoffensive zu gehen. Genaue Analysen von Ursachen und Wirkungen, von schwindenden Wahlbeteiligungen über Erfolge extremistischer Parteien bis zum Versagen von Führungseliten, gehören ebenso dazu wie konzeptionelle Vorschläge für Gegenmaßnahmen und deren konkrete Umsetzung in der politischen Bildung und die inhaltliche Ausrichtung in der Begabtenförderung.

Auch die internationalen Entwicklungen und ihre Rückwirkungen auf Deutschland, von der Globalisierung über den Klimawandel bis zum internationalen Terrorismus, gehören in diesen Zusammenhang. Keines dieser Themen lässt sich allein national oder international behandeln. Deshalb ist die enge inhaltliche Vernetzung der verschiedenen Arbeitsbereiche der Stiftung erforderlich. Diese Wechselwirkungen wurden 2007 in einer Reihe von Veranstaltungen und Publikationen deutlich.

Der Jahresbericht 2007 geht auf eine Vielzahl einzelner Aktivitäten ein, ohne die vollständige Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung wiedergeben zu können. Auch diesmal muss wieder der Teil für das Ganze stehen. Herauszuheben ist der erstmals 2007 veranstaltete „Tag der Konrad-Adenauer-Stiftung“, der unter dem Titel „Auftrag: Demokratie!“ einem breiten Publikum in Berlin die Vielfalt der Stiftungsarbeit unter der oben skizzierten Problemstellung nahebrachte. Er wird 2008 seine Fortsetzung finden und diesmal das Thema Menschenrechte in den Mittelpunkt stellen. Nicht unerwähnt bleiben soll an dieser Stelle auch das zehnjährige Jubiläum unseres Bildungszentrums Schloss Wendgraben.

Es hat in der Zeit seines Bestehens nicht nur einen festen Platz in der politischen Bildungslandschaft der neuen Länder errungen, sondern hat vor allem auch einen wichtigen Auftrag für die Zukunft zu erfüllen.

Der repräsentative Querschnitt von Höhepunkten des Stiftungsjahres und die Zusammenfassungen aus den Hauptabteilungen werden nach dem Jahresbericht 2006 zum zweiten Mal ergänzt durch das Kapitel „Einblicke“, das unabhängig vom Berichtsjahr 2007 Themen aufgreift, die in der Breite die Kompetenz und Expertise der Konrad-Adenauer-Stiftung und ihrer Mitarbeiter dokumentieren und der Arbeit der Stiftung ihr besonderes Profil verleihen. Dort hat auch ein Beitrag zum 60. Jahrestag der Staatsgründung Israels seinen Platz, der im Mai 2008 begangen wird und Anlass für die Konrad-Adenauer-Stiftung ist, die herausragende Verpflichtung Deutschlands im Allgemeinen und der Stiftung im Besonderen gegenüber der jüdischen Welt und dem Staat Israel zu würdigen und zu bekräftigen.

Ohne den Fleiß und die Kompetenz der Mitarbeiter könnte die Konrad-Adenauer-Stiftung keine gute Arbeit leisten, und ohne die notwendige Kommunikation hätte sie keine durchschlagende Wirkung. Das diesem Ziel dienende immer wichtiger werdende Instrument, die Präsentation der Stiftung im Internet, ist 2007 komplett erneuert und auf eine moderne nutzerfreundliche Basis gestellt worden. 7,5 Millionen Mal wurde auf die KAS-Seiten zugegriffen, 840.000 Dokumente haben sich die Besucher heruntergeladen. Diese Entwicklung mit einer Steigerung von über 30 Prozent gegenüber 2006 erfüllt uns mit Stolz. Es wird unser Ehrgeiz bleiben, das Angebot der Stiftung weltweit als attraktive Quelle der Information und der inhaltlichen Kommunikation weiter auszubauen.

Dieses Angebot setzt aber voraus, dass die Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung im In- und Ausland dafür die Inhalte liefern. Ihnen gilt deshalb der besondere Dank und ein großes Lob.

Ihren Einsatz, ihren Ideenreichtum und ihre Leistungsbereitschaft auch unter Bedingungen, die oft nicht einfach, manchmal sogar gefährlich sind, kann man mit diesen Zeilen nur unzureichend würdigen. Alles, was die Konrad-Adenauer-Stiftung ausmacht, verdankt sie ihren Mitarbeitern.

Ein besonderer Dank gilt Christoph Kannengießer, der sein Amt als stellvertretender Generalsekretär zum 1. September 2007 aufgegeben hat und als Hauptgeschäftsführer zum Markenverband gewechselt ist. Seine Aufgabe hat Gerhard Wahlers übernommen, der zugleich die Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit weiterführt. Zu danken ist auch dem langjährigen Leiter der Hauptabteilung Politische Bildung, Stephan Eisel, der als Abgeordneter in den Deutschen Bundestag nachgerückt ist. Melanie Piepenschneider hat zum 15. Januar 2008 die Leitung in Schloss Eichholz angetreten.

Den vielen Freunden, Förderern und Partnern der Konrad-Adenauer-Stiftung, die auch 2007 wieder unsere Arbeit ideell und materiell unterstützt haben, sei ebenfalls ein herzliches Dankeschön gesagt. Es ist nicht nur gut und erfreulich, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung so viel Anerkennung und Unterstützung findet, es macht uns vor allem froh und stolz zugleich, dass der Kreis der Freunde und Förderer beständig wächst. Der Jahresbericht 2007 ist erneut ein Nachweis dafür, dass dieses Engagement einem fruchtbaren Boden gilt.

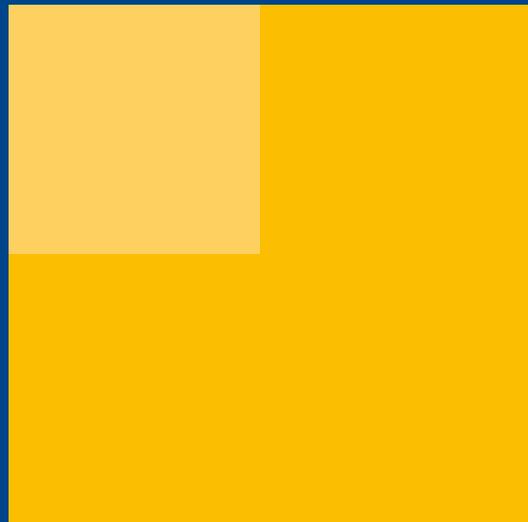
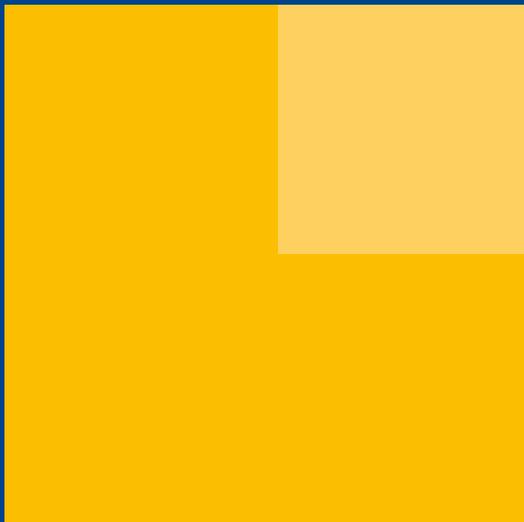
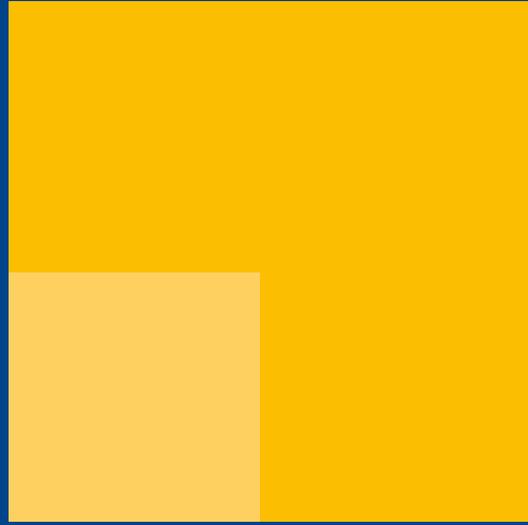
Sankt Augustin/Berlin,
im Februar 2008



Bernhard Vogel



Wilhelm Staudacher



H Ö H E P U N K T E

AUCH IM JAHR 2007 FÜHRTE DIE KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG VIELE HERAUSRAGENDE AKTIVITÄTEN, PROJEKTE UND VERANSTALTUNGEN DURCH. DER ERSTE „TAG DER KAS“ IN BERLIN BILDETE DABEI EIN BESONDERES HIGHLIGHT. EINE AUSWAHL GIBT EINBLICK IN DAS VIELFÄLTIGE AUFGABENSPEKTRUM.

DIE STIFTUNG ZEICHNET AUS



MIT DREI PREISEN HONORIERT DIE STIFTUNG JEDES JAHR HERVORRAGENDE LEISTUNGEN VON MENSCHEN, DIE SICH IM SINNE DER VON DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG VERTRETENEN IDEALE DURCH ORIGINALITÄT UND DIE LEIDENSCHAFT FÜR IHRE PROFESSION AUSGEZEICHNET HABEN. EIN INTERNETWETTBEWERB ZEICHNET ALLE ZWEI JAHRE DEN EINSATZ JUNGER MENSCHEN FÜR TOLERANZ UND GEGEN JEDE FORM DES EXTREMISMUS AUS.

DER **LITERATURPREIS**, DEN DIE STIFTUNG 1993 ZUM ERSTEN MAL AUSLOBTE, ENTWICKELTE SICH RASCH ZU EINER FESTEN GRÖSSE IM LITERARISCHEN LEBEN DEUTSCHLANDS. DIE AUSZEICHNUNG EHRT AUTOREN, DIE DER FREIHEIT DAS WORT GEBEN.

IHREN **LOKALJOURNALISTENPREIS** VERLIEH DIE STIFTUNG 2007 ZUM 27. MAL. LÄNGST ZÄHLT ER ZU DEN ANGESEHENSTEN SEINER ART IN DEUTSCHLAND. ETWA 500 BEWERBUNGEN BEI DER LETZTEN AUSSCHREIBUNG BEWEISEN, WIE BEGEHRT DIESER „OSCAR“ UNTER DEN ZAHLREICHEN MEDIENPREISEN IST.

MIT DEM **PREIS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT** ZEICHNET DIE STIFTUNG SEIT 2002 PERSÖNLICHKEITEN AUS, DIE SICH UM STÄRKUNG UND WEITERENTWICKLUNG DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT VERDIENT GEMACHT HABEN.

DER BUNDESWEITE WETTBEWERB **DENKT@G** PRÄMIERT SEIT 2001 INTERNETSEITEN VON JUGENDLICHEN, DIE SICH MIT DER ERINNERUNG AN SHOA UND NS-DIKTATUR, ABER AUCH MIT AKTUELLEN FRAGEN VON RECHTSEXTREMISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT AUSEINANDERSETZEN. ÜBER DIE AKTUELLE AUSSCHREIBUNG DENKT@G 2008/2009 INFORMIERT DAS INTERNETANGEBOT DER STIFTUNG.



LITERATURPREIS 2007 AN PETRA MORSBACH: DIE WAHRHAFTIGKEIT DES WORTES

Den mit 15.000 Euro dotierten Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung 2007 erhielt am 10. Juni im Weimarer Musikgymnasium Petra Morsbach. Die Ehrung erfolgte – so ist es in der Verleihungsurkunde zu lesen – „in Anerkennung ihrer essayistischen und epischen Werke“.

Die 1956 in Zürich geborene und heute in Starnberg lebende Autorin hat bislang vier Romane und einen Essayband publiziert.

Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ministerpräsident a.D. Professor Bernhard Vogel, hob Petra Morsbachs hohe Originalität sowie ihre stilistische Begabung hervor und würdigte ihren verantwortlichen Umgang mit der Freiheit und Wahrhaftigkeit des Wortes. Der Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, Dieter Althaus MdL, unterstrich den Beitrag Petra Morsbachs zur Wertorientierung in der globalisierten Moderne. In seiner Laudatio würdigte Botschafter a.D. Jiří Gruša, Direktor der Diplomatischen Akademie Wien und Präsident des Internationalen PEN, Petra Morsbachs Erzählkunst als hohe Schule der Wahrheit und als ideologiefreie Lektion in der europäischen Erinnerungskultur. Hierbei bezog er sich besonders auf ihren Russland-Roman Plötzlich ist es Abend (1995) – die Lebensgeschichte einer russischen Mutter Courage im 20. Jahrhundert – und den Essay über die Wahrheit des Erzählens (2006). Über Petra Morsbach sagte er u.a.: „Denn Wahrheit ist Deutung, benennt Erlebtes. Erzählen gibt das Erlebte zurück und macht es integrierbar. ... Und die Glaubwürdigkeit der Sprecher macht ... die Welt nachträglich bewohnbarer.“

Zum Gelingen der Feststunde in Weimar trugen KAS-Stipendiaten mit einem musikalischen Programm bei: Sebastian Dietrich (Viola), Eva Wenniges (Mezzosopran) und Friederike Wildschütz (Klavier). Wie in den Jahren zuvor befanden sich unter den zahlreichen Besuchern Ehrengäste aus Politik und Kultur wie Bundestagspräsident und stellvertretender KAS-Vorsitzender Norbert Lammert, die Thüringer Landtagspräsidentin Professor Dagmar Schipanski und hoben damit die große kulturpolitische Bedeutung des Literaturpreises hervor.

Die Dokumentation Literaturpreis 2007 kann als Broschüre bei der Stiftung bestellt oder über www.kas.de heruntergeladen werden.



DEUTSCHER LOKALJOURNALISTENPREIS 2006: ZEITUNG HAT ZUKUNFT

Zum 27. Mal wurde Ende August 2007 der Deutsche Lokaljournalistenpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung für das Jahr 2006 verliehen. Gewonnen hatte den Wettbewerb der Zeitungsverlag Waiblingen.

Gemäß der Tradition, die Preisverleihung am Ort des mit dem ersten Preis Ausgezeichneten vorzunehmen, fand die Ehrung vor fast 600 Gästen im Waiblinger Bürgerzentrum statt.

Festredner Professor Klaus Schönbach von der Zeppelin-Universität Friedrichshafen begründete, warum Zeitung nach wie vor Zukunft hat: „Zeitungen bleiben die verlässlichen Gefährten, die mich mit Neuigkeiten überraschen, aber auch helfen, mich in einer komplizierten Welt zurechtzufinden. Um ein solches Medium muss uns nicht bange sein.“

Angesichts einer Rekordbeteiligung von mehr als 500 Einsendungen hatte es die unabhängige Jury besonders schwer, aus der Fülle und beachtlichen Qualität die endgültigen Preisträger zu küren. Neben dem Zeitungsverlag Waiblingen waren dies die Mainpost aus Würzburg (2. Preis), die Braunschweiger Zeitung und die Sindelfinger/Böblinger Zeitung (beide 3. Preis). Hinzu kamen die fünf Sonderpreise für den Tagespiegel (Berlin), die Mendener Zeitung, die Zeitungsgruppe Lahn-Dill, die Süddeutsche Zeitung und das Hamburger Abendblatt.

Die Zeitungsgruppe Waiblingen sicherte sich den 1. Preis durch 223 Extraseiten zu einer Vielzahl von bundespolitischen Themen, die lokal heruntergebrochen wurden. Die vier beteiligten Lokalredaktionen, so die Jury, machen das Besondere zum Normalfall. „Sie kleckern nicht mit Informationen, sie klotzen mit Serien und Extraseiten. Wann immer es das Thema wert ist, bieten sie mehr als die eine Nachricht, den einen Bericht oder die eine Reportage. Sie tragen die Informationen zusammen, die der Leser braucht, um sich selbst ein Bild zu machen.“

Mit der Verleihung des Deutschen Lokaljournalistenpreises 2007 der Konrad-Adenauer-Stiftung geht eine der begehrtesten Auszeichnungen des deutschen Journalismus 2008 in das 28. Jahr ihrer Auslobung.

Im Internet informiert die KAS über die aktuelle Ausschreibung und die bisherigen Preisträger: www.kas.de/wf/de/71.5178/



EHRUNG FÜR AREND OETKER: „KÜNSTLER UNTER UNTERNEHMERN“

Mit dem Preis Soziale Marktwirtschaft ehrte die Konrad-Adenauer-Stiftung am 8. November 2007 in der Frankfurter Paulskirche Arend Oetker.

Der 1939 in Bielefeld geborene Unternehmer ist Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG, Berlin. Als Mehrheitsgesellschafter der Schwartauer Werke GmbH & Co. KG führt er eines der bekanntesten deutschen Markenunternehmen.

Die Jury unter Vorsitz von Jens Odewald begründet ihre Wahl so: „Unternehmerischer Erfolg war für Arend Oetker nie Selbstzweck. Er war und ist Grundlage dafür, den Menschen und der Gesellschaft zu dienen.“ Die KAS zeichne „einen beispielhaften Unternehmer, über-

ragenden Wissenschaftsförderer und Mäzen aus, der unternehmerische und soziale Verantwortung verbindet und bürgerliche Tugenden verkörpert“. Beim Festakt begrüßte der Stiftungsvorsitzende, Professor Bernhard Vogel, Gäste aus Politik, Wirt-

schaft und Gesellschaft und beleuchtete den Wettbewerbsgedanken. Der hessische Ministerpräsident Roland Koch skizzierte in seiner Festrede die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft in Zeiten globaler Herausforderungen. Im Anschluss ehrte Wissenschaftssenator a.D. Professor Manfred Erhardt den Preisträger mit einer in Reimform dargebotenen, brillanten Laudatio. Arend Oetker studierte Betriebswirtschaftslehre und politische Wissenschaften in Hamburg, Berlin und Köln. Sein ehrenamtliches Engagement als Vizepräsident und Schatzmeister im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) oder als Mitglied des Präsidiums der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) ist herausragend. Er ist Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Berlin, und des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, Essen. Ferner ist er Aufsichtsratsvorsitzender der Berliner Philharmonie GmbH. Seine besondere Leidenschaft gilt der Wissenschaftsförderung. Arend Oetker ist gleichsam „Unternehmer unter Künstlern und Wissenschaftlern“, aber auch „Künstler unter Unternehmern“.



HOMMAGE FÜR GÜNTHER UECKER: LEBEN UND TOD ALS THEMA

Günther Uecker, der vor allem mit seinen spektakulären, dynamischen Nagelarbeiten berühmt wurde, zählt zu den bedeutendsten Bildhauern unserer Zeit.

Diesen Künstler, dessen Oeuvre widerspenstig und gleichzeitig von hoher kontemplativer Kraft ist und immer wieder politische und religiöse Bezüge zeigt, ehrte die Konrad-Adenauer-Stiftung am 17. Januar 2007 mit einer Soiree.

Die Immaterialität seiner Werke, das geheimnisvolle Zusammenspiel aus Licht und Schatten, Innehalten und Bewegung, Farbe und Farblosigkeit, wurde kongenial von der mit Uecker befreundeten Percussion-Virtuosin Robyn Schulkowsky umgesetzt. Die von der ZEIT als „beste Schlagzeugerin der Welt“ titulierte Künstlerin begeisterte 600 geladene Gäste mit einer atemberaubenden, speziell für den Geehrten geschaffenen Komposition für unterschiedlichste Trommeln und Klangkörper.

Dem Bekenntnis Ueckers – „Mein Thema ist Leben und Tod“ – trugen Laudator Pater Friedhelm Mennekes SJ von der Kunst-Station St. Peter in Köln und Bundestagspräsident Norbert Lammert Rechnung. Lammert würdigte in seiner bewegenden „persönlichen Hommage“ vor allem auch die Arbeit Ueckers im Andachtsraum des Deutschen Bundestages.

Für den Abend in der KAS hatte Uecker eine seiner Fahnen, auf die er die Erklärung der Menschenrechte kalligraphiert hatte, mitgebracht, die für eine schließlich abgesagte Ausstellung in China vorgesehen waren. Dass die Fahnen nach vielen Jahren nun doch in China gezeigt werden können, war die Nachricht des Abends, mit der Uecker das Publikum überraschte und die der euphorischen Stimmung entsprach. Prominente aus Kultur und Politik, Weggefährten Ueckers und ehemals von der Stiftung Geehrte feierten den herausragenden Künstler bis in die Nacht.

Mit dieser Hommage startete die Stiftung wie in den Jahren zuvor ihr Kulturjahr. Die Soireen im Januar ehren herausragende Persönlichkeiten der deutschsprachigen Kultur. Bisher würdigte die Stiftung unter anderem das Schaffen der Autoren Adolf Muschg, Christoph Ransmayr und der Schauspielerinnen Jutta Lampe.

Impressionen der Veranstaltung auf:
www.kas.de/wf/de/33.9998

Das Jubiläum lockte die Gäste mit vielen Attraktionen nach Wendgräben. Das Rahmenprogramm umfasste auch Musik und Tanz.



EIN KLARES BEKENNTNIS ZUR POLITISCHEN BILDUNG

ZEHN JAHRE BILDUNGSZENTRUM WENDGRÄBEN

Zehn Jahre Bildungszentrum Schloss Wendgräben – zehn Jahre politische Bildungsarbeit für Freiheit und Demokratie. Das galt es zu feiern und zu würdigen. Mit einem Tag der offenen Tür und einem abendlichen Festakt am 17. Juni gewannen mehr als 500 Gäste Einblicke in die Arbeit des Bildungszentrums.

Seit Juni 1997 steht Schloss Wendgräben für die politische Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern in den neuen Ländern insgesamt. Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor Bernhard Vogel, erinnerte sich in seiner Festrede an einen Anfang mit Hindernissen. Als das Haus mit dreijähriger Verspätung bezugsfertig war und die ersten Gäste anreisten, stellt man fest: „Das Haus war schön, aber die Schlüssel passten nicht zu den angegebenen Zimmernummern. Man wunderte sich außerdem, warum in der Dusche und im Waschbecken nur kaltes Wasser und bei der Toilettenspülung nur kochendes Wasser zu haben war.“

Diese Probleme waren schnell behoben, und heute zeige sich, dass der nicht unumstrittene Vorstandsbeschluss von 1991, Schloss Wendgräben zu kaufen und zu restaurieren, vernünftig und richtig gewesen sei, so Bernhard Vogel.

Das Datum des Festtages, der 17. Juni, erinnerte daran, dass Demokratie mit freien Wahlen und freier Meinungsäußerung nicht selbstverständlich ist. Vor diesem Hintergrund sind Politikverdrossenheit und rückläufige Wahlbeteiligung vor allem in den neuen Ländern besorgniserregend: „Wie wollen wir denn für Demokratie und Freiheit werben, wenn zu Hause die Überzeugung der Mehrheit der Wähler nicht gelingen würde. Und deswegen möchte ich auch an einem festlichen Tag sagen: Wir wollen uns verstärkt um diese Grundhaltung bemühen, wir wollen die Distanz zur Politik überwinden, und wir wollen überwinden, dass die beiden Volksparteien abnehmende Zustimmung finden, und wir wollen überwinden, dass die Zahl der Nichtwähler immer größer wird“, so Bernhard Vogel.

Auch der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Professor Wolfgang Böhmer, zeigte sich in seiner Festrede angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung in seinem Land besorgt. Es müsse den Menschen noch klarer gemacht werden, dass eine vitale Demokratie dauerhafte Eigeninitiative und Verpflichtung für diejenigen sei, die in ihr leben wollen. In diesem Sinne warb er für ein neues Vertrauensverhältnis zwischen Regierten und Regierenden. Demokratie sei „eine täglich neue Aufgabe, der man sich stellen muss und von der man sich fordern lassen muss, um sie glaubhaft zu machen“. Die Arbeit des Bildungszentrums Schloss Wendgräben hält Ministerpräsident Böhmer daher für ausgesprochen wichtig. Denn auch siebzehn Jahre nach der Wende müssten freie demokratische Strukturen in allen Generationen erst noch erlernt werden. Wachsender Demokratieverdrossenheit in Kombination mit falschen Erwartungen an die Möglichkeiten des Staates zeigen, dass politische Bildung notwendiger denn je ist.

Die sehr gute Resonanz auf das Jubiläum und das klare Bekenntnis zur politischen Bildungsarbeit verdeutlichte nicht nur die hohe Bedeutung von Wendgräben für die neuen Länder. Sie sind auch Ausdruck der Verbundenheit mit dem Haus und eine Wertschätzung der hier geleisteten Arbeit, auf die die Konrad-Adenauer-Stiftung stolz sein kann.

Gleichwohl ist es notwendig, die Arbeit des Bildungszentrums weiterzuentwickeln und neue Akzente zu setzen. Das betrifft zum Beispiel die Gewinnung neuer Zielgruppen und die Weiterentwicklung von Veranstaltungsformaten. Vor allem aber geht es darum, die Arbeit des Bildungszentrums mehr als bisher auf die Fläche auszurichten. Eine signifikante Erhöhung der Aktivitäten in ganz Sachsen-Anhalt analog zur Arbeit eines Bildungswerkes ist die wichtigste Aufgabe für die nächsten Jahre. Denn nur so wird es auch in Zukunft möglich sein, mit unserer politischen Bildungsarbeit diejenigen anzusprechen, die wir erreichen müssen.

Vertreter der politischen Stiftungen im Gespräch: Wolf-Dieter Zumpfort (Friedrich-Naumann-Stiftung), Anke Fuchs (Friedrich-Ebert-Stiftung), Johann Michael Möller (MDR, Moderator), Professor Bernhard Vogel (KAS), Ralf Fücks (Heinrich-Böll-Stiftung) und Gerda Hasselfeldt (Hanns-Seidel-Stiftung).



ERSTER TAG DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

AUFTRAG: DEMOKRATIE!

Mit unterschiedlichen Veranstaltungen zeigte die Stiftung am 12. und 13. September 2007 in ihrer Akademie und im neuen Bürogebäude an der Klingelhöferstraße repräsentative Ausschnitte aus ihrer Arbeit und gab gleichzeitig Denkanstöße zu wichtigen Zeitfragen. Der erste „Tag der Konrad-Adenauer-Stiftung“ stand unter dem Motto „Auftrag: Demokratie!“.

Den Auftakt machte am 12. September der Schülerpolitiktag, an dem 120 Berliner Schülerinnen und Schüler teilnahmen. Etwa achtzig Prozent der jungen Leute stammten aus Familien mit sogenanntem Migrationshintergrund. Unter dem Thema „Gemeinsam in eine wert(e)volle Zukunft“ diskutierten und arbeiteten sie über den wechselseitigen Zusammenhang von Demokratie und Werten. In Workshops produzierten

sie u.a. Kurzfilme und Fotoreihen zum Thema Demokratie, befragten Passanten und entwarfen eine Werbekampagne für die Demokratie. Für viele der Jugendlichen war es nach eigenem Bekunden der erste Kontakt mit dem Thema Demokratie.

Am selben Tag bot sich dem Publikum beim Abend des politischen Kurzfilms Gelegenheit, Filme zu „Demokratie und Menschenrechten“ anzusehen und darüber mit Fachleuten, darunter der Filmregisseur und Publizist Konrad Weiß, zu diskutieren.

Wie es derzeit um Demokratie und Gemeinwesen in Deutschland bestellt ist, analysierte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble am folgenden Tag in einer Grundsatzrede. Im bis auf den letzten Platz gefüllten Forum der Akademie und im Fokus zahlreicher Fernsehkameras forderte Schäuble eine nachdrückliche Besinnung auf die Grundlagen der Demokratie, die für ihn ein „Erfolgsmodell unter Bewährungszwang“ ist. Aktuelle Herausforderungen sieht der Minister im Wiederaufkeimen des Extremismus von rechts und von links, vor allem aber auch seitens eines gewaltbereiten Islamismus. Demokratie, Wohlstand und Sicherheit, in Deutschland seit Jahrzehnten gewährleistet, seien keineswegs Selbstläufer. „Der freiheitliche, demokratische Verfassungsstaat lebt vom verantwortlichen Handeln der ihn tragenden Bürger. Eine Demokratie ohne Demokraten gibt es nicht.“

Hier setze die Rolle der politischen Stiftungen an. Sie seien gefordert, den Bürgerinnen und Bürgern Orientierung zu geben, gerade wenn es um die Auseinandersetzung mit kontroversen Fragen gehe. Daher müsse es ein Ziel sein, neben den engagierten Akteuren in der Gesellschaft auch diejenigen anzusprechen, die noch nicht genug über die Möglichkeiten der Demokratie wissen. Ebenfalls wichtig sei die bessere Vermittlung von ethischen, historischen und kulturellen Fundamenten unserer europäischen Gesellschaftsordnung. Für Schäuble spielt hier das Internet eine wesentliche Rolle. Es sei für die politischen Stiftungen wichtig, den virtuellen politischen Raum mitzugestalten.



Im Foyer der Akademie entstand ein „demokratisches“ Kunstwerk.



Über Rolle und Aufgaben der politischen Stiftungen bei der Demokratieförderung auf nationaler und internationaler Ebene diskutierten anschließend sehr engagiert Vertreter der politischen Stiftungen Deutschlands. Als „Teil des demokratischen Immunsystems“ verbindet die Stiftungen nach übereinstimmender Auffassung der grundlegende Auftrag, die Zukunft unseres freiheitlichen und demokratischen Gemeinwesens zu thematisieren, zugleich aber auch Diskussionskultur und politisches Engagement in Deutschland durch profilierte Angebote zu fördern.

Ein Beispiel dafür bot am Nachmittag ein Forum, bei dem Fachleute über die Lebenswirklichkeit von Eltern in Deutschland diskutierten. Ausgangspunkt waren die ersten Ergebnisse einer sozialwissenschaftlichen Studie, die Sinus Sociovision im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung durchführte. Die vollständige Studie erscheint im Februar 2008 unter dem Titel „Eltern unter Druck“ im Verlag Lucius & Lucius.

Mit einer Vielzahl von kreativen Aktionen, Ausstellungen und Informationsangeboten präsentierten die verschiedenen Hauptabteilungen der KAS am Nachmittag und Abend typische Ausschnitte ihrer Arbeit: Zukunftslounge von Politik und Beratung, Café Konrad der Politischen Bildung, Mail-Art-Ausstellung des Internationalen Bereichs, Leselounge und Plakatausstellung der Wissenschaftlichen Dienste, Präsentation bekannter Altstipendiaten durch die Begabtenförderung. Ein „Weg der Demokratie“ verband während dieser Tage beide Stiftungsgebäude und lud etliche Passanten zum kurzen, aber nachdenklichen Verweilen ein. Der erste Tag der KAS klang aus mit einem großen, bunten Gartenfest, bei dem etwa 1.800 Gäste sich angeregt austauschten, das reichhaltige Informationsangebot nutzten, die Musik sowie Speisen und Getränke genossen. Für Letzteres gilt der Dank den verschiedenen Sponsoren.

Der Tag der Konrad-Adenauer-Stiftung soll künftig einmal im Jahr Meinungsführer, Entscheidungsträger und interessierte Bürgerinnen und Bürger zusammenbringen und sich zur festen Einrichtung im Hauptstadt-Leben mausern.

Impressionen des Tages bietet die Internetseite „Auftrag: Demokratie – der Film“:
www.kas.de/wf/de/71.5194

DIE ZUKUNFT DER GEWERKSCHAFTEN IM GLOBALEN WANDEL

Die Globalisierung stellt unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung vor neue Herausforderungen. Die Veränderungsprozesse betreffen auch die Gewerkschaften. Sie müssen sich ihnen stellen, wollen sie in Zukunft bestehen.

Im Januar 2007 bot der Kongress „Zukunft der Gewerkschaften in einer sich wandelnden Arbeitswelt“ in Berlin ein Forum für kritischen Dialog. Im Fokus stand die Frage, wie sich Gewerkschaften inhaltlich und organisatorisch entwickeln müssen, um die Arbeitswelt und die Gesellschaft von morgen aktiv mitgestalten zu können.

Führende Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), des europäischen Dachverbandes der Gewerkschaften und von Einzelgewerkschaften aus dem In- und Ausland stellten sich der Kritik, den Erwartungen und Anregungen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Zum ersten Mal besuchte mit Michael Sommer ein Vorsitzender des DGB die Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Teilnehmer widmeten sich zunächst einer kritischen Bestandsaufnahme zur Situation der Gewerkschaften. Themen wie die Rolle der Gewerkschaften in Reformprozessen, das Verhältnis von Mitbestimmung und Innovation sowie die Vernetzung der internationalen Gewerkschaftsarbeit bildeten dabei den Mittelpunkt. Das sich anschließende Plenum zur Zukunft der Gewerkschaften verdeutlichte das Spannungsfeld von Mitgliederinteressen und gesellschaftlicher Verantwortung. Teilnehmer waren u.a. Ulrich Montgomery, Vorsitzender des Marburger Bundes, und Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende.

Der öffentliche Dialog über die Rolle der Gewerkschaften angesichts globaler Herausforderungen wird 2008 mit einem eintägigen Kongress zur deutschen Mitbestimmung fortgesetzt. Themen sind dann die Wertgrundlagen, die internationalen Anforderungen sowie der Beitrag der Mitbestimmung für das unternehmerische Wachstum. Hier gilt es, die repräsentative, gesetzlich vorgeschriebene Form der Mitbestimmung im gemeinsamen Interesse der Mitarbeiter wie der Unternehmen weiterzuentwickeln.

Der Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, Wilhelm Staudacher (7.v.r.), begrüßte die Teilnehmer.



WINDHOEK-DIALOG IN BERLIN

FÜR EINE ECHE PARTNERSCHAFT MIT AFRIKA

Afrika stand 2007 im Fokus des politischen Interesses. Auch die KAS organisierte vielfältige Aktivitäten zur Zusammenarbeit mit unserem Nachbarkontinent, auf dem sie seit mehr als vierzig Jahren tätig ist.

Afrika bildete beim G8-Gipfel von Heiligendamm auf Initiative von Bundeskanzlerin Angela Merkel einen Schwerpunkt. Dies nutzte die KAS, um am 8. Mai 2007

und des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, Michael Gahler MdEP, formuliert wurde, hielten die Teilnehmer des Treffens fest, dass die Umsetzung von NEPAD nicht nur durch die Regierungen sichergestellt werden sollte, sondern auch durch die Mitwirkung politischer Parteien, von Parlamenten und Zivilgesellschaften.

Bei der Präsentation der Deklaration würdigte der Generalsekretär der KAS, Wilhelm Staudacher, die Tradition des Windhoek-Dialogs: „Dies ist ein wichtiger Schritt dahin, die Erwartungen und Visionen von Afrikanern und Europäern zusammenzuführen und die weitere Zusammenarbeit unter das Motto Partnerschaft und Eigenverantwortung zu stellen.“ Der Windhoek-Dialog soll auch in Zukunft dazu beitragen, eine „echte“ Partnerschaft „auf gleicher Augenhöhe“ zu leben.

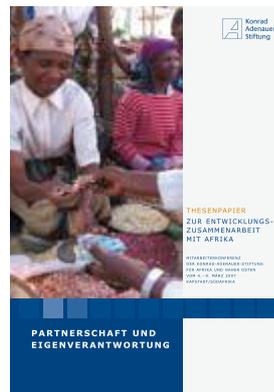


Yawovi Agboyibo, Premierminister von Togo (l), und Hama Amadou, damaliger Premierminister von Niger (r), in der Akademie der KAS in Berlin.

im Rahmen des von ihr unterstützten Windhoek-Dialogs europäische und afrikanische Politiker – darunter die Premierminister der Republiken Togo und Niger, Yawovi Agboyibo und Hama Amadou – nach Berlin einzuladen und die Umsetzung von NEPAD (New Partnership for Africa's Development) zu diskutieren. Dabei hatten die Afrikaner die Gelegenheit, ihre Position zu entwicklungspolitischen Themen einigen Abgeordneten des Deutschen Bundestages, darunter Hartwig Fischer, Christian Ruck, Andreas Schockenhoff und Arnold Vaatz, vorzustellen.

Die afrikanischen Politiker und ihre Parteien sind Mitglieder des kontinentalen Parteienbündnisses „Union Afrikanischer Parteien für Demokratie und Entwicklung“ (UPADD). In dem Bündnis sind 25 Parteien vertreten, die seit 1996 jährlich den sogenannten Windhoek-Dialog mit Abgeordneten der EVP-ED-Fraktion im Europaparlament führen.

In einer „Berliner Erklärung“, die unter Leitung des UPADD-Vorsitzenden Isaias Samakuva aus Angola



Das Thesenpapier „Partnerschaft und Eigenverantwortung“ zur Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika skizziert die zentralen entwicklungs- und sicherheitspolitischen Herausforderungen und gibt Handlungsempfehlungen für die Politik.



50 JAHRE RÖMISCHE VERTRÄGE UND DIE DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT 2007

DIE ZUKUNFT EUROPAS GEMEINSAM GESTALTEN

Auf vielfältige Weise gedachte die Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahr 2007 der Verdienste christlich-demokratischer Politiker, die in den vergangenen fünfzig Jahren die europäische Einigung mitgestaltet haben. Auftakt bildete eine Festveranstaltung in Berlin Ende Februar, bei der es zu einem Treffen der Spitzen der wichtigsten EU-Institutionen kam: die EU-Ratspräsidentin, Bundeskanzlerin Angela Merkel, der Präsident des Europäischen Parlaments, Professor Hans-Gert Pöttering, sowie der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, entwickelten vor über tausend Zuhörern ihre Vision eines geeinten Europa. Die Reden sind in der Broschüre „Christliche Demokraten für Europa“ veröffentlicht worden.

Rund 3.000 Gäste feierten in Köln zusammen mit der KAS, der Stadt Köln und dem Deutschen Musikrat den 50. Geburtstag Europas. Kölns Oberbürgermeister Fritz Schramma und der Europaminister der nordrhein-westfälischen Landesregierung, Michael Breuer, eröffneten die Veranstaltung. Workshops, Podiumsdiskussionen, Filmvorführungen und Vorträge standen auf dem Programm.

Den 9. Mai 2007, Tag der Schuman-Erklärung, nahm die Stiftung zum Anlass, im Bonner Haus der Geschichte an die Anfänge der europäischen Integration zu erinnern und die heutigen Probleme um den Verfassungsprozess und die Fortentwicklung der EU in den Blick zu nehmen. Die Ausstellung über „Konrad Adenauer und die Europäische Integration“ dokumentierte die entscheidende Rolle, die Adenauer, einer der Gründungsväter Europas, in den ersten Jahren der Integrationspolitik innehatte. Zwei Europatage – zu den geistig-kulturellen Wurzeln der EU und zur Fortentwicklung einer europäischen Sicherheitspolitik – vertieften die Diskussion um die europäische Integration. Die Ziele der europäischen Einigung müssen mehr denn je der jungen Generation vermittelt werden, die in Frieden und Freiheit aufgewachsen ist und mit den Vorteilen des vereinten Europa lebt. Deshalb hat die KAS das Thema Europa genutzt, um ihre jugendspezifische Arbeit neu zu starten:

Unter dem Motto „In Europa steckt Musik“ fand im März 2007 in Kooperation mit dem Deutschen Musikrat ein Konzertprojekt statt, bei dem etwa sechzig junge Musikerinnen und Musiker unterschiedlicher Genres Künstlern aus anderen europäischen Kulturkreisen begegneten und gemeinsam musikalische Grenzen ausloteten. Musiker aus Deutschland, Portugal und Slowenien begeisterten das Publikum mit fulminant vorgetragenem Jazz und Neuer Musik im ausverkauften Konzerthaus am Berliner Gendarmenmarkt. Der stellvertretende KAS-Vorsitzende und Präsident des Deutschen Bundestages, Norbert Lammert, erinnerte in einer Rede daran, dass die Eintracht Europas in besonderer Weise auf dem gemeinsamen Fundament der Kultur ruhe.

Der Europäische Jugendkongress 2007 brachte Ende Juni in Leipzig gut 200 Jugendliche aus fünfzehn europäischen Nationen unter dem Motto „In Verantwortung und Freiheit für ein geeintes Europa“ zusammen.

In Arbeitskreisen und einem moderierten Konzert, in Workshops und einem Festakt im Gewandhaus herrschte Konsens: „Wir brauchen Europa.“ Denn Europa bedeutet Frieden und Freiheit. Beim Festakt feierten rund 1.500 begeisterte Menschen den „Ehrenbürger Europas“, Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl, der im Generationendialog mit dem JU-Vorsitzenden Philipp Mißfelder die jungen Leute ermutigte, Europa mit Leben zu erfüllen. „Jetzt muss die junge Generation zu Wort kommen, denn ohne sie kann Europa keine Zukunft haben!“, dies gab der KAS-Vorsitzende, Professor Bernhard Vogel, den Teilnehmern als Auftrag mit auf den Heimweg.

Die Bildungswerke der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützten die deutsche EU-Ratspräsidentschaft zwischen Hamburg und Freiburg, Saarbrücken und Dresden mit der „Redner-Tour“. Ehemalige Staatsmänner, Europa-Abgeordnete, Journalisten und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland führten in gut besuchten Abendveranstaltungen sowie kleineren Expertenrunden den Dialog mit dem Publikum über die Zukunft Europas. Zwei Broschüren darüber, was jeder über die Europäische Union wissen sollte, begleiteten diese Arbeit vor Ort.



JAHRESTREFFEN DER KAS-STIPENDIATEN: EINE BÜHNE FÜR TALENTE

Seine Freude am Ende des Talentschuppens wandelte Professor Günther Rütter, Leiter der KAS-Begabtenförderung, in Bewegungsenergie um: Er sprintete zum Mikrophon und dankte strahlend allen Organisatoren. Der Talentschuppen im November 2007, das erste Jahrestreffen für KAS-Stipendiatinnen und Stipendiaten, war ein echter Erfolg.

Zu verdanken war dies vor allem den mehr als fünfzig Stipendiaten, die über mehrere Monate hinweg die Großveranstaltung für 400 Teilnehmer vorbereitet hatten. Hochkarätige Referenten folgten ihrer Einladung in die Berliner Akademie der Stiftung. Der prominenteste Gast, der Chef des Bundeskanzleramtes, Thomas de Maizière, hielt eine Rede zur Frage:

„Wie wollen wir in zehn Jahren leben?“ De Maizière erinnerte die Stipendiaten daran, dass „Talent verpflichtet“, und gab den vielbeachteten Hinweis, dass es kein Wert an sich sei, möglichst schnell zu studieren. Für die Persönlichkeitsbil-

dung könne es sehr hilfreich sein, ein halbes Jahr etwas ganz anderes zu machen – zum Beispiel als Koch nach Namibia zu gehen.

In Workshops erarbeiteten die Teilnehmer anschließend Visionen für Deutschland im Jahre 2020. Sie verlangten eine Leitrolle der Bundesrepublik bei der Forcierung weiterer Klimaschutzabkommen. Und um Parteien wieder attraktiver für Jugendliche zu machen, sollten Neumitglieder künftig besser betreut werden. Nicht nur für die Partnerunternehmen – von „accenture“ über „BASF“ bis hin zu „zfm“ – bot sich die Möglichkeit, ihre Arbeit vorzustellen. Auch die Stipendiaten bewiesen ihren Ideenreichtum. Auf einer eigenen Bühne präsentierte Romi Domkowsky ihr Projekt „Zirkus Internationale e.V.“, Odin Mühlenbein stellte seine Wohltätigkeits-Website „Clicks4Charity.net“ vor. Der „Talentschuppen“ machte seinem Namen also alle Ehre. Und alle waren sich einig: Eine solche Jahrestagung für Stipendiaten sollte es wieder geben.

IM JAHR DER GEISTESWISSENSCHAFTEN: POESIE UND NATURWISSENSCHAFT

In der Reihe „Literatur und Verantwortung“ veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift Rheinischer Merkur am 31. August 2007 in Bonn einen ungewöhnlichen Abend zum Jahr der Geisteswissenschaften, der sich die zufällige Koinzidenz mit dem Goethe-Gedenkjahr zunutze machte.

Unter dem Titel „Poesie und Naturwissenschaft – eine verhängnisvolle Affäre?“ erlebte das Publikum im vollbesetzten Plenarsaal des Bonner Wasserwerks eine abwechslungsreiche literarisch-musikalische Soiree. Nach der Begrüßung durch KAS-Generalsekretär Wilhelm Staudacher sprach der Münchner Literaturwissenschaftler und Präsident der Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft, Professor Wolfgang Frühwald, über „Goethe und die Natur. Zum Wandel des Menschenbildes in moderner Zeit“. Die Veranstaltung gehörte zu KAS-Projekten im Jahr der Geisteswissenschaften, in dem es vor allem um die Frage ging, was sich die Wissenskulturen in Zeiten der Globalisierung zu sagen haben.

Eine Antwort darauf kann vor allem Goethe geben, der – wie Frühwald ausführte – „mit naturwissenschaftlichen Versuchsanordnungen im poetischen Stoff (also dem des Menschenmachens) experimentiert. So hat er nochmals jenen von ihm abgelehnten (aber die Zukunft der Wissenschaft bestimmenden) Entwicklungstendenzen widersprochen, die Trennung und Zergliederung, damit auch Hochspezialisierung und fachsprachliche, letztlich formelhaft-mathematische Erkenntnismethoden zum Kennzeichen von Modernität und Fortschritt machten.“ Die klassische Aufgabe der Poesie, als „Erkenntnisinstrument“ allen naturwissenschaftlichen Methoden übergeordnet zu sein, sei indessen auch im Zeitalter der genetischen Revolution nicht veraltet. Literatur bleibe das Angst- und Hoffnungsgedächtnis der aufgeklärten Menschheit. Das musikalische Programm bestand aus Liedern nach Goethe, dargeboten von dem Liedkünstler Ulrich Schütte, begleitet von Professor Jürgen Glauß (Musikhochschule Köln) am Piano, und „technischen Texten“ von Goethe bis Grünbein, eindrücklich rezitiert von der Schauspielerin Simone Kabst (Schaubühne Berlin).





GEMEINSAM GEGEN MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

FÜR DEMOKRATIE IN KUBA

Die unvermindert anhaltenden Menschenrechtsverletzungen auf Kuba und die aufgrund der schweren Erkrankung Fidel Castros ungewisse politische Zukunft der Karibikinsel waren Ende April Anlass für eine zweitägige internationale Konferenz unter dem Titel „Democracy in Cuba: Seeking Common Initiatives“ in der Akademie der Adenauer-Stiftung in Berlin.

Auf Einladung der KAS und des von Vaclav Havel gegründeten Internationalen Komitee für Demokratie auf Kuba (ICDC) diskutierten über 200 Teilnehmer von über vierzig Nichtregierungsorganisationen aus Europa, Lateinamerika und den USA mit im Exil lebenden Kubanern über die Möglichkeiten eines demokratischen Wandels auf Kuba und tauschten Erfahrungen über die Arbeit mit der politischen Opposition und mit Menschenrechtsorganisationen in Kuba aus.

In seiner Video-Grußbotschaft erinnerte der mit einem Reiseverbot belegte Vorsitzende der Christlichen Befreiungsbewegung (MLC) in Kuba, Oswaldo Paya, daran, dass die kubanischen Bürgerrechtler die Solidarität der internationalen Gemeinschaft benötigen. Für Vaclav Havel ist dies eine Selbstverständlichkeit: „Wer anderes sollte aktiv werden, wer anderes sollte den Respekt vor der Freiheit des Menschen und der Menschenwürde überwachen als Europa?“, fragte der frühere tschechische Staatspräsident.

Einigkeit herrschte darüber, dass der Demokratisierungsprozess von internationalen Akteuren unterstützt werden muss. Dazu sagte der KAS-Vorsitzende, Professor Bernhard Vogel, die uneingeschränkte Unterstützung der Stiftung zu: Menschenrechtsverletzungen seien anzuzeigen, unabhängig davon, ob sie im linken oder rechten Spektrum begangen würden. Uneinigkeit herrschte hingegen darüber, wie dies geschehen könne: Während Vogel die Wirtschaftsblockade der letzten 45 Jahre für „kontraproduktiv“ hält und darauf hinwies, dass der demokratische Wandel in Kuba von innen heraus gestaltet und betrieben werden müsse, wollte der zuständige Koordinator im US-Außenministerium, Caleb McCarry, die Sanktionen nicht aufheben.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Arnold Vaatz warnte, dass zu wenig auf die innerkubanischen Kräfte der Veränderung gesetzt werde: Westliche Politiker wiederholten heute den Fehler aus dem Kalten Krieg, als sie nicht an die „Endlichkeit des Sowjetimperiums“ geglaubt hätten. In diesem Sinne ermutigte der Außenminister der Tschechischen Republik, Karel Schwarzenberg, die Kubaner zur Demokratie aus der eigenen freien Entscheidung heraus und sagte seine Unterstützung zu. Er appellierte an das kubanische Regime, alle politischen Gefangenen freizulassen und der Bevölkerung den Zugang zu freien Informationen zu gewähren. Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Günter Nooke, warnte hingegen vor einem entsprechenden Wunschenken: „Das System ist stabil und wird auch nach Fidel nicht kollabieren.“

Anders als im Osteuropa der 1980er Jahre gebe es auf Kuba kein Gefühl der Fremdherrschaft, sondern ausgeprägtes Nationalbewusstsein in Abgrenzung zu den USA. Am Ende der Diskussionen gingen die Empfehlungen, die die Teilnehmer gemeinsam formulierten, in eine Richtung: Die Europäische Union solle klare Signale an die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Eliten in Havanna senden, dass sie ein Fortsetzen der Politik Castros nicht tolerieren werde und eine Kooperation mit dem Nachfolgeregime nicht möglich sei, solange es keine Veränderungen hin zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gebe. Die unabhängige Zivilgesellschaft solle weiterhin durch die EU unterstützt werden, und auf internationaler Ebene solle die EU mit anderen internationalen Akteuren eine gemeinsame Kuba-Politik entwickeln.

Politische Unterstützung erfuhr die Konferenz auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die die Initiatoren der Konferenz, u.a. Vaclav Havel und die Bundestagsabgeordneten Arnold Vaatz und Markus Meckel, im Kanzleramt empfing und alle Beteiligten ermutigte, auf dem bisherigen Weg fortzufahren.





FESTSCHRIFT FÜR BERNHARD VOGEL

Am 18. Dezember 2007, dem Vortag seines 75. Geburtstages, überreichten Herausgeber und Autoren dem KAS-Vorsitzenden, Professor Bernhard Vogel, in einer Feierstunde zu seinem 75. Geburtstag die Festschrift „Mut – Hoffnung – Zuversicht“. Mit dieser Festgabe würdigen Freunde und Wegbegleiter den Jubilar und zeichnen seinen Lebensweg sowie das reiche geistige und praktische Engagement in seinen wesentlichen politischen Betätigungsfeldern nach: in Gesellschaft und Politik, im Raum von Kirche, Kultur und Bildung, als prominenter Vertreter der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, als Landespolitiker und Verfechter des Föderalismus – als Kultusminister und als Ministerpräsident in zwei verschiedenen Ländern –, als überzeugter Europäer und Anwalt der internationalen Verständigung und nicht zuletzt als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.



DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

Über die „Sozialpolitik vor und nach der Wiedervereinigung“ diskutierten am 28. Juni 2007 Forscher wie die Historiker Professor Hans Günter Hockerts und Professor Gerhard A. Ritter sowie Professor Manfred G. Schmidt, Heidelberg, mit Zeitzeugen wie Norbert Blüm und Kurt Biedenkopf kontrovers über den Umbau des Sozialstaats in der Kanzlerschaft Helmut Kohls.

Bei seinem Amtsantritt kündigte Bundeskanzler Kohl einen grundlegenden Politikwechsel unter der Leitlinie „Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft“ und Stärkung der Eigenverantwortung an. Tatsächlich gelang es zwischen 1982 und 1990, die Sozialleistungsquote zu senken und den Anstieg der Staatsverschuldung zu bremsen. Mit der deutschen Einigung traten die notwendigen Reformen gegenüber den tagespolitischen Notwendigkeiten in den Hintergrund.



DAS VERMÄCHTNIS DES 20. JULI 1944

Zum 100. Geburtstag von Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Helmuth James Graf von Moltke und Pater Alfred Delp erinnerte die Stiftung am 21. Juni 2007 an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft.

Die Veranstaltung „Vermächtnis und Verpflichtung“ in Berlin würdigte die Widerstandskämpfer und ihr Vermächtnis für die Neuordnung Deutschlands und die Fundamente der deutschen Nachkriegsdemokratie. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble ging dabei der Frage nach, wie zukünftige Generationen vor totalitären Bedrohungen geschützt werden können. Stauffenberg und seine Mitstreiter setzten sich für eine Beseitigung der Diktatur ein, aber das Attentat vom 20. Juli 1944 auf Hitler scheiterte.



RAF – 30 JAHRE DANACH

Der Terrorismus der RAF hat vor dreißig Jahren die Gesellschafts- und Rechtsordnung der Bundesrepublik auf eine bis dahin unbekannte Weise herausgefordert. Dem Rückblick auf den Herbst 1977 widmete die Stiftung am 29. August 2007 ein Podiumsgespräch, in dem Vertreter aus Kunst und Kultur der Frage nachgingen, ob die Aufarbeitung zu einer Ästhetisierung und Romantisierung des RAF-Phänomens geführt hat. Zeitzeugen wie Klaus Kinkel, Eckart Werthebach und Hans Neusel, ehemaliger Chef des Bundespräsidialamtes, verdeutlichten in einer zweiten Veranstaltung am 30. August, unter welchem Verantwortungs- und Handlungsdruck die Politiker damals standen. Einmütiges Fazit, was die Lehren für die Zukunft betrifft: Der Staat darf sich nicht erpressen lassen.

Foto:
Bundesminister
Wolfgang Schäuble
mit Günter
Buchstab (KAS),
Professor Günter
Brakelmann
(Universität
Bochum)
und Professor
Ulrich Karpen
(Universität
Hamburg).

Es ist wirtschaftlich lohnender, in erneuerbare Energien zu investieren, als die Kosten eines ungebremsen Klimawandels zu tragen.



KLIMASCHUTZ UND ENERGIEEFFIZIENZ

DEN KLIMAWANDEL ERNST NEHMEN

Der Klimawandel wird häufig als die größte Bedrohung der Menschheit im 21. Jahrhundert bezeichnet. Wie reagieren Deutschland, Europa und die Welt auf diese Herausforderung?

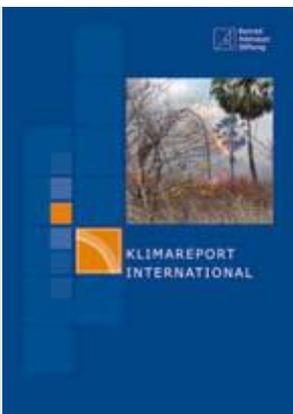
Die von Menschen verursachte Erderwärmung und den dadurch ausgelösten weltweiten Klimawandel stuft die internationale Staatengemeinschaft als größte Bedrohung der Menschheit im 21. Jahrhundert ein. Zu dieser Sichtweise haben die 2007 veröffentlichten Berichte

des UN-Weltklimarats beigetragen. Ermunterung zum kollektiven Handeln haben zahlreiche ökonomische Studien, wie der von Sir Nicholas Stern verfasste Bericht, gegeben. Sie belegen, dass Vorsorgemaßnahmen zur Begrenzung der Treibhausgas-Emissionen und zur Anpassung an den Klimawandel wirtschaftlich lohnender sind als die Folgekosten eines ungebremsen Klimawandels.

Anlass genug für die Konrad-Adenauer-Stiftung, Ende Oktober 2007 die Konferenz „Klimaschutz weltweit: 15 Jahre nach Rio und 5 Wochen vor Bali“ in Berlin durchzuführen. Der frühere Bundesumweltminister und langjährige Exekutivdirektor des UN-Umweltprogramms (UNEP), Professor Klaus Töpfer, eröffnete die Veranstaltung mit einem Rückblick auf die Rio-Konferenz von 1992, die zur Verabschiedung der internationalen Rahmenabkommen zum Klimaschutz führte.

Er hob den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltschutz hervor. Die Umweltzerstörungen und die Auswirkungen des Klimawandels stellen laut Töpfer eine friedensgefährdende Komponente dar. Deutschland mit Bundeskanzlerin Merkel sei beim Klimaschutz hoch respektiert. Ihre Rolle beim weitreichenden Beschluss des EU-Gipfels im März oder auch des G8-Gipfels im Juni werde international gelobt. Deutschland müsse jetzt belegen, dass eine wirtschaftlich wachsende Volkswirtschaft erreicht werden könne mit sechzig Prozent weniger CO₂.

Was das im Einzelnen bedeutet, zeigten die von Inforadio Berlin-Brandenburg aufgezeichnete Podiumsdiskussion und die anschließende Fachkonferenz. Dort waren neben dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Vattenfall-Konzern auch das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung und mehrere Nichtregierungsorganisationen vertreten. Diskussionsrunden behandelten das Thema Energieeffizienz und die Frage, ob sich der Klimaschutz zur neuen sozialen Bewegung entwickeln wird.



Klimareport International

In der Broschüre berichten über fünfzig KAS-Mitarbeiter aus Europa, Asien, Afrika und Lateinamerika über die Auswirkungen des Klimawandels und den Umgang mit dem Klimaschutz in ihren Einsatzländern. Die Berichte verdeutlichen, dass der Klimawandel in vielen Staaten nicht so ernst genommen wird wie in Deutschland: Zwar sind Schwellen- und Entwicklungsländer besonders stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, doch überlagern Armut, Gewalt und politische Instabilität einerseits und die durch den rasanten wirtschaftlichen Aufholprozess zunehmenden Umweltbelastungen wie Luftverschmutzung andererseits die Sorge um die Erderwärmung.



BERLINER MEDIEN DISKURS

Mit dieser Veranstaltungsreihe will die Stiftung einen Beitrag zur medienpolitischen Diskussion leisten und versuchen, Antworten auf offene Fragen zu geben. Mit den „spannendsten medienpolitischen Entwicklungen der vergangenen Jahre“, so der Vorsitzende, Professor Bernhard Vogel, setzte sich der vierte Diskurs auseinander, ging es doch um die Digitalstrategien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vor dem Hintergrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils und der EU-Beihilfe-Entscheidung.

Im Mittelpunkt der Diskussion zwischen medienpolitischem Sprecher der CDU Deutschlands, Ministerpräsident Günther Oettinger, dem ARD-Vorsitzenden, Fritz Raff, dem ZDF-Intendanten, Professor Markus Schächter, dem Präsidenten des BDZV, Helmut Heinen, und dem Präsidenten des VPRT, Jürgen Doetz, stand die geplante Angebotserweiterung der Öffentlich-Rechtlichen im Internet.



DÄNISCHER KULTURABEND

Der Internationale Kulturabend 2007 am 28. Februar 2007 widmete sich unserem Nachbarland Dänemark. Die kulturelle Vielfalt des Landes – vor allem in der jungen Kulturszene – präsentierte die Stiftung mit den geheimnisvollen Fotoarbeiten von Astrid Kruse Jensen, einem musikalischen Beitrag des Tenors Peter Lodahl, der von dem Pianisten Søren Rastogi begleitet wurde, und dem Schriftsteller Kristian Ditlev Jensen, der aus seinem Roman „Leibspeise“ las.

Der dänische Botschafter, Carsten Søndergaard, und Staatsministerin Hildegard Müller MdB begrüßten die Gäste und würdigten die herausragenden Beiträge der zeitgenössischen Kultur Dänemarks in Literatur, Musik und bildender Kunst, die sich fern folkloristischer Klischees durch eine souveräne Mischung aus Tradition und innovativer internationaler Ausrichtung auszeichnet. Rund sechshundert Gäste aus Politik und Kultur nahmen teil.



DAS BILD DES ANDEREN KORRIGIEREN

Die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Arab League Educational, Cultural and Scientific Organization (ALECSO) haben beschlossen, ihre Kooperation in den Bereichen Erziehung und Bildung, Wissenschaft und Kultur zu intensivieren, und zu diesem Zweck im April 2007 ein Rahmenabkommen geschlossen.

Es ist das erste Mal, dass eine offizielle Organisation der Arabischen Liga und eine deutsche politische Stiftung eine strategische Zusammenarbeit beschließen. Die Zusammenarbeit zielt darauf ab, einen nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der Bildungs- und Erziehungssysteme sowie zur Vertiefung der Beziehungen zwischen Deutschland und dem arabischen Kulturraum zu leisten. Das Bild des anderen solle korrigiert werden, so ALESCO-Generaldirektor Mongi Bousnina.

Interviews und Hintergrundinformationen auf:
www.kas.de/wf/de/33.10692



DIE „KABULER RESOLUTION“

Selbstmordattentate haben in Afghanistan bereits viele Opfer unter unschuldigen Menschen verursacht, insbesondere unter muslimischen Frauen und Kindern. Allein im Jahr 2006 wurden rund 125 Selbstmordattentate in diesem Land verübt. Auf Initiative der Konrad-Adenauer-Stiftung und unter der Schirmherrschaft des afghanischen Senatspräsidenten und Vorsitzenden der Friedenskommission, Professor Sebghatullah Al-Mojaddidi, erarbeiteten religiöse Würdenträger im Mai 2007 auf Basis islamischer Quellen eine Erklärung zur Ächtung von Selbstmordattentaten. Diese „Kabuler Resolution“ verurteilt Selbstmordattentate als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen den Islam. Seit Juni 2007 wird die „Kabuler Resolution“ durch Fernsehspots, Plakat-Aktionen und eine mehrsprachige Publikation verbreitet. Auf diese Weise gibt sie der schweigenden Mehrheit eine Stimme.



E I N B L I C K E

2 0 0 7 | 2 0 0 8

IHR HERAUSRAGENDES FACHWISSEN UND IHRE WELTWEITE POLITISCHE KOMPETENZ NUTZT DIE KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG, UM AKTUELLEN HERAUSFORDERUNGEN ADÄQUAT ZU BEGEGNEN. DAS ZEIGEN DIE FOLGENDEN BEITRÄGE ZU THEMEN, DIE ÜBER DEN TAG HINAUS DIE ARBEIT DER STIFTUNG BESTIMMEN.

DEMOKRATIE

- 24 | ■ *Demokratie ist kein Selbstläufer*
Von Karsten Grabow
- 27 | ■ *Mein Wohl oder Gemeinwohl?*
Von Günther Rüter
- 32 | ■ *Das gute und das schlechte Beispiel*
Von Hans-Hartwig Blomeier
und Nino Galetti
- 33 | ■ *Russland – ein schwieriger Partner?*
Von Thomas Kunze
- 35 | ■ *Politik zum Mitmachen*
Von Kristina Pratsch-Hucko

WERTE

- 40 | ■ *Wenn Werte sich wandeln*
Von Michael Borchard
- 44 | ■ *Was eint uns?*
Von Norbert Lammert
- 46 | ■ *Eltern unter Druck*
Von Christine Henry-Huthmacher
und Elisabeth Hoffmann
- 50 | ■ *Familienpolitische Kompetenz der
Konrad-Adenauer-Stiftung*

HERAUSFORDERUNGEN

- 54 | ■ *Nicht wie Kaninchen vor der Schlange*
Von Christina Langhorst
- 56 | ■ *Verbündete für eine globale Ordnungspolitik*
Von Susanna Vogt
- 57 | ■ *Handlungsfähigkeit und Transparenz*
Von Ralf Thomas Baus
- 59 | ■ *Integration beginnt daheim*
Von Oliver Ernst
- 60 | ■ *Berlin – eine Metropole organisiert sich*
Von Melanie Piepenschneider
- 62 | ■ *Rüstzeug für den Weg zur Spitze*
Von Wilton Mamba

ERINNERUNG

- 68 | ■ *Kein Staat wie jeder andere*
Von Bernhard Vogel
- 70 | ■ *Geschichtsbilder in Europa*
Von Rudolf Uertz
- 73 | ■ *Weichenstellungen*
Von Wolfgang Tischner
- 76 | ■ *Das war die DDR*
Von Joachim Klose
- 78 | ■ *Erinnerungskultur als Zukunftsaufgabe*



IN VIELEN JUNGEN, ABER AUCH IN ETABLIERTEN DEMOKRATIEN GERÄT DIE FREIHEITLICHE GESELLSCHAFTSORDNUNG ZUNEHMEND UNTER DRUCK. MIT IHRER ARBEIT WIRKT DIE KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG WELTWEIT MIT, DEMOKRATISCHE STRUKTUREN HERANZUBILDEN, WIEDERHERZUSTELLEN UND ZU BEWAHREN.



DEMOKRATIE IST KEIN SELBSTLÄUFER

DAS WESTLICHE MODELL IM SCHRAUBSTOCK VON POPULISTEN, AUTOKRATEN UND STAATSKAPITALISTEN

DR. KARSTEN GRABOW

*Projektreferent Lateinamerika,
Hauptabteilung Internationale
Zusammenarbeit,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Francis Fukuyama hat sich geirrt, als er angesichts des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime in Ost- und Mitteleuropa 1989/90 vom „Ende der Geschichte“ sprach und postulierte, dass der Weg für den weltweiten Siegeszug der liberalen Demokratie geebnet sei.¹ Die US-amerikanische Nichtregierungsorganisation Freedom House, die seit den 1940er Jahren Berichte zum Zustand der Demokratie veröffentlicht, bewertet zwar in der aktuellen Studie neunzig von 193 untersuchten Staaten als „frei“, 58 als „teilweise frei“ und lediglich 45 Länder als „nicht frei“. Der Freedom-House-Bericht 2007 kommt aber auch zu dem Schluss, dass die weltweite Durchsetzung von politischen und bürgerlichen Freiheitsrechten seit Mitte der 1990er Jahre stagniert.² Abgesehen von dem bereits an dieser Stelle bedenklich stimmenden Befund kommt verschärfend hinzu, dass Freedom House vergleichsweise großzügige Kriterien bei der Demokratiemessung anlegt und sich auf wenige – wenngleich wichtige – Merkmale wie Meinungs- und Pressefreiheit und freie Wahlen konzentriert. Legt man die Latte der qualitativen Demokratiemessung höher, kommt man zu noch weniger erfreulichen Ergebnissen. Denn so wichtig Meinungs- und Pressefreiheit sowie regelmäßig abgehaltene, freie und faire Wahlen sind, die Demokratie ist damit als politisches Ordnungsmodell und Lebensweise noch längst nicht hinreichend definiert.

„Wenn von Demokratie die Rede ist, dann ist die freiheitlich verfasste, repräsentative Demokratie gemeint, mit konstitutionell verankerten Grundrechten, Gewaltenteilung, Parlamentarismus, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit.“³ Dieser Typus politischer Herrschaft wird im Anschluss an den amerikanischen Demokratieforscher Robert Dahl als „Polyarchie“ bezeichnet.⁴ Sie ist durch effektive Wahrnehmung universell gültiger Menschenrechte, Teilung und Kontrolle politischer Macht, Befristung von demokratisch legitimierten Herrschaftsämtern, umfassenden gesellschaftlichen und politischen Pluralismus und – konsequenterweise – auch durch eine bestimmte Wirtschafts- und Sozialordnung, nämlich durch die Marktwirtschaft mit staatlichen Regulierungsfunktionen zur Sicherung der Marktordnung, gekennzeichnet.

Wird dieses Verständnis von Demokratie als Maßstab genommen – und nur das können Demokraten im Sinne ihrer Glaubwürdigkeit und der Verteidigung ihrer Grundwerte tun –, dann sinkt die Zahl demokratischer Staaten gegenüber der Einteilung durch Freedom House beträchtlich auf weltweit knapp vierzig. Die Demokratie ist also ein eher seltenes und in Bezug auf ihre Herkunft, Werte und Lebensweisen, nicht unbedingt in ihrer regionalen Ausgestaltung, siehe Indien, ein westliches Phänomen, und sie befindet sich nicht auf dem weltweiten Vormarsch:



Die Bildung antiwestlicher Allianzen, wie derzeit zwischen Venezuelas Präsident Hugo Chavez (l) und Irans Präsident Mahmoud Ahmadinedschad, nimmt zu.

- Neue, nicht demokratische Weltmächte wie China, dessen politische Zielkoordinaten in einer wachsenden Zahl afrikanischer Staaten dankbar aufgenommen werden, erstarken.
- Die Tendenz zur Verfestigung von Einparteiensystemen in Afrika (Ägypten, Namibia, Südafrika) ist ungebrochen.
- Die Bildung antiwestlicher Allianzen wie derzeit zwischen Iran und Venezuela, von denen auch atomar angereicherte Drohungen in Richtung westlicher Demokratien ausgestoßen werden, nimmt zu.
- Populismus, Herrschaftszentralisierung und -personalisierung in lateinamerikanischen Ländern, die mit massiven Einschnitten der politischen Freiheitsrechte verbunden sind, finden erstaunliche Zustimmung.
- Die „Lenkung“ der „Demokratie“ durch autokratische und machtsüchtige Führer an der Peripherie Europas ist kein Einzelphänomen.
- Einschnitte der Pressefreiheit, Repressalien gegen die Opposition, stillschweigende Duldung politischer Morde (etwa an der russischen Journalistin Anna Politowskaja) gehören in vielen Ländern zum Alltag.

Von massiven Menschenrechtsverletzungen, Staatsversagen und Bürgerkriegen in zahlreichen asiatischen und afrikanischen Ländern, die bisher nicht ansatzweise den Weg zur Demokratie beschritten haben, ist bei diesen Befunden noch gar nicht die Rede.

Demokratie sei „nervig“, sie „verlangsame alle Entscheidungen“, bekam Bundeskanzlerin Angela Merkel auf ihrer Afrika-Reise Anfang Oktober 2007 von einigen afrikanischen Politikern zu hören.⁵ Aus Sicht des einen oder anderen autokratischen Herrschers mag das stimmen. Die Demokratie ist bekanntlich die „schlechteste aller Regierungsformen – außer all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind“, so die einzigartig pointierte Verteidigung der Vorzüge der Demokratie durch Winston Churchill. Im Sinne Dahls ist sie tatsächlich die einzige Form der politischen Ordnung, die Macht konstitutionell teilt, nur auf Zeit vergibt und damit der Ausbeutung öffentlicher Ressourcen durch sonst permanent herrschende Regenten einen Riegel vorschiebt; die die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger, so sie denn durch Verleihung von unveräußerlichen Bürgerrechten dazu gemacht werden, an gesamtgesellschaftlichen Entscheidungen ermöglicht, die Minderheiten konstitutionell schützt und gemeinwohlorientiertes Regierungshandeln erlaubt, jedenfalls dann, wenn die Institutionen des Staates auf demokratische Weise ins Leben gerufen und erhalten werden und die demokratische Verfassung mehr ist als nur eine Fassade. Entscheidungen innerhalb einer solchen konstitutionell verankerten demokratischen Ordnung erfordern dann in der Tat mehr Zeit als in Diktaturen, aber sie sind eben kein Diktat, sondern Ausdruck des auf demokratischem Wege, d.h. in der Regel nach dem Mehrheitsprinzip, ermittelten Gemeinwillens. Konsolidiert ist eine Demokratie unter anderem dann, wenn auch die in Abstimmungen unterlegene Minderheit die Entscheidungen, z.B. ihre Abwahl, akzeptiert.



Auch in Osteuropa, wie hier in Weißrussland, begehrt die Opposition immer wieder gegen undemokratische Strukturen auf.

Auch wenn einige Länder, etwa die USA, auf eine mittlerweile mehr als 200-jährige demokratische Tradition zurückblicken können, war die Demokratie als Staatsform in jedem Land einmal neu. Sie kann erlernt und verinnerlicht werden, sie ist aber auch an materielle und kulturelle Voraussetzungen gebunden, die quasi in einem dialektischen Verhältnis zueinander stehen. Zu den materiellen Voraussetzungen zählen zum einen Frieden und Sicherheit, zum anderen vor allem Besitz und Kontrolle über individuell verfügbare Ressourcen wie Land, Maschinen oder andere Produktionsfaktoren, deren Erträge auf frei zugänglichen Märkten getauscht werden. Auf längere

Sicht erzeugt die Interaktion auf Märkten unter prinzipiell gleichen und für ihr eigenes Wohlergehen selbst verantwortlichen Menschen Werte, die als kulturelle Voraussetzungen von Demokratie verstanden werden müssen. Nach Ansicht des Bremer Demokratieforschers Christian Welzel werden „Menschen, die es aus Erfahrung gewohnt sind, sich auf ihr eigenes Urteil zu verlassen und Entscheidungen, die ihre Existenz betreffen, selbst zu fällen, [...] unkontrollierte und unumschränkte Autorität [...] nicht akzeptieren [...] Erst der Erfahrungshintergrund von individueller Entscheidungsfreiheit und von Gleichheit in kommerziellen und zivilen Tauschbeziehungen macht die Menschen empfänglich für die Idee demokratischer Freiheitsrechte. Diese Erfahrungen sind in ihrer Stoßrichtung anti-autoritär und anti-diskriminatorisch, oder pro-libertär und pro-egalitär“.⁶

Diese Werteentwicklung und im wahrsten Wortsinn Wertschätzung der Demokratie ist historisch belegbar. Die Ursprünge der postantiken Demokratie liegen dort, wo sich Handwerker-gilden und Besitzbürgertum bilden und von autokratischer Herrschaft emanzipieren konnten (z.B. Norditalien ab dem 12. Jh., England ab dem 16. Jh.) oder wo von vornherein keine autokratische Herrschaft existierte und sich freie und gleiche Bürger (zumindest die aus Europa stammenden Einwanderer) eine demokratische Verfassung geben konnten (USA im späten 18. Jh.). Allerdings sind die zur Entwicklung



Die von buddhistischen Mönchen angeführten Proteste in Myanmar wurden mit brutaler Gewalt niedergeschlagen.



und Konsolidierung der Demokratie notwendigen materiellen wie kulturellen Voraussetzungen weder überall auf der Welt in gleichem Maße gegeben, noch lassen sie sich ohne weiteres übertragen, obwohl sie grundsätzlich universellen Geltungswert haben.

Vor diesem Hintergrund ist die internationale Arbeit der deutschen politischen Stiftungen zu sehen. Sie wirken an der Herausbildung von demokratischen Werten in den Projektländern mit, z.B. mit den Programmen zur Genossenschaftsförderung, der Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, Projekten zur Förderung der politischen und administrativen Dezentralisierung und kommunaler Selbstverwaltung zur Förderung von Eigenverantwortung, lokaler Partizipation und Transparenz sowie mit ihren Rechtsstaats-, Medien- und politischen Dialogprogrammen.

Demokratie als politisches Ordnungsmodell und Lebensweise muss durch das Verhalten der politischen Eliten ebenso wie der „normalen“ Bürger gepflegt werden. Angesichts der ungleichen Verteilung ihrer Entstehungs- und Entwicklungsvoraussetzungen und der Tatsache, dass die Demokratie als politisches Ordnungsmodell zunehmend unter Druck durch antidemokratische Populisten und Diktatoren gerät, sind die Verteidigung ihrer Werte und die Unterstützung demokratischer Kräfte durch die demokratischen Länder des Westens, d.h. auch durch die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, notwendiger denn je, jedenfalls dann, wenn wir das Feld nicht antidemokratischen Kräften und gewissenlosen Pragmatikern der internationalen „Entwicklungshilfe“ überlassen wollen.

1 | Francis Fukuyama (1992): *Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir?*, Berlin.

2 | Freedom House (2007): *Freedom in the World 2007* (<http://www.freedomhouse.org>).

3 | Hans-Joachim Veen (2007): „Die Bedeutung politischer Parteien für Demokratie und Demokratisierung“, in:

Gerhard Wahlers/Karsten Grabow (Hrsg.): *Parteien und Demokratie*, Berlin/Sankt Augustin, Seite 25–36, hier Seite 25.

4 | Ebd.: Robert Dahl (1971): *Polyarchy: Participation and Opposition*, New Haven.

5 | *Die Welt*, 6. Oktober 2007, Seite 6.

6 | Christian Welzel (2007): „Ist Demokratie ein universell übertragbares Konzept?“, in: Gerhard Wahlers/Karsten Grabow (Hrsg.): *Parteien und Demokratie*, Berlin/Sankt Augustin, Seite 77–92, hier Seite 86–87.

MEIN WOHL ODER GEMEINWOHL?

ELITE – DEMOKRATIE – VERANTWORTUNG

PROFESSOR
GÜNTHER RÜTHER

*Leiter der Hauptabteilung
Begabtenförderung und Kultur,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Unsere Gesellschaft sieht sich nicht erst seit der deutschen Einheit tiefgreifenden Modernisierungsprozessen ausgesetzt. Sie haben sich mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Staatenwelt noch beschleunigt. Festzumachen sind diese Prozesse an der fortschreitenden Globalisierung, der wachsenden Spezialisierung und Differenzierung unserer Arbeitswelt. Als Folge daraus beobachten wir sich weiter auflösende Sozialstrukturen unserer Gesellschaft und fragiler werdende geistige Grundlagen unseres Gemeinwesens. Letzteres wird äußerlich besonders deutlich an der Individualisierung unserer Gesellschaft, an ihren zerfallenden traditionellen Familienstrukturen, einer wachsenden Diskrepanz zwischen der veröffentlichten Meinung und dem Empfinden der Menschen in unserem Lande.

Jede Gesellschaft lebt von Voraussetzungen, die sie selbst nicht geschaffen hat. Aber, was vielfach nicht zugleich betont wird, sie lebt ebenso von Herausforderungen und Chancen, die zu ergreifen sie in der Hand hat. Beides zusammen ist für das Gemeinwohl heute und die Gestaltung unserer Zukunft für nachfolgende Generationen von zentraler Bedeutung. Dies gilt als Vermächtnis der Nachkriegsgesellschaft, die trotz schuldhafter Verstrickungen in der Zeit des Nationalsozialismus auf Bedingungen traf, die sie selbst nur zum Teil zu verantworten hatte. Und doch ist es ihr gelungen, verlorengegangene ethische, moralische, normative und wirtschaftliche Fundamente wieder zu errichten. So bedeutsam dabei die innere Bereitschaft zur Veränderung der Bürger und Bürgerinnen auch war, so war der Einzelne doch überfordert. Es kam ganz entscheidend auf die politische, geistige und moralische Führung an. Unter anderen Voraussetzungen sind es auch heute besonders die Eliten – vor allem in Politik und Wirtschaft –, die Verantwortung für das Gelingen einer stabilen, sozial gerechten und freiheitlichen Gesellschaftsordnung tragen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung bekennt sich aus tiefer Überzeugung zur Notwendigkeit von Eliten. Sie haben Vorbildfunktion, Lenkungsmacht und binden Vertrauen in die Gesellschaftsordnung und ihre Institutionen. Seit über vierzig Jahren bemüht sich die Begabtenförderung der Stiftung, zur Bildung dieser notwendigen Eliten beizutragen und dies auch offensiv zu vertreten. Denn nur wenn es eine Elite gibt, die dem an sie zu stellenden Anspruch gerecht wird und dies auch öffentlich wahrgenommen wird, kann sie ihre Rolle als Führungskraft ausfüllen und unsere freiheitliche Demokratie dauerhaft stabilisieren helfen.

WORAUS SPEIST SICH DAS ZUSAMMENGEHÖRIGKEITSGEFÜHL?

Das Zusammengehörigkeitsgefühl einer Gesellschaft entwickelt sich vor allem aus ihrer Geschichte und Sprache, aus ihren wissenschaftlichen und kulturellen Leistungen, aber auch aus ihrem Wohlstand. Diese Voraussetzungen sind es wohl vor allem, die zu ihrer internationalen Wertschätzung beitragen und nach innen einen belastbaren Wertekonsens gewährleisten. Seine Kraft und Nachhaltigkeit bezieht er aus diesen Kulturleistungen. Sie sichern den Zusammenhalt einer Gesellschaft in Gegenwart und Zukunft. Ist

dieses Zusammengehörigkeitsgefühl nicht hinreichend entwickelt oder gar gestört, gerät die politische Stabilität in Gefahr.

IN WELCHER LAGE BEFINDEN WIR UNS?

Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen lässt nach. Das Stimmungshoch im Sommer 2006 während der Fußballweltmeisterschaft sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass der auf unseren Kulturleistungen basierende Wertekonsens schwächer wird. Nun werden viele darauf hinweisen, dass dies nur eine Momentaufnahme sei, jedoch sprechen einige fundamentale Entwicklungen gegen diese wünschenswerte Annahme.

■ **Erstens:** Die sozialen Spannungen in unserer Gesellschaft nehmen zu. Sie sind schon lange nicht mehr auf den Gegensatz zwischen den alten und neuen Ländern zurückzuführen. Sie haben ihre Ursache vielmehr in der Einkommensverteilung. Die Schere zwischen Wohlhabenden und Bedürftigen öffnet sich immer weiter. Immer mehr Menschen, vor allem kinderreiche Familien, leben an der Armutsgrenze. Die demographische Entwicklung wird einen Wohlstandskonflikt zwischen der älteren und der jüngeren Generation auslösen, wie es ihn zuvor noch nicht in Deutschland gegeben hat. Die jüngst veröffentlichte Studie des Deutschen Kinderhilfswerkes zur Kinderarmut zeigt Fehlentwicklungen auf, die noch zunehmen werden, obwohl es noch nie im Nachkriegsdeutschland so wenige Kinder gegeben hat wie heute. Trotz florierender Wirtschaft, wachsenden Bruttosozialprodukts, steigender Staatshaushalte und sinkender Arbeitslosigkeit reicht das Einkommen eines Durchschnittsverdieners kaum noch aus, eine vierköpfige Familie zu ernähren. Mit einer weiteren Schwächung der Familien würde die unser politische System seit den fünfziger Jahren stabilisierende sogenannte nivellierte Mittelstandsgesellschaft (Helmut Schelsky) an Bedeutung weiter verlieren und mit ihr nicht nur ein großer Teil der bürgerlichen Mittelschicht, sondern auch politische Stabilität verlorengehen.

■ **Zweitens:** Die Bewährungsprobe der Integration unserer ausländischen Mitbürger und auch der Deutschen islamischen Glaubens ist noch nicht bestanden. Die von Bundestagspräsident Norbert Lammert initiierte Leitkulturdebatte fragt nach den „kulturellen Grundlagen und Ansprüchen unserer Gesellschaft“ angesichts veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Kritik wurde daran vor allem von den Eliten geübt, die in der öffentlichen Debatte durch klischeehafte Betroffenheitsäußerungen auffallen, aber selbst angesichts ihres ritualisierten Relativismus wenig zur Stärkung der Bindungskräfte unserer Gesellschaft beitragen. Tatsächlich gehen von solcher Beliebigkeit Zentrifugalkräfte aus, die eine Gesellschaft spalten können.

■ **Drittens:** Die Glaubensbindung unserer islamischen Mitbürger und Mitbürgerinnen mag vielen fremd erscheinen. Sie wird häufig nicht von fundamentalistischen Entgleisungen und fundamentalistischer Gewalt unterschieden. Sie ist aber dennoch positiv zu bewerten, auch wenn sie im Gegensatz steht zu den nachlassenden Bindungskräften der christlichen Kirchen in Deutschland, die in den letzten Jahren erheblich an Einfluss verloren haben. Ob wir, wie Jürgen Habermas meint, auf eine „Rückkehr des Religiösen“ hoffen dürfen, bleibt offen. Vielmehr scheint es, dass wir im Zuge eines beschleunigten Säkularisierungsprozesses zwischen den beiden großen Weltreligionen Islam und Christentum in Deutschland auf ganz unterschiedlich verlaufende Entwicklungen treffen. Die christlichen Werte scheinen dabei immer mehr in den Hintergrund zu treten, sie sind aber von fundamentaler Bedeutung für unsere Demokratie. „Demokratie und Christentum sind eng verbunden, sie sind in dem Maße solidarisch, dass man die Demokratie die politische Ausprägung christlichen Lebensgefühls nennen kann“ (Thomas Mann). In ihnen stecken geistige Kräfte, die wir brauchen, um Brücken zu anderen Religionen schlagen zu können. Zu denken ist dabei z. B. an das Humanitätsprinzip. Diese Potentiale fußen auf christlichen Werten, sie werden sich umso stärker und glaubwürdiger entfalten, je mehr sie im Alltag gelebt werden. Eine wachsende Diesseitsorientierung erschwert den Dialog mit anderen Religionen und entsolidarisiert unsere Gesellschaft.



Die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger muss verbessert werden.

▪ **Viertens:** Eine am Ende des letzten Jahres erschienene Studie des Forschungsvverbundes SED-Staat zum Geschichtsbild der jungen Generation offenbart, dass es nach wie vor erhebliche Wahrnehmungsunterschiede zwischen Abiturienten in den neuen und alten Bundesländern gibt. Besonders bestürzend ist aber, dass, offenkundig unabhängig von der jeweiligen Sozialisation, die jungen Leute im Osten oder Westen den Gegensatz zwischen Diktatur und Demokratie, zwischen Freiheit und Unfreiheit in ihrem Denken soweit verwässern, dass eine klare Trennlinie von ihnen kaum noch gezogen werden kann. Dies kann fatale Folgen für die Demokratie haben.

Diese vier beispielhaft dargestellten Entwicklungen gefährden den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wenn dieser „Erosionsprozess“ nicht gestoppt wird, nimmt unser gemeinsamer Wertevorrat schweren Schaden. Schließlich ist gerade die offene, freiheitliche Gesellschaft in besonderer Weise auf ihn angewiesen.

MÜSSEN WIR UNS UM DIE POLITISCHE STABILITÄT SORGEN?

Auf den ersten Blick müssen wir uns um die politische Stabilität unseres Landes keine Sorgen machen. In Berlin regiert mit breiter Mehrheit die zweite Große Koalition unserer Nachkriegsgeschichte. Sie hat einen klaren Wählerauftrag und kann bisher auf eine in entscheidenden Fragen – wie der Reduzierung der Neuverschuldung unseres Staates, dem Abbau der Arbeitslosigkeit und der Bedrohung unserer Umwelt durch den Klimawandel – positive Bilanz gemeinsamer Regierungszeit zurückblicken, obwohl keine der beiden großen Fraktionen und der ihnen zuzurechnenden Parteien mit dem Ziel einer gemeinsamen Regierungsbildung in den Wahlkampf gezogen sind. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat der Wählerwille eine Koalitionsregierung erzwungen, die nicht auf der Agenda der politisch Verantwortlichen stand. Trotz dieser „Koalition der Vernunft“, vielleicht auch auf Grund der Tatsache, dass sie eine Not- und nicht eine Überzeugungsgemeinschaft darstellt, mehren sich die Anzeichen, die zu einer Destabilisierung unserer politischen Ordnung führen können:

▪ **Erstens:** Der politische Extremismus breitet sich in Deutschland aus. Zwar stellt der Rechtsextremismus trotz der Präsenz von DVU und NPD in zahlreichen Landtagen keine ernstzunehmende Gefährdung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung dar, weil nicht erkennbar ist, dass beide Parteien, gemeinsam oder auch getrennt, bei einer nächsten Wahl in den Deutschen Bundestag einziehen könnten. Allerdings bereitet das von ihnen ausgehende soziale Klima der Repression und Gewalt vor allem in den neuen Ländern ernsten Anlass zur Sorge. Einiges deutet darauf hin, dass es diesen Parteien gelingt, neben Protestwählern, die keine ideologische Bindung suchen, auch eine Gruppe von Menschen vor allem in einigen Regionen Ostdeutschlands dauerhaft an sich zu ziehen. Dadurch könnten rechtsextreme soziale Milieus entstehen.

Der Linksextremismus stellt gemessen an seinem Organisationsgrad und Gewaltpotential immer noch eine allzu gerne unterschätzte Gefahr dar. Er hat Verbindungen zur Linkspartei. Sie zeichnet ein ambivalentes Verhältnis zu unserer Demokratie und Verfassungsordnung aus. Vor allem in den neuen Ländern darf „Die Linke“ immer noch als SED-Nachfolgepartei bezeichnet werden. Hier kommt ihr ein ähnlich starkes Gewicht zu wie der CDU und der SPD. Dies hat eine Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach vom Dezember 2007 ergeben, die sie bundesweit sogar als dritte Kraft bei zehn Prozent sieht. Die unsere Zukunft entscheidende Frage ist, ob die bürgerlichen Kräfte der Mitte eine regierungsfähige Mehrheit jenseits einer Großen Koalition finden werden, oder ob es auf Bundesebene wie bereits in einigen Ländern eine Regierung unter Beteiligung der „Linken“ geben wird. Dies käme einem politischen Dammbbruch in der Geschichte der Bundesrepublik mit unabschätzbaren Folgen gleich. Die zuvor skizzierten zerfließenden Grenzen zwischen Freiheit und Unfreiheit, Diktatur und Demokratie könnten im Bewusstsein nachwachsender Generationen zu einem Nährboden für einen radikalen gesellschaftlichen Wandel werden und die Stabilität unserer freiheitlichen Gesellschaft gefährden.



Polizeibeamte müssen, wie hier in Sachsen-Anhalt, immer wieder rechtsextreme Demonstrationen abschirmen, um so ein Aufeinandertreffen linksautonomer und rechter Gruppierungen zu verhindern.

▪ **Zweitens:** Wahlen erreichen in Deutschland auf allen politischen Ebenen schon lange nicht mehr eine so hohe Beteiligung wie in früheren Jahrzehnten. Zwar liegt sie im Vergleich zu anderen Demokratien immer noch recht hoch, aber die rückläufige Tendenz ist eindeutig. Sie findet ihre Entsprechung in der stetig abnehmenden Zahl der Parteimitglieder insbesondere bei den großen Volksparteien. Nun steht nirgendwo geschrieben, dass Volksparteien 500.000 oder mehr Mitglieder haben müssen, um ihrem politischen Auftrag gerecht zu werden. Betrachtet man beide Entwicklungen jedoch zusammen, so wird deutlich, dass sie auf Zustimmungs- und Vertrauensverlusten gründen, die keineswegs nur die politische Elite betreffen. Vielmehr scheint sich hier ein gesellschaftliches Grundempfinden auszudrücken, das die Glaubwürdigkeit und Gemeinwohlorientierung der Eliten insgesamt in Frage stellt. Erstaunlich ist dabei, dass die Gewerkschaften als klassische Institutionen der Arbeitnehmer davon bisher nicht profitieren können, sondern im Gegenteil auch von den geschilderten Prozessen betroffen sind. Ansehensverluste, Mitgliederschwund und Überalterung prägen das Bild bedeutender gesellschaftlicher Institutionen bei gleichzeitig wachsender Bereitschaft weiter Teile unserer Zivilgesellschaft, ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen.

WIE IST DIESER WIDERSPRUCH ZU ERKLÄREN?

Vermutlich ist er vor allem darauf zurückzuführen, dass die Eliten in Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften, einem ökonomischen Demokratieansatz bewusst oder unbewusst folgend, in dem der Wettbewerbsgedanke im Mittelpunkt steht, ihre Partikularinteressen überbetonen und die Konsensmechanismen vernachlässigen. Dies geschieht, obwohl sich die großen Volksparteien programmatisch angeglichen haben und eine Politik des mittleren Weges betreiben. Das hindert sie aber nicht daran, im politischen Alltag eine lautstarke politische Auseinandersetzung zu suchen. Jedoch erwarten die Menschen gerade in schwieriger werdenden Zeiten politische Verständigung und sozialen Ausgleich, auch wenn das Konkurrenzprinzip zum Wesen unserer Demokratie gehört.

VOR WELCHEN HERAUSFORDERUNGEN STEHEN DIE VERANTWORTUNGSELITEN?

Es sind vor allem die Eliten in Politik und Wirtschaft, welche die Last der Verantwortung für das Gelingen unserer Demokratie tragen. Zwar sind sie keineswegs alleine für das Wohlergehen der Menschen in die Pflicht zu nehmen, noch sind sie die wesentlichen Verursacher des abnehmenden Gemeinschaftsgefühls und der gefährdeten politischen Stabilität. Aber ihnen fällt dennoch die zentrale Aufgabe zu, verbindende soziale und politische Leitideen zu formulieren. Denn im Gegensatz zu anderen Eliten verfügen sie am ehesten über die Macht, die skizzierten Modernisierungsprozesse so zu gestalten, dass das Gemeinwohl nicht gefährdet wird. Der einzelne Bürger ist in der Regel überfordert, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördernden Sinnressourcen zu aktivieren.

Die rückläufige Tendenz bei der Wahlbeteiligung ist eindeutig.

Wir sprechen hier allgemein von Modernisierungsprozessen, weil die skizzierten Entwicklungen keineswegs nur für Deutschland signifikant sind, Allerdings kommt ihnen hier ein besonderer Stellenwert vor dem Hintergrund unserer Geschichte mit den Teilungen unseres Landes zu. Die anderen Eliten, wie etwa in den Gewerkschaften, den Medien oder der Rechtsprechung haben es in der Hand, die negativen Folgen des Modernisierungsprozesses zu verstärken oder dabei zu helfen, sie zu überwinden. Politik und Wirtschaft können ihrer Führungsaufgabe nur gerecht werden, wenn sie bei aller Berechtigung einer Kritik im Detail bei den grundlegenden Richtungsentscheidungen nicht im Stich gelassen werden. Konkret heißt dies, dass die Eliten zusammenarbeiten müssen, damit sie, wenn auch auf unterschiedlichen Wegen, ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten können. Dazu gehört auch, Partikularinteressen zurückzustellen und daran zu messen, ob sie gemeinwohlverträglich sind. Die soziale Balance ist



in vielen Fällen in eine Schieflage geraten, im Gesundheitswesen, in der Industrie, in freien Berufen, in den Medien, wo Führungskräfte häufig unverhältnismäßige Gehälter beziehen, während das Einkommen der Angestellten – vom Jungakademiker bis zur Krankenschwester – nicht mehr ausreicht, den Lebensunterhalt zu bestreiten.

WARUM HABEN ES POLITIK UND WIRTSCHAFT HEUTE SCHWERER ALS FRÜHER?

Politik und Wirtschaft haben es heute ungleich schwerer als früher, ihre Entscheidungen auf einen breiten politischen Konsens zu gründen. Vor allem die großen Volksparteien sehen sich nicht nur einem wachsenden Misstrauen der interessierten Öffentlichkeit gegenüber, sondern sie müssen sich darüber hinaus mit einem Rechts- und Linkspopulismus auseinandersetzen.

Bei der Suche nach einem neuen sozialen Ausgleich bleibt zu berücksichtigen, dass Politik und Wirtschaft es heute ungleich schwerer als früher haben, ihre Entscheidungen auf einen breiten politischen Konsens zu gründen. Die Öffentlichkeit ruft zwar nach Reformen, der Bundespräsident mahnt, aber notwendige Korrekturen des Staates beispielsweise bei den Einkommensstrukturen oder Eingriffe in die Sozialsysteme bringen zuvor angemahnte Forderungen nach politischer Führung schnell wieder zum Verstummen.

Vor allem die großen Volksparteien sehen sich nicht nur einem wachsenden Misstrauen der interessierten Öffentlichkeit gegenüber, sondern sie müssen sich darüber hinaus in seit Jahrzehnten nicht mehr gekanntem Maße mit einem Rechts- und Linkspopulismus auseinandersetzen, der ihre Profilbildung, Reformbereitschaft und Regierungsfähigkeit lähmt. Besonders die SPD hat hierunter auf Grund ihrer traditionellen Nähe zur „Linken“ zu leiden, in anderem, wenngleich schwächerem Maße aber auch die CDU/CSU. Erschwerend kommt hinzu, dass Politik- und Wirtschaftseliten ihre Entscheidungen im Rahmen so komplexer Strukturen treffen müssen, dass sie einfache, populäre Lösungen, die dem Anspruch einer am Gemeinwohl orientierten Politik gerecht werden, kaum formulieren können. Gerade darauf kommt es heute stärker als in früheren Zeiten an. Denn nur so lässt sich die Zersetzung des Gemeinschaftsgefühls aufhalten und zukünftig politische Stabilität sicherstellen.

Die Eliten stehen vor der kaum lösbaren Aufgabe, soziale Gerechtigkeit politisch zu gestalten. Das Gemeinwohl aber ist ein dehnbare Begriff, allzu viele missverstehen ihn als persönliche Vorteilsnahme. Leider erfahren diejenigen, die sich gemeinwohlschädlich verhalten, oft durch eine veröffentlichte Meinung Unterstützung, die einem realitätsfernen Mainstream das Wort redet. Was dabei heute als richtig und notwendig eingefordert wird, wird morgen wieder verworfen.

Solches Verhalten macht es den Eliten zunehmend schwieriger, die Distanz zu Teilen der Gesellschaft durch vorbildliches Handeln zu überwinden und das Interesse der Menschen an politischen Fragen zurückzugewinnen.

Angesichts einer derartigen öffentlichen Kultivierung der Orientierungslosigkeit und des Egoismus lassen sich notwendige Entscheidungen weniger denn je mit nüchternen Zahlen und Fakten begründen. Auch oder gerade in einer zusammenwachsenden Welt darf der Gefühlshaushalt einer Nation nicht aus dem Blick geraten. Er sollte durch Zukunftsthemen angesprochen werden, die bedeutsam sind und alle betreffen, wie es z. B. die Bundeskanzlerin erfolgreich getan hat, als sie den Klimawandel und die Frage der Menschenrechte in die internationale Debatte einbrachte. Wir dürfen darauf hoffen, dass mit derartigen Positionen, die über unseren politischen Alltag hinausweisende Werte vermitteln, das Gemeinschaftsgefühl gestärkt wird. Das notwendige Zusammenspiel von Staat und Zivilgesellschaft gelingt nicht ohne emotionale Bindungen. Mit ihnen wächst die Bereitschaft zu Veränderungen und zur Solidarität. Der große deutsche Philosoph und Soziologe Helmuth Plessner formulierte es in den ersten Nachkriegsjahren einmal so: „Es ist nicht alles möglich, aber es ist immer mehr möglich, als man glaubt.“

DAS GUTE UND DAS SCHLECHTE BEISPIEL

ELITEN SIND VERTRAUENSTRÄGER FÜR EINE DEMOKRATISCHE ENTWICKLUNG

HANS-HARTWIG BLOMEIER

*Teamleiter Lateinamerika,
Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

DR. NINO GALETTI

*Referent Grundsatzfragen,
Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

In zahlreichen Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens herrschen trotz intensiver, jahrzehntelang andauernder Entwicklungszusammenarbeit immer noch Armut, soziale Ungerechtigkeit und mangelnde Partizipation. Es gibt hierfür zahlreiche Erklärungen. Eine ist zweifellos, dass die Eliten vor Ort ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl nicht gerecht werden. Vielmehr nutzen Eliten vielfach ihre hervorgehobene Stellung allein zur Erreichung eigener Vorteile, wenn nicht sogar zur Selbstbereicherung.

Darunter leidet nicht zuletzt das Ansehen der Demokratie als Staats- und Regierungsform. Dort, wo Armut und soziale Ungerechtigkeit wirksam bekämpft werden, stabilisiert sich auch das politische System, und die Demokratie gewinnt an Legitimation und Vertrauen. In Deutschland wird die Demokratie auch deshalb als etwas Positives wahrgenommen, weil sie persönliche Freiheit und umfassenden wirtschaftlichen Wohlstand gebracht hat.

In anderen Staaten wird das durchaus anders empfunden: In vielen Ländern Lateinamerikas hat es die Demokratie auch nach ihrer Wiedereinführung in den 1980er Jahren nicht geschafft, einen signifikanten Beitrag zur Verminderung der Armut zu leisten. Sie vermochte es auch nicht, große Anteile der Bevölkerung in die Entwicklung von Politik und Gesellschaft einzubinden. Für die Menschen in Russland wird der Begriff Demokratie mit dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Niedergang in den 1990er Jahren in Verbindung gebracht. Wo die Eliten an der Bekämpfung von Armut und sozialer Ungerechtigkeit gescheitert sind, finden populistische, nationalistische oder autoritäre Strömungen einen Nährboden und verstehen es, Erwartungen und Hoffnungen auf eine bessere Zukunft zu schüren. Die gegenwärtige problematische Situation demokratischer Strukturen in Venezuela, Bolivien oder

Russland hat ihre Ursache auch im Versagen der politischen und wirtschaftlichen Eliten jener Länder in den Jahren zuvor.

Es ist das wichtigste Ziel der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, die freiheitliche Demokratie weltweit zu fördern. Deutschland hat sowohl mit dem Scheitern als auch mit dem erfolgreichen Aufbau von Demokratie im 20. Jahrhundert Erfahrungen gesammelt, die anderen Staaten weitergegeben werden können. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass dem geistigen und moralischen Wiederaufbau in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mit der katholischen Soziallehre und der protestantischen Sozialethik bewusst ein wesentliches Wertefundament zugrunde gelegt wurde, das dem schwierigen Demokratisierungsprozess seinen prägenden Stempel aufdrückte. Erst aus ihren Prinzipien entwickelte sich eine tragfähige freiheitlich-demokratische Grundordnung und eine erfolgreiche Soziale Marktwirtschaft.

Hinter dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft steckt jedoch mehr als die Schaffung eines Ordnungsrahmens für eine effiziente und wirkungsvolle staatliche Sozial- und Wirtschaftspolitik. Diese ist notwendig und wichtig. Es bedarf daneben aber auch eines breiteren Engagements und Bewusstseins der Eliten: Meinungsführer aus allen Bereichen der Gesellschaft, aus Politik, Wirtschaft, Medien, Kultur, Sport oder Wissenschaft sind gefragt, um intellektuell und emotional zu verankern, dass die Bekämpfung von Armut kein rein karitativer Zweck, sondern ein essentieller Bestandteil nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung ist und der Festigung der Demokratie dient. Es ist – nicht zuletzt im Eigeninteresse der traditionellen Eliten – dringend notwendig, der Demokratie als Staats- und Lebensform ihre Glaubwürdigkeit zurückzugeben. Dies kann nur gelingen, wenn alle Akteure eingebunden werden: Partizipation einerseits und Übernahme von Verantwortung andererseits. Die Konrad-Adenauer-Stiftung übernimmt hierbei in ihrer internationalen Projektarbeit die Rolle eines Mittlers, da sie einerseits als werteorientierte Institution inhaltliche Glaubwürdigkeit besitzt und andererseits als externer Akteur von allen Seiten akzeptiert wird.



RUSSLAND – EIN SCHWIERIGER PARTNER?

WENN UNSERE DEMOKRATISCHEN MASSSTÄBE VERSAGEN

DR. THOMAS KUNZE

*Teamleiter Europa/Nordamerika,
Hauptabteilung Internationale
Zusammenarbeit,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Für den überwiegenden Teil der Medien sowie einen großen Teil westlicher Politologen und Intellektueller hat sich Russland in den vergangenen Jahren vom Weg der Demokratie verabschiedet. Im Mittelpunkt der Diskussionen stehen die russische Tschetschenienpolitik als Beispiel für den Umgang mit Grundrechten, der Fall Chodorkowski als Beispiel für den Umgang mit freiem Unternehmertum und das Ergebnis der letzten Duma-Wahlen als Beispiel für eine zunehmende Zentralisierung der Macht. Ein anderer Teil westlicher Russland-Experten verweist auf die besondere Schwierigkeit des Transformationsprozesses in Russland, das über keine Erfahrungen mit der Demokratie verfügt. Sie sehen in der Politik der russischen Administration den Versuch, Stabilität und Wirtschaftswachstum als Grundlage für die weitere Demokratieentwicklung zu schaffen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist seit 1991 in Russland vertreten. Schwerpunkte der Aktivitäten sind die Zusammenarbeit mit der russisch-orthodoxen Kirche, der Menschenrechtsdialog, gemeinsame Projekte mit den obersten Gerichten der Russischen Föderation und die Kooperation mit politischen Parteien. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich dabei Vertrauen erworben und genießt den Ruf einer politisch tätigen ausländischen Institution, die bei ihren Programmen zur Demokratieentwicklung die Mentalität, Traditionen und Geschichte des russischen Volkes berücksichtigt. Anders könnte eine politische Stiftung, die durch ihre Arbeit deutsche Außenpolitik mitgestaltet, auch keinen Einfluss gewinnen.



*Wahlkampf in Tschetschenien
für Wladimir Putin
(28. November 2007).*

Ist Russland ein schwieriger Partner? In jedem Fall gibt es in Russland und in der Zusammenarbeit mit Russland eine „besondere Dimension“. Das meint nicht nur die sprichwörtliche unendliche Weite des Landes. Es gibt auch die „besondere Dimension“ der russischen Geschichte. Ein alter russischer Grundsatz besagt, dass der Herrscher und alle seine Handlungen sakrosankt sind. Die in der russischen Verfassung von 1905 gewährten Freiheitsrechte waren ein „Vogel mit gestutzten Flügeln“. Unter Stalin gingen Macht und Angst eine teuflische Symbiose ein. Millionen Menschen fielen seinen Verbrechen zum Opfer. Aber die Geschichtsschreibung der Sowjetzeit blendete selbst nach Chruschtschows berühmter „Geheimrede“ an die Delegierten des XX. Parteitages der KPdSU (1956) aus, was nicht in das Korsett der marxistisch-leninistischen Ideologie passte. Niemand wusste, was sich in der UdSSR wirklich abspielte. Der Eiserner Vorhang riegelte das Land von Informationen ab, Landkarten waren eine Rarität, und große Teile des Vielvölkerstaates waren Sperrgebiet, in dem selbst Verwandte Genehmigungen benötigten, um sich gegenseitig zu besuchen.

Diese Vergangenheit trägt ihren Teil dazu bei, dass Russland auch heute noch geheimnisumwittert erscheint. Ohnehin haben wir Probleme, dieses Riesenreich zu begreifen. Russland erstreckt sich über elf Zeitzonen. 160 Völkerschaften leben in 86 Gliedstaaten. Wer mit der Eisenbahn von Moskau nach Wladiwostok fahren möchte, benötigt dafür eine Woche.

Vor seiner Moskau-Reise im September des Jahres 1955 begriff Bundeskanzler Konrad Adenauer die Sowjetunion noch als Gegenbild zur westlich-abendländischen Welt. Seiner Meinung nach bildeten „die Größe des Landes, seine diktatorische Regierungsform und der kommunistische Fanatismus noch sehr lange Zeit für alle anderen Völker eine Gefahr“. Sein Besuch in Moskau, der 1955 zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland führte, ließ ihn das Land fortan differenzierter sehen.

Seitdem haben sich gewaltige Veränderungen vollzogen. In den deutsch-russischen Beziehungen ist seit Ende der 1980er Jahre ein neues Zeitalter angebrochen. Während sich die Völker noch vor fünfzig Jahren mit Skepsis und Misstrauen begegneten, erleben wir heute, wie unter ihnen die konfrontativen Denkmuster, die belasteten Erinnerungen und Ängste zurücktreten und offener Neugier, neuen Möglichkeiten und besseren Erfahrungen Platz machen.

Aus westlicher Sicht führen die russischen Demokratievorstellungen oftmals zu Irritationen. Dennoch darf Russland nicht durch Schwarzweißmalerei in eine permanente Rechtfertigungsposition gedrängt werden. Dass ein offener, lösungsorientierter und kritischer Dialog über Differenzen unter Freunden möglich ist, haben die EU und Russland in der Vergangenheit schon oft unter Beweis gestellt. Nur so können auch in Zukunft weitverbreitete Stereotypen durch persönliche Erfahrungen ersetzt werden.



Europa braucht Russland, und Russland braucht Europa! Europa braucht Russland nicht nur als strategischen Partner in Fragen der Sicherheitspolitik oder als Rohstofflieferanten. Europa braucht Russland, weil wir eine Familie sind. Der russische Zar Peter I. entriss sein Land vor 300 Jahren einer langen Stagnationsphase und wendete es in technischer, sozialer und politischer Hinsicht dem fortschrittlicheren europäischen Entwicklungsmodell zu. Seit jener Zeit kehrt Russland sporadisch immer wieder nach Europa zurück. Personen wie Peter I., Katharina II. oder Alexandra Romanowa, die letzte Zarengattin, belegen die Affinität Russlands vor allem zu Deutschland. Dafür stehen insbesondere auch mannigfache Beispiele enger wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Zusammenarbeit über Jahrhunderte hinweg.



Russland und Europa verbinden ihre Zivilisation sowie ihr kulturelles und historisches Erbe. Uns vereinigt das christliche Erbe. Dies ist ein Fundament und eine verlässliche gemeinsame Wertebasis, auf denen wir gemeinsame Perspektiven entwickeln können. Bundeskanzler Helmut Kohl sprach sich während des Besuchs des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow im Jahre 1989 in Deutschland dafür aus, das europäische Haus gemeinsam mit Russland zu errichten: „An der polnischen Westgrenze“, so sagte er, „beginnt Osteuropa und nicht Westasien.“

Die russisch-europäischen Beziehungen bedürfen der Substanz einer solchen Vision, die über tagespolitische Fragen hinausgeht. Demographische Probleme, Migration, asiatische Wirtschaftskonkurrenz und islamistisch-fundamentalistische Bedrohung: um diesen Zukunftsfragen nicht sprachlos und wehrlos gegenüberzustehen, müssen wir das europäische Haus fertigbauen. Es wird nicht halten, wenn es im Osten keine Pfeiler hat, genauso wie es den Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft im Westen braucht. Vor tausend Jahren schlug am Dnjepr die Geburtsstunde des ersten russischen Staates, der Kiewer Rus. Fast zeitgleich entstand das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Russland ist ein schwieriger Partner. Russland ist aber auch ein europäischer Partner.

In den deutsch-russischen Beziehungen ist seit Ende der 1980er Jahre ein neues Zeitalter angebrochen, auch dank des guten Verhältnisses zwischen Michail Gorbatschow (l) und Helmut Kohl (r).



WEB 2.0

POLITIK ZUM MITMACHEN

POLITISCHE KOMMUNIKATION IN ZEITEN DES WEB 2.0

DR. KRISTINA PRATSCH-HUCKO

*Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Politische Kommunikation,
Hauptabteilung
Politische Bildung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Das Internet als Medium spielte im Wahlkampf erstmals 1994 in den USA eine Rolle. Bei der Präsidentschaftswahl 2000 kam dann der Durchbruch, die Online-Präsenz entwickelte sich – neben anderen Kommunikationskanälen – zu einem unverzichtbaren Wahlkampfbestandteil. Jeder Kandidat legte Wert auf eine eigene Homepage, auch wenn sie oft noch wenig professionell gestaltet war.

Konnte man damals noch von einer Fortsetzung der traditionellen Werbekommunikation mit erweiterten Mitteln sprechen, beobachten wir in Zeiten des Web 2.0 eine grundlegende Veränderung der Kommunikation: Neue interaktive Plattformen, die mit wenig Aufwand zugänglich sind, haben das Internet der „zweiten Generation“ zu einem Mitmach-Netz entwickelt. Längst gehört das klassische Sender-Empfänger-Modell der Kommunikation der Vergangenheit an, da der Nutzer eine aktive Rolle einnimmt und selbst in das Geschehen eingreift.

Wie viel Einfluss ein Einzelner nehmen kann, zeigt das Beispiel des republikanischen Senators George Allen in Virginia. Bei den Kongresswahlen 2006 hatte er einen Vorsprung von sechzehn Prozent vor dem demokratischen Herausforderer Jim Webb, bis er bei einem Wahlkampfauftritt in der Provinz einen dunkelhäutigen Mitarbeiter seines politischen Gegners, der die Kamera auf ihn gerichtet hatte, als „Macaca“ beschimpfte. Die Szene landete auf der Videowebseite „You Tube“ und avancierte dort zum meistgesehenen Clip. Als die „Washington Post“ und mehrere Fernsehsender die Geschichte aufgriffen, wurde der als rassistisch bewertete Ausrutscher im ganzen Land diskutiert. George Allen, der zuvor sogar als möglicher Präsidentschaftskandidat gehandelt worden war, verlor trotz öffentlicher Entschuldigungen seinen Sitz im Senat. Zwar hat es „Gegnerbeobachtung“ in amerikanischen Wahlkämpfen schon immer gegeben. Aber erst mit Hilfe der neuen Technik können Fehlritte blitzschnell ein Millionenpublikum erreichen. Was einmal gesagt ist, bleibt dokumentiert und kann jederzeit wieder herangezogen werden, um z. B. Wahlversprechen und tatsächliches politisches Handeln gegenüberzustellen.

Umgekehrt kann ein unbekannter Kandidat auch durch das Internet groß werden. Der erste, dem dies gelang, war bei den Vorwahlen zur Präsidentschaftswahl 2004 der demokratische Kandidat Howard Dean, der als Star der linken „Netzgemeinde“ gefeiert wurde. Über 600.000 registrierte „Deaniacs“ organisierten Diskussionsforen und reale Treffs im ganzen Land und sammelten eine Rekordsumme von 41 Mio. Dollar in Form von Kleinspenden. Letztendlich scheiterte Dean, aber das Gefühl der „Internet-Community“, etwas bewirken zu können, ist geblieben. Bei den „Midterm-Elections“ 2006 machte die demokratische Bewegung „Moveon.Org“ mit ihrer Aktion „Call for Change“ (C4C) von sich reden. Sympathisanten organisierten Partys in der realen Welt, wo jeder mit dem eigenen Handy weitere potentielle Wähler in Schlüsselwahlkreisen kontaktierte. Auf diese Weise wurden über sieben Millionen Anrufe getätigt. „You can make a difference“ ist das Motto, mit dem Wahlstrategen auch politisch nicht aktive Bürger zum Mitmachen bewegen. Wichtig ist dabei, dass man das Ergebnis



Die Konrad-Adenauer-Stiftung begleitet den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2008 mit einem Themenportal auf ihrer Homepage (www.kas.de/wf/de/21.95/).

einer Aktion (z.B. die Höhe der gesammelten Summe) für die Beteiligten zeitnah sichtbar macht und besonders erfolgreiche Aktivisten belohnt, indem man ihnen z.B. eine Auszeichnung verleiht.

Insbesondere Jugendliche nutzen das Netz, weil sie selbst bestimmen können, was sie wann ansehen. Längst hat das Internet bei dieser Zielgruppe dem Fernsehen den Rang abgelassen. So überrascht es nicht, dass die demokratischen Top-Kandidaten im Präsidentschaftswahlkampf 2008, Barack Obama und Hillary Clinton, ihre Kandidatur auf eigenen Internet-TV-Kanälen bekanntgaben. Seitdem werden die Seiten täglich aktualisiert und mit interaktiven Elementen angereichert. So forderte Hillary Clinton die Internetgemeinde auf, einen Monat lang einen Titelsong für ihre Wahlkampagne auszuwählen. 25.000 Vorschläge wurden eingereicht, 200.000 Personen beteiligten sich an der Abstimmung.

Das Massenmedium Fernsehen möchte bei dieser Entwicklung nicht nachstehen und baut zunehmend interaktive Elemente in das Programm ein. Erstmals stellten sich im Juli die acht demokratischen Präsidentschaftsbewerber Fragen, die Bürger in Form von halbinütigen Videoclips eingesandt hatten. Die zweistündige Debatte wurde gemeinsam von You Tube und dem Nachrichtensender CNN übertragen. Zeitgleich begann auf You Tube eine „Follow-Up Debate“ über die Antworten und das Abschneiden der Kandidaten.

Die neueste Entwicklung sind die „Social Networks“, die vor allem von Jugendlichen genutzt werden. „My Space“, das Forum für Musikfreunde, hatte in den USA 2006 knapp 50 Millionen Nutzer. „Facebook“, das als kostenlose Internetplattform für Schüler und Studenten im englischsprachigen Raum begann, kommt auf 8,7 Millionen registrierte Nutzer. In Anlehnung an die „Schul-Facebooks“ mit den Fotos der Mitschüler und Lehrer kann man auf dieser Internet-Plattform seinen „Steckbrief“ einstellen, Freunde treffen und mit Gleichgesinnten Freundesgruppen bilden. Längst haben Betreiber und Wahlstrategen das Potential für politische Zwecke entdeckt. So richtete You Tube den Kanal „You Choose 08“ ein, der den Kandidaten gigantische Werbeflächen für ihre Kampagnen bietet. Auf der Seite „Obama 08“ tauschen über 100.000 „Freunde“ Neuigkeiten, Videos und Events der aktuellen Kampagne aus und vernetzen sich mit anderen Unterstützern, Tendenz steigend. Gegner von Hillary Clinton gründeten die Gruppe „Stop Hillary Clinton (One Million Strong AGAINST Hillary)“, die in kurzer Zeit zur erfolgreichsten Facebook-Seite avancierte.

Die Nutzungshäufigkeit der einzelnen Seiten wird in den Vereinigten Staaten (z.B. auf „TechPresident.com“) täglich minutiös registriert. Über die Wirkungen in der realen Welt weiß man jedoch noch wenig.

Im französischen Präsidentschaftswahlkampf 2007 hat die sozialistische Kandidatin Ségolène Royal die „Démocratie participative“ zu ihrem Programm erhoben. Mit dem Motto „Désirs d’Avenir“ (Zukunftswünsche) forderte sie die Bürger auf, ihre Vorstellungen von der Gestaltung künftiger Politik per Internet oder in „partizipativen Debatten“, die im ganzen Land stattfanden, zu artikulieren. Ihr hundert Punkte umfassendes Regierungs-Programm stellte sie dann als Ergebnis dieser basisdemokratischen Befragung dar. Ihr Gegenkandidat Nicolas Sarkozy betrieb einen eigenen Fernsehkanal im Internet, der täglich mit neuen bewegten Bildern angereichert wurde. Sein Ziel war es, in Filmsequenzen bürgernah und unkonventionell zu erscheinen und seine Botschaften sehr direkt und persönlich dem Publikum mitzuteilen. Beide haben exemplarisch demonstriert, welche Rolle das Internet auch in Europa in der Zukunft des politischen Marketings spielen wird.



Längst hat das Internet bei Jugendlichen dem Fernsehen den Rang abgelassen. So haben die demokratischen Top-Kandidaten im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2008 ihre Kandidatur auf eigenen Internet-TV-Kanälen bekanntgegeben. Die Republikaner nutzen den Internetdienst „You Tube“ für ihre Debatten.



WENN VON WERTEN DIE REDE IST, WIRD HÄUFIG IHR VERFALL BEKLAGT, IHRE BEDROHUNG HERVORGEHOBEN. DIESEM PESSIMISMUS ERTEILT DIE KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG EINE KLARE ABSAGE UND STELLT DIE WEITERENTWICKLUNG VON WERTEN IN DER GLOBALISIERTEN WELT IN DEN FOKUS DER DEBATTE.



WENN WERTE SICH WANDELN

EIN PLÄDOYER GEGEN FRUCHTLOSE KLAGELIEDER

DR. MICHAEL BORCHARD

*Leiter der Hauptabteilung
Politik und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

„Der Raum ist leider bald völlig überfüllt. Dürfen wir Ihnen empfehlen, entweder die Empore des Saales zu nützen oder in einen Nachbarraum zu gehen, in den die Veranstaltung übertragen wird?“ So wurden Interessierte in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung begrüßt, die sich wenige Tage vor Weihnachten 2007 zu einer Veranstaltung mit dem Thema „Religion und Aufklärung“ angemeldet hatten. Beinahe 400 Gäste hörten unter anderem dem Tübinger Philosophen Otfried Höffe und dem Theologen Richard Schröder gebannt zu. Szenenwechsel: Wenige Monate zuvor fand ein Expertengespräch zum Thema „Patientenverfügung“ am gleichen Ort statt. Über 25 Bundestagsabgeordnete ließen sich von Experten über dieses schwierige ethische Thema – über die Abwägung zwischen der Selbstbestimmung des Patienten einerseits und den Notwendigkeiten des Lebensschutzes andererseits – intensiv unterrichten. Kaum jemals zuvor haben so viele Abgeordnete an einem Expertentreffen als Gäste teilgenommen.

Es ist ein durchgängiges Muster, das bei diesen und anderen Beispielen aus der Arbeit der Stiftung feststellbar ist: Es sind stets Themen, die sich mit Werten und dem Wertewandel beschäftigen, die besondere Aufmerksamkeit erregen – bei einem Fachpublikum und in der breiteren Öffentlichkeit. Dieser Trend scheint verbreitet zu sein: Auch wenn man über das Werk geteilter Meinung sein darf – die Tatsache, dass das Buch eines deutschen Komikers über seine Pilgerfahrt nach Santiago de Compostela seit Monaten weit oben auf den Bestseller-Listen steht, ist bemerkenswert.

Wer sich bei den jeweils anschließenden Empfängen in der Stiftung auf die Motivsuche für so viel Interesse an den „Werten“ begibt, darf gleichfalls eine durchgehende Erscheinung registrieren: ein gewisses Unbehagen am Umgang mit unseren Wertgrundlagen! Mit dem Glas Rotwein in der Hand wird der Verfall der Werte beklagt, ihre Bedrohung im Inneren durch Relativismus, Desinteresse und Bildungslücken, von außen durch andere Kulturen, die in unserer Gesellschaft ihr Wertesystem zur Geltung bringen wollen. Der Einsturz unserer überkommenen Traditionen oder zumindest ihre bedrohliche Schiefelage wird an die Wand gemalt, und die globalisierte Weltwirtschaft wird zum Sündenbock, die mehr Flexibilität und Mobilität fordere und keinen Raum mehr für Wertorientierung lasse.

Elisabeth Noelle-Neumann hat erst vor wenigen Jahren einen anhaltenden Verfall von Werten diagnostiziert. Der Werteverfall habe einen vor vierzig Jahren deutlich geworden und in der 68er-Zeit in seiner Intensität bis dahin unbekanntem Generationenkonflikt zur Folge gehabt. Die Abnahme der Bindung der Menschen an Religion und Kirche, die schwindende Akzeptanz der Beschränkung individueller Freiheiten durch Normen, Hierarchien oder Autoritäten, der Bedeutungsverlust tradierter Tugenden wie Höflichkeit, gutes Benehmen, Pünktlichkeit, Ordentlichkeit, Sauberkeit, Sparsamkeit, die Ablösung der bürgerlichen Leistungsethik durch zunehmende Freizeitorientierung, die mangelnde Fähigkeit der Menschen, sich in erprobten Formen im politischen Gemeinwesen zu engagieren – alles das stelle erhebliche Gefahren für die pluralistische Gesellschaft dar.

So ernst solche Sorgen zu nehmen sind, so sehr sie gewisse Realitäten abbilden und so wenig sie sich mit wohlfeilen oder gar bissigen Kommentaren als „konservative Larmoyanz“ oder „Verfallsjammerei“ einfach wegwischen lassen, so klar ist auch, dass der Terminus Wertewandel gerade in Deutschland überwiegend negative Konnotationen hat.

Es ist stets so, dass am Anfang jeder ernsthaften Diskussion über Grundwerte die Erfahrung des Werteverlustes oder die Befürchtung des drohenden Werteverlustes steht. In Zeiten des Wandels wächst der subjektiv empfundene Bedarf an und die objektive Notwendigkeit von Orientierung. Eine Diskussion über Wertgrundlagen kann und wird es ohne Wertewandelsprozesse nicht geben. Dabei steht die uralte Erkenntnis im Vordergrund, dass es Werte gibt, die aus dem Wesen des Menschen als „ens individuelle“ und „ens sociale“ folgen und deshalb überzeitlich gültig sind. Aber selbst diese Werte entwickeln sich weiter und müssen immer wieder mit den sich wandelnden Umständen neu interpretiert und entsprechend den gegenwärtigen Realitäten in Welt, Wirtschaft und Gesellschaft „eingebettet“ und vom idealistischen Himmel in die konkrete Realität geholt werden.

Eine Diskussion über Wertgrundlagen kann und wird es ohne Wertewandelsprozesse nicht geben. Dabei steht die uralte Erkenntnis im Vordergrund, dass es Werte gibt, die aus dem Wesen des Menschen als „ens individuelle“ und „ens sociale“ folgen und deshalb überzeitlich gültig sind.

„Die Krise der Moderne“, so sagt der Theologe und Religionswissenschaftler Friedrich Wilhelm Graf, „ist so alt wie die Moderne selbst. Insofern erleben wir in der Gegenwart nur verstärkt, was für moderne Gesellschaften immer charakteristisch gewesen ist: starke interne Polarisierung in Wertfragen, bleibender Dissens darüber, was die tragenden Fundamente des gemeinsamen Lebens sind, Auseinandersetzungen darüber, ob es so etwas wie eine Leitkultur geben muss, und die irritierte Sorge vor der Allgewalt des Ökonomischen.“

Eine pessimistische Grundhaltung, die auf den großen Umschwung hofft, beflügelt kaum zu „großen Taten“ und führt dazu, dass sich, wie es Warnfried Dettling treffend ausgedrückt hat, aus der „kollektiven Malaise längst ein veritabler Standortnachteil“ entwickelt.

Die reine Diagnostik des Werteverfalls, die sich in der „Moll-Tonart“ äußert, das Lamento über eine immer „wertloser“ werdende Gesellschaft ist überdies statisch und nicht eigentlich in Übereinstimmung zu bringen mit unserem Menschenbild und einem urchristlichen Motiv für politisches Handeln: Die etwas sperrige Aufforderung, sich die „Erde untertan“ zu machen, bedeutet nichts anderes als den Auftrag an uns, Probleme aktiv zu lösen, das Zusammenleben gedeihlich zu gestalten, Konflikte friedlich auszutragen und Lebensgrundlagen für alle zu schaffen, aber nicht fatalistisch auf den sicher kommenden Tod zu warten.

Das hat Folgen für unser Verständnis von Konservativismus. Er taugt nicht mehr als „politische Kampfvokabel“ – schon gar nicht gegen die christlich-demokratische Bewegung. Dass vor einigen Jahren der Namensgeber der Stiftung, Konrad Adenauer, bei einer ZDF-Sendung zu „unserem Besten“ aller Zeiten gewählt worden ist, verdeutlicht eines: Stünde er nur für eine rückwärtsgewandte Form der Politik, hätte seine Botschaft nicht auch große Aktualität, er hätte wohl niemals eine so deutliche Anerkennung gefunden. Er war ein moderner, ein progressiver und zukunftsöffener Konservativer, prinzipientreu, aber nicht ideologisch, patriotisch, aber nicht nationalistisch, progressiv, aber nicht modernistisch, realistisch, aber nicht ohne Visionen. Daran muss angeknüpft werden.

Eine Absage an den Wertepessimismus hat ebenso Folgen für unser Verständnis von der Rolle der Volksparteien. Auch wenn es heute zum „Volkssport“ politischer Journalisten und wissenschaftlicher Kolumnisten gehört, den Volksparteien nach langem angeblichem Siechtum das baldige Ableben vorherzusagen: Sie bleiben die Garanten für die notwendige „Kommunikation“ zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den politisch Handelnden. Es stimmt noch immer, was Richard Schmidt gesagt hat: Volksparteien sind die „staatsbildenden Kräfte des Gesellschaftslebens“.



Eine Gesellschaft aber kann die Erfordernisse einer wahrlich herausfordernden Zukunft nur gestalten und den Menschen zugleich Orientierung und Sicherheit vermitteln, wenn sie Flexibilität, Innovationsfähigkeit und Offenheit mit Heimat- und Traditionsverbundenheit kombiniert – sozusagen den Kopf über den Wolken und die Füße auf dem Boden. Keine gesellschaftliche Institution, weder die Medien noch andere Akteure können diesen artistischen Kraftakt – die Verbindung von Tradition und Moderne – auch nur ansatzweise so bewältigen wie die Volksparteien.

Diese Kraft wiederzuentdecken und so gesellschaftliche Gemeinsamkeiten zu schaffen setzt aber zugleich voraus, die Wertedebatten aus dem sozialen und politischen Jenseits herauszuholen und für die Bewältigung des politischen Alltags fruchtbar zu machen. „Das Fehlen eines geistigen Horizonts der Reformpolitik“, so Warnfried Dettling, „war von Anfang an auch eine ihrer entscheidenden Schwächen. Politisches Handeln legitimiert sich nicht allein aus politischen und ökonomischen Zusammenhängen heraus. Es sind immer Ideen und Werte, ein zeitlicher und konzeptioneller Vorgriff auf eine gute oder doch wenigstens bessere Gesellschaft (...), um derentwillen Schritte und Anstrengungen plausibel sind.“

Wenn Volksparteien so handeln, sind sie auch Bewältigungsmechanismen für den notwendigen Wandel insgesamt und sind durchaus gewappnet für die unabweisbar negativen Folgen von Wertewandelsprozessen. Die Voraussetzung für ihren Erfolg ist allerdings, dass sie den Menschen das Gefühl geben und sie dazu befähigen, einerseits mit der notwendigen Freiheit Lebenschancen zu ergreifen und in einer globalisierten, technisierten und dynamisierten Welt zu bestehen, ihnen andererseits aber auch die Sicherheit vermitteln, nicht an den Rand gedrängt zu werden.

Konkret bedeutet das für die christlich-demokratische Volkspartei, aber auch für die politische Stiftung, die ihr nahesteht, die Themen noch stärker in den Mittelpunkt zu stellen, die Freiheit und Sicherheit miteinander verbinden:

Erstens Familie: So banal es klingen mag: Aus der Erkenntnis heraus, dass sich Werte nicht einfach auf den Lehrplan setzen und negative Folgen des Wertewandels nicht einfach „umerziehen“ lassen, müssen wir zunächst die Familien in ihrer normativen und gemeinschaftsbildenden Kraft stärken. Hier lernen Kinder eigenverantwortliches Handeln, hier erfahren sie im besten Falle Sicherheit. Das bedeutet auch – über das übliche öffentliche Klagen hinaus –, genau zu ermitteln, welche Bedürfnisse Familien wirklich haben, wie Eltern in die Lage versetzt werden, Vorbild zu sein und ihren Auftrag zu erfüllen. Ein Ziel, das niemals erreichbar ist, wenn nicht zugleich auch gesellschaftliche Realitäten in einem gewissen Ausmaß anerkannt werden. Ihren Weg, auf der Suche nach dem Kindeswohl auch nach den Bedingungen zu fragen, unter denen Eltern handeln, muss die Stiftung dementsprechend fortsetzen.

Zweitens Bildung: Wer für Wandel aufgeschlossen sein, wer seine Chancen deutlicher fühlen soll als seine Ängste, der benötigt dafür ein solides Fundament von Erkenntnissen und Erfahrungen. Dafür muss die Wertevermittlung stärker in allen Bildungszweigen – von der beruflichen Bildung über die Lehrerbildung bis zur Hochschulausbildung – neben die Wissensvermittlung treten. Bildung – insbesondere auch Persönlichkeitsbildung – bleibt nicht nur die entscheidende Schlüsselqualifikation. Sie kann zugleich helfen, zwei skandalöse Ärgernisse zu mindern, die eng miteinander verknüpft sind: Eines bleibt die noch immer viel zu hohe Arbeitslosigkeit, das andere ist die Tatsache, dass in kaum einem anderen Land die Gesetze der „sozialen Vererbung“ sich so sehr ausprägen wie in Deutschland: Kinder aus unteren sozialen Schichten und nicht zuletzt aus Migrantenfamilien haben deutlich schlechtere Chancen, sich als Person zu entwickeln und ihre Begabungen und Talente zu entfalten. Das ist ökonomisch ebenso bedenklich wie moralisch, und darin liegt sozialer Sprengstoff.



Wir müssen die Familien in ihrer normativen und gemeinschaftsbildenden Kraft stärken: Hier lernen Kinder eigenverantwortliches Handeln.

Bedenklich ist allerdings auch, dass die politische Bildung in Deutschland noch immer nicht den Rang einnimmt, der ihr wirklich zukommt. Sie mag kein Allheilmittel gegen Demokratieskepsis und Extremismus sein, aber ohne eine breitangelegte politische Bildungsarbeit ist gesellschaftspolitische Teilhabe und politisches Engagement schwer vorstellbar. Auch in diesem Bereich muss die KAS neue Impulse setzen.

Drittens Soziale Marktwirtschaft: Für Konrad Adenauer war immer klar, dass wirtschaftliche Vernunft und Marktorientierung mit sozialer Gerechtigkeit in Balance gebracht werden müssen. Hier wird das Begriffspaar „Freiheit und Sicherheit“ besonders greifbar. Eigenverantwortung muss Vorrang haben, ist aber ohne die dafür notwendigen finanziellen Ressourcen schwer vorstellbar.

Unter den Bedingungen der zunehmend globalisierten Wirtschaft ist diese ordnungspolitische Aufgabe zu einer noch wichtigeren Herausforderung geworden. Wirtschaftliche und soziale Interessen sinnvoll miteinander zu verbinden und dieser Verknüpfung im Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ Kontur zu verleihen ist nicht nur die große historische Leistung der christlich-demokratischen Bewegung, es bleibt auch ihr Unterscheidungsmerkmal für die Zukunft. Voraussetzung dafür ist heute allerdings, dass es nicht allein gelingt, die Chancen der Globalisierung zu vermitteln, sondern auch jenen Menschen Antworten zu geben, die sich im globalen Wettbewerb an den Rand gedrängt sehen.

Deshalb ist es nicht nur wichtig, die historischen Konturen, die Richtungsentscheidungen der Sozialen Marktwirtschaft immer wieder neu zu polieren und für unsere Zeit greifbar zu machen, sondern neben den wirtschaftlichen Dimensionen der Globalisierung auch die sozialen und kulturellen Dimensionen, die Auswirkungen auf unsere Identität zu untersuchen. Hier wird die Stiftung ihre Akzente deutlich verstärken müssen. Wegmarken sind mit einem stiftungsübergreifenden Projekt zur Globalisierung gesetzt.

Für unsere Chancen in der Globalisierung ist bedeutsam, welches Gesellschaftsbild wir haben – insofern ist die Frage nach unserer Wertorientierung immer auch ein Teil der Standortdebatte. Fatal wäre einerseits eine „geschlossene Gesellschaft“, in der eine Haltung dominiert, die von Misstrauen gegenüber Menschen, Ideen und Religionen geprägt ist, die den eigenen Lebensentwurf verabsolutiert und die – gespeist aus Zukunftspessimismus – Abwehrmechanismen gegen alles Neue entwickelt. Ebenso problematisch ist eine radikale Form der „offenen Gesellschaft“, in der Solidarität und gemeinsame und verbindende Traditionen fehlen. Deswegen bleibt im Rahmen der Wertewandelsdiskussion die Debatte über die Grundlagen für gesellschaftlichen Zusammenhalt für die Stiftung eine entscheidende Aufgabe für die kommenden Jahre. Im Kern geht es darum, diese vermeintlich „weichen“ Faktoren, ohne die „harter“ wirtschaftlicher Erfolg kaum vorstellbar ist, in der Debatte über den Zukunftsstandort „Deutschland“ immer wieder in die Diskussion zu bringen und damit Leitplanken für erfolgreiche Politik zu setzen.





WAS EINT UNS?

WERTORIENTIERUNG IN ZEITEN DER GLOBALISIERUNG

DR. NORBERT LAMMERT

*Präsident des
Deutschen Bundestages,
stellvertretender
Vorsitzender der Konrad-
Adenauer-Stiftung*

Neu ist die Frage nach den gemeinsamen Grundlagen einer Gesellschaft, nach den Wertorientierungen, nach dem, was gilt, keineswegs. Preußenkönig Friedrich II. zum Beispiel hat sie auch schon gestellt und in absolutistischer Tradition kurzerhand selbst beantwortet: Er befand, dass sein Volk in der Religion unterwiesen werden müsse, und zwar „damit die Kanaille pariert“. Das klingt nicht nur drastisch, es war wohl auch so gemeint. Zeitgenossen sprechen mit Habermas heute lieber von der „Gefahr einer entgleitenden Modernisierung der Gesellschaft“, der entgegenzuwirken sei, auch und gerade mit Religion. Die wichtigsten, jedenfalls wirksamsten Faktoren und Institutionen der Bildung und Vermittlung von Werten sind die Religionen. Die Frage, ob sie für diese Funktion der Bildung und Vermittlung von Werten, von Orientierungen einer Gesellschaft, einen Exklusivanspruch erheben wollen, ob sie dies dürfen und ob sie einen solchen Exklusivanspruch gegebenenfalls auch durchsetzen können, unterscheidet sie im historischen wie im aktuellen Vergleich nicht unwesentlich voneinander.

Für demokratische Gesellschaften in säkularen Zeiten galt und gilt indessen nicht weniger als für Ständegesellschaften in absolutistischen Zeiten: Jede Gesellschaft, die moderne allemal, braucht einen Mindestbestand an gemeinsamen Werten, Überzeugungen und Orientierungen, ohne die sie ihren inneren Zusammenhalt nicht bewahren kann.

Nicht zuletzt der aktuelle Integrationsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2007 verweist mit demographischen Zahlen ebenso eindeutig wie beunruhigend auf ein wachsendes Konfliktpotential unserer multikulturellen Gesellschaft, die eben nicht nur eine Bereicherung, sondern zugleich immer auch eine Herausforderung darstellt. Ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland, rund 15 Millionen Menschen also, hat Migrationshintergrund. Vor allem die Integrations-, Bildungs- und Arbeitsmarktprobleme der zweiten und dritten Ausländergeneration sind besorgniserregend. Besonders hoch ist der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe unter Kindern und Jugendlichen. 30 Prozent der bundesdeutschen Kinder unter fünfzehn Jahren stammen aus Familien mit Migrationshintergrund. In Großstädten mit mehr als 200.000 Einwohnern sind es bereits 44,9 Prozent der Einwohner unter 15 Jahren, in einigen Großstädten sind es bei den Kindern unter fünf Jahren sogar über 60 Prozent. Die Arbeit für ein friedliches Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen auf der Grundlage unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung, so schlussfolgert der Regierungsbericht, bleibt eine der großen Herausforderungen für Politik und Gesellschaft. Der Bericht sagt auch: Integration ist eine staatliche Aufgabe, ebenso sind aber auch Eigeninitiative und bürgerschaftliches Engagement gefragt.

Zur besseren Orientierung schlage man für diese Debatte neben dem Integrationsbericht der Bundesregierung den Abschlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“ hilfswiese gleich mit auf. Auf 500 Seiten kann man dort entnehmen, falls man es nicht schon geahnt hatte, dass die kulturellen



Die Arbeit für ein friedliches Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen bleibt eine der großen Herausforderungen für Politik und Gesellschaft. Der Nationale Integrationsplan will die Integration der rund 15 Millionen Menschen in Deutschland mit Migrationshintergrund verbessern helfen.

Bedingungen für die Lebensverhältnisse einer Gesellschaft nicht weniger wichtig sind als die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen.

Neu ist nicht die Herausforderung, sondern die Debatte über die Mindestvoraussetzungen für den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft, die jahrelang verweigert worden war.

Bei allen gelegentlichen Verrenkungen in der Auseinandersetzung mit dem Begriff Leitkultur stimmen erfreulicherweise doch mittlerweile fast alle darin überein, dass wir diese Debatte dringend weiter führen müssen. Und dass die unsere genau wie andere Gesellschaften einen vitalen Bedarf an Selbstverständigung über genau das Mindestmaß an gemeinsamen Orientierungen, Werten und Überzeugungen hat, ohne die jede Gesellschaft und natürlich auch diese ihre innere Konsistenz und übrigens auch die Verfassungsordnung ihre innere Legitimation verlieren.

Unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Norbert Lammert näherte sich die KAS in den Jahren 2006 und 2007 in der Reihe „Was eint uns?“ in Vorträgen und im Dialog mit Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wirtschaft der Frage nach Grundlagen und Orientierungen unserer Gesellschaft aus unterschiedlichen Richtungen.

Ich möchte daher dem Vorsitzenden der Adenauer-Stiftung, Professor Bernhard Vogel, und ihrem Generalsekretär, Wilhelm Staudacher, danken, dieses Thema auf die Tagesordnung der Stiftung gesetzt zu haben.

Das Thema Globalisierung war im Jahr 2007 ein spannender Diskussionsrahmen, in dem die Frage „Was eint uns?“ in zahlreichen bemerkenswerten Beiträgen von ausgewiesenen Fachleuten beleuchtet werden konnte. Dabei wird immer deutlicher, dass die Erfahrung der Globalisierung für viele Menschen mit dem Gefühl der Hilflosigkeit verbunden und gerade deshalb das Bedürfnis nach Orientierung und Identifikation verstärkt ist.

Die allermeisten Menschen erfahren die Globalisierung als einen beinahe naturwüchsigen Prozess, gegen den kein Kraut gewachsen ist, von dem man ziemlich genau weiß, dass er stattfindet – mit und ohne eigene Beteiligung und schon gar mit und ohne eigene Begeisterung. Und gerade weil das so ist, wächst das vitale Bedürfnis nach einem festen Boden. Irgendwo einen Platz zu haben, von dem aus man diesen Prozess wenigstens halbwegs gesichert beobachten, wenn auch nur begrenzt beeinflussen kann. In Zeiten der Globalisierung ist die Welt ja nicht zur Heimat geworden, sondern, umgekehrt, ist das Bedürfnis nach Heimat größer geworden. Nach einem Platz, wo man sich zu Hause fühlt. Das Bedürfnis nach Identifikation wird in Zeiten der Globalisierung in modernen Industriegesellschaften nach meinem Eindruck erkennbar größer.

Es gibt schließlich einen weiteren besonderen Aspekt der Globalisierungserfahrung: Ich habe den begründeten Eindruck, dass die allermeisten Menschen, nachdem die Systemfrage entschieden ist zugunsten liberaler Demokratien und marktwirtschaftlicher Ordnung, nicht mehr die Freiheit bedroht fühlen, wohl aber die Gerechtigkeit. Das muss keine zutreffende Wahrnehmung sein, aber dass es eine weitverbreitete tatsächliche Einschätzung ist, das ist offenkundig. Die meisten Menschen haben wachsende Zweifel, ob es in einer Gesellschaft und in einer Welt, in denen die Freiheitspielräume größer geworden sind als je zuvor, weiter gerecht zugeht. Ob der zunehmende Reputationsverlust der politischen Institutionen auch mit dieser Wahrnehmung und den Enttäuschungen mit Blick auf die Erwartungen an Politik ursächlich zusammenhängen könnte, ist eine besonders dringliche Anfrage an die Politik.

Identität und Gerechtigkeit in Zeiten der Globalisierung – dieser Zusammenhang wird in den notwendigen Debatten um das, was uns eint, gewiss auch für das Jahr 2008 ein gründliches Nachdenken erfordern.



Professor Otfried Höffe (l) und Professor Werner Patzelt (r) im Gespräch anlässlich der Veranstaltung „Was eint uns?“ am 3. Juli 2007 in Berlin. Helmut Herles moderierte.



ELTERN UNTER DRUCK

FAMILIENPOLITIK MUSS NEUE ANSÄTZE IN DEN BLICK NEHMEN

CHRISTINE
HENRY-HUTHMACHER

*Koordinatorin Frauen-
und Familienpolitik,
Hauptabteilung
Politik und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

ELISABETH HOFFMANN

*Projektbeauftragte
für Frauen und Familien,
Hauptabteilung
Politik und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Spektakuläre Fälle von Kindesvernachlässigung, aber auch die Diskussion um Schulabbrecher, Medienverwahrlosung, Fehlernährung und die zunehmenden Sprachdefizite bei Kindern und Jugendlichen haben die Frage nach dem Selbstverständnis von Eltern und ihrem Erziehungsverhalten aufgeworfen. Nicht selten fühlen sich Eltern vom Alltag mit Kindern, den Erziehungsaufgaben und den wachsenden Anforderungen an die Elternrolle überfordert. Den Eltern wird heute ein Maß an Verantwortung und Mitsprache für ihre Kinder zugewiesen, das es in früheren Elterngenerationen so nicht gab. Über die Lebenssituation von Eltern wissen wir jedoch wenig. Zwar prägen sie maßgeblich das Lebensumfeld und die Entwicklung ihrer Kinder, doch spielen sie in der familienpolitischen Diskussion nur eine marginale Rolle. Da das Hauptaugenmerk der Familienpolitik auf dem Kindeswohl liegt, geraten Eltern leicht aus dem Blickfeld.

Elternschaft war noch bis vor dreißig Jahren ein klares Lebensmodell und fest in der gesellschaftlichen Normalität verankert. Waren Kinder ehemals selbstverständlicher Bestandteil einer Biographie von Frauen und Männern, so hat sich dies inzwischen grundlegend gewandelt. Elternschaft ist heute eine Option unter anderen Lebens- und Partnerschaftsformen geworden. Enge Bindungen und langfristiger Zusammenhalt wie in der klassischen Familie passen zunehmend weniger in das Bild einer Gesellschaft, die von Kurzfristigkeit und Flexibilität geprägt ist. Die moderne Arbeitswelt fordert den möglichst uneingeschränkt mobilen und verfügbaren Menschen. Idealerweise sind dies Menschen ohne Familienbindungen, die sich schnell an veränderte Lebens- und Arbeitsbedingungen anpassen können. Bereits in der Schule werden Flexibilität und Kreativität propagiert. Die gesamte und äußerst umfangreiche Ratgeberliteratur über Management und Selbstmanagement zielt darauf ab, uns zum Unternehmer unserer selbst zu machen. Dahinter steht die Vorstellung, dass wir uns eigeninitiativ fit machen müssen für den Wettbewerb. Eltern mit Kindern können diesem ungebundenen Leitbild aber kaum genügen. Sie müssen die Erfahrung machen, dass ein Leben mit Kindern Abhängigkeiten und Verpflichtungen schafft, die ohne Konstanz und Verlässlichkeit nicht zu bewältigen sind und die Teilnahme am Wettbewerb erschweren. Elternschaft wird daher häufig als eine einschränkende Lebensbedingung erfahren.

Eine fernöstliche Weisheit sagt, wer mehr Kinder haben wolle, dürfe nicht nur die Rechte der Kinder stärken. Man müsse vielmehr das Ansehen der Eltern heben. Das beschreibt recht präzise den Kern des Problems. Bei aller gerechtfertigten und notwendigen Fokussierung auf das Wohl des Kindes sind die Eltern und ihre Bedürfnisse aus dem Blick geraten. Allerdings darf im Gegenzug die große Bedeutung des Kindeswohls auch nicht relativiert werden. Im Zentrum der Elternschaft steht nun einmal völlig zu Recht die Beziehung der Eltern zu ihrem Kind. Sie basiert auf allgemeinen Regelungen und Pflichten gegenüber dem Kind und soll zur bestmöglichen Gewährleistung des Kindeswohls beitragen. Die Sorge um das Kindeswohl ist als klare Aufgabe der Eltern definiert. Doch mit ebendieser Aufgabe werden sie weitgehend allein gelassen und fühlen sich damit zunehmend überfordert. Während die Ansprüche an eine gute und glückliche Kindheit und an eine gelingende Erziehung wachsen, fällt es

*Der Arbeitsbereich
Frauen- und Familien-
politik der KAS zählt in
Deutschland zu den
Ersten, die „Frühkind-
liche Bildung“ forderten
(s. auch S. 50).*



Eltern immer schwerer, den damit an sie gestellten Erziehungsanforderungen zu entsprechen. Zum einen weil sie beruflich zumeist stark eingespannt sind oder etwa aufgrund fehlender Beschäftigungsmöglichkeit kaum die notwendigen ökonomischen Ressourcen aufbringen können, zum anderen weil die gesellschaftliche Neudefinition des Kindes als gleichberechtigtem Partner Elternschaft per se anspruchsvoller und voraussetzungsreicher gemacht hat.

Eltern werden vermehrt zu Managern behüteter Kontakte und zu Partnern der Aktivitäten ihrer Kinder. Alte Erziehungsziele wurden abgelöst, die Rechte der Kinder gestärkt.

Die Ära der „Straßenkindheit“ – wie man sie noch bis in die 1980er Jahre hinein kannte und in der Freizeit primär draußen stattfand – ist der „verhäuslichten“ Familienkindheit gewichen: Immer mehr Freizeit wird ins Innere, in den häuslichen Bereich verlagert. Vor dem Hintergrund geringer Geschwisterzahlen oder gar von Geschwisterlosigkeit sowie häufig mangelnder Spielkameraden im gleichen Wohnviertel zeigt dieser Wandel konkrete Auswirkungen auf die Eltern: Sie werden als „Familienmanager“ mit der Aufgabe, eine „Verinselung“ ihrer Kinder durch gezielte Freizeitgestaltung zu überbrücken, vermehrt zum Begleit-, Spiel-, aber auch Hausaufgabenpartner und investieren viel Zeit, Energie und finanzielle Mittel, um die eigenen Kinder mit anderen Kindern zusammenzubringen, zu fördern und einen abwechslungsreichen und anregenden Alltag zu gewährleisten.

Dabei ist seit den 1980er Jahren eine nachhaltige Emanzipation des Kindes zu beobachten, das hinsichtlich seiner Rechte den Eltern gleich-, aber von möglichen Pflichten weitestgehend freigestellt wird. Das hat deutliche Auswirkungen auf die Eltern-Kind-Beziehung. Die aktuelle partnerschaftlich-egalitäre Beziehung basiert auf veränderten Erziehungszielen und -stilen. Normativ hat ein offenes, am Leben der Kinder interessiertes Erziehungsverhalten, bei dem jedoch durchaus Regeln aufgestellt und deren Einhaltung kontrolliert werden, alte Erziehungsziele wie Gehorsam, Anpassung und Pflichtbewusstsein abgelöst. In der Praxis zeigt sich, dass gerade diese Aushandlungsprozesse im Familienalltag Eltern immer mehr an die Grenzen ihres erzieherischen Handelns bringen. Zwischen den Extremen von verwöhnten Wunschkindern auf der einen und sich selbst überlassenen, zum Teil vernachlässigten Kindern auf der anderen Seite versuchen Eltern, ihrer Elternrolle gerecht zu werden und das individuell richtige Maß für ihr Kind zu finden.



Mütter und Väter fühlen sich der Mehrfachbelastung häufig nicht gewachsen.

Elternschaft bedeutet nach wie vor für Väter etwas anderes als für Mütter: Noch immer erbringen Mütter den überwiegenden Teil der Erziehungsleistungen. Dies ist oftmals mit einem (zumindest zeitweiligen) Verzicht auf eigene Berufstätigkeit verbunden. Mit dem Übergang zur Elternschaft findet in Deutschland eine nachhaltige Retraditionalisierung der Aufgabenteilung zwischen Frauen und Männern statt. Dieser Effekt lässt sich bereits beim ersten Kind beobachten und verstärkt sich bei weiteren Kindern. Eltern stellen heute hohe Anforderungen an ihre Mutter- und Vaterrolle; sie haben das Bedürfnis und Pflichtgefühl, in der Erziehung alles richtig machen zu wollen. Der persönliche Anspruch, diesen Vorstellungen auch in der Praxis zu genügen, setzt sie häufig unter großen Druck.

Erstaunlich ist, dass die vielen Fragen, die damit aufgeworfen werden, in der fachwissenschaftlichen Forschung bisher nur wenig Beachtung gefunden haben. Denn neben dem Blick auf das Kindeswohl ist es nicht minder wichtig, zu wissen, wie es den Eltern geht, da sie der Schlüssel aller Erziehungsprozesse sind. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat deshalb die Lebenssituation der Eltern in den Mittelpunkt einer sozialwissenschaftlichen Untersuchung gestellt. Im Vordergrund stehen die Fragen: Wie geht es Eltern? Was brauchen Eltern? Auf der Grundlage der „Sinus-Milieus“ von Sinus Sociovision geht die Eltern-Studie differenziert auf die unterschiedlichen Lebenssituationen von Eltern ein. Sie umfasst Themen wie den Wandel von Elternschaft, die Bedeutung des Kindes, Normvorstellungen und Rollenmuster in Bezug auf Eltern- und Partnerschaft, Erziehungsziele, -stile bis hin zur Bedeutung von Arbeitswelt, Betreuungssituation, Schule und finanzieller Situation für Eltern.



In der Zusammenfassung der vielfältigen und in ihren Details zum Teil überraschenden Ergebnisse bestätigt sich vor allem die Vermutung, dass Eltern heute unter enormem Druck stehen, sowohl hinsichtlich ihrer subjektiven Befindlichkeit als auch hinsichtlich der objektiv gestiegenen Anforderungen. Ein Leben mit Kindern bedeutet heute nicht nur Sinn und Glück, sondern auch Spagat, vielfache Spannungen und oft auch das Gefühl von Ungenügen. Familiäre Werte stehen dem Leitbild der wettbewerbsorientierten Wirtschaft entgegen, in der sich jeder Einzelne als Wettbewerbsteilnehmer begreifen muss. Die Familie – so ein Ergebnis der Sinus-Studie – ist die abhängige Variable.

Auch wenn Eltern den verschiedenen, von der Gesellschaft an sie herangetragenen Anforderungen kaum genügen können, so hat der Wettbewerb längst Einzug in die Familien gehalten. Eltern gehobener Milieus haben die Herausforderungen angenommen und versuchen, ihre Kinder zu fördern und ihnen optimale Startchancen für ihr Leben zu geben. Von diesen engagierten Eltern setzt sich etwas über ein Fünftel der Eltern ab, die aus bildungsfernen Milieus am unteren Rand der Gesellschaft stammen. Sie erleben einen existentiellen finanziellen Druck aufgrund ihrer ungesicherten Arbeitsplätze beziehungsweise ihrer Arbeitslosigkeit, doch müssen sie sich auch mit ihren bildungsmüden Kindern auseinandersetzen, die ihrerseits kaum auf kulturelle Ressourcen und Motivationskompetenz ihrer Eltern zurückgreifen können. Schulprobleme, intensiver Medienkonsum und hohe Konsumausgaben münden in diesen Milieus oftmals in Erziehungsprobleme und Überforderung der Eltern. Während die Eltern aus gehobenen Milieus in Aushandlungsprozessen ein Gesprächspartner und engagierter Lebensbegleiter ihrer Kinder sein möchten, haben Eltern der modernen Unterschicht keine klaren Erziehungsziele und überlassen die Kinder schon in relativ jungen Jahren sich selbst.

Was Eltern brauchen, ist eine größere gesellschaftliche Wertschätzung, indem ihre Bedürfnisse in ihren vielfältigen unterschiedlichen Lebenssituationen stärker als bisher anerkannt und berücksichtigt werden. Dabei hat die Studie gezeigt: Nicht alle Eltern brauchen das Gleiche. Vielmehr wird sehr deutlich, dass sie Entlastungen unterschiedlichster Art benötigen, vor allem in Form von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, damit sie ihr Lebenskonzept, das sie sich wünschen, auch umsetzen können. Angesichts einer Überfrachtung der Elternrolle mit zunehmenden Ansprüchen und Erwartungen ist auch zu bedenken: Wer das Kindeswohl fördern will, kann dies nur tun, wenn er die Situation der Eltern verbessert. Eine breite Debatte über die eigentlichen Leistungsträger der Gesellschaft, nämlich über Mütter und Väter, ist längst überfällig.

Völliges Neuland betreten wir bei der Frage nach Lebenswelten, Erziehungsstilen und -praktiken bei Eltern mit Migrationshintergrund. Fraglich ist, wie Integrationskonzepte gelingen können, wenn es kaum Datenmaterial über Eltern aus Migrantenmilieus gibt. Die Sinus-Studie bestätigt, dass sich im sogenannten „Religiös-verwurzelten Milieu“ der Migranten Erziehung ganz anders gestaltet. Diese sehr auf Familiendisziplin, konformem Geschlechterrollenverhalten und Einhaltung der moralischen und religiösen Gebote basierende Erziehung wird mit strengen autoritären Erziehungspraktiken der Eltern durchgesetzt. Allerdings müssen diese Eltern die Erfahrung machen, dass sie häufig ihr Ziel verfehlen, da sich die Kinder dem engen familiären und religiös-moralischen Rahmen entziehen. Zwar setzt sich das sogenannte „Traditionelle Gastarbeitermilieu“ dagegen durch eine weniger strenge Erziehung, vor allem durch die Mutter,



Junge Immigranten sind oft chancenlos, weil ihre Eltern ihnen keine geglückte Schul- und Berufsausbildung ermöglichen können.

etwas ab. Beide Migrantenmilieus vermitteln jedoch durch eine rigide Moralvorstellung, dass sich der Einzelne mit seinen Bedürfnissen der vorgegebenen Ordnung unterwerfen muss. Der Erziehungsdruck, den die Eltern empfinden, ist weniger den gesellschaftlichen Leistungsanforderungen als der kulturellen Norm nach einer „moralisch richtigen Erziehung“ geschuldet. Sie haben das Gefühl, als Eltern persönlich zu versagen, wenn ihre Kinder einen für sie inakzeptablen westlichen Lebensstil praktizieren. Gleichzeitig fehlt es ihnen mit zunehmendem Alter der Kinder an Einfluss und Mitteln der Intervention. Da der Einfluss von Freunden, Cliquen und Szenen weitaus größer ist, erreichen die Eltern ihre Kinder ab dem Jugendalter immer weniger. So entsteht für viele Eltern das Gefühl der Entfremdung und des Verlustes. Die häufige Flucht in autoritäre Erziehungsmittel und härtere Strafen ist Ausdruck ihrer Hilflosigkeit. Ein ähnlich rigoroser Erziehungsstil findet sich auch bei Eltern des „Entwurzelten Flüchtlingsmilieus“ wieder.

„Wer begreifen will, was unter jungen Migranten los ist, kommt an diesem Buch nicht vorbei.“
Werner A. Perger,
in: DIE ZEIT

Um diese Hintergründe weiter erhellen zu helfen, hat die Konrad-Adenauer-Stiftung in Ergänzung der empirischen Befunde der Sinus-Studie eine Übersetzung des Pionierwerks der niederländischen Journalistin Margalith Kleijwegt, „Unsichtbare Eltern – Das Stadtviertel von Mohammed Bouyeri“ (erschienen 2005), ermöglicht und die deutsche Veröffentlichung im Herder-Verlag veranlasst („Schaut endlich hin!“ – Wie Gewalt entsteht – Bericht aus der Welt junger Immigranten). Nüchtern gibt das Buch die Interviews der Autorin mit Eltern türkischer, marokkanischer und surinamischer Herkunft wieder, deren Kinder eine sogenannte „Schwarze Schule“ in dem Stadtviertel Amsterdams besuchen, in dem der Mörder Theo van Gogh aufwuchs. Mit erschreckender Deutlichkeit berichten die Eltern von ihrer Überforderung und Ohnmacht, ihren Kindern eine geglückte schulische und berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Emotional oft tief verankert in der Tradition ihres Herkunftslandes, leben sie in einer Kultur, die sie als fremd empfinden und zu der sie schon allein sprachlich keinen Zugang haben. Verschlussen bleibt ihnen daher auch die immer bedeutungsvollere Rolle, die Eltern bei der Förderung und aktiven Begleitung der schulischen Laufbahn ihrer Kinder zukommt. Es ist zu vermuten, dass in Deutschland viele Migrantenfamilien ähnliche Erfahrungen wie in den Niederlanden machen. Fast die Hälfte aller türkischen Jugendlichen (48,3%) besucht die Hauptschule, nur 12,5% gehen aufs Gymnasium, 40% der Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben keinen Berufsabschluss.



Schaut endlich hin!
Wie Gewalt entsteht –
Bericht aus der Welt junger Immigranten,
von Margalith Kleijwegt

Freiburg, Januar 2008
ISBN 978-3-451-29823-3, 16,95 Euro



Eltern unter Druck.
Selbstverständnisse, Befindlichkeiten
und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen
Lebenswelten

von Tanja Merkle und Carsten Wippermann,
herausgegeben von Christine Henry-Huthmacher
und Michael Borchard

Stuttgart, Februar 2008
ISBN 978-3-8282-0424-9, 29,80 Euro

FAMILIENPOLITISCHE KOMPETENZ DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich durch eine Vielzahl von Aktivitäten, Publikationen und Veranstaltungen hohe familienpolitische Kompetenz erworben. Diese ist nicht nur fachwissenschaftlicher oder theoretischer Natur, sondern ist immer auch ganz praktisch auf Handlungsoptionen ausgerichtet. Das soll an den folgenden konkreten Beispielen verdeutlicht werden:

■ **Kindeswohl bei Gewalt in der Partnerschaft der Eltern**

Wie entscheidend das Wohl von Kindern von der Lebenssituation der Eltern abhängt, wurde auf einer Tagung deutlich, die am 3. September 2007 in der Akademie der KAS stattfand (in Kooperation mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Berliner Interventionszentrale bei häuslicher Gewalt, BIG). Bedrückend ist der aktuelle Wissensstand aus Forschung und Praxis, der den Fachleuten aus therapeutischer Arbeit, Beratung, Verwaltung und Polizei präsentiert wurde: Schon allein das Miterleben von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Eltern lässt Kinder und Jugendliche nachhaltige Schäden davontragen. So erhöht sich das Risiko drastisch, dass Jungen im Erwachsenenalter zu gewaltbereiten Partnern und Frauen zu Dulderinnen von Gewalt des Partners (auch gegenüber ihren Kindern) werden. Dass es sich hier nicht nur um wenige Einzelfälle handelt, zeigt eine aktuelle Befragung von 10.000 Frauen im Auftrag des Bundesfamilienministeriums: 50% der Befragten gaben an, dass ihre Kinder Zeugen gewalttätiger Auseinandersetzungen geworden seien. Wie Professor Barbara Kavemann (Katholische Hochschule für Sozialwesen, Berlin) in ihrer neuen Evaluationsstudie (2007) über die Wirksamkeit von Unterstützungsangeboten für Kinder zeigt, sind therapeutische Angebote bei vier Fünfteln der Kinder und Jugendlichen eine Bewältigungshilfe. Fazit der Tagung war jedoch die Erkenntnis, dass abgesehen von den Kindern auch ihre in Gewalt gefangenen Eltern zentrale Ansprechpartner sind. Hier stellen sich dringende Zukunftsfragen: Wie erreicht man gewalttätige Partner/Väter? Wie können Mütter effektiv und unbürokratisch unterstützt werden?

■ **„Kinder in besten Händen“**

In der im Sommer 2007 erschienenen Publikation „Kinder in besten Händen“ lässt die KAS führende Vertreter aus Praxis und Wissenschaft zu Wort kommen, die innovative Konzepte zur Erneuerung und Verbesserung von Strukturen und Qualität in Kinderbetreuungseinrichtungen vorstellen. Der Arbeitsbereich Frauen- und Familienpolitik der Hauptabteilung Politik und Beratung, der in Deutschland zu den Ersten gehörte, die

die Brisanz des Themas erkannten, führt damit das langjährige Engagement im Bereich „Frühkindliche Bildung“ fort, im Interesse der Kinder, ihrer Eltern, aber auch für den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Deutschland. Neuere Erkenntnisse aus Pädagogik und Hirnforschung haben speziell bei der ergänzenden Unterstützung von Eltern durch Kinderbetreuungseinrichtungen zu einem Umdenken geführt, in dessen Zentrum die zentrale Bedeutung von frühkindlicher Bildung steht. Auch hier haben Wissenschaft und Praxis auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Eltern und Fachpersonal hingewiesen. „Die Wertschätzung und Unterstützung von Eltern äußert sich in einer Neuorganisation und Qualitätsverbesserung des Bildungssystems“ (Professor Norbert Schneider, Universität Mainz).

■ **Qualitätsoffensive für Familien in Städten und Gemeinden**

2007 wurde zum ersten Mal in sechs Kommunen Deutschlands die neugeschaffene Auszeichnung der Konrad-Adenauer-Stiftung für Best-Practice-Beispiele unter der Überschrift „Kinder, Kinder ... Was sich in den Kommunen tut“ verliehen. Diese Initiative, die sich auf die Themenfelder „Prävention von Benachteiligung“, „Reaktionen auf den demographischen Wandel“ und „Neue Wohn- und Lebensentwürfe“ konzentriert, hat nicht nur den öffentlichen Blick auf besonders relevante Probleme gelenkt, sondern konkrete und effektive Lösungsansätze für die Stärkung von Familien aufgezeigt. Geehrt werden Projekte, die Eltern unterstützen, damit sie ihren Kindern gute Eltern sein können, und die Verantwortliche in Schulen und Gesundheitsdiensten befähigen, elterliche Funktionen zu übernehmen, wenn Eltern dies nicht vermögen.

Ausgezeichnet wurden 2007: die Stadt Kaufbeuren für eine Kommunalpolitik, die Familien in den Mittelpunkt stellt, insbesondere durch Wohnbauförderung; der Kindergarten „Guter Hirte“ der Gemeinde Babenhausen für innovative Methoden umfassender Frühförderung im sozialen Brennpunkt; das Präventionsprojekt „Zukunft für Kinder in Düsseldorf“ für die Begleitung von Eltern in schwierigen Lebenslagen; das Kindertagesstätten-Präventionsprojekt „prokita“ im Rhein-Kreis Neuss; die Friedrich-Ebert-Hauptschule der Stadt Frankenthal für erfolgreiche Prävention von Gewalt sowie das Projekt „Stellwerk60 autofrei wohnen“ in Köln für die Verwirklichung umweltschonender, generationenübergreifender Wohn- und Lebenskonzepte.



MIT IHRER ARBEIT IN DEUTSCHLAND UND WELTWEIT WILL DIE KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG SICH DEN HERAUSFORDERUNGEN UNSERER ZEIT STELLEN. HIERBEI GILT ES, DIE CHANCEN ZU ERKENNEN UND ZU NUTZEN, DEN RISIKEN KONSTRUKTIV ZU BEGEGNEN. DIE BEITRÄGE DIESES KAPITELS ZEIGEN, WIE VIELFÄLTIG DIE STIFTUNG IHRE KOMPETENZ EINSETZT.

NICHT WIE KANINCHEN VOR DER SCHLANGE

GLOBALISIERUNG KANN MAN KOMMUNIZIEREN UND ORDNUNGSPOLITISCH GESTALTEN

CHRISTINA LANGHORST

*Koordinatorin Internationale
Wirtschaftspolitik, Hauptabteilung
Politik und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Globalisierung – dieser Begriff hat vor allem in den letzten Jahren einen kritischen Beigeschmack erhalten: Ein Großteil der Bevölkerung sieht in der Globalisierung mehr Risiken als Chancen. Die größte Angst bezieht sich auf den Abbau von Arbeitsplätzen als Resultat von Produktionsverlagerungen in Niedriglohnländer. Eine weitere Besorgnis richtet sich auf die Gefährdung unseres sozialen Netzes durch eine verschärfte internationale Konkurrenz: Befürchtet wird, dass der Standortwettbewerb mit einer Aushöhlung der Sozialleistungen einhergeht. Die Erwartung hingegen, dass Globalisierung unsere Wirtschaft ankurbelt, ist in den letzten Jahren deutlich geschwunden. Selbst die deutsche Exportweltmeisterschaft konnte diese Bedenken nicht aus dem Weg räumen.

Die neuesten Sorgen verursacht die Verteilung der Globalisierungsdividende: Kapitaleinkommen profitieren überproportional gegenüber Arbeitseinkommen. Immer mehr Menschen sehen sich auf der Seite der „Globalisierungsverlierer“.

GLOBALISIERUNG ALS PROZESS WELTWIRTSCHAFTLICHER INTEGRATION

Ökonomisch betrachtet ist die Globalisierung zunächst einmal nichts anderes als eine zeitliche Beschleunigung und eine geographische Erweiterung wirtschaftlicher Verflechtungen. Die internationale Arbeitsteilung, der Welthandel, der globale Kapitalverkehr; das alles ist Ergebnis des Austauschs von Gütern und Finanzen.

Globalisierung erweitert die Möglichkeiten, unsere beschränkten Ressourcen effizient einzusetzen. So hat der Abbau von Zöllen und Handelsbeschränkungen, einhergehend mit der Weiterentwicklung von Technologien, neue Möglichkeiten der Arbeitsteilung geschaffen und den grenzüberschreitenden Transfer von Kapital deutlich erleichtert. Güter können zunehmend dort hergestellt werden, wo ihre Produktion am günstigsten ist: Kapital kann leichter dort angelegt werden, wo es eine hohe Rendite verspricht.

Insgesamt führen Arbeitsteilung und Kapitalmobilität dazu, dass Produkte preiswerter werden und die Produktvielfalt steigt. Davon profitiert vor allem auch der Endverbraucher. So ist der wirtschaftliche Aufschwung, den wir gegenwärtig in Deutschland erfahren, ganz erheblich globalisierungsbedingten Kräften wie dem Außenhandel zu verdanken. Es greift zu kurz, die Annehmlichkeiten der Globalisierung nur als selbstverständlich hinzunehmen, während wir den Risiken große Aufmerksamkeit schenken.

Lohnkosten oder die Aussicht auf hohe Rendite sind jedoch nicht der einzige Entscheidungsfaktor. Rechtssicherheit, Infrastruktur und die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal sind ebenfalls ausschlaggebende Kriterien für die Wahl eines Produktions- oder Investitionsstandorts. Für die Wirtschaftspolitik stellen sich neue Herausforderungen: Nicht mehr der Nationalstaat allein setzt die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, sondern internationale Organisationen, multinationale Konzerne und das Verhalten der konkurrierenden Länder beeinflussen ihrerseits die Politik.

Das Problem der gesellschaftlichen Akzeptanz der Globalisierung resultiert zu einem großen Teil aus einem Verständnisproblem. Globalisierung setzt ein großes Wissen über komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge voraus. Unwissen über das, was geschieht, schürt Ängste. Deshalb ist es wichtig, Globalisierung zu erklären und zu kommunizieren. In Deutschland ist der Globalisierungsprozess einseitig zur Projektionsfläche wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme geworden. Für die Politik ist die Globalisierung ein dankbares Opfer, dem sich unerwünschte wirtschaftspolitische Entwicklungen zuschreiben lassen. Es gehört viel Mut dazu, zu erkennen und zu kommunizieren, dass Probleme mitunter auch hausgemacht sind. Dieser Herausforderung muss die Politik sich stellen.

Die einseitig geführte Debatte läuft Gefahr, die Politik in eine Richtung zu lenken, die Stillstand und Rückschritt bedeuten würde, und vielfältige Potentiale ungenutzt zu lassen, die sich Deutschland und Europa in der globalisierten Welt bieten.

Auch die Medien tragen eine Verantwortung für die Versachlichung der Globalisierungsdebatte. Anstatt Ängste vor Heuschrecken und Staatsfonds zu schüren, täten sachliche Beiträge not, die Chancen ebenso wie Risiken thematisieren.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt die Debatte zur Globalisierung mit fundierten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Argumenten und bietet Antworten in Form von Handlungsempfehlungen. Zur Stärkung der Argumentations- und Entscheidungsfähigkeit stellt sie den politischen Akteuren wissenschaftliche Erkenntnisse über wirtschaftliche Aspekte und Auswirkungen der Globalisierung zur Verfügung.

WIR SIND DER GLOBALISIERUNG NICHT AUSGELIEFERT

Die Konrad-Adenauer-Stiftung will den Globalisierungsprozess nicht seinen Kritikern überlassen, die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Probleme mit einer „Rolle rückwärts“ zu lösen versuchen. Möglichst hohe Schutzzäune sind keine passende Antwort. Wenn wir ihn an uns vorbeiziehen lassen, verbauen wir uns die Zukunft als erfolgreiche Industrienation und verspielen letztlich unseren Wohlstand. Vielmehr müssen wir in einem ersten Schritt den Globalisierungsprozess gedanklich annehmen, anstatt ihn abzuwehren. Nur dann können wir uns in einem zweiten Schritt überlegen, an welchen Punkten Gestaltungsbedarf da ist. Denn die Globalisierung lässt sich gestalten.

Die bewährten Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gelten auch unter den Voraussetzungen der wirtschaftlich verflochtenen Welt. Die ordnungspolitische Gestaltung des Globalisierungsprozesses und seine gesellschaftspolitische Flankierung ist eine konsequente Weiterführung der Politik Konrad Adenauers. Das Subsidiaritätsprinzip als inhärentes Element der Sozialen Marktwirtschaft bietet ein grundlegendes Leitmotiv für die Festlegung der Gestaltungsebene.

Nach außen gilt es, globale Regeln für diejenigen Bereiche zu finden, die sich nicht auf einer lokalen oder nationalstaatlichen Ebene regeln lassen. Die wiederholten Krisen an den Finanzmärkten haben beispielsweise Handlungsbedarf bei der Erhöhung von deren Transparenz signalisiert. Dieses Problem kann durch nationalstaatliche Alleingänge nicht bewältigt werden.

Zur Gestaltung der Globalisierung nach innen gehört, dass jeder eine faire Chance zur Entfaltung seiner produktiven Möglichkeiten bekommt. Dies ist ein ureigenes Prinzip christlich-demokratischer Politik, das in der Würde des Menschen begründet liegt. Es gilt, auch diejenigen, die sich als Verlierer des raschen Wandels fühlen, nachhaltig zur Nutzung ihrer Chancen zu befähigen. Der Einzelne darf dabei jedoch nicht aus seiner Verantwortung entlassen werden, denn die eigenverantwortliche Wahrnehmung sich bietender Chancen ist letztendlich Voraussetzung dafür, dass die Gesellschaft der Globalisierung mehr Zuversicht entgegenbringt.



Mit Publikationen trägt die Stiftung dazu bei, die Globalisierung zu erklären.

VERBÜNDETE FÜR EINE GLOBALE ORDNUNGSPOLITIK

DIALOG MIT DEN OUTREACH-STAATEN

SUSANNA VOGT

*Referentin für Globale Wirtschafts- und Sozialordnung,
Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Im Zuge der deutschen G8-Präsidentschaft wurde der „Heiligendamm-Prozess“ eingerichtet. Dieser Prozess beschreibt einen neugestarteten Dialog zu globalen Fragen zwischen den G8-Staaten und fünf großen Schwellenländern. Bei diesen Schwellenländern handelt es sich um die sogenannten Outreach-Staaten Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika. Die fünf Länder definieren sich nicht allein über wirtschaftliche Größe und Wachstumsraten, sondern auch über andere Aspekte einer globalen Ordnungspolitik: ihre Mitsprache in internationalen Gremien und Foren, ihren Anteil an ökologischen und sozialen Problemen mit globaler Auswirkung, ihre Bedeutung für politische und sicherheitspolitische Stabilität. Als regionale Gravitationszentren sind diese Staaten wichtige Akteure, die über ihr jeweiliges Land hinaus Veränderungsprozesse anstoßen können.

Inzwischen ist die Frage der Gestaltung des Globalisierungsprozesses auch immer mehr in den Fokus der Entwicklungszusammenarbeit gerückt. Massive Veränderungen in der Weltwirtschaft und Akzentverschiebungen in der internationalen Politik machen eine globale Ordnungspolitik notwendig. Die vertrauensvolle Kooperation mit zuverlässigen Partnern gewinnt dabei zusehends an Bedeutung.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist in den Outreach-Staaten seit langen Jahren vor Ort mit einem, teilweise sogar zwei Auslandsbüros präsent. Im Rahmen der Internationalen Zusammenarbeit und unter Rückgriff auf ihr internationales Netzwerk hat die KAS 2007 den Dialog mit diesen wichtigen Partnerländern intensiviert. Im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm wurden Vertreter aus den fünf Staaten zu Fragen der Global Governance in der Akademie der Stiftung in Berlin zusammengebracht. Dabei stand besonders die konstruktive Einbindung der wichtigen Wachstumsnationen in internationale Ordnungsmechanismen und die Anpassung derselben im Zentrum. Die großen Schwellenländer zeigen sich in verschiedenen Politikfeldern verstärkt als globale Akteure mit großen Einflussmöglichkeiten. Längst hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass der Dialog mit diesen wichtigen

Staaten für die Lösung weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Fragen unabdingbar ist. Gleichzeitig nimmt der wachsende Einfluss der Schwellenländer auch zunehmend in die Pflicht, Verantwortung für globale Entwicklungen zu übernehmen und sich konstruktiv in die Lösung überregionaler Probleme einzubringen.

Die Dialogreihe „Verantwortung für eine globale Ordnung“ mit den Outreach-Staaten wurde ebenfalls 2007 begonnen. Ziel dieses einjährigen Projektzyklus ist es, die Wahrnehmung, Interessen und Strategien der fünf großen Schwellenländer im Hinblick auf eine Gestaltung des Globalisierungsprozesses abzufragen und zur Diskussion zu stellen. Auftakt der Veranstaltungsserie bildete ein Expertenfachgespräch mit Entscheidungsträgern und Multiplikatoren in Mexiko-Stadt.

Parlamentarier, Vertreter aus Ministerien und internationalen Organisationen sowie Nichtregierungsorganisationen und Think Tanks kamen zusammen, um die Rolle Mexikos in regionalen und internationalen Organisationen zu diskutieren. Diesem Modell folgte ein Fachgespräch in Neu-Delhi/Indien, bei dem insbesondere Fragen der Global Economic Governance, der globalen politischen Ordnungsmechanismen, Möglichkeiten einer internationalen Sozialordnung sowie des dahinterstehenden Wertesystems im Mittelpunkt standen. 2008 werden entsprechende Veranstaltungen in Rio, Johannesburg und Peking stattfinden. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse soll im Rahmen einer Konferenz in Berlin zum Abschluss der Reihe erfolgen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird den Dialog mit den fünf Outreach-Staaten weiter intensivieren. Informationsaustausch und das Finden gemeinsamer Lösungsansätze für die Weiterentwicklung der globalen wirtschaftlichen und politischen Architektur stehen dabei im Vordergrund. Die konstruktive Gestaltung des Globalisierungsprozesses ist nur über eine enge Zusammenarbeit möglich. So kann die Globalisierung für noch mehr Menschen zur Chance werden.



HANDLUNGSFÄHIGKEIT UND TRANSPARENZ

DER DEUTSCHE FÖDERALISMUS IN DER REFORM

DR. RALF THOMAS BAUS

*Teamleiter Innenpolitik,
Hauptabteilung Politik
und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Die föderale Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ist in den Artikeln 20 und 79 des Grundgesetzes festgelegt. In Artikel 20 heißt es: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Und Artikel 79 gibt vor: „Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in Artikel 1 oder 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.“ Mit diesen Sätzen haben die Verfassungsgeber den föderalen Aufbau unseres Staates als einen der Grundpfeiler unserer bundesdeutschen Ordnung festgelegt und für unabänderlich erklärt. Der Schweizer Schriftsteller Gonzague de Reynold hat es so formuliert: „Der Föderalismus hat seine Daseinsberechtigung, seine Wurzel in den wesentlichen und ursprünglichen Rechten der menschlichen Person.“

Die föderale Ordnung hat sich bewährt. Dennoch wurde jahrzehntelang in Wissenschaft und Politik eine Föderalismusdiskussion geführt, in der Verflechtung und mangelnde Transparenz die in den letzten Jahren am häufigsten genannten Schlagworte waren. Als Folge zahlreicher Grundgesetzreformen fand jahrzehntelang eine Kompetenzverlagerung zugunsten des Bundes und zu Lasten der Länder statt. Aus dieser Entwicklung heraus begründete sich die Forderung nach einer Reföderalisierung der Bundesrepublik.

Die Debatte über die Föderalismusreform hatte in den letzten Jahren immer zwei Kernthemen: Zum einen klagten die Länder über zu wenig Zuständigkeiten, zum anderen wurden Forderungen nach einer Entflechtung des Systems laut.

Nach dem Scheitern der – im Oktober 2003 von Bundesrat und Bundestag eingesetzten – Bundesstaatskommission im Dezember 2004 schufen die vorgezogenen Bundestagswahlen und die Bildung der Großen Koalition im Jahre 2005 günstige Rahmenbedingungen für eine erste Stufe der Reform des deutschen Föderalismus.

Im Sommer 2006 haben Bundestag und Bundesrat mit der Föderalismusreform I die bedeutendste Verfassungsreform in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Die Föderalismusreform I schafft eine Neuverteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern. Deren Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit werden verbessert, die politischen Verantwortlichkeiten deutlicher zugeordnet sowie Zweckmäßigkeit und Effizienz der Aufgabenerfüllung gesteigert. Die Föderalismusreform ist aber vor allem aufgrund der besseren Zuordnung von Verantwortlichkeiten ein Gewinn für die deutsche Demokratie.

In den Beratungen zur Föderalismusreform I wurde das Thema Finanzen von vornherein ausgeschlossen. Ein lebendiger Föderalismus ist jedoch nur möglich, wenn auch die finanziellen Rahmenbedingungen stimmen. Daher sollte der Föderalismusreform I eine zweite Stufe folgen.



*Der Deutsche Bundestag
stimmt über die
Föderalismusreform ab.
Sie ist die größte
Staatsreform seit 1949.*

Am 15. Dezember 2006 beriefen Bundestag und Bundesrat eine gemeinsame Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein. Mit der konstituierenden Sitzung der gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern im März 2007 erreichte die Föderalismusreform in Deutschland ihre zweite Stufe. Die Kommission hat Vorschläge erarbeitet, wie die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern besser den veränderten Rahmenbedingungen – insbesondere für Wachstums- und Beschäftigungspolitik – anzupassen sind. Das Gelingen der Föderalismusreform entscheidet letztlich über die Zukunftsfähigkeit des deutschen Bundesstaates.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat den Reformprozess des deutschen Föderalismus auch im vergangenen Jahr intensiv begleitet. Im September 2007 fand in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung und dem Europäischen Zentrum für Föderalismusforschung Tübingen im dritten Jahr in Folge eine gemeinsame Expertentagung statt. Unter der Überschrift „Die zweite Stufe der Föderalismusreform. Die Neuordnung der Finanzbeziehungen im deutschen Bundesstaat“ trafen sich in Cadenabbia ausgewiesene Experten aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Verbänden. Sie diskutierten unter anderem die Ausgangsbedingungen der deutschen Finanzverfassung, Verschuldung und Haushaltskrisen, die Positionen von Bund, Ländern und Gemeinden, die Verschuldungsentwicklung im internationalen Vergleich sowie die Verbesserung der Vergleichbarkeit in der Haushaltsdarstellung.

Die Ergebnisse der Expertentagung im Sommer 2006 wurden im Juli 2007 in einem umfassenden Sammelband mit dem Titel „Föderalismusreform II: Weichenstellungen für eine Neuordnung der Finanzbeziehungen im deutschen Bundesstaat“ der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Darin werden die Ergebnisse bei der Reform der Kompetenzverteilung untersucht, Vorschläge für die anstehende Reform der Finanzbeziehungen unterbreitet und internationale Vergleiche mit anderen Finanzsystemen gezogen.

Der Entwicklungsprozess des deutschen Föderalismus und die Bedeutung des Föderalismus als Staatsorganisationsprinzip auf internationaler Ebene zeigen die Aktualität und Dynamik, die sich hinter dem Thema verbergen.



Dem internationalen Austausch mit föderalistischen Staaten dient der Rahmenvertrag zwischen dem Forum of Federations und der Bundesrepublik Deutschland, den der Aufsichtsratsvorsitzende des Forums, Professor Arnold Koller, und Innenminister Wolfgang Schäuble unterzeichneten.

Im Oktober 2006 hatten die Konrad-Adenauer-Stiftung und das Forum of Federations gemeinsam in Berlin eine internationale Föderalismuskonferenz ausgerichtet. Mehr als vierzig hochrangige deutsche und internationale Teilnehmer aus Wissenschaft und Politik waren mit dem Ziel zusammengekommen, die Föderalismusreform I aus der Perspektive anderer föderaler Systeme zu diskutieren. Im Oktober 2007 luden die Konrad-Adenauer-Stiftung und das Forum of Federations zur Vorstellung des Tagungsbandes „Competition versus Cooperation. German Federalism in Need of Reform – A Comparative Perspective“ zur gleichnamigen internationalen Föderalismuskonferenz ein. Der Tagungsband enthält deutsch- und englischsprachige Beiträge. Die Themenpalette umfasst alle relevanten Aspekte des Föderalismus. Die Grundlagen des föderalen Staates werden ebenso untersucht wie die Kompetenzverteilungen zwischen Bund und Ländern und die Finanzierung. Dabei finden unterschiedliche Ansätze wie die „top-down“- und „bottom-up“-Perspektive auf Länder und Bund Eingang. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble stellte das Buch der Öffentlichkeit vor. In seiner Rede betonte er, dass der Föderalismus gerade in einer globalisierten Welt das beste Organisationsprinzip für einen Staat sei.

In diesem Rahmen unterzeichneten Professor Arnold Koller, Schweizer Bundespräsident a.D. und Aufsichtsratsvorsitzender des Forum of Federations, und Wolfgang Schäuble den Rahmenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Forum of Federations. Die Bundesrepublik Deutschland wird damit von 2008 an neuntes Partnerland der in Ottawa/Kanada ansässigen Organisation. Mit dem Beitritt möchte die Bundesregierung den internationalen Austausch mit föderalistischen Staaten ausbauen.



INTEGRATION BEGINNT DAHEIM

DIE KAS SCHULT TÜRKISCHE IMAME FÜR DEN EINSATZ IN DEUTSCHLAND

DR. OLIVER ERNST

*Regionalreferent für
den Nahen Osten,
Hauptabteilung Internationale
Zusammenarbeit,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Rund zwei Millionen Muslime türkischer Herkunft leben in Deutschland. Doch obwohl sich die meisten von ihnen inzwischen dauerhaft in Deutschland niedergelassen und ihre Gebetshäuser errichtet haben, gibt es kaum hier geborene und ausgebildete Imame. Um die bei uns lebenden türkischsprachigen Muslime geistlich zu betreuen, entsendet das türkische Amt für Religionsangelegenheiten (Diyanet) jedes Jahr über hundert Imame an Moscheen in Deutschland.

Für die Imame ist dies vielfach der erste Aufenthalt in Deutschland. Sie sollen in einer Umgebung leben und arbeiten, deren gesellschaftliche Wertvorstellungen ihnen bislang oftmals unbekannt und fremd sind – und häufig auch bleiben. Um die muslimischen Geistlichen besser auf ihren Einsatz in Deutschland vorzubereiten und ihnen den Weg in die deutsche Gesellschaft zu ebnet, bietet die Konrad-Adenauer-Stiftung landeskundliche Vorbereitungskurse für türkische Imame an.

Was im Jahr 2006 als Pilotprojekt mit 48 Imamen begann, wurde im Jahr 2007 auf alle 110 Imame, die auf ihre Ausreise nach Deutschland warten, ausgeweitet. In Ankara und Bursa wurden die Geistlichen im Rahmen von drei jeweils einwöchigen Kursen in deutscher Landeskunde geschult. Von alltagspraktischen Fragen bis hin zum Wissen über Gesellschaft, Kultur und Politik Deutschlands wurden zielgruppenrelevante Inhalte von pädagogisch geschulten türkischsprachigen und türkischstämmigen Dozenten aus Deutschland vermittelt.

Um die Qualität des Programms zu sichern, wurde es wissenschaftlich von Professor Arnd Nohl von der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg konzipiert und begleitet. Die wissenschaftliche Betreuung schließt auch ein empirisches Monitoring ein. Professor Nohl bewertet die Durchführung der Imamschulungen sehr positiv: „Der Erfolg der deutschen Landeskunde für Imame hat sich im Jahr 2007 wiederholt und ist auf dem besten Wege, auf hohem Niveau stabilisiert zu werden.“

Doch wie ergeht es den Imamen dann, wenn sie in ihren Moscheegemeinden in Deutschland angekommen sind und mit den Gemeindemitgliedern einerseits und mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft andererseits erste Erfahrungen gesammelt haben? Um einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen, lud die Konrad-Adenauer-Stiftung die im Jahr 2006 geschulten Imame im März 2007 nach Berlin ein. Neben dem Kennenlernen der deutschen Hauptstadt standen ein Reflexions-Workshop, die Teilnahme an einer Islam- und Integrationskonferenz und zahlreiche politische Gespräche mit Integrationspolitikern auf dem Programm. Unter anderem diskutierten die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Professor Maria Böhmer, der nordrhein-westfälische Integrationsminister, Armin Laschet, und die langjährige Berliner Ausländerbeauftragte Professor Barbara John mit den Imamen über das breite Spektrum relevanter Integrationsfragen: vom Kopftuch über den Schwimmunterricht bis hin zur sensiblen Assimilationsdebatte.



*Auch 2008 werden die
landeskundlichen Imam-
schulungen in der Türkei
fortgesetzt. Ergänzt
werden sie durch Maß-
nahmen der politischen
Bildung in Deutschland.*



BERLIN – EINE METROPOLE ORGANISIERT SICH

DAS STADTGESPRÄCH ALS ENTWICKLUNGSMODELL

DR. MELANIE
PIEPENSCHNEIDER

*Leiterin der Hauptabteilung
Politische Bildung,
bis Ende 2007 Leiterin
der Akademie in Berlin,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Berlin gilt als eine der hipsten Städte der Welt, die Kreativszene zieht weltweit junge Wilde an, die Stadt ist offen, jeder kann in bester preußischer Tradition „nach seiner Fassung glücklich“ werden. Dies ist Vorteil und Segen, aber gleichermaßen auch Nachteile und Fluch: Es gibt in Berlin nämlich keine bürgerliche Gesellschaftsschicht, die aus sich heraus für die Stadt Verantwortung zu übernehmen bereit und eine Maß und Mitte garantierende Beständigkeit herzustellen in der Lage ist. Nicht, dass es keine großzügigen Persönlichkeiten gibt, die mit großen Summen und viel Engagement Projekte in der Stadt finanzieren und unterstützen – ganz im Sinne gelebten Bürgersinns. Aber dies reicht nicht aus, um eine gesellschaftliche Mitte zu bilden, die die Stadt und das Leben in ihr zu gestalten und zu prägen weiß.

Vor diesem Hintergrund hat die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Projekt „Zukunft Berlin – Capitale Potenziale“ gestartet. Ziel ist es, zu bestimmten Themen Bürger Berlins zu motivieren, etwas für ihre Stadt zu tun – den Grundsätzen der Charta von Leipzig folgend, die eine neue Stadtpolitik in Europa schaffen will. Denn die Städte gehören weder den Politikern und Verwaltungen noch den Investoren allein. Vielmehr muss, wer die Zukunft der Städte plant, deren Bürger einbeziehen und ihre Akzeptanz gewinnen. Nur die Bürger, die sich mit ihrer Stadt identifizieren, machen zukunftsweisende Entscheidungen erst möglich. Partizipation ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung, die Zukunftsfähigkeit der Städte zu erringen.

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Enquete-Kommission des Abgeordnetenhauses „Eine Zukunft für Berlin“ initiierte die Stiftung deshalb eine Runde, die sich mit der Vorbereitung und Implementierung einer innovativen Form zur Herausbildung einer Stadtgesellschaft beschäftigt. Es handelt sich hierbei um einen Versuch, der gelingen oder auch scheitern kann. Aber nur, wenn man etwas ausprobiert hat und dennoch scheitert, kann man mit Fug und Recht sagen, dass die Stadt Berlin noch nicht reif ist für diese neue Qualität in der Beziehung zwischen Bürgerschaft und Politik.

DER VERSUCH BEINHALTET VIER PHASEN:

Phase 1: Es muss ein starker, gut vernetzter Motivator für den Prozess gewonnen werden.

Mit einer solchen zentralen Figur steht und fällt das gesamte Vorhaben. Wenn ein so ungewöhnlicher Prozess neuer Qualität gestartet werden soll, muss jemand gefunden werden, der sich das Projekt zu eigen macht, gezielt Personen des gesellschaftlichen Lebens ansprechen, überzeugend das Modell erläutern und andere dafür gewinnen kann. Er muss die Empathie mitbringen, der es zum Anstoßen eines solchen Prozesses bedarf. Aus diesen Gesprächen rekrutiert sich ein Lenkungskreis weiterer Überzeugter, der die Arbeiten forthin steuert. Der Konrad-Adenauer-Stiftung war es in dieser Phase wichtig, dass sie zusammen mit dem Motivator den Prozess angestoßen hat, sich

dann aber selbst in die Rolle eines von mehreren Akteuren zurückzog. Darüber hinaus war es von Vorteil, mit der Heinrich-Böll-Stiftung eine weitere politische Stiftung für den Prozess zu gewinnen.

Phase 2: Konzeptionelle Entwicklung

Der Lenkungskreis entwickelt als Erstes ein Konzept für das „Stadtgespräch“. Das Stadtgespräch bildet eine Art Treuhandschaft für die Bürger Berlins, es will die Politik und deren Entscheidungskompetenzen nicht ersetzen und schon gar nicht unterminieren. Das Stadtgespräch ist ein Vorhaben der Öffentlichkeit Berlins, aber nicht der öffentlichen Hand; es beansprucht Eigenständigkeit im Erörterungs- und Entscheidungsprozess der Stadt zwischen Gesellschaft und Politik. Es sollen Themen verhandelt werden, bei denen ein Zusammenschluss der Zivilgesellschaft einen Mehrwert verspricht. Der Mehrwert besteht u.a. darin, dass die das Stadtgespräch bildenden Personen die Themen im Hinblick auf ihr eigenes Engagement diskutieren und die als handlungsbedürftig erkannten Themenfelder dann auch ganz praktisch – mit Hilfe von Partnern – zur Umsetzung bringen. Die Mitglieder des Stadtgesprächs übernehmen selbst die Verantwortung, sie werden zu Akteuren der Stadt. Damit unterscheidet sich der Kreis deutlich von den üblichen Netzwerken und Arbeitskreisen. Der Grad der Verbindlichkeit ist wesentlich höher. Das Stadtgespräch steht für ein neuverstandenes Sich-selbst-in-die-Pflicht-Nehmen, es ist ein aktivierendes Instrument.

Phase 3: Gewinnung einer kritischen Masse von Mitwirkenden

Entscheidend für das Gelingen des Projektes ist es, eine kritische Masse an Mitstreitern zu gewinnen, die es ermöglicht, die öffentliche Aufmerksamkeitsschwelle zu erreichen. Wie Multiplikatoren müssen sie in die Stadt ausschwärmen und ihrerseits andere für die Idee interessieren. Aus diesem Reservoir bilden sich dann die fünfzig Personen, die das Stadtgespräch gründen. Bei den fünfzig Mitwirkenden kommt es nicht auf ausgewogene Abbildung der gesellschaftlichen Struktur der Stadt an, sondern einzig und allein auf die Verankerung in der Stadt und den Willen zum „Selbst-Tun“. Das Stadtgespräch bezieht als besondere Entwicklungs-Ressource die Kenntnisse und Erfahrungen derer ein, die nicht bereits qua Amt „zuständig“ sind. Man wird aufgrund besonderer Kenntnisse und Erfahrungen berufen; es handelt sich um ein selbstrekrutierendes Gremium. Das Gespräch wird von einem dauerhaft eingesetzten Moderator geleitet. Der Regierende Bürgermeister von Berlin wird zu den Sitzungen eingeladen. Die zu behandelnden Themen müssen immer einen Nutzen für die gesamte Stadt abbilden.

Phase 4: Implementierung

Die nächste Hürde besteht darin, die fünfzig gutwilligen und engagierten Personen in einer Art Identifikationsprozess zu gegenseitiger Verbindlichkeit und Ernsthaftigkeit des Unterfangens zu motivieren. Dafür ist es notwendig, dass Themen im Stadtgespräch nicht bis in die letzten Verästelungen ausdiskutiert werden, sondern kontroverse Schlussfolgerungen zur Weiterbehandlung an einen Arbeitskreis, gegebenenfalls ergänzt durch externe Experten, delegiert werden können. Wichtig ist, dass in einem überschaubaren und definierten Zeitraum eine „abschließende“ Behandlung eines Themas im Stadtgespräch angestrebt wird.

Das Stadtgespräch ist eine Mischung aus Ideen-Labor, Diskussionsforum, Inkubator (und Treuhänder) für Projekte und Initiativen sowie Beratungsgremium für die Politik – die Funktionalität richtet sich nach dem Thema, das es zu behandeln gilt. Unterschied zu anderen möglichen Formen der Selbstorganisation ist aber, dass die Teilnehmer des Stadtgesprächs sich in einer Art Selbstverpflichtung zu mehr Verbindlichkeit verabreden. Durch die Bündelung der Expertise, die sich nicht nur aus den beruflichen Erfahrungen der Teilnehmer rekrutiert, sondern aus einem „Geerdet-Sein“ im Hier und Jetzt und dem Gespür für gesellschaftliche Entwicklungen, bekommt das Stadtgespräch seine besondere Qualität.





RÜSTZEUG FÜR DEN WEG ZUR SPITZE

WIE DAS MEDIENPROGRAMM SUB-SAHARA-AFRIKA AUS NORMALEN JOURNALISTEN GUTE MACHT

WILTON MAMBA
*Stellvertretender Chefredakteur,
 Times of Swaziland*

Als ich im Jahr 2006 als einer von zwei Redakteuren aus meinem Heimatland, dem Königreich Swasiland, für das Trainingsprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung nominiert wurde, war mir noch nicht bewusst, welche Auswirkungen diese Entscheidung auf meine Entwicklung als Journalist haben würde oder gar, dass dieser Moment sogar der entscheidende Meilenstein sein würde in einer Journalistenkarriere, die einmal sehr klein angefangen hatte. Im Rückblick muss ich sogar sagen, dass mich erst die Seminare der KAS zu einem fertigen Journalisten gemacht haben. Um dies verständlich zu machen, muss ich jedoch auch etwas von meiner eigenen, ganz persönlichen Geschichte erzählen.

Ich bin 1974 in einem kleinen Dorf nahe unserer Hauptstadt Mbabane geboren. Von meinem fünften Lebensjahr an hütete ich unsere wenigen Kühe. Erst mit acht Jahren durfte ich in die Grundschule. Im Rückblick war es schon merkwürdig, alt genug zu sein, um auf die Kühe der Familie aufzupassen, aber dennoch zu jung, um zur Schule gehen zu dürfen. Nach meinem erfolgreichen Schulabschluss wollte ich ein Studium beginnen. Doch noch vor meinem Studienbeginn bekam meine spätere Frau unser erstes Kind. Damit war die Universitätskarriere beendet, denn nun brauchte ich einen Job, um meine junge Familie durchzubringen. Ein befreundeter Fotograf stellte mich dem Chefredakteur der „Times of Swaziland“ vor. Nach einem kurzen Vorstellungsgespräch hatte ich meine erste Stelle als freier Mitarbeiter.

Es fällt mir selbst heute schwer, diese Zeit romantisch zu verklären, denn ich musste für alle Kosten selbst aufkommen und wurde nur bezahlt, wenn ich auch Geschichten lieferte. Je mehr Geschichten – desto mehr Geld. Für einen 22-Jährigen mit Frau und Kind war dies kein Traumjob. Um die Zeit bis zum ersten Gehaltsscheck zu überstehen, musste ich mir Geld leihen. Dabei gab es nicht die geringste Garantie, dass ich überhaupt so viel verdienen könnte, um meine Schulden am Ende des Monats auch wieder zurückbezahlen zu können, geschweige denn, etwas für meine kleine Familie übrig zu behalten. Und es kam, wie ich es befürchtet hatte: Am Ende des ersten Monats hatte ich nur 100 Rand (umgerechnet 11 Euro) verdient. Es stellte sich heraus, dass die Firma keinen Gehaltsscheck für mich hatte – nicht bei dieser Summe. Ich kann mich noch gut an das Aufsehen im Großraumbüro der Zeitung erinnern und an die erstaunten Gesichter der Mitarbeiter, verwundert über die Frage, wer wohl der Kollege sei, der auf einen Scheck über 100 Rand bestünde. Am Ende griff mein Chefredakteur in seine eigene Tasche und zahlte mir mein Gehalt aus.

Das ist zum Glück lange her und war sicher bereits vergessen, als ich vor zwei Jahren das Angebot der Stiftung erhielt, denn die dazwischenliegenden zehn Jahre waren genug Zeit gewesen, um mir eine bessere Position zu erarbeiten. Damals aber hatte ich nur zwei Möglichkeiten: entweder einen neuen, besser bezahlten Job finden oder mehr Geschichten schreiben. Ich entschied mich für Letzteres. Aber wie sollte ich es schaffen, mehr Geschichten zu schreiben? Die Lösung lag nah: Ich musste mobiler werden.

Also mietete ich mir ein Fahrrad und begann, die Geschichten aus meiner unmittelbaren Nachbarschaft zu erzählen. Regelmäßige Termine waren Dorfversammlungen, Entwicklungshilfeprojekte oder auch die Zusammenkünfte der traditionellen Swasi-Gerichte. Diese sind besetzt mit erfahrenen Älteren, die in unserer Gesellschaft als Experten für die überlieferten Gesetze angesehen werden, und arbeiten neben den modernen Gerichten. Anstatt einer einzigen hatte ich nun oft bis zu sieben Geschichten in einer Ausgabe. Das blieb auch meinen Vorgesetzten nicht verborgen, und so erhielt ich nach einem Jahr meine erste Festanstellung. Damit konnte ich nicht nur meine Familie ernähren, sondern sogar meiner Frau eine weiterführende Schulausbildung finanzieren, so dass sie heute ausgebildete Buchhalterin ist.

Ein Jahr später bot man mir die Position des Wirtschaftsreporters an, weitere zwei Jahre später wurde ich dann Leiter der Wirtschaftsredaktion. Ein Schritt, der mir eine völlig neue Seite des Journalismus aufzeigte. Nun hatte ich es plötzlich nämlich auch mit unseren Werbekunden zu tun, die natürlich von der unter Journalisten weitverbreiteten Auffassung „Nur schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten“ nichts hielten und stattdessen positive Geschichten im Blatt sehen wollten. Die daraus resultierenden Verhandlungen um Anzeigen, ohne dabei die redaktionelle Unabhängigkeit zu verlieren, waren spannend und lehrreich. Nachdem ich in dieser Position einige Zeit gearbeitet hatte, suchte ich eine neue Herausforderung. Leider gab es zu dieser Zeit keine Alternativen zur „Times of Swaziland“, da unser Hauptkonkurrent, der „Swazi Observer“, gerade von der Regierung wegen angeblicher Gefährdung der nationalen Sicherheit geschlossen worden war.

Swasiland hat lediglich zwei landesweit erscheinende Zeitungen. Dies sind die „Times of Swaziland“, gegründet 1897, und der „Swazi Observer“, der 1982 an den Start ging. Der „Observer“ befindet sich im Besitz von Seiner Majestät König Mswati III und ist regierungsfreundlich. Die „Times of Swaziland“ ist unabhängig und in Privatbesitz. Eine dritte Wochenzeitung wurde 2001 nach nur wenigen Monaten verboten. Sie hatte die Lücke gefüllt, die der „Swazi Observer“ hinterließ, nachdem er im Jahr 2000 vorübergehend eingestellt wurde. Ihr Name lautete „The Guardian“, und sie war sehr populär, nachdem sie von Anfang an eine regierungskritische Haltung gezeigt hatte. Nachdem sowohl der „Guardian“ als auch der „Observer“ geschlossen worden waren, tat sich lange Zeit nichts auf dem Zeitungsmarkt von Swasiland. Neben den genannten Zeitungen verfügt Swasiland außerdem über ein Monatsmagazin mit dem Namen „The Nation“, das aber für Journalisten keine Alternative darstellt, da es nur von einem sehr kleinen Redaktionsteam produziert wird. Dessen Chefredakteur war bis Ende der 1990er bei der Sonntagsausgabe der „Times“ beschäftigt, wurde aber entlassen, nachdem er die Heiratspolitik des Königs kritisiert hatte. Insgesamt muss man von einer negativen Entwicklung für die Medien seit 1998 sprechen, die bis heute anhält. Das Verbot von Zeitungen und Entlassungen haben dazu geführt, dass Journalisten immer stärkere Selbstzensur üben, vor allem wenn es um den König und seine Familie geht.



In seinem Erfahrungsbericht schildert Wilton Mamba eindrucksvoll seine Erfahrungen aus dem Trainingsprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung, das seine Journalistenkarriere entscheidend beeinflusste.

Als der „Observer“ im Jahr 2001 wieder produziert wurde, bot man mir dort die Position des Redaktionsleiters Aktuelles an. Ich war mir der Einschränkungen bewusst, die eine solche Position bei einer Zeitung, die Eigentum des Königs ist, mit sich bringen würde. Dennoch nahm ich an, da sich die Gelegenheit bot, mehr über Personalführung, Budgetplanung und Redaktionsmanagement zu lernen. Hier erreichte mich dann auch das Angebot, am Medienprogramm der KAS teilzunehmen.

Der erste Kurs für berufserfahrene Journalisten, an dem ich teilnehmen durfte, fand im Mai 2006 in Johannesburg statt. Der Titel: Wirtschaftsberichterstattung. Mit mir kamen siebzehn Kollegen aus dem gesamten südlichen Afrika zusammen, und ich scheue mich nicht zu sagen, dass alleine dieser Kurs bereits einen deutlichen Einfluss auf unser aller Karriere hatte. Neben den theoretischen Einheiten zum Thema Wirtschaft wurde hier auch Wert auf praktische Übungen gelegt, so dass wir das eben Gelernte sofort anwenden konnten. Ein Konzept, das wir so bisher nicht kannten.

Die Gefährdung der Pressefreiheit, die Bedrohung kritischer Journalisten, Propaganda und die Korruption innerhalb der Medien stellen globale Probleme dar.

Mit ihren regionalen Medienprogrammen in Asien, Lateinamerika, in Afrika südlich der Sahara und in Südosteuropa will die Konrad-Adenauer-Stiftung die freie, verantwortungsvolle und ethische Berichterstattung fördern. Hierzu pflegt sie intensiven Dialog mit führenden Journalisten, veranstaltet regionale Konferenzen und Veranstaltungen sowie Trainingsmaßnahmen für Journalisten.

Weitere Informationen zu den Programmen bietet die Internetseite www.kas.de/wf/de/21.46

Den Unterschied, den nur zwei Wochen Training bei mir ausmachten, merkte ich schon sehr bald nach meiner Rückkehr zum „Swazi Observer“, denn die Geschäftsleitung der „Times of Swaziland“ bot mir die Position des stellvertretenden Chefredakteurs an. Sofort schlug ich ein, denn ich wurde damit zum zweitwichtigsten Journalisten der größten Zeitung des Landes berufen.

Ich habe einige Fortbildungskurse in meiner zehnjährigen Journalistenkarriere absolviert, keiner kam dem der Stiftung auch nur annähernd nahe. Die hier vermittelten praktischen Fähigkeiten konnten wir alle sofort im journalistischen Alltag umsetzen. Wir brannten darauf, in unsere Redaktionen zurückzukehren und einen Unterschied auszumachen.

Während des Kurses war ich unter die vier besten Teilnehmer gewählt und mit einem Kurzzeitstipendium des KAS-Medienprogramms belohnt worden. Durch dieses Stipendium wurde die Teilnahme an der größten und wichtigsten Journalistenkonferenz des Kontinents, der „Highway Africa Conference“, ermöglicht. Auch hier kam der Ansatz des Medienprogramms zum Tragen, worin theoretische Wissensvermittlung mit praktischem Training vermischt wird. Neben den vielen Workshops und Vorträgen, die die Konferenz zu bieten hatte, wurden wir gleichzeitig in die Arbeit einer Nachrichtenagentur eingebunden und berichteten somit aktuell über das, was wir als Teilnehmer erleben durften.

Mein Selbstbewusstsein erhielt einen solchen Rückenwind, dass ich sogleich nach meiner Rückkehr den ersten und einzigen „style guide“ erstellte, mit dessen Hilfe sowohl inhaltliche als auch grafische Verbesserungen und Leitlinien für die Zeitung aufgestellt wurden, nach denen sämtliche Mitarbeiter des Hauses bis heute arbeiten. Neulinge werden in internen Trainingskursen nach meinen Vorgaben geschult; aber auch alle übrigen Mitarbeiter werden einmal pro Woche zur Weiterbildung versammelt. Diese Vorgaben werden nicht nur in meiner Zeitung genutzt, sondern gelten für alle Blätter des Hauses, einschließlich der „Times Sunday“ und der „Swazi News“.

Vor der Teilnahme am KAS-Medienprogramm hätte ich mir dies nie träumen lassen, denn der „style guide“ betrifft alle Bereiche unserer täglichen Arbeit. Zunächst musste ich die Problembereiche ermitteln, Trainingsmodule samt Material entwerfen sowie erfahrene Mitarbeiter wie Redaktionsleiter oder Fotografen als Referenten für einzelne Übungen gewinnen. In den Monaten, in denen ich die KAS-Kurse besuchte, verfeinerte und komplettierte ich die Methoden des „style guide“, so dass dieser heute eines der entscheidenden Managementinstrumente der Zeitungsgruppe ist. Dabei habe ich nicht nur die Inhalte der besuchten Kurse nutzen können, sondern auch praktische Übungen eingebaut, die uns während der Seminare vermittelt wurden, sowie Methoden unserer Kurstrainer abgesehen.

Seither habe ich noch einige weitere Seminare des KAS-Medienprogramms besucht. Ein schöner Nebeneffekt ist, dass mich lokale Weiterbildungsorganisationen inzwischen als Medien-Trainer buchen. Schulen fragen mich als Referenten an, damit ich vor ihren Schülern über den Journalistenberuf spreche. Dies ist geradezu revolutionär für Swasiland, denn früher wurde der Journalistenberuf in Schulen nicht einmal erwähnt, geschweige denn jemand aus der Branche eingeladen. Vor kurzem erst habe ich vor 400 Schülern und Lehrern gesprochen. Meine Kolumnen haben mich bei den Lesern bekannt gemacht. Sie scheinen die Menschen in meiner Heimat zu inspirieren. Wenn ich heute zurückblicke, dann habe ich in kurzer Zeit einen weiten Weg zurückgelegt. Was als Notlösung begann, ist zu einer wunderbaren Karriere geworden, bei der mich die KAS unterstützt hat.



DIE ERINNERUNG ZU BEWAHREN, AUS DER VERGANGENHEIT ZU LERNEN UND DIE LEHREN VOR ALLEM AN DIE JUNGE GENERATION WEITERZUGEBEN GEHÖRT ZU DEN HAUPTANLIEGEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG. DIESES KAPITEL GIBT EINBLICK IN WEICHENSTELLUNGEN DER VERGANGENHEIT UND IHRE BEDEUTUNG FÜR GEGENWART UND ZUKUNFT.

KEIN STAAT WIE JEDER ANDERE

60 JAHRE ISRAEL: VERPFLICHTUNG ZU KRITISCHER FREUNDSCHAFT

PROFESSOR
BERNHARD VOGEL

*Ministerpräsident a.D.,
Vorsitzender der
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Gestützt auf die Entscheidung der Vereinten Nationen vom 29. November 1947 und „kraft des natürlichen und historischen Rechtes“ verkündete David Ben Gurion namens des „Volksrates“ am 14. Mai 1948 in Tel Aviv – mit der Beendigung des Völkerbund-Mandates über Palästina – „die Errichtung eines jüdischen Staates im Lande Israel – des Staates Israel“. Dieser Staat werde, so die Erklärung, „der jüdischen Einwanderung und der Sammlung der Juden im Exil offenstehen. Er wird sich der Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner widmen. Er wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. Er wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten, die heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben.“

Im Jahr 2008 kann Israel den 60. Jahrestag seiner Staatsgründung feiern. Auch nach sechzig Jahren ist das Land immer noch die einzige lebensfähige Demokratie im Nahen und Mittleren Osten. Und es kann nach wie vor nicht in gesichertem Frieden leben. Krieg und Terror sind seit sechs Jahrzehnten die apokalyptischen Begleiter eines Volkes, das nichts sehnlicher erhoffte, als im Land der Bibel eine sichere nationale Heimstatt zu haben.

Für uns Deutsche ist Israel kein Staat wie jeder andere. Nach dem millionenfachen Mord an den europäischen Juden während der Zeit des Nationalsozialismus war es alles andere als selbstverständlich, dass die tiefe Sprachlosigkeit zwischen Deutschen und Israelis überwunden werden könnte. Für Konrad Adenauer, den ersten Kanzler der ein Jahr nach Israel gegründeten Bundesrepublik Deutschland, stand die Aussöhnung mit dem jüdischen Volk und dem Staat Israel ganz oben auf der Liste seiner politischen Prioritäten. Schon in seiner ersten Regierungserklärung als deutscher Bundeskanzler bekannte er sich zu Israel. Und am 27. September 1951 verkündete er im Deutschen Bundestag, es sei die vornehmste Pflicht des deutschen Volkes, im Verhältnis zum Staat Israel und zum jüdischen Volk den Geist wahrer Menschlichkeit lebendig und fruchtbar werden zu lassen. Adenauer erklärte damit die Aussöhnung zum moralischen Eckpfeiler eines neuen, demokratisch-rechtsstaatlichen Deutschlands.

Mit Deutschland und den Deutschen wollten die meisten in Israel – verständlicherweise – niemals wieder etwas zu tun haben. „In unserem jungen Staat“, schrieb Shimon Peres rückblickend, „überwog die Auffassung, dass der Bruch mit Deutschland endgültig und für ewig sein müsse.“ Es ist das persönliche Verdienst von David Ben Gurion und Konrad Adenauer, den Gründervätern und ersten Regierungschefs beider Länder, dass trotz der Schlucht der Vergangenheit zwischen beiden Völkern Vertrauen wieder Fuß fassen und die Grundlagen einer tragfähigen Freundschaft gelegt werden konnten. Als sie sich am 14. März 1960 im New Yorker Waldorf Astoria Hotel das erste Mal trafen, taten sie das in dem Bewusstsein, an einem Neuanfang mitzuwirken. Beide geschichtsbewusst, unbeirrbar grundsatztreu, mit dem Mut, gegen den Strom zu schwimmen, darauf



Durch die Proklamation der Unabhängigkeit des Staates Israel durch Ministerpräsident David Ben Gurion im Stadtmuseum von Tel Aviv wird am 14. Mai 1948 der Staat Israel gegründet.

bedacht, ihre noch jungen Staaten nach innen und außen zu festigen, waren sie zu Weggefährten auf einem unendlich mühseligen und steinigen Weg geworden.

David Ben Gurion hatte die öffentliche Meinung in Israel gegen sich. Zwei Regierungskrisen nahm er wegen seiner Deutschlandpolitik in Kauf, stellte sogar sein Amt als Ministerpräsident zur Verfügung. Im kriegszerstörten Deutschland war die Ratifizierung des Israelabkommens 1953 innenpolitisch und koalitionsintern höchst umstritten. Auch außenpolitisch brachte sie Adenauer in nicht unbeträchtliche Schwierigkeiten. Stets drohte die Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten und damit die Gefahr, die Spaltung Deutschlands international noch weiter zu vertiefen.

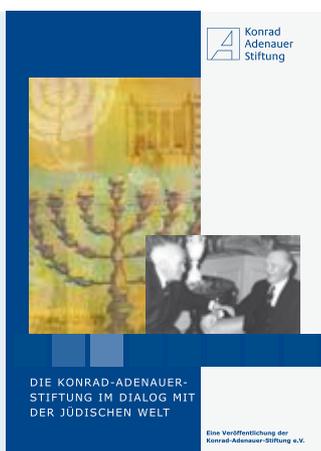
Bei ihrem New Yorker Treffen sprach Ben Gurion sein Gegenüber als den Vertreter eines „großen Volkes“ an, der den Mut gehabt habe, „sich zu einer moralischen Verantwortung für das zu bekennen, was dem jüdischen Volk von den Nationalsozialisten angetan worden“ sei. Die von den Deutschen angebotene „Wiedergutmachung“ empfand er als ein eindeutiges Bekenntnis zu Schuld und Verantwortung. Auch von deutscher Seite wurde sie stets als eine Sühneleistung verstanden, die angesichts des unfassbaren Grauens und des unerträglichen Leids immer unvollkommen bleiben musste.

Adenauer hat die Grundlagen dafür gelegt, was man heute „besondere Beziehungen“ nennt. Wir Deutschen tragen eine Mitverantwortung für den Staat Israel. Wo sein Existenzrecht und die Sicherheit seiner Bevölkerung bedroht sind, wo das Recht, in sicheren Grenzen zu leben, gefährdet ist, darf es für uns Deutsche keine Neutralität geben. Doch je länger der Holocaust zurückliegt und viele Zeitzeugen nicht mehr leben, desto schwieriger wird es, die Verantwortung für die Geschichte an die nächsten Generationen weiterzugeben. Und auch die israelische Politik macht es uns nicht immer leicht, unverbrüchlich an dem Grundsatz festzuhalten, dass unser Platz an der Seite Israels ist. Umso sehnlicher wünschen wir uns, dass der Friedensprozess vorankommt und der Terror endet. Wir sind zur Freundschaft mit Israel verpflichtet, aber Freunde müssen gegeneinander nicht unkritisch sein.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, die sich dem Lebenswerk ihres Namensgebers selbstverständlich besonders verpflichtet fühlt, arbeitet mit daran, dass das Verantwortungsbewusstsein für Israel wach und lebendig bleibt, dass die deutsch-israelischen Beziehungen durch die Begegnung der Menschen Substanz und Festigkeit erhalten. Dem dient nicht nur unsere Arbeit in Israel, wo wir seit 28 Jahren tätig sind. Zusammen mit unserem Büro in den palästinensischen Autonomiegebieten wird die Konrad-Adenauer-Stiftung leisten, was zur Verständigung getan werden kann. Wir tragen zu friedensstiftenden und vertrauensbildenden Maßnahmen bei, begleiten israelisch-palästinensische Gemeinschaftsprojekte, unterstützen den Demokratisierungsprozess der palästinensischen Gesellschaft. Wir arbeiten für die weitere Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Israel und für die verbesserungswürdigen Beziehungen Israels zur Europäischen Union.

Aber auch in Deutschland geht es für uns darum, die freiheitlich-demokratische Ordnung vor extremistischen und antisemitischen Tendenzen konsequent zu schützen, weil das die entscheidende Voraussetzung dafür bleibt, die deutsch-israelischen Beziehungen lebendig zu erhalten und weiterzuentwickeln. Unsere politische Bildungsarbeit hat den Auftrag, Verständnis dafür zu erwecken, was es für die Menschen in Israel bedeutet, seit Jahrzehnten unter der Drohung des Terrors zu leben und von feindseligen Nachbarn umgeben zu sein. Und sie hat vor allem darauf hinzuwirken, dass Antisemitismus in Deutschland keinen Platz hat.

Nach seiner zweiten Begegnung mit Ben Gurion 1966 hat Konrad Adenauer gesagt: „Wer unsere besonderen Verpflichtungen gegenüber den Juden und dem Staate Israel verleugnen will, ist historisch und moralisch, aber auch politisch blind“. Es ist die fort-dauernde Aufgabe der Konrad-Adenauer-Stiftung, auch sechzig Jahre nach der Staatsgründung Israels gegen alle drei dieser Formen von Blindheit Vorkehrungen zu treffen.



Dem Erbe Konrad Adenauers verpflichtet, gehören die Versöhnung und Verständigung mit den Juden sowohl in Deutschland als auch weltweit zu den Kernaufgaben der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Veröffentlichung „Die Konrad-Adenauer-Stiftung im Dialog mit der jüdischen Welt“ beschreibt die Aktivitäten in Deutschland und Europa, in Israel und den USA.

Eine Neuauflage der Broschüre erscheint im März 2008. Bestellen Sie über publikationen@kas.de



GESCHICHTSBILDER IN EUROPA

WORAN UNSERE NACHBARN IHRE IDENTITÄT FESTMACHEN

PROFESSOR
RUDOLF UERTZ

*Wissenschaftlicher Mitarbeiter,
Hauptabteilung
Wissenschaftliche Dienste/
Archiv für Christlich-
Demokratische Politik,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Auch fünfzig Jahre nach Verabschiedung der Römischen Verträge ist das „Haus Europa“ noch nicht fertig. Das haben nicht zuletzt die Bemühungen um den europäischen Verfassungsvertrag gezeigt, der schließlich an den Voten der Bevölkerungen Frankreichs und der Niederlande gescheitert ist. Zwar wurde mit dem „Vertrag von Lissabon“ vom Dezember 2007 ein gangbarer Weg beschritten, der die Handlungsfähigkeit der EU zu stärken vermag. Doch muss sich auch ein im Integrationsprozess befindliches Europa seiner Grundlagen und Ziele immer wieder bewusst werden. Angesichts der Vielzahl politischer Akteure und Interessen ist es erforderlich, sich der historischen Grundlagen europäischer Einigungspolitik zu vergewissern. Gerne wird in diesem Zusammenhang von der europäischen Identität gesprochen. Aber bei dieser Frage kann nicht unberücksichtigt bleiben, dass es eine Vielzahl von europäischen Nationen und eine Vielfalt von Geschichtsbildern in Europa gibt.

Bei der Betrachtung europäischer Geschichtsbilder, wie sie auf einer internationalen Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung im Oktober 2007 in Cadenabbia diskutiert wurden, ist nicht zuletzt ein Vergleich zwischen den älteren EU-Ländern und den neu hinzugekommenen mittelosteuropäischen Ländern von Interesse und deren geschichtlichen Erfahrungen und Entwicklungen im ehemaligen Ostblock. Der Vergleich mit den Kernländern der EU verdeutlicht anhand der jüngeren Vergangenheit die unterschiedlichen geschichtlichen Prägungen:

In Deutschland sind infolge der NS-Vergangenheit lange vorherrschende Geschichtsbilder und mit ihnen auch der Begriff der Nation verblasst. So ist es kein Zufall, dass das Grundgesetz von 1949 die erste europäische Verfassung war, die einen Verzicht auf nationale Souveränitätsrechte vorsah. Der europäische Bezug gehört demnach zur Geburtsstunde der Bundesrepublik Deutschland, was zugleich auch ein Charakteristikum des deutschen Nationalbewusstseins ist (Professor Horst Möller, München). Die positiven Einstellungen zu Europa und zur EU sind auch geprägt durch die negativen Erfahrungen der Deutschen mit ihrem Nationalstaat und der Pervertierung des Volks- und Nationsbegriffs durch den Nationalsozialismus.

Ein nahezu ungebrochenes Geschichts- und Nationalbewusstsein lässt sich dagegen in Frankreich ausmachen, dessen Geschichte trotz vieler Revolutionen und Umbrüche eine große Kontinuität aufweist. Das Land selbst gilt vielen als ein „geschichtliches Bilderbuch“. Frankreich verfügt über „gleichsam eingefleischte und stabile Geschichtsbilder“, die sich mit symbolischen und legendären Elementen verbinden (Gilbert Merlio, Paris). Die Identifikation der Franzosen mit identitätsstiftenden Bezugsgrößen ist umso leichter, als Frankreich insgesamt über eine „konsensfähige Vergangenheit“ verfügt. Man ist dabei erinnert an den Ausspruch Napoleons: „Die Geschichte ist die Fabel, an die man glaubt.“ Die Geschichte eines Landes lebt nicht nur in Denkmälern und durch Erinnerungsorte, sondern auch in Legenden, Erzählungen, Riten und Redewendungen; dies alles bildet die kollektive Identität, die eine Nation herstellt.

Das Geschichts- und Nationalbewusstsein ist in den Ländern Europas sehr unterschiedlich ausgeprägt. Neben großer Kontinuität in Frankreich existiert in Deutschland ein eher gebrochenes Geschichtsbild, während in Österreich die Geschichtsbilder der Bevölkerung nicht sehr weit zurückzureichen scheinen.

Anders als Deutschland verfügt Österreich über ein weit weniger gebrochenes Geschichtsbild, was auch daher rührt, dass es den Nachkriegsregierungen gelungen ist, „die nationalsozialistische Zeit zu externalisieren“ und das Land als Opfer der NS-Okkupation hinzustellen (Professor Ernst Bruckmüller, Wien). Die Geschichtsbilder der Bevölkerung reichen allerdings nicht sehr weit zurück: Laut einer Umfrage von 1998 sind die Erinnerungen an Begebenheiten und Personen aus der Zeit des Habsburger Reiches kaum lebendig, ebenso wenig an die Zeit zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Anschluss an das Großdeutsche Reich. So ist die Nationsidee vor allem geprägt durch die Zeit seit 1945 (II. Republik), wobei bemerkenswert ist, dass bis weit in die jüngste Zeit noch die Idee des Ständestaates verbreitet war.

Die Situation Spaniens sehen Beobachter gegenwärtig sehr kritisch. Die Auseinandersetzung um die Vergangenheit hat das Land voll erfasst und in Lager und Positionen gespalten, die gegensätzlicher kaum sein könnten. Spanien ist geprägt von einem „Extremismus der zentrifugalen und separatistischen Nationalisten“, die die Vergangenheit als Legitimierungsgröße für sich zu vereinnahmen suchen (Professor Mariano Delgado, Freiburg/Schweiz). Ein Hoffnungsschimmer ist, dass verstärkt Vertreter aller Richtungen und Parteien der Extremlage überdrüssig sind und eine überparteiliche, zivilgesellschaftliche Initiative „zum Schutze Spaniens vor politischem Vandalismus“ gebildet haben.

Belgien, ehemaliges Territorium der Österreichischen Niederlande, spaltete sich 1830 von den Niederlanden ab und manifestierte sich als selbständiger Staat. In der Folgezeit entwickelte sich ein einheitliches historisches Selbstbild, dessen der junge Nationalstaat zur Legitimation seiner Existenz bedurfte. Dabei konnte man an die bereits im 18. Jahrhundert entwickelte nationale Geschichte der Österreichischen Niederlande anknüpfen (Professor Tom Verschaffel, Löwen).

Wie in kaum einem anderen Land in Europa spielt in Polen die Kenntnis der eigenen Vergangenheit eine große Rolle. Die Geschichte war neben Sprache, Konfession und Kultur das wichtigste identitätsstiftende Element. Polen formierte sich im 19. Jahrhundert als moderne Nation. Ähnlich wie die zeitgleich verlaufene Verfassungsbewegung Belgiens bildete auch in Polen der Konstitutionalismus ein wichtiges Element des nationalen Selbstbewusstseins und Freiheitsbestrebens (Krzysztof Ruchniewicz, Breslau). Obwohl die moderne Nationalgeschichte Polens und der Freiheitskampf gegen die Vorherrschaft der Sowjetunion in den 1980er Jahren in einem anderen Kontext standen, so wird man doch gewisse Kontinuitäten im Selbstbild der Polen und ihres nationalen Selbstbehauptungswillens ausmachen können. Als verständlich mag daher erscheinen, dass nach der langen Unterdrückung der eigenen Kultur und der nationalen Autonomie – zunächst durch den NS-Staat, dann durch die Sowjetunion – in den letzten beiden Jahrzehnten eine starke Rückbesinnung auf nationale Werte und regionale Eigenarten zu beobachten ist – eine ähnliche Entwicklung wie in den anderen mittelosteuropäischen EU-Ländern.



Am 20. Dezember 2007 feierten die Polen den Wegfall der Grenzkontrollen im Rahmen des Schengen-Abkommens, das freie Fahrt für Millionen Europäer bedeutet.

Selbstredend gilt auch für Tschechien, dass die eigenen wie auch die fremden Geschichtsbilder keineswegs absolute Geltung besitzen, sondern sich vielfach aus Teild Bildern zusammensetzen, die auch miteinander konkurrieren, sich durchkreuzen oder ergänzen können. Nicht vergessen werden darf dabei die Rolle der nationalen oder ethnischen Minderheiten, die in dem einen oder anderen Land leben und die in einem gewissen Spannungsverhältnis zum Mehrheitsvolk stehen können – und zwar gerade dann, wenn diese Minderheit ihr Muttervolk in der unmittelbaren Nachbarschaft hat. Diese Situation ist für Mitteleuropa nicht untypisch (Robert Schuster, Prag).

Besonders gilt diese Situation für Ungarn, das nach dem Ersten Weltkrieg den größten Teil seiner Bevölkerung an die Nachbarstaaten verloren hat (3,2 Millionen). Die Magyaren ironisieren dies gerne mit dem Spruch: „Ungarn ist das einzige Land, das mit sich selbst benachbart ist.“ Die Geschichtsbilder der Ungarn heute sind vor allem

geprägt durch Erfahrungen in der Zeit der Kádár-Periode (1956-1988): Niederschlagung des Volksaufstandes 1956, kleinere wirtschaftliche und politische Reformen in den 1960er Jahren („Gulaschkommunismus“) sowie die gesellschaftliche Krise in den 1980er Jahren, die mit den Parteigründungen 1988 endete und schließlich 1989 zum demokratischen Neubeginn führte.

Die jüngeren Geschichtsbilder Estlands wie auch Litauens und Lettlands sind noch geprägt durch die Erfahrungen deutscher und russischer Besatzung. „Erinnerungskonflikte“ – u.a. der Umgang mit inländischen Denkmälern der ehemaligen Sowjetunion – belasten bis heute das Verhältnis zum Nachbarn Russland, der die Okkupation des Baltikums 1944 als Befreiung vom Faschismus sieht, während die baltischen Staaten die Fortsetzung des Verlustes ihrer Selbstbestimmung beklagen, die sie im Jahre 1991 schließlich wiedererlangen konnten (Mart Laar, Reval).

Obwohl heute generell festzustellen ist, dass ehemals festgefügte nationale Geschichtsbilder verblassen, gibt es dennoch eine Vielzahl von Prägungen, deren sich die Europäer erinnern müssen, wenn sie unter „Vertiefung“ der EU nicht nur ökonomische und bürokratische Reformen verstehen. Diese Prägungen betreffen die von Europa ausgehenden Freiheits- und Modernisierungsbewegungen, zum Beispiel die Trennung von Religion und Politik, die Emanzipationsprozesse von Humanismus und Renaissance, von Reformation, Aufklärung, und die aus ihnen hervorgegangenen Demokratie- und Rechtsstaatsideen. Sie sind auch für EU-Gesellschaften normierend.



Der Volksaufstand in Ungarn 1956, mit dem sich die Ungarn von der sowjetischen Unterdrückung befreien wollten, wurde niedergeschlagen. Seine Bedeutung für die friedliche Revolution 1989 in Ungarn ist unbestreitbar.



Fünfzig Jahre später begehen die Menschen in Budapest den Jahrestag des Volksaufstands von 1956.

WEICHENSTELLUNGEN

1948 ENTSCIED SICH DER WESTEN DEUTSCHLANDS FÜR PARLAMENTARISCHE DEMOKRATIE UND SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

DR. WOLFGANG TISCHNER

*Referatsleiter, Hauptabteilung
Wissenschaftliche Dienste/
Archiv für Christlich-
Demokratische Politik,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Jahrestage sind in Deutschland von jeher eine schwierige Angelegenheit. Das Jahr 1948 macht dabei keine Ausnahme, gilt es doch, sowohl an die Weichenstellungen auf dem Weg zur Bundesrepublik als auch an die Gleichschaltung in der SBZ auf dem Weg in die DDR zu erinnern. Beides ist eng mit der Geschichte der Union verbunden: der erfolgreiche Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft im freien, demokratischen Teil Deutschlands ebenso wie der mutige, letztlich freilich erfolglose Widerstand der CDU in der sowjetischen Besatzungszone gegen die Spaltung Deutschlands und die Etablierung eines stalinistischen Regimes. Grund genug, an diese entscheidende Phase der deutschen Geschichte zu erinnern.

Die Ausgangslage 1948 war bestimmt von der Not der Nachkriegszeit. Deutschland, verkleinert um die Ostgebiete, war in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Während in den drei westlichen Zonen die USA, Frankreich und Großbritannien in immer stärkerem Maße den Deutschen ihre politischen Rechte zurückgaben, wurde in der Sowjetischen Besatzungszone von der SED der Weg in eine stalinistische Diktatur vorbereitet. Im Vorfeld der Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947 hatten die deutschen Kommunisten begonnen, mit der Einberufung eines Delegiertenparlamentes, des „Deutschen Volkskongresses“, den Weg zur Gründung eines Separatstaates und damit der deutschen Teilung einzuleiten.

Die CDU in der Sowjetischen Besatzungszone stellte sich diesem Vorhaben entgegen. Ihr Vorsitzender Jakob Kaiser, der als christlicher Gewerkschafter zum Umkreis des Widerstandes vom 20. Juli gehört hatte, lehnte die inszenierte „Volkskongressbewegung“ wegen ihrer fehlenden demokratischen Legitimation ab. Er befürchtete – völlig zu Recht, wie sich bald zeigen sollte –, dass mit einem ostdeutschen Scheinparlament der Weg zur Spaltung Deutschlands vorgezeichnet wäre. Seine politische Konzeption, ein geeintes, demokratisches Deutschland als Brücke zwischen Ost und West zu etablieren, war ehrenwert, verkannte aber die politische Realität, in der eine expansive Sowjetunion ihre Gewinne in Osteuropa konsolidieren wollte. Als die Versuche der Sowjets scheiterten, ihn zum Rücktritt zu bewegen, setzten sie ihn ab. Kaiser, der wie etliche seiner Mitstreiter um seine persönliche Sicherheit fürchten musste, wich in die Berliner Westsektoren aus und gründete dort die Exil-CDU, die bis zur Wiedervereinigung den Gedanken an ein vereinigtes Deutschland hochhielt. Die ostdeutsche CDU wurde in den ersten Monaten des Jahres 1948 weitgehend gleichgeschaltet. Damit endete der parlamentarische Widerstand innerhalb der SBZ gegen die Einschränkung von Grundrechten und die fortschreitende Transformation in eine Diktatur weitgehend.

Parallel zur Stalinisierung der SBZ verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion im Frühjahr 1948 rapide. Der Verfall der Reichsmark infolge eines von Hitler durch Kredite finanzierten Krieges, aber auch der ungehemmten Geldschöpfung der Siegermächte zur Begleichung der Besatzungskosten machte einen Währungsschnitt zur Gesundung der Wirtschaft notwendig. Da



Im Oktober 1950 wurde auf dem Gründungsparteitag der CDU in Goslar Konrad Adenauer (l.) mit großer Mehrheit zum Parteivorsitzenden gewählt. Jakob Kaiser, der zuvor als Vorsitzender der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone von den Sowjets abgesetzt worden war, wurde einer seiner Stellvertreter.

Abfahrt nach Bonn
1000 m →

CDU-Königswinter
1000 m →

SPD-Honnef
1000 m →

Verhandlungen mit den Sowjets darüber scheiterten, entschlossen sich die Westalliierten nach längerer Vorbereitung am 20. Juni 1948 zur Einführung einer neuen Währung. Die unter der Leitung Ludwig Erhards, des späteren Wirtschaftsministers, konzipierte Reform führte mit der Einführung der Deutschen Mark zu einer stabilen Währung. Aufgrund der leidvollen Erfahrungen mit staatlichen Eingriffen in das Währungssystem besonders in der NS-Zeit wurde streng darauf geachtet, die spätere Bundesbank als Hüterin der neuen Währung von politischer Einflussnahme freizuhalten.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgte Erhard auch für das gesamte Wirtschaftsleben: Anders als viele seiner Zeitgenossen war er davon überzeugt, dass die staatlich gelenkte Zwangswirtschaft in beiden Weltkriegen, der NS-Zeit und der Nachkriegszeit ein wesentliches Hemmnis für eine Gesundung der deutschen Wirtschaft gewesen war. Ganz konsequent fielen deshalb mit der Währungsreform die meisten Bewirtschaftungszwänge. Der Erfolg der neuen Deutschen Mark im Verbund mit dem Konzept einer möglichst staatsfreien „sozialen Marktwirtschaft“, so wie sie Erhard proklamierte, entschied in der bundesdeutschen Öffentlichkeit die Auseinandersetzung zwischen sozialistischen und wirtschaftsliberalen Politikansätzen klar zugunsten Letzterer.

Waren die Abspaltung der SBZ und die Währungsreform schon wesentliche Weichenstellungen, so ist doch die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik nach zwei verlorenen Kriegen und immer im Kontrast zur kommunistischen Diktatur in Ostdeutschland nicht denkbar ohne die Rolle Konrad Adenauers. Der ehemalige Oberbürgermeister von Köln hatte mit knapper Not die Verfolgung durch die Gestapo überlebt, um nach der Kapitulation wieder in sein altes Amt eingesetzt zu werden. Trotz seiner erneuten Absetzung durch die britische Besatzungsmacht wurde er schnell zum wichtigsten Politiker in den westlichen Zonen. Als im September 1948 der Parlamentarische Rat zusammentrat, um eine deutsche Verfassung zu beraten, wurde Adenauer zu dessen Präsidenten gewählt. Die SPD, die sich darauf konzentriert hatte, Carlo Schmid zum Vorsitzenden des Hauptausschusses wählen zu lassen, sah sich getäuscht: In der deutschen Öffentlichkeit wurde Konrad Adenauer als der wichtigste deutsche Politiker wahrgenommen.

Während der Beratungen – der Parlamentarische Rat trat am 1. September 1948 erstmals zusammen und verabschiedete am 8. Mai 1949 das Grundgesetz – versuchte die Sowjetunion, durch die Berliner Blockade (24. Juni 1948 bis 12. Mai 1949) die westlichen Alliierten aus der alten Reichshauptstadt herauszudrängen und diese vollständig in ihren Machtbereich einzugliedern. Diese unverhüllte Bedrohung stärkte den anti-totalitären Grundkonsens im Parlamentarischen Rat und verbesserte gleichzeitig die Beziehungen zwischen den Deutschen und den westlichen Besatzungsmächten. Die Berliner Luftbrücke wurde zum Symbol der erfolgreichen gemeinsamen Abwehr einer kommunistischen Bedrohung.

Die Verfassungsväter wie der Präsident des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer, und die Verfassungsmütter wie Helene Weber waren sich der Defizite der Weimarer Verfassung und der NS-Verbrechen bewusst und fühlten sich als Sachwalter der Deutschen, die in der SBZ keine demokratische Vertretung hatten.

Die Mütter und Väter der Verfassung waren sich der Defizite der Weimarer Verfassung und der Verbrechen des Nationalsozialismus deutlich bewusst und fühlten sich als Sachwalter der Deutschen, die in der SBZ keine demokratische Vertretung hatten. Überparteilich bestand – von einigen Kommunisten abgesehen – der Konsens, eine freiheitliche, parlamentarische Demokratie aufzubauen. Die Ausgestaltung dieser Staatsform, etwa in der Frage, wie stark föderalistisch das neue Deutschland sein sollte, war durchaus auch innerhalb der Union umstritten. Konsensfähig war dagegen



der metaphysische Bezug. Die Erkenntnis, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus nur durch eine Abkehr von grundlegenden Menschheitsrechten möglich geworden waren, führte zu einer starken Grundrechtsverankerung in der Verfassung. In der Präambel nimmt das Grundgesetz deshalb Bezug auf Gott und macht die Wahrung der jedem Menschen eigenen Rechte zum Prüfstein für die Geltung der Verfassung.

In der Praxis haben sich die Bestimmungen des Grundgesetzes während der bislang sechs Jahrzehnte währenden Geschichte der Bundesrepublik bewährt, die damit nach dem Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation die mit Abstand erfolgreichste Staatsgründung in der neueren deutschen Geschichte ist. Alle Krisen wie die Wirtschaftskrise der siebziger Jahre oder die Herausforderung durch den Terrorismus der RAF sind im Rahmen des Grundgesetzes zu lösen gewesen. Eine besondere Bewährungsprobe bildete der Weg zur deutschen Einheit nach der friedlichen Revolution in der DDR 1989/90. Es zeigte sich, dass die Verfassungsordnung der Bundesrepublik ihre Leistungsfähigkeit so überzeugend unter Beweis gestellt hatte, dass der Bundestag und die jetzt demokratisch gewählte Volkskammer auf die Einberufung einer neuen verfassunggebenden Versammlung verzichteten und die DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beitrug.

Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung wird an diese entscheidende Phase der deutschen Nachkriegsgeschichte erinnern. Dabei werden der Parlamentarische Rat und die Schritte auf dem Weg zur Sozialen Marktwirtschaft im Vordergrund stehen, aber auch die mutige Opposition der ostdeutschen Union gegen die Spaltung Deutschlands wird beleuchtet werden. Als Serviceleistung für die historische Forschung werden relevante Quellenübersichten online bereitgestellt und die wissenschaftlichen Ergebnisse in einem Internetportal einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.



Der Erfolg der neuen Deutschen Mark im Verbund mit dem Konzept einer möglichst staatsfreien „Sozialen Marktwirtschaft“, so wie sie Ludwig Erhard proklamierte, entschied in der bundesdeutschen Öffentlichkeit die Auseinandersetzung zwischen sozialistischen und wirtschaftsliberalen Politikansätzen klar zugunsten Letzterer.



Konstituierende Sitzung des Parlamentarischen Rates am 1. September 1948.

GRENZGEBIET
Sperrzone
 Befahren verboten!

DAS WAR DIE DDR

DER ALLTAG IN DER DIKTATUR MUSS DIFFERENZIERT BETRACHTET WERDEN

DR. JOACHIM KLOSE
*Leiter Bildungswerk Dresden,
 Hauptabteilung
 Politische Bildung,
 Konrad-Adenauer-Stiftung*

Deutschlandweit wird 2009 das erfolgreiche Wirken des Grundgesetzes in der Bundesrepublik Deutschland gewürdigt. 60+20 lautet die Formel: 60 Jahre in den alten Ländern und 20 Jahre in den neuen. In der alten Bundesrepublik ist das Jubiläum identisch mit einer sechzigjährigen beispiellosen Entwicklung, die Frieden, Freiheit und wirtschaftlichen Erfolg in Europa gewährleistete. In den neuen Ländern ist diese Identität gebrochen in eine vierzigjährige DDR-Geschichte und eine zwanzigjährige Entwicklung nach der friedlichen Revolution 1989, so dass der Ruf aus Leipzig $40+20=60$ erschallt. Beide Formulierungen sind richtig, bezeichnen aber ganz verschiedene Dinge. Während 60+20 das erfolgreiche Wirken des Grundgesetzes in Ost und West würdigt, intendiert $40+20=60$ die Gegenüberstellung zweier Entwicklungslinien, und zwar einer vierzigjährigen infolge des Zweiten Weltkrieges politisch getrennten und einer seit 1989 zwanzigjährigen gemeinsamen Entwicklung.

In den neuen Ländern ist das Thema „zwanzig Jahre friedliche Revolution“ unlösbar mit den vierzig Jahren DDR verbunden. Zwei Defizite sind bei der bisherigen Aufarbeitung bemerkenswert: Zum einen gibt es keine ausreichende Darstellung der Alltagsgeschichte der DDR, die die Lebenssituation und Lebensleistung der Menschen angemessen abbildet und würdigt, zum anderen wird der gesamte Komplex nur unter dem Stichwort des Erinnerns behandelt. Gleichwohl bieten der Anlass wie das Thema sehr gute Anknüpfungspunkte, um einen selbstbewussten – optimistischen – Blick in die Zukunft zu vermitteln. Es ist ein Ziel, durch die kontinuierliche Thematisierung und Reflexion der Befindlichkeiten in den neuen Ländern die Akzeptanz für die Politik zu erhöhen, um gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklungen zu stabilisieren und voranzubringen. Eine individuelle Perspektive hilft, allgemein ausgeblendete Aspekte zu beleuchten, so dass sich der Einzelne mit seinen Erfahrungen und Problemen wahr- und ernst genommen weiß.

Diese „Kümmerer-Strategie“ wurde Anfang der 1990er Jahre auch von der Union eingesetzt, später aber nur noch von der PDS genutzt. Gegenwärtig wird sie von der NPD erfolgreich kopiert. Es geht um die Thematisierung einer verbreiteten „narzisstischen Kränkung“, die mit dem Verfall der mit eigener Hand unter den Widrigkeiten der DDR erschaffenen, gleichwohl keinen materiellen Wert mehr verkörpernden Gegenständen einhergeht. Die Marginalisierung von ganzen Parallelgesellschaften der ehemaligen DDR in der öffentlichen Wertschätzung führt zu Rückzug und Ignoranz gegenüber aktuellen gesellschaftlichen Prozessen. Viele Konfliktlinien lassen sich mit herkömmlichen demoskopischen und soziologischen Begriffen nicht fassen und werden dementsprechend auch nicht thematisiert, da die empirische Erfahrung fehlt.

So scheint sich das Phänomen „DDR“ einer objektiven Wahrnehmung zunehmend zu entziehen. Ein großer Teil der ehemaligen DDR-Bürger verklärt die Vergangenheit. Der Alltag in der Diktatur wird sehr oft als angenehm, geschützt, wohlgeordnet und sozial sicher bewertet. Negative Aspekte werden vollkommen ausgeblendet. Teilweise scheint



*Montagsdemonstration
 in Leipzig am
 11. Dezember 1989*

die Vergangenheit im Verhältnis zur Gegenwart ein erstrebenswerter Zustand zu sein. Ist diese Haltung notwendig, um mit der Erblast dieser Vergangenheit zurechtzukommen und leben zu können? Welche Zeichen werden damit für die heutige Jugend und für die Zukunft gesetzt, wenn Verbrechen relativiert und persönliche Verantwortung abgelehnt werden?

In Ermangelung demokratischer Legitimation versuchte die Führung der DDR die Zustimmung der Bevölkerung durch Konsumprogramme zu erlangen, die mit Westkrediten finanziert waren.

Weil der SED-Staat über keinerlei demokratische Legitimation verfügte, suchte er durch soziale Wohltaten die Loyalität der Bevölkerung zu erkaufen, völlig ohne Rücksicht auf wirtschaftliche oder finanzpolitische Rationalität. Mit der in der Ära Honecker in den siebziger Jahren postulierten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ bemühte sich das Regime, durch die verstärkte Bereitstellung von Konsumgütern und ein großes Wohnungsneubauprogramm die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen. Egal ob Volkswagen, Bananen oder Videorekorder importiert wurden, das Ziel war ein Erkaufen von Zustimmung.

Da die DDR ökonomisch nicht in der Lage war, ein derartiges Konsumprogramm zu finanzieren, wurde auf westliche Kredite zurückgegriffen. Diese Mittel fehlten dann in den achtziger Jahren und beschleunigten den wirtschaftlichen Verfall der kommunistischen Zwangsherrschaft. Zeitzeugen erinnern sich an eine vergleichsweise sorgenfrei erscheinende Zeit, in der man in vermeintlicher sozialer Sicherheit, freilich in eingeschränkten Lebensverhältnissen und ohne die im Westen selbstverständlichen bürgerlichen Freiheiten in seiner Nische ein privates Glück genießen konnte. Die mit dieser Finanzpolitik verbundenen gesamtwirtschaftlichen Probleme wurden dank der Zensur überhaupt nicht wahrgenommen. Im Kontrast dazu erscheinen häufig die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit als existentielle Bedrohung, ohne dass realisiert wird, dass gerade die desolante Lage der DDR-Wirtschaft maßgeblich für diese Probleme verantwortlich gewesen ist.

Die Bewertung und wissenschaftliche Aufarbeitung der DDR legt demgegenüber ihren Schwerpunkt auf die verdrängten Teile der Diktaturerfahrung. Sie will bewusst machen, wie verbrecherisch geschlossene Systeme werden können, wenn jede Form externer Normierungen verlorengeht. Beide Positionen, sowohl die „Ostalgie“ und die damit einhergehende Relativierung als auch die „Dämonisierung“, werden dem Alltagserleben in der DDR nicht gerecht. Der SED-Staat war ein „Ideologieschwellensystem“, das besonders aktiv wurde, wenn man sich nicht konform verhielt. Dann offenbarte es alle Dimensionen eines totalitären Staates. Die (Lebens-)Kunst bestand darin, minimale Kompromisslinien zu finden, statt vorausseilenden Gehorsam zu leisten. In diesem Sinne ist es notwendig, Gewissenserforschung zu betreiben.

Das Veranstaltungsmodul „Wie schmeckte die DDR?“, das von der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung angeboten und vom Bildungswerk Dresden vorbereitet wird, reflektiert bewusst die sinnliche und emotionale Wahrnehmung der Vergangenheit und versucht zu zeigen, wie die DDR von jemandem empfunden worden ist, der in ihr aufwachsen musste. Die Themen sollen sichtbar machen, worunter man gelitten hat, aber auch, was man zu schätzen wusste. Diese Form des Verstehens kann helfen, den Weg in eine gemeinsame Zukunft zu befestigen.

Außerdem wird 2008 ein elektronisches Portal unter dem Arbeitstitel „Das war die DDR“ als überjähriges Projekt aufgebaut. Die Federführung übernimmt die Hauptabteilung Politische Bildung und hier insbesondere das Bildungszentrum Schloss Wendgräben im Benehmen mit dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik/Wissenschaftliche Dienste (ACDP/WD). Ziel des Portals ist es, den Nutzern Informationen über Alltag, Medien, Kultur, Kirche, Wissenschaft, Schule, Ideologie etc. in der DDR zu geben. Darin eingeschlossen sind auch didaktisch-methodische Hinweise zur Vermittlung der Thematik für Multiplikatoren sowie Lehrerinnen und Lehrer.



Ostalgie auf dem 14. Internationalen Trabant-Fahrer-Treffen im Juni 2007 in Zwickau.

ERINNERUNGSKULTUR ALS ZUKUNFTSAUFGABE

Die Beschäftigung mit der Geschichte hilft zu begreifen, was heute ist und was morgen geschehen kann. Dies gilt gerade auch für die Auseinandersetzung mit der Geschichte von Diktaturen und ihren Folgen. Immer weniger Opfer können als Zeitzeugen die Erinnerung an das Grauen der NS-Zeit und des Erlittenen persönlich weiter tragen und vermitteln. Geschichte aber verblasst schnell, wenn sie nicht Teil des eigenen Erlebens oder eines unmittelbaren Zugangs ist. Wirkliche Erinnerung lässt sich nicht verordnen. Eine nüchterne Beschreibung allein birgt daneben die Gefahr eines allzu milden Lichts, in dem selbst die größte Barbarei zu einem anonymen Ereignis schrumpfen kann.

Wie schaffen wir es aber, junge Leute über die reine Wissensvermittlung hinaus zu einer nachhaltigen und auch emotionalen Beschäftigung mit dem Themenfeld anzuregen? Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat dazu einige durchaus erfolgreiche Wege beschritten.

An dem bundesweiten Jugendwettbewerb DenkT@g haben inzwischen Tausende von jungen Menschen teilgenommen. Nicht nur Antworten auf vielfältige Fragen zu Holocaust und NS-Diktatur, sondern auch zu Rechts- extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitis-



mus zu suchen und sie dann kreativ und medienge- recht in Form von Internetseiten aufzubereiten ist ein innovativer Ansatz der historischen Erinnerung und der politischen Bildung. Eine Filmreihe der Akademie präsentiert daneben seit einiger Zeit Spiel- oder Doku- mentarfilme, die sich mit Fragen des Umgangs und der Auseinandersetzung mit Geschichte befassen. Es schließt sich stets ein vertiefendes Gespräch mit den Filmemachern, mit Wissenschaftlern und Zeitzeugen an. Wichtig gerade für junge Erwachsene bleiben Besuche authentischer Lernorte wie Gedenkstätten, ehemaligen Konzentrationslagern und Museen, mit einer aktiven inhaltlichen Auseinandersetzung über Gespräche, Film- bzw. Tonmaterialien, Akten- und Literaturstudien.

Ähnlich konzipiert ist der SchülerPolitikTag. Berliner Schüler sind eingeladen, Orte der Erinnerung aufzusuchen, mit interessanten Dialogpartnern ins Gespräch zu kommen oder sich mit historischem Quellenmaterial zu beschäftigen.

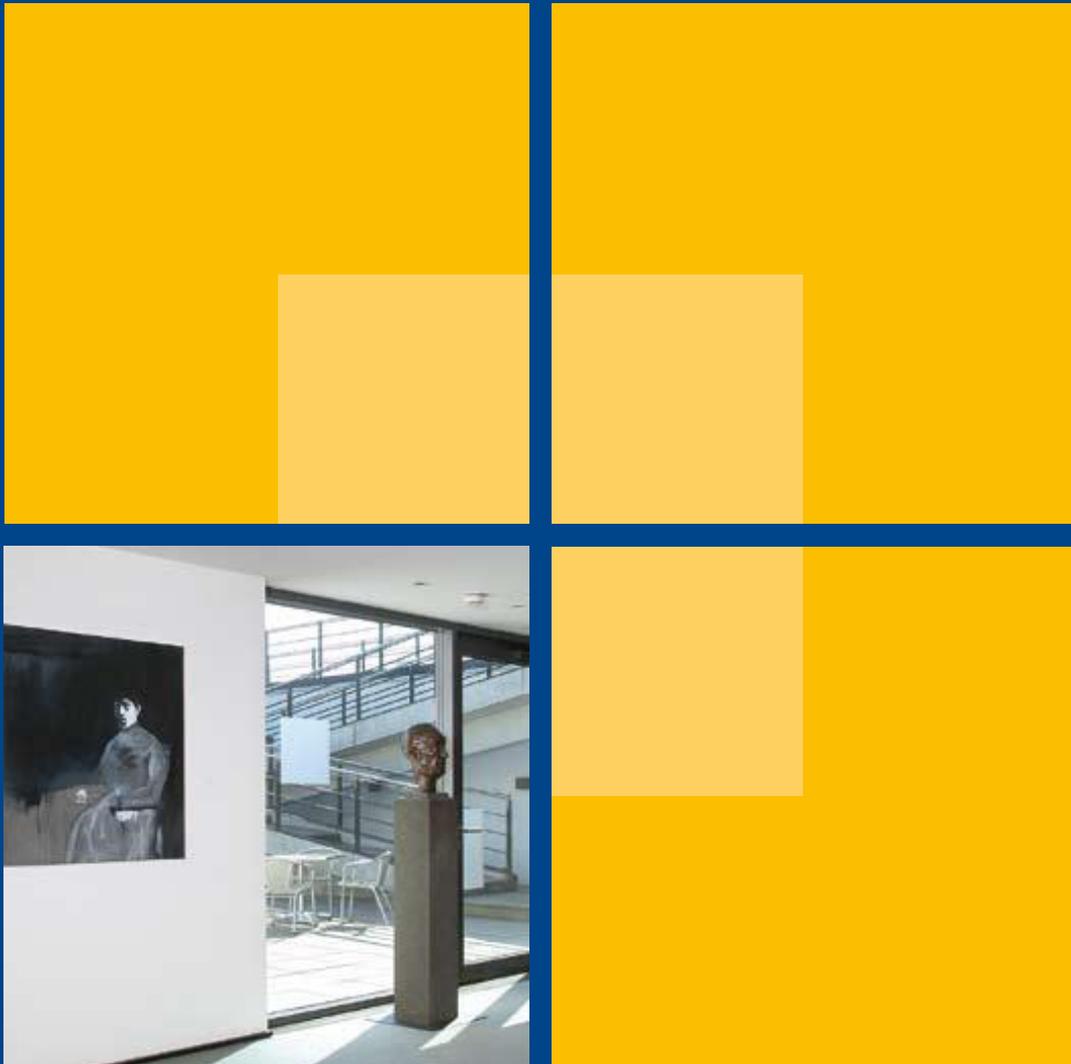


Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema DDR – damals und heute

Mit zahlreichen Büchern und Broschüren hat die KAS die Entwicklungen im SED-Staat kritisch unter die Lupe genommen, darunter zwei allgemein anerkannte Nachschlagewerke: Das zweibändige „Lexikon des DDR-Sozialismus“ sowie das große „Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur“, in dem Wissenschaftler und zahlreiche Autorinnen und Autoren, die selbst zur DDR-Opposition zählten, zu Wort kommen. Das Werk gilt als eine der wichtigsten Aufarbeitungen des DDR-Widerstands.

Die Reihe „Deutschland-Report“ wurde zu DDR-Zeiten aufgelegt und lief nach der Wiedervereinigung aus.

Wichtige Themen zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte wird die Konrad-Adenauer-Stiftung auch im Rahmen des zwanzig-jährigen Jubiläums der Wiedervereinigung im Jahr 2009 bearbeiten und veröffentlichen.



S T I F T U N G

WIR SIND EINE POLITISCHE STIFTUNG, DIE BUNDESWEIT IN ZWEI BILDUNGSZENTREN UND 15 BILDUNGSWERKEN AKTIV IST. RUND 70 AUSLANDSBÜROS BETREUEN WELTWEIT PROJEKTE IN MEHR ALS 100 LÄNDERN. UNSER SITZ IST IN SANKT AUGUSTIN BEI BONN UND IN BERLIN.

WIR ÜBER UNS

KONRAD ADENAUER UND SEINE GRUNDSÄTZE SIND FÜR UNS LEITLINIEN, AUFTRAG UND VERPFLICHTUNG. DIE STIFTUNG TRÄGT SEIT 1964 DEN NAMEN DES ERSTEN BUNDESKANZLERS; SIE GING AUS DER BEREITS 1955 GEGRÜNDETEN „GESELLSCHAFT FÜR CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE BILDUNGSARBEIT“ HERVOR.



WIR DANKEN UNSEREN STIFTERN, SPENDERN UND SPONSOREN

Einen besonders herzlichen Dank richten wir an unsere Spender und Sponsoren, die auch im Jahr 2007 die Konrad-Adenauer-Stiftung durch Zustiftungen, Spenden und Sponsoring, mit ihren Förderbeiträgen oder als Kooperationspartner unterstützt haben.

Wir bedanken uns für ihr Engagement und das Vertrauen, das sie der Konrad-Adenauer-Stiftung entgegenbringen, für die Empfehlungen, die so manche Tür geöffnet haben, und für die vielen guten Ideen und Anregungen, die eine Weiterentwicklung der privaten Finanzierung der Stiftung ermöglichen.

Wir alle können mehr bewegen, wenn wir Menschen in unserer Umgebung wissen, die uns begleiten und ideell und finanziell fördern. Wenn auch Sie die Zukunft mit uns gestalten möchten und Ihnen bestimmte Schwerpunkte unserer Arbeit wie z.B. die Begabtenförderung, die politische Bildung, die internationale Zusammenarbeit oder Kunst und Kultur besonders am Herzen liegen, stellen eine Stiftung oder ein Fonds ideale Formen dar, um Verantwortung für das Gemeinwohl mit zu übernehmen.

Spenden zur Förderung von gemeinnützigen Zwecken lohnt sich seit Anfang 2007 steuerlich mehr als zuvor. Eine entsprechende Änderung im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht trat rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft.

Um weitere Möglichkeiten für Engagement, das dem Gemeinwohl dient, aufzuzeigen, hat die Konrad-Adenauer-Stiftung im Berichtsjahr eine Erbschaftsbroschüre herausgegeben. Darin finden Sie viele Fakten und gute Hinweise rund ums Erben und Vererben sowie Checklisten für Ihre persönliche Vermögensaufstellung und zahlreiche nützliche Hinweise in verständlicher Form. Interessenten können die Broschüre über die unten angegebene Adresse bestellen.

Wir beraten Sie gerne.

Ihre Ansprechpartnerin:

Petra Kulcsar
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Telefon: 0 2241/246-2616
Telefax: 0 2241/246-2539
E-Mail: petra.kulcsar@kas.de

■ **NATIONAL UND INTERNATIONAL** setzen wir uns durch politische Bildung für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit ein. Die Festigung der Demokratie, die Förderung der europäischen Einigung, die Intensivierung der transatlantischen Beziehungen und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit sind unsere besonderen Anliegen. Als Think Tank und Beratungsagentur erarbeiten wir wissenschaftliche Grundlagen und aktuelle Analysen vorausschauend für politisches Handeln. Die Akademie der Stiftung in Berlin ist das Forum für den Dialog über zukunftsrelevante Fragen zwischen Politik, Wirtschaft, Kirche, Gesellschaft und Wissenschaft.

■ **AUF TAGUNGEN UND KONGRESSEN** bringen wir Leute zusammen, die „etwas zu sagen haben“. Zu unseren mehr als 2.500 Veranstaltungen allein in Deutschland kommen pro Jahr etwa 145.000 Menschen. Begabte junge Menschen, nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Mittel- und Osteuropa sowie aus den Entwicklungsländern fördern wir ideell und materiell. Engen Kontakt halten wir zu ehemaligen Stipendiaten – inzwischen mehr als 10.000.

■ **AUSSTELLUNGEN, LESUNGEN UND PREISE** ergänzen unser Angebot. Wir unterstützen künstlerischen Nachwuchs und verleihen alljährlich den renommierten KAS-Literaturpreis. Junge Journalisten fördern wir in speziellen Projekten. Einen eigenen Lokaljournalistenpreis vergeben wir seit 1980. Der „Preis Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung“ ehrt seit 2002 Persönlichkeiten, die sich für Erhalt und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in herausragender Weise eingesetzt haben. In unserem DenkT@g-Wettbewerb prämiieren wir seit 2001 Internetpräsentationen, in denen sich Jugendliche mit der NS-Diktatur und dem Holocaust sowie aktuellen Fragen zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt auseinandersetzen.

■ **DIE GESCHICHTE DER CHRISTLICHEN DEMOKRATIE** in Deutschland und Europa erschließt und erforscht das Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Dem Benutzer stehen umfangreiche Schriftgutbestände, moderne Medien und eine Spezialbibliothek mit rund 172.500 Titeln zu Politik und Zeitgeschichte zur Verfügung.

STIFTER UND SPENDER HABEN VIELES BEWIRKT

ELSE-HEILIGER-FONDS

Else Heiliger bestimmte schon zehn Jahre vor ihrem Tod im September 1993 die Konrad-Adenauer-Stiftung zur Alleinerbin ihres Vermögens mit der Auflage, bedürftige deutsche Künstlerinnen und Künstler zu fördern und finanziell zu unterstützen.

Die Stiftung hat 1994 mit dem Nachlassvermögen den Else-Heiliger-Fonds (EHF) begründet, aus dem seither in vielfältiger Weise Künstler unterstützt und wichtige kulturelle Aktivitäten auch junger Talente finanziert werden konnten. Da Else Heiliger eine zeitnahe Verwendung ihres Vermögens verfügte, läuft das Programm Ende 2009 aus.

Um diese erfolgreiche Künstlerförderung auch über das Jahr 2009 hinaus zu sichern, riefen engagierte Förderer der zeitgenössischen Kunst das Trustee-Programm „Else-Heiliger-Fonds 2010“ ins Leben. Im Sinne des bürgerchaftlichen Gedankens von Else Heiliger unterstützt jeder Trustee den Fonds mit 30.000 Euro und trägt so dazu bei, dass die KAS auch weiterhin Künstler in wichtigen Phasen ihres Werdegangs begleiten kann.

THEODOR-UND-ELISA-WEIMAR-FONDS

Die Ende 1997 verstorbene Erica Weimar hat der Konrad-Adenauer-Stiftung ihr Vermögen vermacht. Ihrem Wunsch entsprechend hat die KAS einen Fonds auf den Namen ihrer Eltern, Theodor und Elisa Weimar, eingerichtet. Mit dessen Erträgen unterstützt sie die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen, insbesondere die deutscher Studenten und des journalistischen Nachwuchses.

WERNER-HINTZLER-FONDS

Im Jahr 2000 sind der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem Nachlass des Werner Hintzler Zuwendungen zur finanziellen Stärkung der politischen Bildungsarbeit zugeflossen. Werner Hintzler war zu Lebzeiten den Grundsätzen und dem Lebenswerk Konrad Adenauers sehr zugetan und wollte mit seinem Letzten Willen die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dauerhaft finanziell unterstützen.



FONDS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Mit einer ersten größeren Spende begründete die Konrad-Adenauer-Stiftung im Mai 2004 diesen Fonds, dem inzwischen weitere Mittel zugeflossen sind. Aus dem Fondsvermögen und seinen Erträgen unterstützt die Stiftung ein breites Spektrum von Aktivitäten, die sich mit den Ideen und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft befassen. Ziel ist es, eine breite Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und international zu bewirken.

Seit 2002 verleiht die Konrad-Adenauer-Stiftung jährlich in der Frankfurter Paulskirche den Preis Soziale Marktwirtschaft, mit dem herausragende, beispielgebende Leistungen von Personen im Geiste der Sozialen Marktwirtschaft ausgezeichnet werden. Die bisherigen Preisträger sind: Professor Werner Otto, Professor Berthold Leibinger, Helmut O. Maucher, Hans B. Bauerfeind, Sybill Storz und Arend Oetker.

HILFSFONDS INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Seit vielen Jahren unterstützt dieser Fonds, der im Jahre 1987 von den KAS-Auslandsmitarbeitern gegründet und finanziell ausgestattet wurde, politisch Verfolgte im Ausland, die wegen ihres Eintretens für Gerechtigkeit und Freiheit in Not geraten sind.

SICH ENGAGIEREN UND STEUERN SPAREN

Änderungen im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht, die rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft getreten sind, sehen erhebliche Steuererleichterungen für Spender und Stifter vor. Auch der Sonderausgabenabzug für Zustiftungen in das Grundstockvermögen einer gemeinnützigen Stiftung wurde erhöht. Mit einer Zustiftung in bereits bestehende Fonds der Konrad-Adenauer-Stiftung oder mit der Gründung eines neuen Fonds, der Ihren Wünschen entsprechend anderen Satzungszwecken der Stiftung zugute kommt, unterstützen Sie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und tragen dazu bei, Frieden und Freiheit in der Welt zu sichern.



Erbschaften und Vermächtnisse: Lassen Sie sich beraten

Erben ist ein Thema, über das zu Lebzeiten keiner gerne spricht. Kaum verwunderlich scheint es daher, dass 82% aller Bundesbürger ohne Testament versterben. Und das, obwohl jeder weiß, dass vor allem ungeregelte Erbschaftsverhältnisse häufig zu Streitigkeiten führen. Hinzu kommt, dass die gesetzliche Regelung des Erbfalls und die steuerlichen Belastungen häufig nicht bekannt sind. Unliebsame Überraschungen in der Vermögensnachfolge, Auseinandersetzungen in der Familie oder unnötige steuerliche Belastungen kann man vermeiden, wenn vorher klare Regelungen getroffen und die rechtlichen und steuerlichen Anforderungen beachtet werden.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung gibt mit ihrer Broschüre „Zukunft schenken“ eine erste Hilfestellung zu Fragen rund um das Testament. Hier finden Sie auch Checklisten für Ihre persönliche Vermögensaufstellung sowie zahlreiche nützliche Hinweise in verständlicher Form.

Bitte wenden Sie sich an:

*Maria Skowronek
Tel. 02241/246-2427
Fax 02241/246-2539
E-Mail maria.skowronek@kas.de*



IN ÜBER HUNDERT LÄNDERN SETZT SICH DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG FÜR DEN AUFBAU FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHER UND RECHTSSTAATLICHER STRUKTUREN SOWIE DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT EIN. DIE EIGENVERANTWORTUNG AFRIKAS UND DIE PARTNERSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT MIT DEM KONTINENT BILDETEN 2007 EINEN SCHWERPUNKT DER ARBEIT. DANEBEN RÜCKTEN FRAGEN DER ENERGIE-SICHERHEIT UND DES KLIMASCHUTZES VERSTÄRKT IN DEN FOKUS.

IM EINSATZ FÜR DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

Sensible außen- und entwicklungspolitische Fragen rückten 2007 – unterstützt durch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und den G8-Vorsitz – verstärkt in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Hierzu gehören Themen wie Hilfe für Afrika, Klimaschutz und Energiesicherheit, die weltweit auch viele Maßnahmen der Internationalen Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung bestimmten.

Neben der klassischen Unterstützung von Parlamenten und politischen Parteien konzentrierte sich die internationale Arbeit der Stiftung auf den Aufbau und Ausbau von Rechtsstaatlichkeit, die Förderung freier Medien, die Schaffung marktwirtschaftlicher Strukturen und die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Über die Hälfte der finanziellen Mittel der Konrad-Adenauer-Stiftung wird für die Internationale Zusammenarbeit aufgewendet. In rund siebzig Auslandsbüros betreuten die Auslandsmitarbeiter und ihre rund 300 Ortskräfte im Jahr 2007 Projekte in über hundert Ländern.

Dabei hat sich bewährt, dass die KAS in den vergangenen Jahren neben der bestehenden regionalen Kompetenz ihre inhaltlich-sektorale Expertise ausgebaut hat. Das Rechtsstaats- und Medienprogramm unterstützt in vielen Ländern die Schaffung und Stärkung des modernen Rechtsstaats sowie die Verbesserung journalistischer Standards. Beim Projekt Globale Ordnungspolitik begleiten Mitarbeiter von der Berliner Zentrale aus Querschnittsaufgaben. Die durch diese übergreifende Methodik gewonnene Kompetenz lässt sich effizient in die entwicklungspolitische Debatte einspeisen.

Zu den Querschnittsaufgaben der Internationalen Zusammenarbeit zählen der interreligiöse Wertedialog, die globale Wirtschafts- und Sozialordnung, Entwicklungspolitik und Menschenrechte und Energie, Umwelt und Ressourcen.

Mit dem Projekt „PASTIS“ hat die Hauptabteilung die Grundlagen für ein modernes Projektabrechnungs-, Steuerungs- und Informationssystem gelegt, das 2008 zunächst in Lateinamerika eingeführt wird. PASTIS ermöglicht die stärkere Verlagerung von Verantwortung auf die dezentralen Einheiten bei gleichzeitig verbesserter Steuerung.

Deutschlandseminare, Fachkonferenzen, Studien- und Informationsprogramme ergänzen und unterstützen als projektbegleitendes Instrumentarium die internationalen Länder- und Regionalprogramme in Deutschland. Die Konrad-Adenauer-Stiftung brachte auf diese Weise ausländische Gäste mit Vertretern und Multiplikatoren aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen. Das projektbezogene Stipendienprogramm betreute 2007 über 110 Stipendiaten. Die Stipendien werden in der Regel für Aufbaustudien in den Bereichen Verwaltung, Politik und Journalismus vergeben.

Neue Wege beschritt die Hauptabteilung bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit: Der Informationsdienst KAS International berichtet dreimal jährlich über die weltweiten Aktivitäten. Die Thesenpapiere greifen Schwerpunktthemen wie Globale Ordnungspolitik auf und stellen die Positionen der KAS vor.



Die Unterzeichnung des neuen EU-Vertrags am 13. Dezember 2007.

EUROPA/USA

Erfolgskontrolle

Die Erfolgskontrolle ist ein wichtiger Bestandteil der internationalen Arbeit der KAS. Regelmäßige Evaluierungen sowie entwicklungs-politische Studien sind zentrale Maßnahmen der Qualitätssicherung und -verbesserung der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit. Mit ihrer Hilfe werden Erfolge nachvollziehbar, wodurch unsere Arbeit zusätzliche Legitimation erhält. Die Weiterentwicklung des internen Wissensmanagements war 2007 ein Schwerpunkt: Mitarbeiter im In- und Ausland wurden über Ergebnisse und Empfehlungen von Evaluierungsgutachten systematisch informiert. Diese Form des institutionellen Lernens hat zwei Ziele: Weltweit sollen einerseits gute Projektbeispiele übernommen und andererseits Fehlentwicklungen vermieden werden. Dies dient der Effektivität, der Effizienz und der Nachhaltigkeit der entwicklungs-politischen Projekte.

2007 war ein erfolgreiches Jahr: Im Dezember unterzeichneten Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union den unter deutscher Ratspräsidentschaft vorbereiteten EU-Reformvertrag. Die KAS-Büros in Westeuropa widmeten diesem Projekt große Aufmerksamkeit und hoben seinen Nutzen für die weitere europäische Integration durch Publikationen und Veranstaltungen hervor. In Großbritannien, wo besonders die Öffentlichkeit das Verfassungsprojekt stark in Zweifel zog, sollte die Konferenzreihe Bocket Hall Dialogue die europapolitischen Herausforderungen diskutieren und den Diskurs zwischen den Entscheidungsträgern verbessern.

In Frankreich beleuchtete das KAS-Büro in Paris die innenpolitischen Herausforderungen der wirtschafts- und sozialpolitischen Modernisierung sowie die außenpolitische Akzentverschiebung u.a. im Rahmen seines regelmäßigen deutsch-französischen Strategieforums. Die Eröffnung eines neuen Verbindungsbüros in Italien ermöglicht es der Stiftung, die politischen Entwicklungen dort intensiver zu beobachten und die Kontakte auszubauen.

Über die jährlich stattfindende Mittelmeer-Konferenz fördert das Auslandsbüro Spanien den Austausch zwischen den Anrainern zu wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Fragen. Im Fokus stand 2007 die Vernetzung von Gemeinden und Regionen im Mittelmeerraum.

Die Außenstelle Washington trug durch zahlreiche Veranstaltungen dazu bei, die transatlantische Wertepartnerschaft weiter zu verbessern. Ferner wurde der Präsidentschaftswahlkampf beobachtet und analysiert. Die Analyse des Rennens um das Weiße Haus wird 2008 intensiviert und im Internetauftritt der Stiftung dokumentiert.

Die KAS-Büros in Moskau und St. Petersburg haben dazu beigetragen, dass Zukunftsthemen wie islamistischer Fundamentalismus, Terrorismus, Rohstoffsicherheit, demographische Krisen und wachsender wirtschaftlicher Einfluss der asiatischen Großmächte in den partnerschaftlichen russisch-deutschen Dialog einfließen. Darüber hinaus standen die Zusammenarbeit mit der russisch-orthodoxen Kirche, der Menschenrechtsdialog und die Parteienkooperation im Mittelpunkt. Im November eröffnete die Partei „Einiges Russland“ eine Europa-Dependance ihres Zentrums für sozialkonservative Politik, das mit Unterstützung der KAS gegründet worden war. Zusammen mit Jugendorganisationen russischer Parteien führte die Stiftung außerdem Programme zu Demokratie und Bürgergesellschaft durch.

Durch die Eröffnung eines Auslandsbüros in Vilnius/Litauen konnte der Kreis der Partner in Weißrussland erheblich erweitert und das Vertrauensverhältnis zur demokratischen Opposition noch verbessert werden. Parallel zum Länderprogramm startete ein EU-finanziertes Projekt zur Förderung unabhängiger Medien.

In der Ukraine hat die KAS im Wahljahr 2007 einen Schwerpunkt auf die programmatische Kooperation mit den Partnerparteien Nascha Ukraina und BJUT sowie den themen- und sachorientierten Dialog mit der Partei der Regionen gelegt. Die Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit wurde im Dialog mit der Zivilgesellschaft aufgegriffen.

In Mittel- und Südosteuropa sowie in den baltischen Staaten standen in der ersten Jahreshälfte mit dem Thema Europäische Integration Veranstaltungen zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Vordergrund. Daneben stellt die Zusammenarbeit mit den EVP-Partnerparteien einen wesentlichen Schwerpunkt der Stiftungsarbeit in der Region dar. In Polen gibt der Sieg der Bürgerplattform PO bei den Parlamentswahlen im Herbst Anlass zur Hoffnung, dass sich die deutsch-polnischen Beziehungen verbessern, worum sich die KAS insbesondere im Jahr 2007 intensiv bemühte.

Rumänien, eines der beiden jüngsten EU-Mitglieder, hat eine turbulente politische Entwicklung erlebt. Die KAS trug dazu bei, auch nach dem Beitritt das Bewusstsein für die Notwendigkeit weiterer Reformen im Transformationsprozess aufrechtzuerhalten.

In Kroatien lag ein Schwerpunkt auf der Stabilisierung und Fortentwicklung der neu gegründeten politischen Stiftung der HDZ, der Stiftung des Kroatischen Staatseides. Diese Zusammenarbeit ist ein wichtiges Instrument, um die Regierungspartei HDZ bei ihrer Entwicklung hin zu einer modernen Volkspartei christlich-demokratischer Prägung zu unterstützen. In Serbien hat sich die Zusammenarbeit der KAS mit den beiden Partnerparteien DSS und G17plus wesentlich vertieft.

Ineffiziente Kompetenzverteilungen und vielfältige Vetomechanismen charakterisieren die Staatsstrukturen Bosnien-Herzegowinas. Ein Gutachten, das die KAS durch das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht erstellen ließ, leistete einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der Debatte um die notwendige Verfassungsreform.

ASIEN

Der EU-Außenbeauftragte Javier Solana und ASEAN-Generalsekretär Keng Yong Ong beim EU-ASEAN-Treffen in Nürnberg im März 2007.

Radikale Entwicklungstendenzen in einigen süd- und südostasiatischen Staaten bringen hohes Konfliktpotential in die Region. Die asiatische Ausprägung eines moderaten Islam, wie er auf dem Kontinent überwiegend praktiziert wird, kann daher einen wichtigen Anknüpfungspunkt für einen intensivierten Dialog über Islam und Demokratie bieten. So organisierte das KAS-Büro in Kabul im Sommer 2007 einen Workshop mit angesehenen religiösen Führern Afghanistans, die in der sogenannten Kabuler Resolution Selbstmordattentate als Verbrechen gegen den Islam verurteilten. Seit 2007 ist die KAS in der Region zusätzlich mit einem Verbindungsbüro in Islamabad/Pakistan vertreten.

Auch in Asien erkennen die politischen Entscheidungsträger immer stärker die Notwendigkeit einer regionalen Zusammenarbeit. Mit Unterstützung der KAS haben die ASEAN-Staaten deshalb im Dezember 2007 die ASEAN-Charta als Grundlage einer weitreichenden Integration beschlossen. Die Erfolgsgeschichte der europäischen Integration erkannte die asiatische Seite beim EU-ASEAN-Außenministertreffen im März 2007 in Nürnberg als Vorbild an.

Mit dem Aufstieg Indiens als weiterer Großmacht in Asien müssen die außen- und sicherheitspolitischen Koordinaten neu vermessen werden. Der zweite NATO-India Security Dialogue im Januar 2007 und der trilaterale Dialog zwischen Indien, China und Deutschland im März 2007 dienten dazu, strategische Perzeptionen auszuleuchten und innovative Mechanismen des Ideen- und Informationsaustausches zu schaffen.

Aus Anlass des EU-ASEAN-Außenministertreffens lud die KAS Parlamentarier aus Asien zu einem vielbeachteten Workshop nach Nürnberg ein. Eine Studienreise informierte die Politiker über Fragen der Kooperation und Integration zwischen Gemeinden, Ländern, dem Bund und der EU.

Die geostrategische Bedeutung der Mongolei im Spannungsfeld der Großmächte hat in den letzten Jahren spürbar zugenommen. Das 6. Mongolisch-Deutsche Forum hat aktuelle Einblicke in die Interessenlagen der asiatischen Nachbarstaaten, Europas und der USA gegeben und Handlungsoptionen für die mongolische Außenpolitik aufgezeigt.

In Fragen der europäischen Energiesicherheit sind die Mitglieder des Staatenbunds GUAM wichtige Dialogpartner: Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Moldau standen im Zentrum einer Veranstaltung zu Fragen der künftigen Energieversorgung Europas.



In der Region wird die KAS ihre Aktivitäten nach Eröffnung des Regionalprogramms Südkaukasus im November 2007 mit einem Büro in Tiflis weiter ausbauen.

Das rasante wirtschaftliche Wachstum stellt in den asiatischen Schwellenländern die soziale Frage mit besonderer Dringlichkeit. Das Auslandsbüro Indien bereitet in diesem Zusammenhang eine umfassend angelegte Jugendstudie vor, die – nach dem Vorbild der renommierten Shell-Jugendstudie – Entwicklungen und Tendenzen unter dieser großen Bevölkerungsgruppe darstellen soll. Die Ergebnisse werden 2008 publiziert.

Das Verständnis von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit in Asien stand im Mittelpunkt der Konferenz der KAS-Auslandsmitarbeiter in Manila/Philippinen. Diese Grundwerte sind in vielen asiatischen Gesellschaften bislang noch von geringer Bedeutung, so dass ein westlich orientiertes Wertesystem als Grundlage, beispielsweise bei der Demokratieförderung und beim Modell der Sozialen Marktwirtschaft, noch nicht greifen kann. Regionale Ansätze und Anpassungserfordernisse in der Umsetzung gilt es immer wieder neu zu überprüfen.

Der regionale Austausch zur rechtsstaatlichen Entwicklung in Asien wurde auch 2007 erweitert. Das Verfassungsrichtertreffen fand im vergangenen Jahr in Seoul zu Fragen der Rechtsprechung von Verfassungsgerichten statt. Diese von der KAS regelmäßig initiierten Treffen sind ein hervorragendes Beispiel, wie intraregionaler Erfahrungsaustausch zur Stärkung der Kontrolle von nationalen Exekutiv- und Legislativorganen genutzt werden kann.

AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA

Die erhöhte Aufmerksamkeit, die Afrika durch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und den G8-Vorsitz im Jahr 2007 erhielt, nahm die KAS zum Anlass, den Kontinent zum Hauptthema der Mitarbeiterkonferenz Afrika und Naher Osten zu wählen. Aus ihr ging das Thesenpapier „Partnerschaft und Eigenverantwortung“ mit Anregungen für die Zusammenarbeit hervor.

Südafrikas Vorsitz der G20, der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, im Jahr 2007 bot die Gelegenheit, die Beziehungen zwischen Afrikanischer und Europäischer Union weiterzuentwickeln. Das South African Institute for International Affairs (SAIIA) und die Konrad-Adenauer-Stiftung zogen in Brüssel eine erste Bilanz der südafrikanischen und deutschen Vorsitze und beleuchteten die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA), über die seit mehreren Jahren verhandelt wird.

Nigeria erlebte im Jahr 2007 erstmals seit seiner Unabhängigkeit die Übergabe der Amtsgeschäfte von einem gewählten Präsidenten an einen gewählten Nachfolger.

In Nigeria, dem bevölkerungsreichsten Land Afrikas, arbeitet die KAS mit vier regionalen Parlamenten zusammen – weitere haben ihr Interesse an Fortbildung und Beratung bekundet. Von drei Radiostationen aus, je einer im Kernland der großen Ethnien Hausa-Fulani, Yoruba und Ibo, erreicht die Stiftung mit ihren Sendungen über politische Ereignisse und Möglichkeiten der Beteiligung Millionen Hörer.

Im April fand in Lomé, Togo, erstmals eine Konferenz für die jungen Führungskräfte des afrikanischen Parteienbündnisses „Union des Partis Africains pour la Démocratie et le Développement“ (UPADD) statt. In Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung hatte die Westafrika-Sektion von UPADD ihren Führungsnachwuchs eingeladen, um sich über das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft zu informieren.

Nach den Wahlen des Jahres 2006 in der DR Kongo, durch die die politischen Institutionen erstmals eine demokratische Legitimation erfahren haben, gilt es, den Demokratisierungsprozess fortzuführen. In dieser Phase des Übergangs setzte die KAS bei der Aus- und Fortbildung von Parlamentariern besonders darauf, die Kompetenz hinsichtlich der Gesetzgebung zu stärken.

Der neugeschaffene Afrikanische Menschenrechtsgerichtshof soll im Jahr 2008 seine Arbeit aufnehmen. Im Mai 2007 führte das Rechtsstaatsprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung ein Informationsprogramm für elf Richter des Gerichtshofs mit Gesprächen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, beim Bundesver-

fassungsgericht, dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte und der Weltbank durch. Die besuchten Institutionen sagten ihre Unterstützung zur Aufnahme der Arbeit des Menschenrechtsgerichtshofs zu.

NAHER OSTEN UND NORDAFRIKA

Israelis und Palästinenser beschlossen am 27. November auf der internationalen Friedenskonferenz in Annapolis in den USA neue Friedensverhandlungen und weckten so die Hoffnung auf mehr Sicherheit, Stabilität und Wohlstand für die gesamte Region. Um zum Gelingen der Konferenz beizutragen, führten die KAS-Büros Ramallah und Jerusalem im Vorfeld eine israelisch-palästinensische Delegation nach Washington, um Verhandlungsspielräume auszuloten. Die weitere Begleitung des Friedensprozesses ist erklärtes Ziel der Stiftung.

Das deutsch-israelische Verhältnis hat sich weiter positiv entwickelt: Laut einer Umfrage der KAS Jerusalem stehen zwei Drittel der Israelis Deutschland positiv gegenüber und befürworten eine stärkere Rolle Deutschlands in der EU. Bundeskanzlerin Angela Merkel zählt in Israel zu den beliebtesten europäischen Politikern.

Die KAS Jerusalem brachte ihre langjährigen Erfahrungen im Bereich der Friedenserziehung in ein im April 2007 gestartetes EU-Programm zur Friedenserziehung an israelischen, palästinensischen und jordanischen Schulen ein.
<http://www.civicedu.org>

In den palästinensischen Autonomiegebieten setzt sich die KAS, unterstützt durch die EU, gemeinsam mit dem lokalen Partner von Transparency International, AMAN, für die Bekämpfung der Korruption ein. Ein Meilenstein 2007 war die Gründung des Bündnisses „Nichtregierungsorganisationen gegen Korruption“. Die rund hundert palästinensischen Organisationen, die sich dem anschlossen, unterzeichneten einen Verhaltenskodex und wollen durch verantwortungsvolles Verhalten die palästinensische Zivilgesellschaft stärken und zu guter Regierungsführung beitragen.

In der Türkei stellten die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen erneut die politische Stabilität unter Beweis. Da das Land immer stärker als wichtiger Akteur in der Region gilt, baut die KAS in Ankara ihre Think-Tank- und Experten-Netzwerke regional aus. Beispielhaft ist die zum 21. Mal durchgeführte Deutsch-Türkische Journalistenkonferenz, die sich mit der Rolle der Türkei als Vermittler zwischen Ost und West befasste. Ein internationaler Think-Tank-Workshop widmete sich der stabilisierenden Rolle der Türkei im Kaukasus.

Das Regionalprogramm Nahost/Mittelmeer startete 2007 eine Kampagne, um die arabische Öffentlichkeit mit den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft vertraut zu machen. Außerdem standen aktuelle Themen wie Migration und Terrorismus, Religion und Reform sowie Islam und Verfassungsstaat im Mittelpunkt diverser Aktivitäten. Als besonderer Erfolg gilt der Abschluss des Rahmenabkommens zwischen der KAS und der Arabischen Liga für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (ALECSO), das die künftige deutsch-arabische Kooperation im Bildungsbereich fördern soll.

Das Länderprogramm Ägypten konzentrierte sich im Berichtsjahr darauf, die Möglichkeiten zur politischen und gesellschaftlichen Teilhabe für benachteiligte Bevölkerungsschichten zu verbessern. Sommerschulen bereiteten junge Ägypter aus allen Schichten und Konfessionen auf Führungsaufgaben vor.

Das Länderprogramm Marokko/Algerien führte seine Zusammenarbeit mit dem Innenministerium sowie mit der Vereinigung der Personalverantwortlichen fort, um Dezentralisierungs- und Modernisierungsprozesse in Verwaltung und Wirtschaft zu unterstützen. Mit Partnern aus der Zivilgesellschaft wurden Maßnahmen zu den europäisch-marokkanischen Beziehungen sowie zum interreligiösen Dialog durchgeführt. In Algerien wurde eine Akademie für Führungskräfte in Zusammenarbeit mit der AHK Algier ins Leben gerufen.



ALECSO-Generaldirektor Mongi Bousnina (l) und Professor Bernhard Vogel, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

LATEINAMERIKA

Die politische Entwicklung in Lateinamerika driftet auch 2007 weiter auseinander: Die populistischen Regime in Venezuela und Bolivien, aber auch in Ecuador und Nicaragua verwandeln sich weiter zu autoritären und nationalistischen Regierungsformen. Die demokratischen Regierungen stehen vor der Herausforderung, ihre Problemlösungsfähigkeit insbesondere in der sozialen Frage zu verbessern. Die Arbeit der KAS konzentriert sich daher auf die Stärkung der demokratischen Institutionen, die Ausbildung der politischen Akteure und die positive Beeinflussung der entwicklungspolitischen Rahmenbedingungen.

Im Rahmen des regionalen Rechtsstaatsprogramms ist das XIV. Lateinamerikanische Verfassungsrichtertreffen in Peru mit Beteiligung deutscher Experten von Bundesgerichtshof und -verfassungsgericht hervorzuheben. Das regionale Medienprogramm widmete sich der Vertiefung der politischen Kommunikation, u.a. für Indigene. Ferner fand eine Studie zur Berichterstattung über die Armutsproblematik in Lateinamerika viel Beachtung. Im Bereich des Regionalprojektes Sozialordnungspolitik (SOPLA) standen die Kooperation mit der lateinamerikanischen Bischofskonferenz CELAM zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen sowie die Vertiefung der Diskussion über Reformen des Bildungswesens und die Diskussion über sozialpolitische Reformen zur Vereinbarkeit von Wachstum und sozialem Fortschritt im Mittelpunkt.

*Favela (Armenviertel)
im Stadtzentrum
von São Paulo.*



Zentraler Baustein der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko ist die Kooperation mit der Partnerpartei PAN, ihren Stiftungen, Unterorganisationen und Parlamentsfraktionen. Daneben spielten der Dialog mit Deutschland und Europa, die Förderung ordnungspolitischer Konzepte und die kommunalpolitische Arbeit mit dem Gemeindeverband AMMAC eine herausragende Rolle.

Das Regionalprojekt Zentralamerika widmete sich der parteipolitischen Bildungs- und Beratungsarbeit sowie der Stärkung der Wahlbehörden, der Schulung von Maya-Bürgermeistern und führte Seminare zur zentralamerikanischen Integration im Kontext der Assoziierungsverhandlungen mit der EU durch.

In Venezuela stand die Zusammenarbeit mit politischen und zivilgesellschaftlichen Kräften der Opposition im Mittelpunkt. Dialogmaßnahmen zur sozialen Ordnungspolitik und die Wertediskussion bildeten dabei die Schwerpunkte. Während in Bolivien die Frage der Gewaltenteilung, des politischen Pluralismus und der Parteiendemokratie thematisiert wurde, kamen in Peru vorrangig wertebezogene Programme für den politischen Nachwuchs und Fragen der gesellschaftspolitischen Partizipation zum Tragen.

In Kolumbien bildete die KAS Wahlbeobachter für die Regionalwahlen aus und behandelte die Thematik der sozialen Verantwortung von Unternehmern. Ebenso standen die parteipolitischen Bildungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit der konservativen Partei im Fokus. In Ecuador ist insbesondere die internationale Konferenz zur sozialen Verantwortung von Eliten mit dem Vorsitzenden der päpstlichen Kommission *Justitia et Pax*, Kardinal Renato Martino, hervorzuheben.

Die Arbeit in Chile konzentrierte sich auf die Unterstützung der christlich-demokratischen Partei PDC bei der Formulierung eines neuen Grundsatzprogramms. In Argentinien war die KAS daran beteiligt, das Modell der Bundespressekonferenz als Mechanismus zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Medien und Politik zu etablieren. Ferner wurde der Demokratieindex *IDD-Lat* 2007 erstellt und mit beachtlichem Medienecho vorgestellt.

In Brasilien sind die Veranstaltungen im Kontext des 50. Jahrestages der Römischen Verträge, die IV. sicherheitspolitische Konferenz in Rio sowie das Forum Brasilien-Europa in Recife hervorzuheben. Regionale Bedeutung hatte ferner das Dialogprogramm zwischen Parteien und Zivilgesellschaft im *Cono Sur*.



*Demonstration der
Oppositionsbewegung in
Caracas, Venezuela.*



DIE HAUPTABTEILUNG POLITIK UND BERATUNG HAT SICH ZUR FESTEN GRÖSSE IM POLITISCHEN BERLIN UND BEI LANDESPOLITIKERN ENTWICKELT. IN DEN BEREICHEN INNENPOLITIK, GESELLSCHAFTSPOLITIK, WIRTSCHAFTSPOLITIK UND EUROPA- UND AUSSENPOLITIK ERARBEITEN 20 WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER – ORIENTIERT AN DEN AKTUELLEN GESELLSCHAFTLICHEN THEMEN – ANALYSEN UND LÖSUNGSORIENTIERTE KONZEPTE. SIE BEGLEITEN DAS GESPRÄCH ZWISCHEN WISSENSCHAFTLERN UND POLITIKERN UND VERMITTELN POLITISCHE STRATEGIEN UND INHALTE AN DIE ÖFFENTLICHKEIT.

WISSENSCHAFT TRIFFT POLITIK

INNENPOLITIK

Mit der Analyse der Mitglieder der CDU erschien die dritte Studie zur innerparteilichen Demokratie und der Zukunft der Volksparteien. Die Untersuchung zeigt, dass sich die Bedeutung der Mitgliedschaft für den Einzelnen geändert hat. Für den neuen Mitgliedertyp steht die Gestaltung von Politik im Vordergrund. Er ist aktiv und politikorientiert, während früher sozial-gesellige Motive für das Engagement in Parteien wichtiger waren. Das Aktivitätsniveau der Mitglieder ist für die Politik- und Kampagnenfähigkeit bedeutender als die reine Anzahl von Mitgliedern.

Im Zentrum einer weiteren Parteienanalyse stand die Fusion von WASG und PDS zur Partei Die Linke. Kritisch wird die vermeintliche Entwicklung der Linken hinterfragt. Denn hinter der populistischen Forderung nach einem starken Ausbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaates verbirgt sich das Ziel eines radikalen Gesellschaftsumbaus unter sozialistischen Vorzeichen. Sie fordert die Abschaffung des sogenannten Kapitalismus, was dem Ende der bürgerlichen Demokratie entspräche.

Mit Projekten zum Bereich Aktive Bürgergesellschaft will die KAS Begriffe klären, Voraussetzungen in Bildung, Erziehung und Gesellschaft benennen, bürgerschaftliches Engagement fördern und zu einem Bewusstseinswandel beitragen. Die Studie „Mein Haus – mein Quartier – meine Stadt. – Sinus-Milieus und bürgerschaftliches Engagement“ zeichnet ein differenziertes Bild von der Engagementbereitschaft der Bürger. Im Oktober 2007 hat zum zweiten Mal der Gesprächskreis „Neue Länder“ stattgefunden. Unter der Leitung des KAS-Vorsitzenden, Professor Bernhard Vogel, diskutierten in Cadenabbia Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Verwaltung über Themen wie Demokratievertrauen und Demokratieakzeptanz, Rechtsextremismus und Finanzpolitik in den neuen Ländern.

Die gute Tradition kommunalpolitischer Arbeit führte die Stiftung mit dem 2006 gegründeten Arbeitskreis Kommunalpolitik mit neuen Impulsen fort. Er setzt sich aus aktiven Kommunalpolitikern sowie hochrangigen Vertretern aus Verbänden und Wissenschaft zusammen. Schwerpunkt im Jahr 2007 war das Thema kommunale Integrationspolitik, das von einer Arbeitsgruppe des kommunalpolitischen Kreises vorbereitet wurde. Die Broschüre „Integration vor Ort. Positionen und Handlungsempfehlungen für eine kommunale Integrationspolitik“ hebt die maßgebliche Bedeutung der Kommunen als Orte gelingender Integration hervor. Die weitere Tätigkeit konzentrierte sich auf die praktische Umsetzung integrationspolitischer Maßnahmen. Gleichzeitig nahm die Arbeitsgruppe Finanzen die Problematik der Reform der Kommunalfinanzen in Angriff. Interkommunale Kooperationen und neue Kooperationsformen für die Stadtentwicklung waren weitere Schwerpunkte, die Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Verwaltung auf zwei Tagungen diskutierten.

Die Podiumsdiskussion „30 Jahre danach – Erfahrungen und Lehren aus dem RAF-Terrorismus“ mit den Zeitzeugen Klaus Kinkel, Eckart Werthebach und Hans Neusel verdeutlichte den Entscheidungs- und Handlungsdruck der damals politisch Verantwortlichen.



*KAS-Generalsekretär
Wilhelm Staudacher
(3.v.r.) beim Jour fixe
zum Deutschen
Evangelischen Kirchentag
in Köln, Juni 2007.*

*Philosophen und Religions-
experten diskutierten am
12. Dezember 2007 in
Berlin über das Verhältnis
von Aufklärung und
Religion (Bild rechts).*



GESELLSCHAFTSPOLITIK

Die Kirchen gehören nach wie vor zu den Institutionen mit weitreichendem Einfluss auf die Werthaltungen in der Gesellschaft. Beim Jour fixe der KAS zum Deutschen Evangelischen Kirchentag in Köln wurden daher viele der im Dialog zwischen Kirche und Politik virulenten Themen diskutiert. Wegen des zeitgleich in Heiligendamm stattfindenden G8-Gipfels zählten dazu auch Fragen der Entwicklungspolitik. Begleitend veröffentlichte die Stiftung das Papier „Globalisierung, der G8-Gipfel und die Evangelische Kirche“. Über die grundsätzliche Rolle von Religion in der Gesellschaft debattierte das vielbeachtete Forum „Sapere aude! Aufklärung und Religion“. Die Veranstaltung thematisierte das Verhältnis von Aufklärung und Religion angesichts zunehmender fundamentalistischer Tendenzen innerhalb der Religionen.

Unter den kulturpolitischen Aktivitäten der KAS ist das 7. Potsdamer Gespräch zur Kulturpolitik im November 2007 hervorzuheben. Unter der Leitung von Norbert Lammert MdB, Präsident des Deutschen Bundestages, widmete es sich der aktuellen kulturpolitischen Diskussion, der Debatte um den Musikunterricht sowie dem Bericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“. Die Initiative „Bildung der Persönlichkeit“ fand mit einer Schrift zur Zukunft der schulischen Berufsbildung und mit dem Sammelband „Bildungsoffensive Musikunterricht“ ihre Fortsetzung. Das Herder-Taschenbuch „Warum Geisteswissenschaften Zukunft haben“ sowie eine gemeinsame Tagung der Stiftung und des Kartellverbandes mit Bundesbildungsministerin Annette Schavan begleiteten das „Jahr der Geisteswissenschaften“. Die kulturpolitische Arbeit der Stiftung ist in der Zeitschrift „kultur und politik“ (11/2007) des Deutschen Kulturrats eigens gewürdigt worden.

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist ein Thema mit wachsender politischer Priorität. Auch die KAS hat ihre Arbeit in diesem Bereich intensiviert und die Studie „Bildung als Handlungsfeld kommunaler Integrationspolitik. Best-Practice-Beispiele“ herausgegeben. Darüber hinaus hat die Stiftung das Almanyta-Programm zur Unterstützung der Integration von Bürgern mit türkischem Migrationshintergrund begründet. Regelmäßige Dienste für Politiker sind zum Beispiel: ein monatlicher „Pressemonitoring“ mit Berichten türkischer Medien zu Zuwanderung und Integration; der „Almanyta Infodienst“ zu Islam und Demokratie, türkischen Medien und Kurden in Deutschland; der „Almanyta Bülteni“ mit Aktuellem aus Politik und Gesellschaft.

*Die Ergebnisse der
Tagung „Medizin
zwischen Humanität
und Wettbewerb“
werden im Herbst 2008
als Herder-Taschenbuch
veröffentlicht.*

Das 5. Symposium der Cadenabbia-Gespräche Medizin – Ethik – Recht mit dem Titel „Medizin zwischen Humanität und Wettbewerb“ setzte die Aktivitäten zum Thema Gesundheit fort. Fachleute aus Medizin, Politik, Gesundheitswirtschaft, Ethik und Recht diskutierten über die künftige Entwicklung des Gesundheitswesens, in dem Heilung und Leidminderung selbstverständlich bleiben, wirtschaftliche Aspekte aber weiterhin an Bedeutung gewinnen. Parallel erschien das Taschenbuch „Was ist uns die Gesundheit wert?“. Auch der Gesprächskreis „Innovationen im Gesundheitswesen“ vertiefte die Aspekte einer „Sozialen Gesundheitswirtschaft“. Weitere Themen waren die rechtliche Regelung der Patientenverfügung sowie die Diskussion über eine Novellierung des Stammzellgesetzes.



Um an die fundamentale Bedeutung der Sozialen Marktwirtschaft für den Wiederaufstieg Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg zu erinnern und ihre ungebrochene Aktualität für Orientierungen in Zeiten der Globalisierung zu verdeutlichen, hat die KAS die Publikation „Soziale Marktwirtschaft – damals und heute“ mit Grundlagen und aktuellen Texten vorgelegt.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Der Thüringer Ministerpräsident Dieter Althaus hat mit dem solidarischen Bürgergeld einen steuer- und sozialpolitischen Systemwechsel vorgeschlagen. Das Bürgergeld soll eine Antwort sein auf die tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten, deren Lösung von moderaten Systemveränderungen nicht mehr zu erwarten sei. Der konzeptionelle Ansatz ist bestechend einfach und ruft gerade deshalb kritische Fragen hervor. Diesen Fragen hat sich die Konrad-Adenauer-Stiftung mit Hilfe namhafter Experten angenommen und die erste umfassende wissenschaftliche Analyse eines konkret ausformulierten Grundeinkommensmodells in Deutschland vorgelegt. Mit dieser Publikation im Lucius & Lucius Verlag führt die Stiftung ihren Beitrag zur Diskussion um die Reformen des Arbeitsmarktes und der Sozialsysteme fort.

Solide Staatsfinanzen sind eine unabdingbare Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaften und ein Fundament der Sozialen Marktwirtschaft. Welche Strategien führen den Staat aus der Verschuldungsspirale der letzten vier Jahrzehnte? Eine Diskussionsveranstaltung mit dem baden-württembergischen Finanzminister, Gerhard Stratthaus, dem haushaltspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Steffen Kampeter, dem Wirtschaftsweisen Professor Peter Bofinger und dem Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank Hans Reckers ging dieser Frage nach. Die Ergebnisse werden in der Umsetzung des neuen Grundsatzprogramms der CDU und den Arbeiten der Föderalismuskommission II eine zentrale Rolle spielen.

EUROPA- UND AUSSENPOLITIK

In Deutschland, Europa und den USA wächst der Anteil von Muslimen an der Bevölkerung. Folglich wird das bürgerschaftliche Engagement von Menschen muslimischen Glaubens immer wichtiger. Die Erfahrungen der transatlantischen Gemeinschaft hierzu, die Bedingungen und Perspektiven für ein solches Engagement in westlichen Gesellschaften waren Thema der Konferenz „Muslime als Staatsbürger. Bürgerschaftliches Engagement aus internationaler Perspektive“, die Wissenschaftlern, Politikern und jungen Muslimen aus Deutschland, Europa und den USA ein Forum zum Austausch bot. Die Konrad-Adenauer-Stiftung führte sie gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung, der Heinrich-Böll-Stiftung und der US-amerikanischen Botschaft in Bonn durch.

Im Bereich der Europapolitik standen 2007 die Begleitung der deutschen Ratspräsidentschaft, die Förderung der Erweiterungsdiskussion, die Revitalisierung des Verfassungsprozesses und die Erstellung eines Manifestes zu den europäischen Werten im Mittelpunkt. Die Grundlinien dieses Manifests wurden in PuB erarbeitet und vom KAS-Kuratorium so weit fortentwickelt, dass es auf nationaler Ebene vielfältig kommuniziert werden konnte.

Die zunehmende Zahl regionaler Konflikte in verschiedenen Weltregionen führt, verstärkt durch nichtstaatliche Gewalt, zu einer immer größeren Bedrohung und stellt die deutsche Sicherheitspolitik vor neue Herausforderungen. Zu den militärischen und humanitären Interventionen gesellen sich immer mehr auch entwicklungspolitische Aktivitäten. Staatliche sowie nichtstaatliche Handlungsträger sind aufgefordert, bei der Krisenintervention enger zusammenzuwirken. Daher hat das Team Außen- und Europapolitik das Projekt „Vernetzte Sicherheit im 21. Jahrhundert“ gestartet. Ziel ist es, neue Formen des Konfliktmanagements zu erarbeiten.

Hinsichtlich des neuen strategischen Konzepts der NATO setzt die KAS ihre Arbeit fort. Ziel ist es, das öffentliche Verständnis für langfristige sicherheitspolitische Herausforderungen zu verbessern und Begriffe wie „deutsche Interessen“ und „europäische Bedrohungslage“ zu klären. Die gemeinsam mit dem NATO Defense College, Rom, durchgeführte Konferenz „NATO's New Strategic Concept“ brachte Militärs und Diplomaten aus allen NATO-Mitgliedsstaaten mit Gästen aus Politik, Medien und Wissenschaft zusammen, um über die Formulierung eines neuen strategischen Konzepts der Allianz zu diskutieren.

DIE POLITISCHE BILDUNG IST EIN GRUNDANLIEGEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG. MIT IHREM BILDUNGSANGEBOT RICHTET SICH DIE STIFTUNG SEIT 1956 VOR ALLEM AN BÜRGERINNEN UND BÜRGER MIT AUSGEPRÄGTEM POLITISCHEM INTERESSE. SEITHER IST EIN BUNDESWEITES NETZWERK WICHTIGER PARTNER UND ZIELGRUPPEN ENTSTANDEN. DIE BILANZ IST AUCH 2007 WIEDER BEEINDRUCKEND: ÜBER 100.000 MENSCHEN NAHMEN AN FAST 2.000 SEMINAREN, TAGES- UND ABENDVERANSTALTUNGEN TEIL. DIES IST DER GEMEINSAME ERFOLG DER BILDUNGSZENTREN EICHHOLZ UND WENDGRÄBEN SOWIE DER BILDUNGSWERKE.



BRÜCKEN ZWISCHEN POLITIK UND BÜRGERN

Die Politische Bildung baut Brücken zwischen der praktischen Politik und Menschen, die politische Prozesse mit Interesse, aber auch mit Skepsis verfolgen. Sie regt die politische Debatte zwischen interessierten Bürgern, gesellschaftlichen Gruppen und Parteien an, vermittelt christlich-demokratische Werte und erläutert die Grundlagen unserer repräsentativen Demokratie.

WIDER DIE AMERIKA-SKEPSIS: DIE TRANSATLANTISCHE PARTNERSCHAFT ALS LEITTHEMA

Die Leitthemen der Politischen Bildung orientieren sich an den übergeordneten Anliegen der Konrad-Adenauer-Stiftung: Soziale Marktwirtschaft, Europa und transatlantische Beziehungen sowie Ethik der Bürgergesellschaft. Mit ihrer Bildungsarbeit will die KAS den Mut der Bürgerinnen und Bürger zur Eigenverantwortung fördern und fördern. Das sind Auftrag und Inhalt unserer Botschaften. Es geht uns um die Rückbesinnung auf die Vorzüge unserer freiheitlichen Grundordnung, die Bedeutung der Subsidiarität und die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft. Dies muss genauso ins Bewusstsein der Menschen gerückt werden wie die Notwendigkeit bürgerschaftlichen Engagements. Nur im Zusammenspiel privaten Engagements und öffentlicher Hilfe können die Herausforderungen der kommenden Jahre gemeistert werden. Gerade in der öffentlichen Diskussion um Globalisierung und gesellschaftlichen Wandel ist die Betonung unserer Ideale der Freiheit, Verantwortung, Gerechtigkeit und Solidarität wichtiger als je zuvor.



„Neue Medien – bleibender Auftrag“ war das Motto des Vortrags von Markus Schächter, ZDF-Intendant, beim Bonner Wasserwerk-Gespräch am 8. Mai 2007.

Die transatlantische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika macht die Hauptabteilung Politische Bildung zu ihrem Thema. Die Resonanz auf die Abiturienten-Akademien beweist, dass es sich lohnt, für die Freundschaft mit den USA zu werben. Nicht nur in der Vergangenheit, auch in Zukunft wird eine freie und demokratische Welt ohne die USA nicht denkbar sein. Für uns Deutsche ist neben den transatlantischen Beziehungen die europäische Integration wesentlicher Bestandteil unserer geopolitischen Überzeugungen. Beides gilt es zu bewahren und zu fördern. Gerade wenn der öffentliche Unmut über die amerikanische Politik und die verbreitete Skepsis gegenüber der Europäischen Institutionen unübersehbar sind, setzt die Stiftung beide Themen ganz oben auf ihre Prioritätenliste.

Dies ist eine Aufgabe der Politischen Bildung, die über Generationen hinweg unentbehrlich ist: Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland zu beschreiben als Teil und Ergebnis der europäischen Einigung und der ideellen und materiellen Unterstützung durch die USA ist in ihren Veranstaltungen ein wiederkehrendes Thema. In Zeiten einer emotionalen Amerikaskepsis erinnern wir an diese historischen Erfahrungen, die unsere staatliche und gesellschaftliche Entwicklung jahrzehntelang geprägt haben und sie auch in Zukunft mitbestimmen werden.

NETZWERKE IN DEN REGIONEN

Die Präsenz in den Regionen Deutschlands zeichnet die Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung aus. Neben den Bildungszentren Eichholz und Wendgräben bietet sie ihr Programm in fünfzehn Bildungswerken an. So ist sie nah an ihren Zielgruppen und erreicht direkt die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Botschaften und Themen. Das Landeshauptstadtkonzept wurde 2007 weiter umgesetzt. Außerdem sind die Landesstrategiekonzepte weiterentwickelt worden mit dem Ziel, auch mit weniger Personal und weniger Geld an ausgewählten regionalen Standorten langfristig und nachhaltig ein Bildungsangebot bereitstellen zu können. Die Bildungswerke haben zusätzlich die Aufgabe, als Landeshauptstadtbüros zu Veranstaltungen mit landesweiter Bedeutung zu laden. Außerdem dienen die Bildungswerke als Seismographen für politische Entwicklungen in den Bundesländern. Sie leisten für die externe Kommunikation mit den Zielgruppen der Politischen Bildung einen unverzichtbaren Beitrag, indem sie mit Organisationen und Personen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Kunst Netzwerke aufbauen und pflegen.

Bildungszentren und Bildungswerke stimmen ihre Programme aufeinander ab und bilden unterschiedliche Schwerpunkte. Ein Hauptaugenmerk in Wendgräben liegt in der Erinnerung an die DDR-Diktatur, eine Epoche der deutschen Geschichte, die wir vor allem aus Sicht der Opfer schildern. Außerdem konzentriert sich dieser Standort auf Seminare zur Geschichte und Zukunft der europäischen Integration. Die Aufgabe des Bildungszentrums Eichholz ist es, landes- und bundesweit politische Bildung anzubieten, während es der Anspruch der Bildungswerke ist, vor allem die Präsenz der Stiftung in den Bundesländern in die Fläche zu tragen.

POLITISCHE BILDUNG UND ZEITGESCHEHEN

Die Abteilung Politische Bildung und Zeitgeschehen beschäftigt sich mit grundsätzlichen Themen der Politik in Deutschland. Besonderes Augenmerk richtet sie auf die politischen Grundströmungen sowie die Werteorientierung in der modernen Gesellschaft. Die Abteilung legt Wert darauf, mit ihrem Programm den Mut zur Eigenverantwortung zu stärken. Das Seminarangebot, das sich an alle Bürgerinnen und Bürger richtet, greift Themen der gesellschaftlich-politischen Debatte auf. Besonderen Anklang finden die Seminarreihen „Die christlich-demokratische Idee“, „Vereinsmanagement“, „Islam“, „Jüdische Lebenswelten“ sowie „Amerika besser verstehen“. Darüber hinaus bildet das Seminarprogramm die ganze Breite der relevanten politischen Themen ab.

Neben den Seminaren für politisch interessierte Bürger spricht diese Abteilung bestimmte Zielgruppen an, etwa Jugendliche, Pädagogen, Journalisten, Bundeswehrsoldaten und Polizisten. Zusätzlich qualifiziert sie kommunalpolitische Mandats- und Funktionsträger, die sich damit auf die Zusammenarbeit mit der hauptamtlichen Kommunalverwaltung vorbereiten.

Um das Bewusstsein für volkswirtschaftliche Zusammenhänge und die Grundlage für unseren Wohlstand zu schärfen, bietet die Hauptabteilung Grundkurse zur Sozialen Marktwirtschaft an. Teilnehmern werden die Voraussetzungen, Prozesse und Erfolge unserer Wirtschaftsordnung verdeutlicht. Im Vordergrund der Diskussionen und Vorträge stehen Fragen der sozialen Gerechtigkeit sowie des Leistungswettbewerbs und seiner Grenzen. Auch die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion und langfristige Entwicklungen wie der demographische Wandel stehen auf dem Programm.

Die europäische Einigung ist seit den Jahren Konrad Adenauers eng mit der Geschichte Deutschlands verbunden. In den Seminaren zu diesem Thema geht es darum, für diesen prägenden historischen Abschnitt zu sensibilisieren und an die entscheidenden Wendepunkte der Geschichte zu erinnern. Die Grundkurse mit Exkursion nach Brüssel vermitteln Kenntnisse zu dieser Entwicklung und den Aufgaben der europäischen Institutionen. Ziel der KAS ist es, der Europäischen Union und ihren Akteuren ein Gesicht



Zur Rolle der Gewerkschaften im Zukunftsprozess Deutschlands sprach bei den Bonner Wasserwerk-Gesprächen am 15. Dezember 2007 Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie und Energie.

zu geben, Verständnis für ihre Entscheidungen zu vermitteln und die institutionellen Abläufe klar darzustellen. Konkret erfahrbar war diese Absicht zum Beispiel während der deutsch-französischen Wahlnacht im Mai 2007, als das Bildungszentrum in Schloss Eichholz gemeinsam mit Gästen aus Bonn und der Umgebung eine Wahlparty feierte und die Ergebnisse aus Frankreich verfolgte und diskutierte.

Schloss Eichholz bei Bonn ist die Heimat der Hauptabteilung Politische Bildung. Das wurde auch 2007 wieder durch die Angebote in Bonn sehr sichtbar. Besonders erwähnenswert sind die „Wasserwerk-Gespräche“, die der großen Besucherzahl wegen im ehemaligen Gebäude des Bundestages stattfinden. Im Jahr 2007 waren unter anderem der Vorsitzende der Gewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie, Hubertus Schmoldt, der Ehrenvorsitzende der FDP, Otto Graf Lambsdorff, und der Intendant des ZDF, Markus Schächter, zu Gast. Die Wasserwerk-Gespräche im Plenarsaal des ehemaligen neuen Bundestages haben sich über die Jahre zu einem wichtigen Termin im Bonner Veranstaltungskalender entwickelt.

Die Abteilung Politische Bildung und Zeitgeschehen widmet sich in verstärktem Maße der Analyse und Realisierung jüngster didaktischer und methodischer Entwicklungen, aber auch der Evaluierung der Arbeit. Politische Bildung der Zukunft ist vermehrt darauf angewiesen, genau zu wissen, was die Bürger von ihr erwarten und wie man didaktisch-methodisch zielsicher vorgeht.

POLITISCHE KOMMUNIKATION

Gute Politik hängt längst nicht mehr nur von richtigen Entscheidungen ab, sondern auch von professioneller Darstellung. Überzeugungen, Ziele und Abläufe müssen den Bürgerinnen und Bürgern jeden Tag neu vermittelt werden. Nur wer im Wettstreit der politischen Werbung die Herzen und den Verstand der Öffentlichkeit auf seiner Seite hat, kann erfolgreich Politik machen. Gerade daher sind die Inhalte der Politischen Bildung und die Diskussion um Mediennutzung, Kommunikationsstrategien und -techniken eng miteinander verbunden. Mit dem Angebot will die Stiftung Bürgerinnen und Bürgern helfen, die Mechanismen der Public Relations kritisch zu beurteilen. Gleichzeitig wird das Ziel verfolgt, Menschen die Fähigkeiten und Fertigkeiten zu vermitteln, ihre eigene politische Meinung überzeugend darzustellen und dafür Unterstützung zu gewinnen.

Die Abteilung Politische Kommunikation innerhalb der Politischen Bildung ist die Antwort auf diese Anforderung. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen Seminare und Workshops zur politischen Rhetorik, Fragen des Marketings und der Public Relations sowie die neuen Entwicklungen des Web-Designs. Medientrainings für politisch engagierte Bürger, Praxiskurse für Redenschreiber und gezielte Weiterbildung für Internet-Verantwortliche komplettieren das Programm.

Reisen zu Wahlkämpfen in Europa und Amerika bieten Teilnehmern die Gelegenheit, sich ein Bild von den neuesten Entwicklungen der politischen Kampagnenstrategie zu machen. Ein Höhepunkt des Programms 2007 war die „5. Internationale Konferenz für politische Kommunikation“, zu der die KAS gemeinsam mit dem ZDF und der Johannes Gutenberg-Universität rund 200 Gäste aus Medien und Politik für zwei Tage nach Mainz einlud.



TALENTE ENTDECKEN, ZUKUNFT FÖRDERN – DAS IST DIE RICHTSCHRITTE FÜR DIE ARBEIT DER HAUPTABTEILUNG **BEGABTENFÖRDERUNG UND KULTUR**. DEUTSCHE STUDENTENFÖRDERUNG UND JOURNALISTEN-AKADEMIE, FÖRDERUNG VON KÜNFTIGEN AUSLÄNDISCHEN FÜHRUNGSKRÄFTEN UND GRADUIERTEN-FÖRDERUNG, BERUFSORIENTIERUNG UND BERUFSFÖRDERUNG SIND DIE SÄULEN DES UMFANGREICHEN TÄTIGKEITSFELDES. DIE VIELFÄLTIGEN KULTURAKTIVITÄTEN DER STIFTUNG GEHÖREN EBENFALLS ZUM AUFGABENBEREICH DIESER HAUPTABTEILUNG.

STARKES WACHSTUM OHNE QUALITÄTSVERLUST

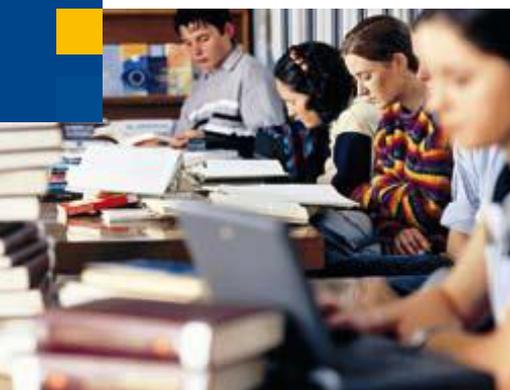
Wenn Deutschland auch künftig in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik international wettbewerbsfähig bleiben soll, gehört es zu den wichtigen Aufgaben, den begabten und charakterlich geeigneten wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern, ihn zu aktivem bürgerschaftlichem Engagement zu ermutigen und auf die Übernahme von Verantwortung in herausgehobenen gesellschaftlichen Positionen vorzubereiten. Die Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung hat 2007 zu diesem Zweck ihre Anstrengungen zur Ausschöpfung des Begabungspotentials nochmals deutlich intensiviert.

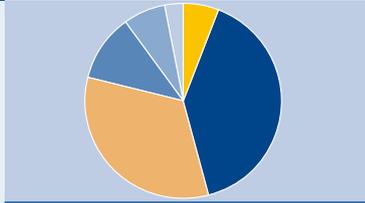
Im Rahmen des von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan, initiierten Programms, mittelfristig ein Prozent eines Studierendenjahrgangs in die elf Begabtenförderungswerke aufzunehmen, hat die Deutsche Studentenförderung die Bewerberzahlen auf rund 1.700 gesteigert. Dies ist die höchste Anzahl von Bewerbungen in der über vierzigjährigen Geschichte der Studentenförderung. Der Aufwuchs gelang ohne Abstriche bei der Qualität der Bewerbungen. Mit 556 Neuaufnahmen wurde die Rekordmarke des Vorjahres von 392 Aufnahmen deutlich übertroffen.

Die Gesamtzahl der Stipendiaten in der Begabtenförderung erhöhte sich 2007 im Vergleich zum Vorjahr erheblich. 2007 befanden sich insgesamt 2.310 Stipendiaten in der Förderung (2006: 1.890). Davon entfielen auf die Deutsche Studentenförderung 1.656 (2006: 1.364), auf die Deutsche Graduiertenförderung 398 (2006: 297) und auf die Ausländerförderung 256 (2006: 229). Neu in die Begabtenförderung aufgenommen wurden 808 Stipendiaten (Deutsche Studentenförderung: 556, Graduiertenförderung: 168, Ausländerförderung: 84). Gegenüber den 523 Neuaufnahmen des Jahres 2006 ist dies ein Anstieg um 54,5%.

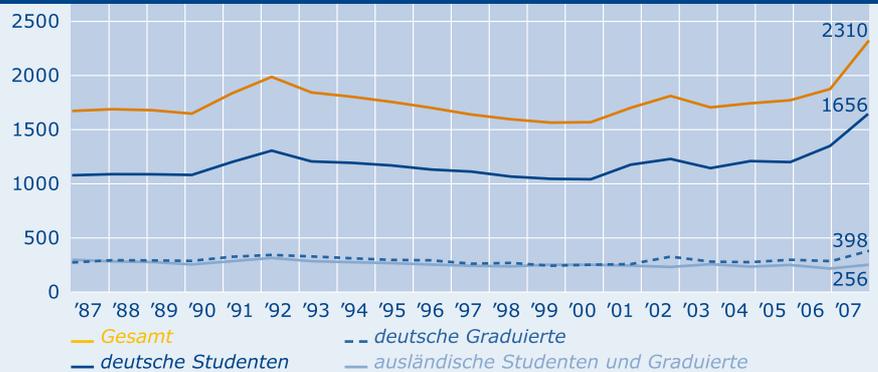
Für die Begabtenförderung ging es 2007 nicht allein um den Aufwuchs; ebenso wichtig war es, vor dem Hintergrund der gestiegenen Aufnahmezahlen die Qualität der ideellen Förderung sicherzustellen. In einer Pilotphase hat die Deutsche Studentenförderung daher mit der Neustrukturierung ihrer Arbeitsabläufe begonnen, um die Intensität der persönlichen Förderung und Beratung aufrechtzuerhalten. Der Intensivierung der Zusammenarbeit in den Netzwerken der Begabtenförderung diente der Ausbau des 2005 begonnenen Pilotprojekts Initiativseminare – von Stipendiaten für Stipendiaten, bei dem 2007 24 Seminare des Jahresprogramms von Stipendiatensprechern bzw. Gruppen konzipiert, geplant und in Zusammenarbeit mit Ansprechpartnern in der Begabtenförderung gestaltet wurden. Als weiteres Beispiel für die Vernetzung hat die Fachschaft Naturwissenschaft als interdisziplinäres Forum, das der Kommunikation zwischen Studierenden, Graduierten, Altstipendiaten und Vertrauensdozenten dient, die Reihe ihrer fachwissenschaftlichen Tagungen 2007 mit fast fünfzig Teilnehmern zum Thema „Neurowissenschaften“ fortgesetzt.

Für das Jahr 2007 bewarben sich 547 Personen um ein Stipendium der Deutschen Graduiertenförderung. Angesichts einer gesicherten finanziellen Ausgangslage konnten drei Auswahltagungen durchgeführt und 168 Nachwuchswissenschaftler (2006: 96) in die Förderung aufgenommen werden. Von den Absolventen des Jahres schlossen 13% mit summa cum laude, 70% mit magna cum laude und 17% mit cum laude ab.





mit Auszeichnung	6 %
sehr gut	40 %
gut	33 %
voll befriedigend	11 %
befriedigend	7 %
ausreichend	3 %



* Deutsche Studentenförderung

In dem zeitgeschichtlichen Promotionskolleg der KAS zum Thema „Die Zeit der Deutschen Teilung: Diktaturerfahrung, Innerdeutsche Beziehungen, Europäische Dimensionen“ wurden die ersten Dissertationen abgeschlossen.

Vier KAS-Stipendiaten konnten unter der Leitung des KAS-Vertrauensdozenten Professor Joachim Gilsbach zum Treffen der Nobelpreisträger aus den Bereichen Medizin und Physiologie in Lindau reisen.

Die Altstipendiatinnen und Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihrem Vorstand Ralf Heimbach und Michael Wolf an der Spitze sind ein generationenübergreifendes, in seiner Bedeutung stetig wachsendes Netzwerk, in dem inzwischen Fünf- und zwanzigjährige ebenso wie Siebzigjährige ihren Platz haben. Als Verantwortungselite mit christlich-demokratischem Wertehorizont stehen die 8.150 ehemaligen Stipendiaten im Inland und knapp über 2.100 im Ausland dem christlichen Menschenbild nahe. Sie nehmen einen hervorragenden Platz in der „KAS-Familie“ ein. Zusammen mit den aktiven Stipendiaten und Vertrauensdozenten bilden die Altstipendiaten ein Kompetenz-Netzwerk mit einer beeindruckenden Vielfalt an Wissen, Erfahrungen, Kontakten, Fächern, Themen sowie nationalen und internationalen Aktivitäten. Eine ganz besondere Form des gelebten Netzwerks ist das Kammerorchester der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Unter der musikalischen Leitung des Altstipendiaten Florian Ludwig und dem organisatorischen Engagement der Altstipendiatin Annegret Köhle musizieren hier Stipendiaten und Altstipendiaten, exzellente Laien und Profimusiker zusammen. 2007 veröffentlichte das Orchester mit finanzieller Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung und mit Hilfe von Spenden aus dem Kreis der Altstipendiaten seine erste, äußerst gelungene CD.

Die Ausländerförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung hat seit Jahrzehnten ihren festen Platz im Kontext der auswärtigen Kulturpolitik. Zum einen geht es darum, ausländischen Stipendiaten eine hochqualifizierte wissenschaftliche Hochschulausbildung zu vermitteln, damit diese später nachhaltig zur Entwicklung ihrer Heimatländer beitragen können. Zum anderen verknüpft die Stiftung mit ihren Förderungsmaßnahmen die Erwartung, dass der Deutschlandaufenthalt zur Ausprägung und Differenzierung demokratischer Denk- und Verhaltensweisen beiträgt. Aufgrund eines Mittelanstiegs konnte die Zahl der Geförderten auf 256 (2006: 229) deutlich gesteigert werden: unter anderem kamen aus Asien 45 Stipendiatinnen und Stipendiaten, 7 aus dem Nahen Osten, 7 aus Afrika, 54 aus Lateinamerika, 123 aus mittelost- und osteuropäischen Staaten und jeweils ein Stipendiat aus den USA, aus Griechenland und aus Italien.

Um die Stipendiatinnen und Stipendiaten auf den Berufseinstieg vorzubereiten und Altstipendiaten bei ihren weiteren Karriereschritten zu unterstützen, hat die Abteilung Berufsorientierung/Berufsförderung 2007 ihre national und international ausgerichteten Programme weiterentwickelt und ihr Netzwerk aus Partnern vor allem in der Wirtschaft und der Politik ausgebaut.

2007 startete die Abteilung mehrere neue Projekte, die Stipendiaten vor allem die kleinen und mittleren Familienunternehmen erschließen sollen. Kooperationspartner waren die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, der Bundesverband Junger Unternehmer sowie der Bund Katholischer Unternehmer (BKU).

Deutsche Graduiertenförderung

Aufteilung nach Fachrichtungen
2007

Wirtschafts- und Sozialwissenschaft	21 %
Sprach- und Kulturwissenschaft	38 %
Rechtswissenschaft	14 %
Mathematik und Naturwissenschaft	15 %
Ingenieurwissenschaft	2 %
Human-, Zahn- und Veterinärmedizin	1 %
Kunstwissenschaft	5 %
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaft	3 %
Sonstige	1 %

Presseluft schnuppern – mehr zur MedienWerkstatt auf www.journalisten-akademie.com (Klick auf „Für Schüler“).



Robyn Schulkowsky, „beste Schlagzeugerin der Welt“ (Die Zeit), gab bei der Hommage für Günther Uecker (25. Januar 2007) ein virtuoseres Konzert. Das Bild oben zeigt die Musikerin mit dem Bildhauer – umjubelt vom Publikum. Mehr über die Veranstaltung lesen Sie im Kapitel Höhepunkte.

Im Oktober 2007 hat der zweite Jahrgang des Berufs-Kollegs für Internationale Politik und Wirtschaft seine Ausbildung abgeschlossen. Das Kolleg wird von einem wissenschaftlichen Beirat unter Leitung von Professor Beate Neuss, stellvertretende KAS-Vorsitzende und Altstipendiadin, begleitet und von The Boston Consulting Group finanziell gefördert.

Die Berufsaussichten für Journalisten in Deutschland haben sich bedeutend verbessert. Damit steigt auch die Nachfrage nach erfolgreichen Wegen in den Journalistenberuf: 146 Studierende haben sich 2007 um ein Stipendium der Journalisten-Akademie beworben, so viele wie noch nie. Weil die Qualität der Bewerber sehr hoch war, konnten 46 neue Stipendiaten, überwiegend junge Frauen, in die Journalistische Nachwuchsförderung (JONA) aufgenommen werden. Das Ausbildungscurriculum umfasst für jeden Stipendiaten neunzig Seminartage parallel zum Studium und mehrere Praktika und kann ein Redaktionsvolontariat ersetzen.

Das Ausbildungsprogramm 2007 ging bevorzugt auf aktuelle Themen ein. Bei einem multimedialen Seminar begleiteten die Teilnehmer die Kunstaussstellung „documenta“ in Kassel. Das neue Projekt mit einer selbstgestalteten Internetseite fand bundesweit Beachtung. Ein multimediales Seminar in Berlin thematisierte die Zukunft der Familie. Von den Vorbereitungen des G8-Gipfels in Heiligendamm und den Bemühungen um die Europäische Union in Brüssel während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft berichteten Seminare mit einem Print-Magazin bzw. einer Fernsehsendung. Erfolgreiche internationale Zusammenarbeit bewies ein Seminar im Libanon: Je neun JONA-Stipendiaten und junge arabische Journalisten produzierten gemeinsam ein Magazin zum Thema „Zukunft der Jugend im Nahen Osten“.

Die MedienWerkstatt der Journalisten-Akademie spricht mit ihren Grund- und Aufbaukursen vorrangig Schülerzeitungsredakteure an. Spezielles Textsortentraining der Aufbaustufe (Bericht, Kommentar, Reportage, Interview und Feature) vertieft die in der Grundstufe erworbenen Kenntnisse. Durch direkte Ansprache von Schulen konnten in den vergangenen vier Jahren mehr als tausend Schülerinnen und Schüler über das vielfältige Berufsbild des Journalisten informiert und gewonnen werden. Vierzehn Absolventen des Schülerprogramms haben sich inzwischen beim Aufnahmeverfahren der Journalistischen Nachwuchsförderung durchgesetzt.

Die Arbeit der Abteilung Kultur lässt sich aus dem Kulturkalender der Hauptstadt nicht mehr wegdenken. Veranstaltungen aus den Bereichen der bildenden Kunst und der Literatur führen regelmäßig Politik, Kultur und interessierte Bürger in der Tiergartenstraße zusammen. Den Beginn macht alljährlich im Januar die „Hommage“, mit der die Stiftung eine bedeutende Persönlichkeit der deutschsprachigen Kultur ehrt. 2007 galt die Ehrung dem charismatischen Bildhauer Günther Uecker, der in seinem Werk politische und religiöse Bezüge spiegelt.

Besonderes Merkmal der Kulturarbeit ist die Künstlerförderung aus den Mitteln des Else-Heiliger-Fonds (EHF). Die Lebensläufe vieler national und international erfolgreicher Künstler tragen dieses Gütesiegel. Die Gruppenausstellung der Stipendiaten, die in der Stiftung in Berlin veranstaltet wird und Werke der Stipendiaten zum Verkauf anbietet, ist eine beliebte Talentschau für das internationale Publikum. In die zweite Runde ging das Trustee-Programm EHF 2010, mit dem die nahtlose Fortsetzung der Förderarbeit der KAS nach 2010 gewährleistet ist. Zum zweiten Mal endete die Verkaufsausstellung von Werken EHF-geförderter Künstler mit einem Ausverkauf und einem vorzüglichen Ergebnis für EHF 2010.

Zu den Höhepunkten des Jahres zählt der Internationale Kulturabend. 2007 lud die Konrad-Adenauer-Stiftung Dänemark in ihr Haus am Tiergarten. Botschafter Carsten Søndergaard und Staatsministerin Hildegard Müller begrüßten im überfüllten Forum den Schriftsteller Kristian Ditlev Jensen, den Operntenor Peter Lodahl, begleitet von Starpianist Søren Rastogi, und die Fotografin Astrid Kruse Jensen.

Wir danken den Partnern der Begabtenförderung

Als ein besonders zielgerichtetes Instrument für die berufliche Orientierung und Förderung erwiesen sich die Workshops mit Kooperationspartnern, die den Nachwuchskräften fachübergreifende Qualifikationen, Einblicke in die Arbeitswelt und direkte Kontakte zu potentiellen Arbeitgebern vermitteln. Zu den wichtigsten Partnern zählten 2007 die Management- und Unternehmensberatungen McKinsey & Company, The Boston Consulting Group, Booz Allen Hamilton, Oliver Wyman Consulting, Roland Berger Strategy Consultants, Accenture, Bain & Company, Corporate Value Associates und OC&C Strategy Consultants. Die internationale Anwaltskanzlei Hengeler Mueller eröffnete Studierenden und Promovenden der Rechtswissenschaft interessante Perspektiven für den Berufseinstieg. Als führender Anbieter exklusiver Karriere- und Recruiting-Veranstaltungen ermöglichte MSW & Partner Berufseinstiegern und Young Professionals, sich in die Karrierenetzwerke von renommierten Wirtschaftsunternehmen und Anwaltskanzleien einzubringen. Als neue Förderer konnten 2007 die BASF Aktiengesellschaft, RWE Power, KPMG und die Investitionsbank Lazard gewonnen werden.

Die Musikfachtagung konzentrierte sich im sechsten Jahr ihres Bestehens auf die Situation des Jazz in Deutschland. Musik- und Musikwirtschaftsexperte Steffen Kampeter MdB moderierte eine kompetente Runde von Kreativen, Journalisten und Managern. Das Denkmalpflege-Forum stand zum zweiten Mal auf der Agenda der Kulturabteilung und widmete sich unter dem Titel „Zwischen Original und Illusion – gebaute oder konstruierte Geschichte“ dem Trend zur Rekonstruktion restlos zerstörter Bauwerke.

„Du, meine Rose, bist das All für mich“ nannte Michael Mertes seine Lesung und Kommentierung der von ihm übertragenen Sonette von William Shakespeare und bewies damit die Aktualität und zeitgenössische Kraft klassischer Literatur. EHF-Stipendiat Alex Nowitz ergänzte mit einem speziell arrangierten Programm „Sirenenränen und Seelentöne“ für Stimme und Klavier.

Das Literaturjahr der Stiftung begann mit einer Präsentation der Anthologie „Cadenabbia als literarischer Ort. Schriftsteller am Comer See“ im Kölner Wallraf-Richartz-Museum. Der Stiftungsvorsitzende, Professor Bernhard Vogel, nannte Cadenabbia in seiner Eröffnung der Buchpräsentation eine kulturelle europäische Begegnungsstätte. Das beweisen die lyrischen, epischen und essayistischen Anthologie-Beiträge namhafter Autoren, darunter Elisabeth Borchers, Durs Grünbein, Thomas Hürlimann, Burkhard Spinnen, Arnold Stadler, die sich mit der kulturellen Tradition und Gegenwart Cadenabbias beschäftigen.

Konferenzort der KAS-Reihe „Europa im Wandel“ war im April Riga. In der lettischen Hauptstadt ging es um die Kulturgemeinschaft des „Europas der 27“, auch im Blick auf den Brückenbau zur Russischen Föderation. Die unterschiedlichen Facetten des Themas diskutierten unter der Schirmherrschaft von Staatspräsidentin Professor Vaira Vīķe-Freiberga unter anderem der Präsident des Deutschen Bundestages und stv. KAS-Vorsitzende, Norbert Lammert, die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan, der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ministerpräsident a.D. Professor Bernhard Vogel, und die stellvertretende KAS-Vorsitzende Professor Beate Neuss mit Schriftstellern.

Eine Pilotkonferenz der Stiftung brachte im Oktober dreißig Germanistikprofessoren aus zwölf europäischen Ländern in Berlin zusammen. Ziel war es, Themen, Inhalte, Formate und Teilnehmerstrukturen für eine neue, westeuropäische und osteuropäische Expertise zusammenführende kulturpolitische Tagungsreihe zu benennen und zu diskutieren. Sie trägt den vorläufigen Titel „Zukunft der Erinnerung – Kultur und Literatur in Europa“. Dem „Dialog der Wissenskulturen: Literatur und Naturwissenschaft“ widmete sich das XI. Literarische Symposium in Berlin. Im Mittelpunkt standen die Fragen, was die Wissenschaften einig sind, was sie sich zu sagen haben und wie Literatur und Naturwissenschaft das Wissen erklären, das für die Zukunft der Gesellschaft sorgt.

Ihre gemeinsame Bonner Reihe „Literatur und Verantwortung“ setzten die KAS und der Rheinische Merkur fort. Nach dem Heine-Jahr 2006 war diesmal der Zusammenfall eines Goethe-Gedenkjahres (175. Todestag) mit dem „Jahr der Geisteswissenschaften“ Thema eines besonderen literarischen Abends im Bonner Wasserwerk. Der Münchner Literaturwissenschaftler und Präsident der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, Professor Wolfgang Frühwald, referierte über „Goethe und die Natur. Über den Wandel des modernen Menschenbildes“. Die Verleihung des Literaturpreises der Stiftung 2007 an Petra Morsbach gehörte abermals zu den meistbesuchten Kulturveranstaltungen des Jahres (Siehe auch S. 7).

Zur 13. Autorenwerkstatt der Stiftung in Cadenabbia kamen elf Autoren am Comer See zusammen, um aus unveröffentlichten Texten zu lesen und diese mit Kritikern und Germanisten zu diskutieren. Dabei ragten die Prosatexte von Thomas Lang, Katja Oskamp, Annette Pehnt, Marion Poschmann und von EHF-Stipendiatin Julia Schoch heraus, die sich mit der Bedeutung der Heimat/Region und des Dialogs – angesichts von Globalisierung und demographischem Wandel – der Generationen befassen.

DIE HAUPTABTEILUNG WISSENSCHAFTLICHE DIENSTE/ ARCHIV FÜR CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE POLITIK VERSTEHT SICH MIT IHREN ABTEILUNGEN ARCHIV, BIBLIOTHEK UND DOKUMENTATION ALS GEDÄCHTNIS DER CDU, IHRER GLIEDERUNGEN, FRAKTIONEN UND DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENSCHLÜSSE CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER PARTeien SOWIE NICHT ZULETZT DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG SELBST.

Materialien aus dem
Nachlass von
Manfred Wörner.

FORSCHUNG UND ERINNERUNG

Mit der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste (WD)/Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) verfügt die Konrad-Adenauer-Stiftung über ein Informations- und Dienstleistungszentrum, das nicht nur Serviceleistungen für die anderen Abteilungen erbringt, sondern vor allem die historische Forschung zur Union angestoßen und koordinieren soll. Unverzichtbar dafür ist die Publikationstätigkeit von WD: Im Jahr 2007 erschienen die Biographien Heinrich Brünings und des Botschafters Hans Kroll, die Festschrift zum 75. Geburtstag von Bernhard Vogel und Band 14 der Historisch-Politischen Mitteilungen mit der Veröffentlichung der Beiträge zur transatlantischen Partnerschaft in der Ära Kohl sowie die Schulbuchuntersuchung „Deutsche und Polen im Unterricht“.

Zu erwähnen ist auch die seit mehreren Jahren erfolgreich durchgeführte Veranstaltungsreihe „Die Ära Kohl im Gespräch“, bei der unter Beteiligung von Zeitzeugen und Wissenschaftlern eine offene Diskussion über Aspekte der Kanzlerschaft Helmut Kohls geführt wird. 2007 stand die Sozialpolitik im Mittelpunkt. Andere Veranstaltungen waren u.a. das Treffen des Krone-Ellwanger-Kreises unter Vorsitz von Rudolf Seiters, die Tagung „50 Jahre Römische Verträge“, eine Gedenkveranstaltung für Manfred Klein, in der SBZ zu 25-jähriger Haft verurteilt, oder die Erinnerung an den deutschen Widerstand „Vermächtnis und Verpflichtung“ aus Anlass der 100. Geburtstage von Claus Graf Schenk von Stauffenberg, Helmuth James Graf von Moltke und Pater Alfred Delp. Besonders ertragreich war die Tagung zu Geschichtsbildern in Europa in Cadenabbia mit breiter internationaler Beteiligung.

Die Online-Bestands-
übersicht des ACDP: [http://
www.kas.de/wf/
de/71.3772/](http://www.kas.de/wf/de/71.3772/)

HISTORISCHES ARCHIV

Einen zentralen Arbeitsschwerpunkt bildete auch 2007 die Sicherung von Unterlagen der Parteigremien sowie von Funktions- und Mandatsträgern der Union auf Bundes- und Landesebene. Übernommen und auf Archivwürdigkeit bewertet wurden 44 Nachlieferungen und vierzehn Neuzugänge in einem Gesamtumfang von 402 lfd. M. Im Nachlassbereich sind u.a. Unterlagen des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog und der private Schriftwechsel des NATO-Generalsekretärs Manfred Wörner zu erwähnen.

Unter maßgeblicher Beteiligung des Archivs wurde die datenbankgestützte Software Offline-Web-Archiv (OWA) zur Spiegelung, Darstellung, Auswertung und Langzeitarchivierung des Internet-Auftritts der CDU entwickelt und zum Einsatz gebracht. Damit ist es gelungen, ein Instrument für die Sicherung und Nutzung einer neuen Quellengattung, die durch den zunehmenden Einsatz des Internets immer mehr an Einfluss gewinnt, bereitzustellen. Das Konzept wurde auf dem Deutschen Archivtag in Mannheim der Fachwelt vorgestellt. Gespiegelt wurden in regelmäßigem Turnus die Webseiten der Bundespartei, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Vereinigungen, der Landesverbände und der Abgeordneten sowie das Angebot der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Wie in den vergangenen Jahren kam auch 2007 der Auskunfts- und Recherchetätigkeit zentrale Bedeutung zu. Seit 2007 ist eine aktualisierte Version der Datenbank „FAUST“ im Einsatz. Den Anwendern stehen komfortable Recherchefunktionen und eine über-



Mitarbeiter der Stiftung überreichen Professor Bernhard Vogel aus Anlass seines 75. Geburtstags einen Band, der die „archivalischen Spuren“ seines politischen Lebens dokumentiert.



arbeitete Version der Bestandsübersicht zur Verfügung. Sie bietet online einen ersten Zugang zu den Archivbeständen. Erfasst sind über 1.600 Schriftgutbestände mit Angaben zum Umfang, mit Kurzbeschreibung, einschließlich Kurzbiographie bei Nachlässen, sowie Literaturhinweise. Die Benutzung erfolgt über schriftliche und telefonische Anfragen oder durch persönliche Einsichtnahme. 2007 weist die Benutzerstatistik 150 Archivbesucher aus dem In- und Ausland aus. Vorgelegt wurden über 3.800 Archivalien, und es wurden ca. 11.000 Reproduktionen angefertigt. Plakate, Filme und Fotos werden von Museen, Verlagen sowie Rundfunk- und Fernsehanstalten intensiv genutzt.

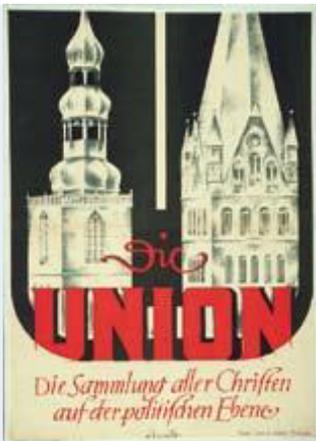
Neben zahlreichen Publikationen, Tagungen und Führungen für Besuchergruppen sind Ausstellungen des Archivs ein wichtiges Instrument der Öffentlichkeitsarbeit. Die Wanderausstellung „Konrad Adenauer und die europäische Integration“ beispielsweise wurde nicht nur deutschlandweit, sondern auch im Ausland gezeigt. Daneben bietet das Archiv kleinere Wechselausstellungen im Lesesaalbereich zu Jubiläen und aktuellen Ereignissen an. Die Ausstellungen können auch online im Internet-Angebot des Archivs besucht werden.

Wie auch in den vergangenen Jahren bot das Archiv im Rahmen der Berufsfindung Praktikantenplätze für Schüler, Studenten und angehende Archivare an. Die inhaltliche Qualität des Ausbildungsberufs „Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste“ konnte durch das Engagement der für die Ausbildung zuständigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erheblich verbessert werden, was sich auch in den sehr guten Prüfungsergebnissen der Auszubildenden des Historischen Archivs niederschlug. Im Dezember 2006 wurde das Archiv als bester Ausbildungsbetrieb für diesen Ausbildungsgang vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag in Anwesenheit von Bundeskanzlerin Merkel geehrt.

BIBLIOTHEK

Im Rahmen des stiftungsweiten Redesigns der Internetpräsenz wurde im Sommer 2007 der Benutzerkatalog der KAS-Bibliothek freigeschaltet. Die kontinuierlich aktualisierte Online-Version ermöglicht jetzt allen Interessenten aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft eine Literatursuche in dem breitgefächerten Bestand der gegenwärtig 172.500 Bände. Verschiedene Suchoptionen, detaillierte Literaturangaben und umfangreiche Schlagwortketten unterstützen den Benutzer bei seiner Recherche. Einzigartig in der gegenwärtigen Bibliotheklandschaft ist der umfangreiche Bestand an Materialien zur Geschichte und Programmatik der CDU sowie zu bedeutenden Persönlichkeiten der Partei. Nachweise von Einzelbeiträgen aus der Stiftungsarbeit sowie direkte Links zu Onlinetexten von KAS-Autoren ergänzen das Angebot. Ein Ausdruck von individuell zusammengestellten Listen der recherchierten Titel ist ebenfalls möglich.

Nutzer, die sich gezielt einen Überblick über aktuelle Publikationsprojekte der KAS verschaffen möchten, finden in der „Digitalen Bibliothek“ ab Erscheinungsjahr 2006 eine Fülle von Onlinepublikationen und Newslettern mit wechselnden thematischen Schwerpunkten, die man direkt auf den heimischen Computer herunterladen kann. Links auf ausgewählte frühere Onlinepublikationen sind in den Titeldaten des Gesamtkatalogs der KAS in Auswahl eingebunden.



Aus der Ausstellung der Plakatsammlung „Grundwerte und Weichenstellungen der CDU im politischen Plakat“: Bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen 1946 symbolisieren der katholische Patrokli-Dom und die evangelische St.-Petri-Pauli-Kirche in Soest den Zusammenschluss beider Konfessionen in der Union.



Der Leseraum der
Bibliothek.

Umfang des Gesamtbestands nach Bestandsgruppen:

▪ Schriftgut in laufenden Metern

Abteilung 1: Nachlässe und Deposita	4.130
Abteilung 2: Kreisverbände	3.615
Abteilung 3: Landes- und Bezirksverbände	1.877
Abteilung 4: Vereinigungen der CDU	1.106
Abteilung 5: CDU-Landtagsfraktionen	795
Abteilung 6: Sondersammelgebiete	597
Abteilung 7: Bundspartei	1.302
Zentralbestand der Ost-CDU	385
Abteilung 8: CDU/CSU-Bundestagsfraktion	1.032
Abteilung 9: Europa	379
Abteilung 12: Konrad-Adenauer-Stiftung	200
Kleinwerbemittel	35
Gesamtbestand	15.453

▪ Audiovisuelles Material

Fotos (Stück)	290.000
Fotoalben (Stück)	250
Plakate (Stück)	20.500
Tonbänder (lfd. M.)	235
Filme (lfd. M.)	60

Ein weiteres, insbesondere für die Wissenschaft interessantes Zusatzangebot bietet die Kennzeichnung derjenigen Publikationen (Monographien und Aufsätze), die auf Basis von Quellenstudien im Historischen Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung entstanden sind (Kennzeichen: ACDQ). Die gegenwärtig 331 Titel umfassende Übersicht dokumentiert die Breite und Vielfalt der politischen und zeitgeschichtlichen Themen, die bisher im Rahmen wissenschaftlicher Forschungsprojekte bearbeitet wurden.

Das Bibliotheksteam sichtet kontinuierlich die aktuelle Fachliteratur aus den Bereichen Politik, Zeitgeschichte, Theologie und Philosophie, Staats- und Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Kultur und Wissenschaft, schafft Werke, die für die Stiftungsarbeit wichtig sind, an und erschließt sie. Die Bibliothek informiert die Mitarbeiter zeitnah über Trends und Themen in Wissenschaft und Politik.

Die Bearbeitung von Informationsanfragen und Rechercheaufträgen, deren Anzahl in den letzten Jahren gleichbleibend hoch ist (2007: 1.341), wird in der wissenschaftlichen Spezialbibliothek als besondere Herausforderung und Verpflichtung angesehen.

Im Berichtsjahr betreute das Bibliothekspersonal 526 Mitarbeiter der Stiftung im In- und Ausland sowie 314 externe Bibliotheksgäste, die vor Ort die Bestände und Recherchemöglichkeiten nutzten. Zahlreiche Besuchergruppen erhielten in Führungen erste Einblicke in Sammelprofil, Arbeitsweise und Informationsdienste einer wissenschaftlichen Spezialbibliothek zur Geschichte der Christlichen Demokratie. Die intensive Nutzung der Bibliothek spiegelt sich auch in dieser Statistik wider: 18.674 Ausleihen wurden aus eigenem Bestand vorgenommen, hinzu kamen 1.135 Fernleihen.

ZENTRALE DOKUMENTATION

Eine Institution wie die Konrad-Adenauer-Stiftung kann ihre Aufgaben nicht erfüllen ohne Kenntnis der wichtigsten Beiträge der Presse und des Fernsehens sowie der wesentlichen gedruckten und digital verbreiteten Veröffentlichungen der staatlichen Organe, der Parteien, Verbände, Kirchen und gesellschaftlichen Gruppen.

Die Abteilung Zentrale Dokumentation stellt die von ihr ausgewählten und dokumentarisch erschlossenen Beiträge allen KAS-Mitarbeitern im Inland wie im Ausland zur Verfügung. Sie ist mit ihrer breiten Quellenbasis, die weit über eine reine Pressedokumentation hinausreicht, ein einzigartiges Informationszentrum, das durch seine täglichen Dienstleistungen Politik, Bildung und Wissenschaft fördert.

Im „Themenservice“ des KASNet, des Intranets der Stiftung, gibt die Dokumentation für alle Mitarbeiter aktuelle Hinweise auf besonders bedeutsame Veröffentlichungen. Darüber hinaus hält die Zentrale Dokumentation auch die Veröffentlichungen der KAS bereit; zudem sammelt und erschließt sie verstärkt die Reden und Vorträge aus dem Bereich des Vorstands der Stiftung.

Über 3.000 Anfragen hat die Zentrale Dokumentation im Jahre 2007 durch Auskünfte und Bereitstellung von Dossiers beantwortet. Besonders gefordert waren die Presse- und Mediendokumentation durch die intensive Begleitung der Arbeiten an den Grundsatzzprogrammen der Volksparteien und die in mehreren Ländern anstehenden Wahlen.

DIE ARBEIT DER **AKADEMIE IN BERLIN** WAR GEPRÄGT VON AKTUELLEN THEMEN, VON GEDENKTAGEN UND SCHWERPUNKTEN WIE „50 JAHRE EUROPÄISCHE INTEGRATION“ UND „DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT“. NEBEN VERANSTALTUNGEN MIT DER RATSPRÄSIDENTIN, BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL, DEM PRÄSIDENTEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS, PROFESSOR HANS-GERT PÖTTERING, UND DEM PRÄSIDENTEN DER KOMMISSION, JOSÉ MANUEL BARROSO, BILDETEN DER EUROPÄISCHE JUGENDKONGRESS IN LEIPZIG UND DER ERSTE „TAG DER KAS“ DIE HÖHEPUNKTE DES JAHRES 2007.



GESCHICHTE ERINNERN – ZUKUNFT GESTALTEN

WAS EINT UNS?

Die unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Norbert Lammert stehende Veranstaltungsreihe „Was eint uns?“ fragt in nationaler und in europäischer Hinsicht nach den geistigen Grundlagen und Wertorientierungen unserer Gesellschaft. So diskutierten der Historiker Professor Rudolf Schieffer und der Zukunftsforscher Professor Horst W. Opaschowski, welche Aspekte den Zusammenhalt von Gesellschaften, Völkern und Nationen in der Vergangenheit geschaffen bzw. gewährleistet haben, inwieweit solche Erfahrungen bis heute nachwirken und für die Zukunftsgestaltung Bedeutung haben. Die nächste Runde befasste sich mit der Rolle und Bedeutung von Gerechtigkeit und Patriotismus in einer globalisierten Welt.

Die Frage nach den grundlegenden Wertorientierungen in unserer Gesellschaft stand auch im Fokus einer mit der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung durchgeführten Tagung, bei der u.a. die Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt, der Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hermann Gröhe und der Erfurter Sozialwissenschaftler Professor Hans Joas mitwirkten.

JUNGES BERLIN

Neben der bewährten Zusammenarbeit mit Berliner Schulen diente eine erste größere Veranstaltung mit jungen Erwachsenen dazu, die Akademie zunehmend als einen Ort der Begegnung und des Dialogs für jüngere Generationen zu etablieren. So fand im März in Zusammenarbeit mit der John-F.-Kennedy-Schule eine Model-United-Nations-Konferenz mit 200 Jugendlichen statt, die für drei Tage die Arbeit der UN „nachspielten“. Darüber hinaus bildete ein Schülerpolitiktag einen der zentralen Programmpunkte des Tages der KAS: 120 Berliner Schüler, die Mehrzahl aus Familien mit Migrationshintergrund, diskutierten und arbeiteten in Workshops über den wechselseitigen Zusammenhang von Demokratie und Werten.

HISTORISCHES GEDÄCHTNIS

Besonders wichtig für die Arbeit der Akademie sind die Aktivitäten zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar. Im Mittelpunkt stand 2007 dabei die Preisverleihung für den Jugendwettbewerb DenkT@g 2006 unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Norbert Lammert. Im Beisein prominenter Gäste zeichnete die KAS Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet für ihre engagierten und hervorragenden Beiträge aus. Ausstellungen, Zeitzeugengespräche sowie die Filmvorführung „Die Frauen von Ravensbrück“ von Loretta Walz rundeten das Programm ab.

Im Juni zeigte die Akademie den Dokumentarfilm „Das ruhelose Gewissen“ der Regisseurin Hava Kohav Beller. Dieser schildert die ethischen und politischen Motive, die Wissenskonflikte sowie das Schicksal verschiedener Nazi-Gegner. Der Filmabend bildete zugleich den Auftakt für die Konferenz „Vermächtnis und Verpflichtung“ anlässlich der 100. Geburtstage von Claus Graf Schenk von Stauffenberg, Helmuth James



*Bilder von Astrid Kruse
Jensen zeigte eine
Ausstellung, die aus
Anlass des internationalen
Kulturabends mit der
Königlich Dänischen
Botschaft am 28. Februar
2007 in der Berliner
Akademie eröffnet wurde.*

Die im Jahr 2006 gestartete Filmreihe präsentiert Dokumentar- und Spielfilme, die sich auf vielfältige Weise den Fragen der Geschichte und ihrer historischen Aufarbeitung nähern.

Graf von Moltke und Alfred Delp. Zum Abschluss fand ein Konzertabend mit der Pianistin Veronica Jochum von Moltke statt, der Schwägerin des hingerichteten Widerstandskämpfers. Dazu wurde aus den letzten Briefen Moltkes und Pater Delps aus der Todeszelle gelesen. Ende des Jahres beleuchtete der Film „Eingeschlossen, abgeriegelt – Die Grenze durch Deutschland 1945–1989“ des Regisseurs Roman Grafe am Beispiel des thüringischen Grenzortes Probstzella Ausmaß und Hintergründe des Grenzregimes der DDR, das Leben der Betroffenen und das Schicksal der Opfer dieser unmenschlichen Grenze durch Deutschland.

„Ich möchte am liebsten weg sein und bleibe am liebsten hier“ – unter dieser Liedzeile Wolf Biermanns befasste sich ein Symposium mit der Ausbürgerung des Liedermachers und dem folgenden Exodus der Intellektuellen aus der DDR. „Ein Land, das seine Dichter nicht erträgt, ist am Ende!“, lautete das Fazit des Schriftstellers Uwe Saeger.

KONRAD ADENAUER IN BERLIN

Den 40. Todestag Konrad Adenauers beging die KAS in Kooperation mit der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf mit einem vielfältigen Sonntags-Programm. Neben der Würdigung der Person Adenauers durch Filme, Hörstationen und Ausstellungen arbeitete der Vorsitzende der Stiftung, Professor Bernhard Vogel, in seinem Vortrag die Bedeutung Adenauers für die heutige Zeit heraus.

*„Die Realität hat die kühnsten Träume überholt.“
Aus Anlass des Jahrestages des Petersberg-Abkommens vom 22. November 1949 hat der ehemalige Bundeskanzler der Republik Österreich Wolfgang Schüssel in Königswinter die 5. Petersberger Europarede gehalten. Dabei wies er auf die enorme und rasend schnelle Entwicklung hin, die Europa erlebt hat.*

Im Sommer wagte die KAS einen ebenso facettenreichen wie ungewöhnlichen Blick auf den großen deutschen Politiker mit einer Präsentation, die auch für Besucher der Langen Nacht der Museen in Berlin offen war. Auf dem Programm standen Filme zum ersten Bundeskanzler und historische CDU-Wahlwerbespots, eine Ausstellung zu Adenauers Verdiensten um die europäische Integration und eine Fotoausstellung, die Adenauers „Ersatzkanzleramt“ am Comer See in Cadenabbia zeigte. Einen besonderen Zugang zu Adenauer boten Exponate zum Thema Schifffahrt: Die Entwicklung der deutschen Schifffahrt spiegelt auf eigene Weise jene Weichenstellungen der Ära Adenauer wider, die zur Grundlage unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung geworden sind. Die Ausstellung fand mit großzügiger Unterstützung durch das Internationale Maritime Museum Hamburg – Sammlung Peter Tamm statt.

DIALOG MIT DER JÜDISCHEN WELT

Den Auftakt hierzu bildete eine Lesung mit Chaim Noll, der sich in seinem neuen Buch auf einfühlsame und kritische Weise mit seiner Vergangenheit in Deutschland (bis 1990 in der DDR) und seiner neuen Heimat Israel auseinandersetzt. In Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft folgten weitere Veranstaltungen, darunter ein Abend mit Elmar Brok MdEP über den Beitrag Europas zur Förderung des Friedensprozesses im Nahen Osten.

An den Jüdischen Kulturtagen 2007 beteiligte sich die Akademie mit dem Diskussionsforum „Urbanität und Zuwanderung – Kulturelle Integration in Geschichte und Gegenwart“, bei dem u.a. Minister Armin Laschet mitwirkte. Schließlich führte die Akademie zusammen mit dem neugegründeten Bund Jüdischer Soldaten und dem Zentralrat der Juden in Deutschland eine bundesweit beachtete Tagung zum Thema „Jüdische Soldaten in deutschen Armeen“ durch.

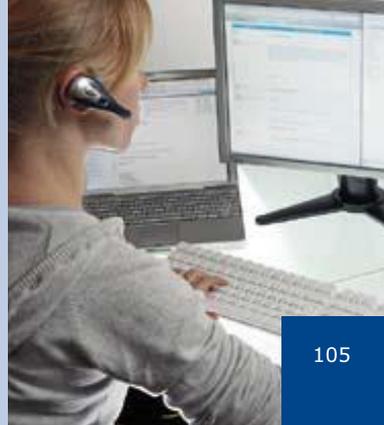
BILDUNGSWERK BERLIN

Das Bildungswerk intensivierte 2007 die Arbeit in den Stadtteilen Berlins. So zog der Chef des Bundeskanzleramtes, Thomas de Maizière, in einer gut besuchten Festveranstaltung zum 17. Jahrestag der Deutschen Einheit in seinem Vortrag „Deutschland, einig Vaterland?“ Bilanz und wagte einen Ausblick. Besonders große Resonanz fand zuletzt ein Bürgerforum, das engagiert und konstruktiv über die Zukunft des Stadtteils Heinersdorf jenseits des aktuellen Streits über einen Moscheeneubau diskutierte.

Das Bildungswerk Berlin wendet sich mit seinen Veranstaltungen an politisch interessierte Bürger. Insgesamt nahmen im Jahr 2007 rund 2.500 Berliner teil. An den 43 thematischen Berlin-Seminaren konnten 1.306 Bundesbürger teilnehmen.



DREI JAHRE NACH SEINER EINRICHTUNG IST DAS **DIENSTLEISTUNGS-ZENTRUM** DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG MIT DEN ZENTRALEN VERWALTUNGSBEREICHEN PERSONAL, FINANZEN UND IT/ORGANISATION SOWIE DER ZENTRALEN VERANSTALTUNGSORGANISATION (ZVO) UND DER ZENTRALREDAKTION PRINT/ONLINE (ZPO) ZU EINER NICHT MEHR WEGZUDENKENDEN DREHSCHIEBE FÜR DIE EFFIZIENTE UNTERSTÜTZUNG DER INHALTLICH ARBEITENDEN HAUPTABTEILUNGEN GEWORDEN.



EFFIZIENZ ALS RICHTSCHNUR

Die Zentrale Veranstaltungsorganisation ist nach der Aufbauphase 2007 voll funktionsfähig geworden. Als Herzstück ist die vollständige elektronische Unterstützung von der Planung über die Steuerung bis hin zur Evaluation von Veranstaltungen programmiert und installiert worden. Nun ist ein stiftungsweiter Zugriff aller z.B. an einer Großveranstaltung beteiligten Arbeitseinheiten auf tagesaktuelle Informationen und Bearbeitungssachstände möglich.

Die Online-Redaktion ist personell verstärkt worden, um der wachsenden Bedeutung des Internets für die Arbeit der KAS und deren Kommunikation gerecht werden zu können. In diesem Sinne ist vor allem der Internet-Auftritt der Stiftung gründlich überarbeitet und mit neuer inhaltlicher Konzeption im Sommer 2007 freigeschaltet worden. Die Zugriffszahlen auf das Internetangebot haben sich 2007 im Vergleich zum Vorjahr noch einmal deutlich erhöht. 2,5 Mio. Besucher, 7,5 Mio. Seitenzugriffe und 840.000 heruntergeladene Dokumente sprechen eine deutliche Sprache.

Die IT-Architektur der KAS wird zum strategischen, erfolgsrelevanten Faktor. Kein Optimierungsprojekt ist ohne IT-Unterstützung möglich. Damit sind erhebliche Auswirkungen auf die inhaltliche Arbeit, auf die Ausgestaltung von Arbeitsplätzen sowie auf die Anzahl und Qualifikation von Mitarbeitern verbunden. Das gilt vor allem für das mit der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit betriebene Projekt „PASTIS“ (weitreichende Umstellung der Projekt- und Finanzsteuerung von über 200 Projekten weltweit; hinsichtlich Reichweite, Modellcharakter und Investitionsvolumen das größte Vorhaben). Auch der Aufwuchs von Bewerbern und Stipendiaten in der Begabtenförderung ist ohne die grundlegende Umstellung von bisherigen Abläufen und Verfahren auf IT-gestützte Prozesse mit dem Ziel, die zusätzliche Masse bei gleichzeitiger Beibehaltung von Exzellenz bewältigen zu können, nicht zu erreichen.

Der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst, TVöD, verlangt neue Wege der Entgeltfindung. Leistung wird geldrelevant, moderne Führungsinstrumente müssen ein gerechtes Verfahren der Entgeltfindung sicherstellen. Deshalb wird vom Bereich Personal ein Prämiensystem auf Basis von Zielvereinbarungen und dem Grad der Zielerreichung entwickelt, abgeleitet aus den übergeordneten strategischen Zielsetzungen der Stiftung.

Der Ausbau der privaten Finanzierung ist eine besondere Herausforderung für den Bereich Finanzen. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Civitas-Stiftung, deren Erträge die Arbeit der KAS langfristig unterstützen werden. Mit der offiziellen Gründung und Eintragung der Civitas-Stiftung im Frühjahr 2007, die bürgerliches Engagement und staatsunabhängige Finanzierung in sich vereint, beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte der KAS.

Jeder, der interne Reformschritte einleitet, weiß, wie lang der Weg vom Beschluss zur gelebten Wirklichkeit des gewünschten Zustandes ist. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat sehr viel angepackt. Die neuen Verfahren werden schrittweise zu einer positiv bewerteten Selbstverständlichkeit.



Die Internetseite der KAS nach der Überarbeitung – www.kas.de



DIE VILLA LA COLLINA IN CADENABBIA – EIN JUWEL VOR FASZINIERENDER KULISSE

EIN NEUER REISEFÜHRER ZU ADENAUERS URLAUBSREGION

Hier machte der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland seit 1959 offiziell Urlaub, tatsächlich aber gingen die Dienstgeschäfte munter weiter. Das Ersatzkanzleramt in der Villa La Collina am Comer See funktionierte auch knapp achthundert Kilometer von Bonn entfernt reibungslos. Dass Adenauer die Muße eines Urlaubsaufenthalts dazu nutzte, wichtige Probleme tiefer und mit Ruhe zu durchdenken, auch manchen überraschenden Entschluss zu fassen, hat die Faszination von Ort und See eher noch verstärkt: Die Idylle der Villa in Cadenabbia birgt ein kreatives Element.

Es lag auf der Hand, dass 1977, als die Villa La Collina zum Verkauf stand, die Konrad-Adenauer-Stiftung das Urlaubsdomizil ihres Namensgebers erwarb. Damit verband sich Denkmalspflege, aber nicht minder auch eine Chance, im Geiste Konrad Adenauers an einem Ort fortzuwirken, der wie kaum ein anderer innere Einkehr und Intensität des Gesprächs ermöglicht. Als internationales Konferenzzentrum, als europäische Begegnungsstätte, als Kreativwerkstatt für Literaten und Künstler und nicht zuletzt als Tagungshaus hochkarätiger Expertenrunden ist die Villa La Collina längst ein nicht mehr wegzudenkender Teil der Konrad-Adenauer-Stiftung. Das Haus ist mittlerweile von der Bundesrepublik Deutschland als „Gedenkstätte von nationaler Bedeutung“ anerkannt.

Die Villa in Cadenabbia, die auch Urlauber willkommen heißt, liegt an der schönsten Stelle des Comer Sees, der Tremezzina, genannt die Azaleen-Riviera. Der kleine berühmte Ort blickt auf die eindrucksvolle Bergkulisse, lässt Besucher den Alltag vergessen und in das italienische Leben eintauchen.

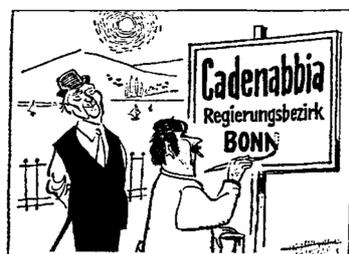
Ein reichbebildeter Reiseführer, den die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit dem Merian Verlag Anfang 2008 herausgegeben hat, erzählt aus der Geschichte des Sees und ergründet seine Faszination. Das Buch schildert Adenauers Aufenthalte in Cadenabbia und lässt Zeitzeugen zu Wort kommen. Es bietet Informationen über die Villa La Collina als Tagungszentrum und Urlaubsdomizil und blättert die vielfältigen touristischen Reize des Comer Sees und seiner Umgebung auf. Ob auf Adenauers Spuren oder auf eigene Faust – der Lago di Como ist eine Reise wert.

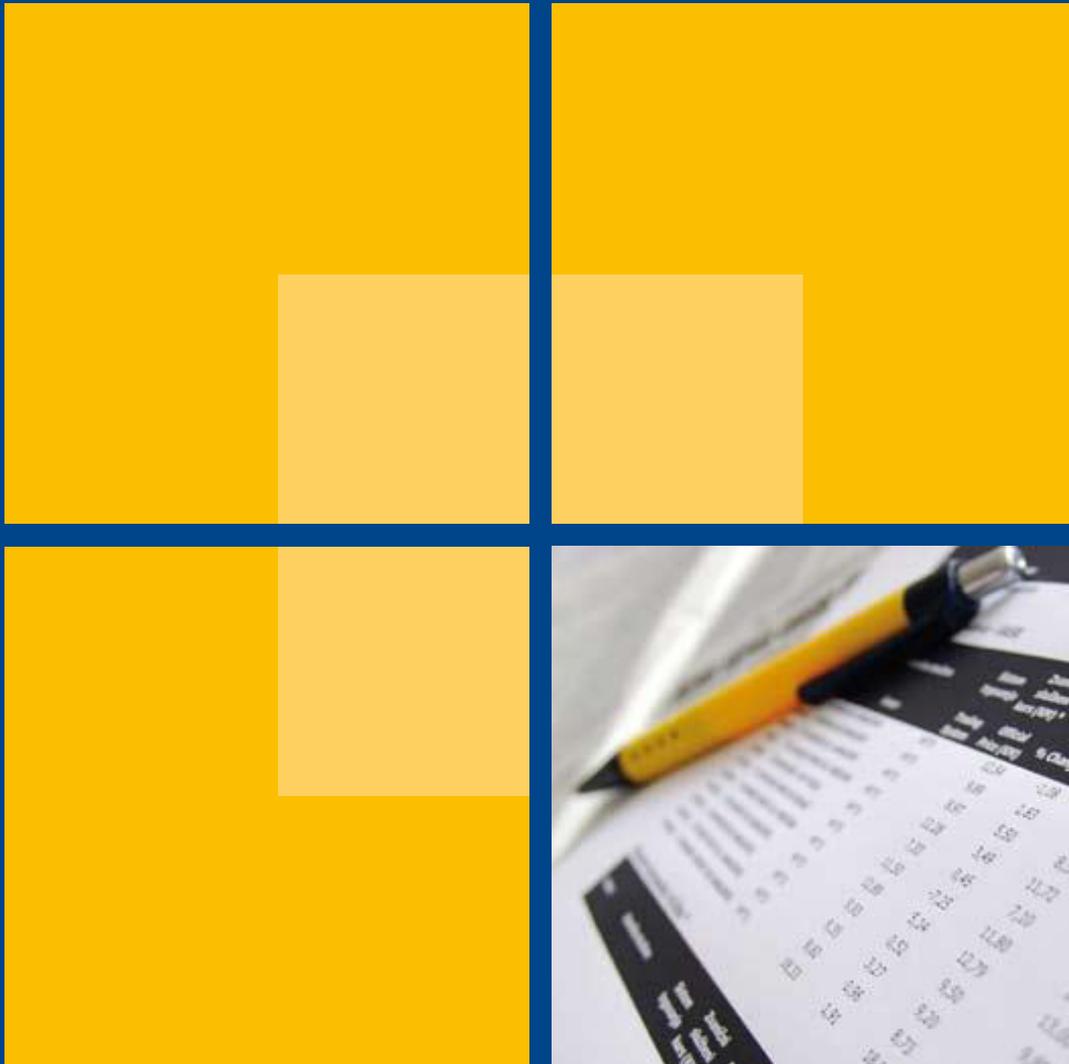
Auf Wiedersehen in Cadenabbia!



Adenauers Villa La Collina – kulturpolitische Begegnungsstätte von europäischer Ausstrahlung. Genießen, Wandern und Entspannen. 15 Euro.

Zu beziehen über die Konrad-Adenauer-Stiftung mit beiliegender Bestellkarte oder über publikationen@kas.de





N A M E N, D A T E N, F A K T E N

IN DIESEM KAPITEL: DIE BILANZEN, DER VORSTAND, DIE MITGLIEDER UND DAS KURATORIUM DER KAS, DIE ADRESSEN DER BILDUNGSZENTREN UND BILDUNGSWERKE SOWIE DER AUSLANDSBÜROS, NEUERSCHEINUNGEN 2007 UND INFORMATIONEN AUS DEM FREUNDESKREIS.

JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2006

BILANZ

AKTIVA	31.12.2006 €	31.12.2005 Tsd. €
A. Anlagevermögen		
▪ Immaterielle Vermögensgegenstände	169.595,28	131
▪ Sachanlagen	42.948.601,78	44.320
▪ Finanzanlagen	26.608,58	26
	43.144.805,64	44.477
B. Sondervermögen		
▪ Fonds	5.464.101,66	5.261
C. Umlaufvermögen		
▪ Vorräte	62.598,80	63
▪ Andere Gegenstände des Umlaufvermögens	1.572.072,96	739
▪ Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.798.979,50	1.633
	4.433.651,26	2.435
D. Rechnungsabgrenzungsposten	4.331.391,89	4.748
Bilanzsumme	57.373.950,45	56.921

PASSIVA	31.12.2006 €	31.12.2005 Tsd. €
A. EIGENE MITTEL	5.881.178,78	5.694
B. RÜCKLAGEN	403.168,05	420
C. ZWECKGEBUNDENE FONDS	1.171.628,99	1.119
D. ZUSCHÜSSE ZUR ANLAGENFINANZIERUNG	41.376.361,16	42.688
E. ANDERE VERBINDLICHKEITEN	2.263.869,49	1.897
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	6.277.743,98	5.103
Bilanzsumme	57.373.950,45	56.921

Dieser Jahresabschluss wurde von der Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft AG geprüft und bestätigt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. veröffentlicht ihre Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie den vollständigen Text des Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer auch im Geschäftsbericht der Stiftung sowie im Bundesanzeiger. Die letzte Veröffentlichung erfolgte am 11. Februar 2008 im elektronischen Bundesanzeiger im Internet (www.ebundesanzeiger.de).

JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2006

GEWINN-UND-VERLUSTRECHNUNG

VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2006

	2006 €	2005 Tsd. €
Zuwendungen und Zuschüsse		
▪ Zuwendungen des Bundes	95.971.032,50	95.585
▪ Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften	2.141.506,52	2.213
▪ Sonstige Zuwendungsgeber	2.434.346,27	2.326
	100.546.885,29	100.124
Erträge aus Fonds	522.425,92	366
Spenden	255.891,61	426
Teilnehmergebühren	1.887.261,87	1.755
Andere Einnahmen	1.477.550,84	1.508
Projektausgaben		
▪ Internationale Zusammenarbeit	53.900.785,74	53.044
▪ Förderung von Studenten und Graduierten	10.228.987,17	9.606
▪ Kongresse, Tagungen und Seminare	4.481.851,07	4.687
▪ Ausstellungen und Publikationen	937.979,05	913
▪ Forschungsausgaben	197.656,19	130
▪ Sonstige Projektausgaben	428.337,37	312
	70.175.596,59	68.692
Ausgaben Fonds	522.425,92	366
Personalausgaben	23.926.973,48	24.735
Sächliche Verwaltungsausgaben	8.031.487,29	7.592
Ausgaben für Investitionen und sonstige Finanzierungen	798.817,37	1.291
Zuwendungen an andere Stiftungen	1.034.780,25	1.044
Übrige Ausgaben	100.070,09	325
Abschreibungen auf Sachanlagen	80.537,14	78
Einnahmenüberschuss	19.327,40	56
Entnahmen aus Rücklagen	196.662,35	91
Einstellung in Rücklagen	179.766,11	102
Bilanzergebnis	36.223,64	45

JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2006 BESCHEINIGUNG

Zu der Jahresrechnung haben wir folgende Bescheinigung erteilt:

„An den Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bonn:

Wir haben die Jahresrechnung – bestehend aus Vermögensrechnung und Ertrags-/Aufwandsrechnung – unter Zugrundelegung der Buchführung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung der Jahresrechnung nach den gesetzlichen Vorschriften und ihre Auslegung durch die IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Der Vorstand stellt die Jahresrechnung auf Basis der doppelten Buchführung nach weitgehend kaufmännischen Grundsätzen auf. Die Buchführung lehnt sich an Vorschriften und daraus abgeleitete Regelungen der Bundeshaushaltsordnung an und enthält kameralistische Elemente. Abweichungen zu allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften und Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) erfolgen insbesondere bei der unmittelbaren Verausgabe angeschaffter beweglicher Vermögensgegenstände im Ausland, durch die Gesamtbewertung von Wertpapiervermögen, durch Verzicht auf den Ansatz von Rückstellungen und bei Periodenabgrenzungen mit Abrechnungsreichweite nur für das Berichtsjahr. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über die Jahresrechnung unter Zugrundelegung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung von Vereinen (IDW PS 750)

vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung der Jahresrechnung wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresrechnung überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht die Jahresrechnung mit den angeführten Abweichungen zu den Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) den gesetzlichen Vorschriften.“

Köln, 27. Juli 2007

Ernst & Young AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Gockel Brüggemann
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 veröffentlichen wir in Ergänzung des vorstehenden Jahresabschlusses folgende Daten für das Geschäftsjahr 2006:

Zahl der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr

	Stand 31.12.2006	Stand 31.12.2005
Inlandsmitarbeiter	447	449
Auslandsmitarbeiter	83	78
insgesamt	530	527

Zahl und Art der Führungsfunktionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierung oder der Bundes- oder Landespartei-vorstände oder des Europäischen Parlaments besetzt waren:

Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung von insgesamt 22 Mitgliedern*) sind:

- 1 Bundeskanzlerin
- 1 Präsident des Deutschen Bundestages
- 1 Ministerpräsident
- 9 Mitglieder des Deutschen Bundestages
- 2 Mitglieder eines Landtages
- 7 Mitglieder des Bundespartei-vorstandes
- 2 Mitglieder eines Landespartei-vorstandes
- 1 Mitglied des Europäischen Parlaments
- 9 ohne o. a. Führungsfunktionen

*) Einige Mitglieder nehmen mehrere Führungsfunktionen wahr.

GESAMTÜBERSICHT DER ZU ERWARTENDEN EINNAHMEN UND VORAUSSICHTLICHEN AUSGABEN

EINNAHMEN

	2008 (Plan) Tsd. €	2007 (Plan)* Tsd. €
Zuwendungen und Zuschüsse		
▪ Zuwendungen des Bundes	108.473	105.090
▪ Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften	2.081	2.083
▪ Sonstige Zuwendungsgeber	2.242	3.260
Fonds / Spenden	678	538
Teilnehmergebühren	1.943	1.988
Sonstige Einnahmen	1.677	1.763
Einnahmen Gesamt	117.094	114.722

AUSGABEN

	2007 (Plan) Tsd. €	2006 (Plan)* Tsd. €
Projektausgaben		
▪ Förderung von Studenten und Graduierten	12.273	11.629
▪ Tagungen und Seminare	4.808	5.502
▪ Internationale Zusammenarbeit	56.364	54.988
▪ Veröffentlichungen / Ausstellungen	1.373	1.477
▪ Forschungsprojekte	293	472
▪ Förderung von Kunst und Kultur	402	344
▪ Sonstige Projektausgaben	246	417
Personalausgaben (Inland)	24.490	24.633
Sächliche Verwaltungsausgaben		
▪ Geschäftsbedarf	2.700	2.926
▪ Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden	5.585	5.023
▪ Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben (einschl. Reisekosten)	1.880	2.223
Übrige Ausgaben	5.356	4.098
Ausgaben für Investitionen	1.324	990
Ausgaben Gesamt	117.094	114.722

*) Fortschreibung per 1. August 2007

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUR STAATLICHEN FINANZIERUNG DER POLITISCHEN STIFTUNGEN

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich-Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahestehenden Politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft zu legen. Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die Politischen Stiftungen über-eingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser Gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

Der vollständige Text der „gemeinsamen Erklärung“ vom November 1998 kann bei der Pressestelle der Konrad-Adenauer-Stiftung angefordert werden.

Tel. 030/2 69 96-216/-32 72

Fax 030/2 69 96-32 61

Internet <http://www.kas.de/wf/de/71.5035/>

VORSTAND DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.

VORSITZENDER

Professor Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident a. D.

STELLVERTRETENDE VORSITZENDE

Anton Pfeifer
Staatsminister a. D.

Dr. Norbert Lammert MdB
Präsident des Deutschen Bundestages

Professor Dr. Beate Neuss
*Professorin für Internationale Politik
an der TU Chemnitz*

SCHATZMEISTER

Dr. Franz Schoser

GENERALSEKRETÄR

Wilhelm Staudacher
Staatssekretär a. D.

WEITERE VORSTANDSMITGLIEDER

Otto Bernhardt MdB
*Vorsitzender der
Hermann-Ehlers-Stiftung e.V.*

Hermann Gröhe MdB
*Justitiar der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag*

Peter Hintze MdB
*Parl. Staatssekretär beim Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie*

Volker Kauder MdB
*Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag*

Eckart von Klæden MdB
*Außenpolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag*

Dr. Helmut Kohl
Bundeskanzler a. D.

Dr. Hermann Kues MdB
*Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

Christine Lieberknecht MdL
*Vorsitzende der CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag*

Dr. Angela Merkel MdB
Bundeskanzlerin

Hildegard Müller MdB
*Staatsministerin
im Bundeskanzleramt*

Ronald Pofalla MdB
*Generalsekretär der
CDU Deutschlands*

**Professor Dr.
Hans-Gert Pöttering MdEP**
Präsident des Europäischen Parlaments

Professor Dr. Günter Rinsche
*ehem. Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe
in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament*

Professor Dr. Andreas Rödder
*Professor für Neueste Geschichte an der
Johannes Gutenberg-Universität Mainz*

Dr. Norbert Röttgen MdB
*Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag*

Professor Dr. Hans-Peter Schwarz
*ehem. Direktor des Seminars für
Politische Wissenschaft der Rheinischen
Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn*

Stand: 14. Dezember 2007

MITGLIEDER DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.

Bettina Adenauer-Bieberstein
Honorarkonsulin der Republik Island

Otto Bernhardt MdB
Vorsitzender der Hermann-Ehlers-Stiftung e.V.

Professor Dr. Wolfgang Böhmer MdL
Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt

Dr. Christoph Böhr MdL
ehem. Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz

Elmar Brok MdEP
Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments

Emine Demirbükten-Wegner
Integrationsbeauftragte des Berliner Bezirks Tempelhof-Schöneberg

Eberhard Diepgen
Regierender Bürgermeister a. D. von Berlin

Rainer Eppelmann
Vorstandsvorsitzender der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Dr. Reinhard Göhner MdB
Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

Hermann Gröhe MdB
Justiziar der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Peter Hintze MdB
Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Volker Kauder MdB
Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Eckart von Klaeden MdB
Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Dr. Egon A. Klepsch
Präsident des Europäischen Parlaments a. D.

Roland Koch MdL
Ministerpräsident des Landes Hessen

Brigitta Kögler
Rechtsanwältin

Dr. Helmut Kohl
Bundeskanzler a. D.

Dr. Hermann Kues MdB
Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Dr. Norbert Lammert MdB
Präsident des Deutschen Bundestages

Professor Dr. Gerd Langguth
Staatssekretär a. D.

Professor Dr. Carl Otto Lenz
Generalanwalt a. D. am Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften

Christine Lieberknecht MdL
Vorsitzende der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

Dr. Gisela Meister-Scheufelen
Ministerialdirektorin des Finanzministeriums von Baden-Württemberg

Dr. Angela Merkel MdB
Bundeskanzlerin

Philipp Mißfelder MdB
Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands

Hildegard Müller MdB
Staatsministerin im Bundeskanzleramt

Hartmut Nassauer MdEP
stellv. Vorsitzender der EVP-ED Fraktion im Europäischen Parlament

Bernd Neumann MdB
Staatsminister im Bundeskanzleramt

Professor Dr. Beate Neuss
Professorin für Internationale Politik an der TU Chemnitz

Doris Pack MdEP
stellv. Vorsitzende der CDU/CSU Gruppe in der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Dr. Wolfgang Peiner
Senator a. D.

Anton Pfeifer
Staatsminister a. D.

Ronald Pofalla MdB
Generalsekretär der CDU Deutschlands

Ruprecht Polenz MdB
Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Professor Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP
Präsident des Europäischen Parlaments

Peter Radunski
Senator a. D.

Hans-Peter Repnik
Parl. Staatssekretär a. D.

Herbert Reul MdEP
Mitglied des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie im Europäischen Parlament

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Heinz Riesenhuber MdB
Bundesminister a. D. Präsident der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft

Professor Dr. Günter Rinsche
ehem. Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Professor Dr. Andreas Rödder
Professor für Neueste Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Dr. Norbert Röttgen MdB
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Adolf Roth
ehem. Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Volker Rühle
Bundesminister a. D.

Dr. Annette Schavan MdB
Bundesministerin für Bildung und Forschung

Dr. Andreas Schockenhoff MdB
stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Jörg Schönbohm MdL
Innenminister des Landes Brandenburg

Dr. Franz Schoser
Schatzmeister der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Werner Schreiber
Vorsitzender der Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V.

Professor Dr. Hans-Peter Schwarz
ehem. Direktor des Seminars für Politische Wissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Dr. h.c. Rudolf Seiters
Bundesminister a. D. Präsident des Deutschen Roten Kreuzes

Wilhelm Staudacher
Staatssekretär a. D.

Professor Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident a. D.

Dr. Dorothee Wilms
Bundesministerin a. D.

Christian Wulff MdL
Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

Stand: 9. Juli 2007

Der Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. berief im Jahr 2000 ein Kuratorium. Dieses Gremium berät und unterstützt die Arbeit der KAS. Seine Aufgabe ist es insbesondere, als Seismograph auf wichtige gesamtgesellschaftliche Entwicklungen hinzuweisen. In das Kuratorium wurden Vertreter aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur berufen.

Professor Dr. Roman Herzog

*Bundespräsident a. D.,
Vorsitzender des Kuratoriums*

Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf

Ministerpräsident a. D.

Professor Dr. Manfred Erhardt

Generalsekretär a. D. des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft

Professor Monika Grütters MdB

*Obfrau der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
für Kultur und Medien*

Professor Dr. Wilfried Härle

*Vorsitzender der Kammer für
Öffentliche Verantwortung der EKD,
Universität Heidelberg*

Professor Dr. Eilert Herms

*Direktor des Instituts für Ethik
an der Ev.-theol. Fakultät der
Universität Tübingen*

Professor Dr. Dr. h.c. mult.

Wolfgang A. Herrmann
*Präsident der
Technischen Universität München*

Professor Dr. Dr. h.c.

Otfried Höffe
*Leiter der Forschungsstelle für
Politische Philosophie der Eberhard
Karls Universität Tübingen*

Professor Dr. Horst Köhler

*Bundespräsident
(ruhende Mitgliedschaft)*

Dr. Volkmar Köhler

Parl. Staatssekretär a. D.

Klaus-Peter Müller

*Sprecher des Vorstandes
der Commerzbank AG*

Dr. h.c. Klaus D. Naumann

*Generalinspekteur a. D.,
ehem. Vorsitzender des
Nato-Militärausschusses*

Professor Dr.

Eberhard Schockenhoff
*Professor für Moralthologie
an der Albert-Ludwigs-Universität
in Freiburg i. Br.*

Professor Dr. Rupert Scholz

*Bundesminister a. D., Lehrstuhl
für Öffentliches Recht der
Ludwig-Maximilians-Universität München*

Professor Dr. Dr. h.c.

Volker Schumpelick
*Direktor der Chirurgischen Klinik und
Poliklinik Universitätsklinikum Aachen*

Ingrid Sehrbrock

*Stellv. Vorsitzende des Geschäfts-
führenden Bundesvorstandes
des Deutschen Gewerkschaftsbundes*

Dr. h.c. Wolfgang Spindler

Präsident des Bundesfinanzhofes

Dr. Burkhard Spinnen

Schriftsteller

Professor Dr. Christoph Stölzl

Senator a. D.

Professor Dr. h.c. Dieter Stolte

ZDF-Intendant a. D.

Professor Dr. Dr. h.c.

Horst Teltschik
Ministerialdirektor a. D.

Erwin Teufel

Ministerpräsident a. D.

Professor Dr. Dr. h.c. mult.

Hans Tietmeyer
*Präsident i. R. der
Deutschen Bundesbank*

AUSSENSTELLEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

AFRIKA UND NAHER OSTEN

Ägypten

Dr. Andreas Jacobs
8, Salah El-Din Street
7th floor, Flat No.73
112111 Zamalek-Kairo
Tel.: 0020 / 2-7377450
Fax: 0020 / 2-7377454
kaf@internetegypt.com

Benin

David Robert
Lot 07 Les Cocotiers
(en Face Ecole Primaire)
Cotonou
Tel.: 00229 / 21301022
Fax: 00229 / 21300142
secretariat@kas-benin.de

DR Kongo

Andrea Ostheimer
Avenue de la Caisse d'Epargne
(Av. CADECO), 3
Commune de la Gombe
Kinshasa
Tel.: 00243 / 81-8801787
Sat-Tel.: 008821 / 654250668
Fax: 00243 / 81-3010944
info@kas-rdc.cd

Ghana

Klaus Lötzer
House No. 103
Osu Badu Street
Accra
Tel.: 00233 / 21-768629
Fax: 00233 / 21-768630
Mobil: 00233 / 21785188
k.loetzer@kas.de

Israel

Dr. Lars Hänsel
Lloyd George St. 6
Jerusalem 91082
Tel.: 00972 / 2-5671830
Fax: 00972 / 2-5671831
Mobil: 00972 / 5671831
office@kasisrael.org

Jordanien

N.N.
23, Ismael Haqqi Abdou Str.
Sweifiye
(next Airport Rd / 7th Circle)
Amman
Tel.: 00962 / 6-5929777
Fax: 00962 / 6-5933087
Mobil: 00962 / 77839938

Kenia

Anke Lerch (Länderprogramm)
Prof. Dr. Christian Roschmann
(Rechtsstaatsprogramm)
Mbaruk Road 27
Kilimani – Golf Course
Nairobi
Tel.: 00254 / 2-02725957
Fax: 00254 / 2-02724902
kasnairobi@form-net.com

Malawi

Dr. Ingo Scholz (zuständig)
Gelu House, 1st. Floor
Kamuzu Procession Road
Lilongwe
Tel. / Fax: 00265 / 1-759274
kasmal@malawi.net

Marokko

Thomas Schiller
11 sis, Rue d'Agadir
Hassan, Rabat
Tel.: 00212 / 37-776273
Fax: 00212 / 37-776171
kasma@kas.org.ma

Mosambik

Dr. Ingo Scholz
Rua D, No. 21, Bairro Coop
Maputo
Tel.: 00258 / 21-416804
Fax: 00258 / 21-416810
kasmoz@tdm.co.mz

Namibia

Dr. Dr. Anton Bösl
Windhoek Sanlam Center,
Office 1119
154 Independence Avenue
Windhoek
Tel.: 00264 / 61-225568
Fax: 00264 / 61-225678
kas@mweb.com.na

Nigeria

Dr. Klaus Pähler
3, Rudolf Close
off Katsina Alla Crescent
Maitama
Abuja
Tel.: 00234 / 9-4132234
Fax: 00234 / 9-4132233
Mobil: 00234 / 8033208999
klauspae@gm.com

Palästinensische Autonomiegebiete

Thomas Birringer
3 Tawfiq Zayyad St.
Al-Bireh / Ramallah
Tel.: 00972 / 2-2404305
Fax: 00972 / 2-2404307
birringer@kas-palestine.org

Republik Südafrika

Dr. Werner Böhler
(Länderprogramm)
Frank Windeck
(Medienprogramm)
60 Hume Road
Dunkeld 2196
Johannesburg
Tel.: 0027 / 11-2142900
Fax: 0027 / 11-2142913
(Länderprogramm)
Fax: 0027 / 11-2142914
(Medienprogramm)
info@kas.org.za

Senegal

Dr. Karsten Dümmel
Stèle Mermoz 32
Route de la Pyrotechnie
Dakar
Tel.: 00221 / 33-8697778
Fax: 00221 / 33-8602430
buero@kas-dakar.de

Simbabwe

Helga Rothfritz
26, Sandringham Drive
Alexandra Park
Harare
Tel. / Fax: 00263 / 4-745395
Tel. / Fax: 00263 / 4-745397
Econet: 00263 / 91 292211
info@kaf.co.zw

Tansania

Anke Lerch (zuständig)
Isimani Rd. Plot No.
367 / Upanga
Dar Es Salaam
Tel.: 00255 / 22-2153174
Fax: 00255 / 22-2151990
kasdar@kicheko.com

Tunesien

N.N.
3, Rue Mahmoud El Ghaznaoui
1082 Cité El Mahrajène
El Menzah IV – Tunis
Tel.: 00216 / 71-751420
Fax: 00216 / 71-750090
info@kas.com.tn

Uganda

Peter Girke
51A, Prince Charles Drive
Kampala
Tel.: 00256 / 414-259611
Fax: 00256 / 414-255495
Mobil: 00256 77 / 405028
kas.girke@gmail.com

ASIEN

Afghanistan

Dr. Babak Khalatbari
291, 10 Street
Wazir Akbar Khan
Kabul
Sat-Tel.: 00870 / 761650774
Mobil: 0093 / 799327241
kas.kabul@ceretechns.com

China

Winfried Jung
Lufthansa Center C813
No. 50 Liangmaqiao Road
Peking 100016
Tel.: 0086 / 10-64622207
Fax: 0086 / 10-64622209
Mobil: 0086 / 13801306854
beijing@kaschina.com

Thomas Awe
Shanghai Project Office
Overseas Chinese Mansion
1903/04
129 Yan'an Xi Lu
200040 Shanghai
Tel.: 0086 / 21-62491722
Fax: 0086 / 21-62494549
Mobil: 0086 / 13601662005
shanghai@kaschina.com

Georgien

Katja Plate
2, Persistsvaleba
0103 Tiflis
Tel.: 00995 / 32-935109
Fax: 00995 / 32-935109
Mobil: 00995 / 77-401228
kas-geo@access.sanet.ge

Indien

Jörg Wolff
German House, 1st. Floor
2, Nyaya Marg
Chanakyapuri
New Delhi 110 021
Tel.: 0091 / 11-26113520
Fax: 0091 / 11-26113536
adenauer@vsnl.com

Indonesien

Winfried Weck
Plaza Aminta, 4th Floor
Jl. Let. Jend. TB Simatupang
Kav. 10
Jakarta 12310
Tel.: 0062 / 21-75909411
Fax: 0062 / 21-75909415
weck@kasindo.org

Kambodscha

Wolfgang Meyer
House No. 4, Street 462
Khan Chamkar Mon
Phnom Penh
Tel.: 00855 / 023-213363
Fax: 00855 / 023-213364
Mobil: 00855 / 012222540
wolfgang.meyer@
kas-cambodia.com

Malaysia

Dr. Thomas Knirsch
M-3-16, Plaza Damas
No. 60, Jalan Sritartamas 1,
Sri Hartamas
50480 Kuala Lumpur
Tel.: 0060 / 1-23163325
Fax: 0060 / 1-22259222
kaskul@pd.jaring.my

Mongolei

Dr. Thomas Schrapel
Jamyan Gun Street – 5/305
„Ar Mongol Travel“ Building
Ulan Bator 48
Tel.: 00976 / 11-319135
Fax: 00976 / 11-319137
schrapel@kas.mn

Pakistan

Dr. Babak Khalatbari
House 4, 61st Street, F-3/6
Islamabad
Tel.: 0092 / 3065589958

Philippinen

Klaus Preschle
ALPAP I Building, 3rd Floor
140 Leviste Street
Salcedo Village
Makati City, Metro Manila
Manila
Tel.: 0063 / 2-8943427
Fax: 0063 / 2-8936199
Mobil: 0063 / 9175264576
preschle@kaf-mnl.com

Republik Korea

Marc Ziemek
Dookyoung Bld. 301
Hannamdong 66-1
Yongsamku 140-210
Seoul
Tel.: 0082 / 2-7933979
Fax: 0082 / 2-7933979
marc.ziemek@kaskorea.org

Singapur

Dr. Colin A. Dürkop
(Länderprogramm)
Werner vom Busch
(Medienprogramm)
Clauspeter Hill
(Rechtsstaatsprogramm)
34, Bukit Pasoh Rd.
Singapur 089848
Tel.: 0065 / 62272001
Fax: 0065 / 62278342
duerkop@kas-asia.org
vombusch@kas-asia.org
hill@kas-asia.org

Thailand

Dr. Canan Atilgan
Bangkok Tower, 10th Floor
2170 New Petchburi Rd.
Huay Khwang
Bangkok 10 320
Tel.: 0066 / 02-3080008
Fax: 0066 / 02-3080010
Mobil: 0066 / 8817210675
kasthailand@yahoo.com

Usbekistan

Dr. Gregor Ryssel
38, Sarbog ul.
100031 Taschkent
Tel.: 00998 / 71-2155201
Fax: 00998 / 71-2813024
Mobil: 00998 / 933888258
kas-uzb@bcc.com.uz

Vietnam

Dr. Willibold Frehner
7, Trieu Viet Vuong
Hanoi
Tel.: 0084 / 4-9432791
Fax: 0084 / 4-9432790
frehner.kas.hanoi@fpt.vn

LATEINAMERIKA**Argentinien**

Christoph Korneli
(Länderprogramm)
Suipacha 1175, Piso 3
C 1008 AA W Buenos Aires
Tel.: 0054 / 11-43262552
Fax: 0054 / 11-43269944
christoph.korneli@kas.org.ar

Dr. Karla Sponar
(Medienprogramm)
Suipacha 1175, Piso 2
C 1008 AA W Buenos Aires
Tel.: 0054 / 11-43932860
Fax: 0054 / 11-43269944
Mobil: 0054 / 91165030906
medios.buenosaires@kas.org.ar

Bolivien

Peter-Alberto Behrens
Av. Walter Guevara No 8037
(ex Arequipa, casi Pl.
Humboldt)
Calocoto
La Paz
Tel.: 00591 / 2-2786478
Fax: 00591 / 2-2756831
info@kasbolivia.org

Brasilien

Dr. Wilhelm Hofmeister
Dr. Peter Fischer-Bollin
(SOPLA)
Praça Floriano 19, 30º andar,
Centro
Cep 20031-924 Rio
de Janeiro RJ
Tel.: 0055 / 21-22205441
Fax: 0055 / 21-22205448
konrad@adenauer.org.br

Anja Czymmeck
Av. Dom Luís, 176
Edifício Mercury – Mezanino,
Aldeota
60.160-230 – Fortaleza –
Ceará
Tel.: 0055 / 85-32619293
Fax: 0055 / 85-32612164
kas-fortaleza@
adenauer.com.br

Chile

Dr. Helmut Wittelsbürger
Enrique Nercaseaux 2381
Providencia
Santiago de Chile
Tel.: 0056 / 2-2342089
Fax: 0056 / 2-2342210
fkachile@fka.cl

Costa Rica

Kerstin von Bremen
Calle 32, Av. 0 y 1,
2do. Piso Edificio
La Carmelita
Paseo Colón
640-1000 San José
Tel.: 00506 / 233-5874
Fax: 00506 / 233-3279
info@kascostarica.org

Ecuador

Dr. Berthold Weig
Edificio Aseguradora del Sur,
Piso 7
Avenida República de
El Salvador 361 y Moscú
Casilla 17-17-1079
Quito
Tel.: 00593 / 2-2269763
Fax: 00593 / 2-2242438
Mobil: 00593 / 29448106
kasecu@kas.org.ec

Guatemala

Tjark M. Egenhoff
3a Ave. „A“ 7-74, Zona 14
Col. El Campo
Ciudad de Guatemala
CP 01014
Tel.: 00502 / 23805100
Fax: 00502 / 23805115
Mobil: 00502 / 55266309
info@kas.org.gt

Kolumbien

Dr. Carsten Wieland
Calle 79, No. 8-70
Santafé de Bogotá
Tel.: 0057 / 1-3214615
Fax: 0057 / 1-3214620
Mobil: 0057 / 3102593581
director@kas.org.co

Mexiko

Frank Priess
(Länderprogramm)
Rudolf Huber
(Rechtsstaatsprogramm)
Río Guadiana No. 3
Col. Cuauhtémoc
06500 México, D.F.
Tel.: 0052 / 55-55664511
Fax: 0052 / 55-55664455
kasmex@kasmex.org.mx

Nicaragua

Kerstin von Bremen
(zuständig)
Kohar Penalba
Apartado 3128
Km 14 Carretera Sur,
a mano izquierda,
300 metros
Managua
Tel.: 00505 / 2-657880
Fax: 00505 / 2-657896
kas@ibw.com.ni

Peru

Michael Lingenthal
Calle Arica 794
Lima 18 – Miraflores
Tel.: 0051 / 1-4458087
Fax: 0051 / 1-4459374
konrad@kas.org.pe

Uruguay

Gisela Elsner
Plaza de Cagancha 1356,
Of. 804
11.100 Montevideo
Tel.: 00598 / 2-9020943
Fax: 00598 / 2-9086781
info@kasuy.org

Venezuela

Dr. Peter Fischer-Bollin
(zuständig)
Av. Luis Roche
entre 6ª y 7ª Transversal
Quinta Las Lomas
1060 Altamira YV Caracas
Tel.: 0058 / 2-122634533
Fax: 0058 / 2-122652054
info@kasven.com.ve

EUROPA UND USA**Belgien (Europabüro)**

Dr. Peter R. Weilemann
Dr. Peter Köppinger
(Entwicklungspolitischer Dialog)
Avenue de l'Yser 11
B-1040 Brüssel
Tel.: 0032 / 2-7430743
Fax: 0032 / 2-7430749
sekretariat@eukas.be

**Baltische Länder
Estland**

Büro Tallinn
Sveta Päärü
Wismari 8-8
EE-10136 Tallinn
Tel.: 00372 / 6-276700
Fax: 00372 / 6-276703
tallinn@adenauer.ee

Lettland

(Regionalbüro Riga)
Andreas Michael Klein
Alberta iela 13
LV-1010 Riga
Tel.: 00371 / 7039328
Fax: 00371 / 7039327
riga@adenauer.lv

Litauen

Büro Wilna
Kristina Kviliunaite
Saviciaus g. 11-6 /
Augustijonu g.1-6
LT 01127 Wilna
Tel.: 00370 / 52-691178
Fax: 00370 / 52-691179
vilnius@adenauer.lt

Bosnien-Herzegowina

Dr. Christina Catherine Krause
Pruscakova 23
BiH – 71000 Sarajewo
Tel.: 00387 / 33-215240
Fax: 00387 / 33-215239
Mobil: 00387 / 61480309
christina.krause@kasbih.com

Bulgarien

Dr. Andreas von Below
(Länderprogramm)
Dr. Dirk Förger
(Medienprogramm)
Boulevard „Janko Sakasov“ 19
4. Etage, App. 11
BG – 1504 Sofia
Tel.: 00359 / 2-9434388
Fax: 00359 / 2-9433459
kas.sofia@mb.bia-bg.com

Frankreich

Dr. Beatrice Gorawantschy
15 bis, rue de Marignan
F – 75008 Paris
Tel.: 0033 / 1-56691500
Fax: 0033 / 1-56691501
beatrice.gorawantschy@
kas-paris.fr

Großbritannien

Thomas Bernd Stehling
London Office
63 D Eccleston Square
GB – London SW1V 1PH
Tel.: 0044 / 20-78344119
Fax: 0044 / 20-78344134
thomas.stehling@kas.de

Italien

Centro Internazionale
d'incontri Cadenabbia
Villa La Collina
Via Roma 11
I – 22011 Cadenabbia (Co)
Tel.: 0039 / 0344-44111
Fax: 0039 / 0344-41058
cadenabbia@villalacollina.it

Kroatien

Dr. Christian Schmitz
Frana Petrica 7
HR – 10000 Zagreb
Tel.: 00385 / 1-4882650
Fax: 00385 / 1-4882656
Mobil: 00385 / 98 453968
elma.kas@inet.hr

Mazedonien

Henri Giscard Bohnet
Ul. „Maksim Gorki“ 16, Kat 3
MK – 1000 Skopje
Tel.: 00389 / 2-3231122
Fax: 00389 / 2-3135290
Mobil: 00389 / 70279594
kas@kas.com.mk

Polen

Stephan Raabe
ul. J. Dabrowskiego 56
PL – 02-561 Warschau
Tel.: 0048 / 2-28453894
Fax: 0048 / 2-28485437
kas@kas.pl

Rumänien

Dr. Holger Dix
(Länderprogramm)
Dr. Stefanie Ricarda Roos
(Rechtsstaatsprogramm)
Str. Plantelor nr. 50, Sektor 2
RO-023975 Bukarest
Tel.: 0040 / 21-3233127
Fax: 0040 / 21-3260407
Mobil: 0040 / 724206706
office@kas.ro

Russische Föderation

Dr. Lars Peter Schmidt
Twerskaja ul. 16/2
Gebäude 3, Büro 3
125009 Moskau
Tel.: 007 / 495-9357778
Fax: 007 / 495-9357779
Mobil: 007 / 4957244572
info@adenauer.ru

Elisabeth Bauer
Newschij Prospekt 1
191186 St. Petersburg
Tel.: 007 / 812-3157236
Fax: 007 / 812-3157811
kasspb@online.ru

Serbien

Claudia Nolte
Kralja Petra Str. 3
11000 Belgrad
Tel.: 00381 / 11-3285210
Fax: 00381 / 11-3285329
office@kas-bg.com

Slowakische Republik

Dr. Hubert Gehring (zuständig)
Agáta Pešková
Zelená 8
SK – 81101 Bratislava
Tel.: 00421 / 2-54419438
Fax: 00421 / 2-54419441
kasslovak@nexta.sk

Spanien

Michael Däumer
Plaza de Castilla 3, Piso 16/D2
E – 28046 Madrid
Tel.: 0034 / 91-5796186
Fax: 0034 / 91-5718612
kasmad@gmx.net

Tschechische Republik

Dr. Hubert Gehring
Uruguayská 17
CZ – 12000 Prag 2
Tel.: 00420 / 2-22320190
Fax: 00420 / 2-22320198
kasprag@kasprag.cz

Türkei

Jan Senkyr
Ahmet Rasim Sokak 27
06550 Cankaya-Ankara
Tel.: 0090 / 312-4404080
Fax: 0090 / 312-4403248
kas@konrad.org.tr

Ukraine

Nico Lange
wul. Schowkowschtschna 10,
Whg. 4
UA – 01021 Kiew
Tel.: 00380 / 44-4927443
Fax: 00380 / 44-4927443
office@adenauer.kiev.ua

Ungarn

Hans-J. Kaiser
Batthyány u. 49
H – 1015 Budapest
Tel.: 0036 / 1-4875010
Fax: 0036 / 1-4875011
hans.kaiser@adenauer.hu

USA

Dr. Norbert Wagner
Washington Research Office
2005 Massachusetts Avenue,
NW
Washington, DC 20036
Tel.: 001 / 202-4645840
Fax: 001 / 202-4645848
norbert.wagner@kasusa.org

Weißrussland

Stephan Malerius
Pillies g. 42-9
LT-01123 Wilna
Tel.: 00370 / 52-629475
Fax: 00370 / 52-122294
info@kas-belarus.lt

Stand: 1. Februar 2008

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

- Begabtenförderung und Kultur
- Dienstleistungszentrum (EDV, Finanzen, Personal und Allgemeine Verwaltung, Veranstaltungsorganisation)
- Wissenschaftliche Dienste
- Zentralabteilung Kommunikation und Medien

Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Tel. 0 22 41 / 2 46-0
Fax 0 22 41 / 2 46-2591
zentrale@kas.de
www.kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

- Akademie
- Internationale Zusammenarbeit
- Online-Redaktion
- Politik und Beratung
- Pressestelle

Klingelhöferstraße 23
10785 Berlin
Tel. 0 30 / 2 69 96-0
Fax 0 30 / 2 69 96-32 61

BILDUNGSZENTREN UND BILDUNGSWERKE

Politische Bildung

Bildungszentrum Eichholz

Leitung: Dr. Melanie Piepenschneider
Schloss Eichholz
Urfelder Straße 221
50389 Wesseling
Tel. 0 22 36 / 7 07-0
Fax 0 22 36 / 7 07-43 55
www.kas-eichholz.de

Bildungszentrum Wendgräben

Leitung: Ronny Heine
Wendgräbener Chaussee 1
39279 Wendgräben
Tel. 03 92 45 / 952 351
Fax 03 92 45 / 952 366
www.kas-wendgraeben.de

Politische Bildung Berlin

Leitung: Renate Abt
Tiergartenstraße 35
10785 Berlin
Tel. 0 30 / 26 99 6-0
Fax 0 30 / 26 99 6-3243
www.kas-berlin.de

Bildungswerk Bremen

Leitung: Reinhard Wessel
Martinistraße 25
28195 Bremen
Tel. 04 21 / 1 63 00 90
Fax 04 21 / 1 63 00 99
www.kas-bremen.de

Bildungswerk Dortmund

Leitung: Dr. Marco Arndt
Kronenburgallee 1
44141 Dortmund
Tel. 02 31 / 10 87 77 70
Fax 02 31 / 10 87 77 77
www.kas-dortmund.de

Bildungswerk Dresden

Leitung: Dr. Joachim Klose
Königstraße 23
01097 Dresden
Tel. 03 51 / 56 34 46 0
Fax 03 51 / 56 34 46 10
www.kas-dresden.de

Bildungswerk Düsseldorf

Leitung: Dr. Thorsten Müller
Benrather Straße 11
40213 Düsseldorf
Tel. 02 11 / 83 68 05 60
Fax 02 11 / 83 68 05 69
www.kas-duesseldorf.de

Bildungswerk Erfurt

Leitung: Maja Eib
Thomas-Müntzer-Straße 21 a
99084 Erfurt
Tel. 03 61 / 65 49 10
Fax 03 61 / 65 49 11 1
www.kas-erfurt.de

Bildungswerk Freiburg

Leitung: Thomas Wolf
Schusterstraße 34-36
79098 Freiburg
Tel. 07 61 / 3 34 43
Fax 07 61 / 3 75 46
www.kas-freiburg.de

Bildungswerk Hamburg

Leitung: Dr. Manfred Dahlke
Warburgstraße 12
20354 Hamburg
Tel. 0 40 / 21 98 50 80
Fax 0 40 / 21 98 50 89
www.kas-hamburg.de

Bildungswerk Hannover

Leitung: Christian Schleicher
Leinstraße 8
30159 Hannover
Tel. 05 11 / 40 08 09 80
Fax 05 11 / 40 08 09 89
www.kas-hannover.de

Bildungswerk Mainz

Leitung: Karl-Heinz van Lier
Weißlilienstraße 5
55116 Mainz
Tel. 0 61 31 / 2 01 69 30
Fax 0 61 31 / 2 01 69 39
www.kas-mainz.de

Bildungswerk Oldenburg

Leitung: Dr. Stefan Hofmann
Eichenstraße 99
26131 Oldenburg
Tel. 04 41 / 59 34 66
Fax 04 41 / 59 34 58
www.kas-oldenburg.de

Bildungswerk Potsdam

Leitung: Dr. Bernhard Lamers
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Tel. 03 31 / 74 88 76 10
Fax 03 31 / 74 88 76 15
www.kas-potsdam.de

Bildungswerk Saarbrücken

Leitung: Helga Bossung-Wagner
Neumarkt 11
66117 Saarbrücken
Tel. 06 81 / 92 79 88 0
Fax 06 81 / 92 79 88 9
www.kas-saarbruecken.de

Bildungswerk Schwerin

Leitung: Dr. Silke Bremer
Arsenalstraße 10
19053 Schwerin
Tel. 03 85 / 55 57 05 0
Fax 03 81 / 55 57 05 9
www.kas-schwerin.de

Bildungswerk Stuttgart

Leitung: Elke Erlecke
Lange Straße 18 a
70174 Stuttgart
Tel. 07 11 / 87 03 09 3
Fax 07 11 / 87 03 09 55
www.kas-stuttgart.de

Bildungswerk Wiesbaden

Leitung: Dr. Thomas Ehlen
Bahnhofstraße 38
65185 Wiesbaden
Tel. 06 11 / 15 75 98 0
Fax 06 11 / 15 75 98 19
www.kas-wiesbaden.de



NEUERSCHEINUNGEN

HANS KROLL (1898–1967) SEIT 1920 IM DIPLOMATISCHEN DIENST TÄTIG, ERREICHTE ER DEN HÖHEPUNKT SEINER KARRIERE ALS BOTSCHAFTER IN MOSKAU VON 1958 BIS 1962. WÄHREND DER ZWEITEN BERLINKRISE AVANCIERTE ER NICHT NUR ZU EINEM RATGEBER KONRAD ADENAUERS, SONDERN AUCH ZUM GESPRÄCHSPARTNER NIKITA S. CHRUSCHTSCHOWS. DIE UMFASSENDE BIOGRAPHIE BESCHREIBT ANHAND DER TAGEBÜCHER UND ANDERER QUELLEN DEN LEBENSWEG UND DIE KARRIERE KROLLS UND DARÜBER HINAUS DIE DEUTSCH-SOWJETISCHEN BEZIEHUNGEN IN DEN JAHREN DER KRISE.

VOM RECHTE, DAS MIT UNS GEBOREN IST MIT WELCHER BEGRÜNDUNG KANN VON LÄNDERN MIT ANDERER HISTORISCHER, KULTURELLER ODER RELIGIÖSER PRÄGUNG ALS DER UNSRIGEN ERWARTET ODER SOGAR VERLANGT WERDEN, DASS SIE DIE MENSCHENWÜRDE UND DIE MENSCHENRECHTE IN IHRER JEWEILIGEN RECHTSORDNUNG VERANKERN UND RESPEKTIEREN? DIESER FRAGE GEHEN DIE AUTOREN DIESES BANDES NACH. DIE ANTWORT WIRD IN ANBETRACHT IMMER DICHTERER VERFLECHTUNGEN UND BEGEGNUNGEN ZWISCHEN DEN KULTUREN NICHT NUR IMMER DRINGLICHER, SONDERN HAT AUCH ERKENNBAR UNMITTELBARE POLITISCHE AUSWIRKUNGEN.

WARUM DIE GEISTESWISSENSCHAFTEN ZUKUNFT HABEN ZIEL DIESES SAMMELBANDES IST ES, DIE LEISTUNGEN DER GEISTESWISSENSCHAFTEN FÜR UNSERE GESELLSCHAFT HERAUSZUARBEITEN, SIE ALS JENE „LEBENSWISSENSCHAFTEN“ ZU WORT KOMMEN ZU LASSEN, DIE DIE GEISTIGE DIMENSION DES MENSCHSEINS, DIE DEN MENSCHEN ALS SPRACHLICH-ÄSTHETISCHES, HISTORISCHES, ALS SOZIALES, POLITISCHES, ETHISCHES UND RELIGIÖSES WESEN ZU IHREM INHALT HABEN. DIE GEISTESWISSENSCHAFTEN ERBRINGEN ORIENTIERUNGSLEISTUNG FÜR GEGENWART UND ZUKUNFT, INDEM SIE VERMEINTLICHE GEWISSHEITEN IN ZWEIFEL ZIEHEN UND ZUR BEGRÜNDUNG DER GEISTIGEN GRUNDLAGEN UNSERER GESELLSCHAFT BEITRAGEN.

NEUERSCHEINUNGEN

TASCHENBÜCHER IM HERDER-VERLAG

Rudolf Dolzer,
Matthias Herdegen,
Bernhard Vogel (Hrsg.):
Good Governance.
Gute Regierungsführung
im 21. Jahrhundert,
Freiburg 2007
ISBN 978-3-451-29736-6

Jörg-Dieter Gauger,
Günther Rüter (Hrsg.):
Warum die Geisteswissen-
schaften Zukunft haben!
Ein Beitrag zum Wissen-
schaftsjahr 2007,
Freiburg 2007
ISBN 978-3-451-29822-6

Wilfried Härle, Bernhard Vogel
(Hrsg.):
„Vom Rechte, das mit uns
geboren ist“. Aktuelle
Probleme des Naturrechts,
Freiburg 2007
ISBN 978-3-451-29819-6

Josip Jelenic, Bernhard Vogel
(Hrsg.):
Werte schaffen. Vom Zweck
der Politik in Zeiten der
Globalisierung,
Freiburg 2007
ISBN 978-3-451-29735-9

Volker Schumpelick,
Bernhard Vogel (Hrsg.):
Was ist uns die Gesundheit
wert? Gerechte Verteilung
knapper Ressourcen,
Freiburg 2007
ISBN 978-3-451-29738-0

FORSCHUNGEN UND QUELLEN ZUR ZEITGESCHICHTE

Kordula Kühlem:
Hans Kroll. Eine diplomatische
Karriere im 20. Jahrhundert,
Droste, Düsseldorf 2007,
(Band 53),
ISBN 978-3-506-76481-2

Peer Oliver Volkmann:
Heinrich Brüning (1885–1970)
Nationalist ohne Heimat.
Eine Teilbiographie.
Droste, Düsseldorf 2007,
(Band 52),
ISBN 978-3-7700-1903-8

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

Viola Neu:
Die Mitglieder der CDU.
Eine Umfrage der
Konrad-Adenauer-Stiftung
(Heft 84),
ISBN 978-3-939826-70-5

Wolfgang-Michael Franz,
Wolfram Höfling,
Ludger Honnefelder,
Robert David,
Michael Groebner:
Stammzellforschung als
politische Herausforderung
(Heft 83),
ISBN 978-3-939826-42-2

KOMMUNAL- POLITISCHES FORUM – MATERIALIEN FÜR DIE ARBEIT VOR ORT

Arbeitskreis Kommunalpolitik
Integration vor Ort.
Positionen und Handlungs-
empfehlungen für eine
kommunale Integrationspolitik
(Heft 37),
ISBN 978-3-939826-57-6

J. Alexander Schmidt:
Licht in der Stadt. Leitbilder
und Strategien für innovative
Lichtkonzepte
(Heft 36),
ISBN 978-3-939826-36-1

IM PLENUM

Konrad-Adenauer-Stiftung,
Sankt Augustin/Berlin 2007

Sabine Bergmann-Pohl,
Wilhelm Staudacher (Hrsg.):
Der Schrei nach Freiheit.
Der Ungarn-Aufstand 1956,
ISBN 978-3-939826-46-0

Michael Borchard (Hrsg.):
Dolf Sternberger.
Zum 100. Geburtstag,
ISBN 978-3-939826-51-4

Michael Borchard (Hrsg.):
Politische Kultur in den
neuen Ländern. Zum Stand
der inneren Einheit – eine
Zwischenbilanz,
ISBN 978-3-939826-64-4

Thomas von Danwitz,
Jean Rossetto (Hrsg.):
Europa in der Krise?
Perspektiven der europäischen
Integration,
ISBN 978-3-939826-37-8

Hermann Gröhe,
Christoph Kannengießer (Hrsg.):
Wertentscheidungen als
Grundlage der Rechtsordnung,
ISBN 978-3-939826-32-3

Christoph Kannengießer,
Franz Schoser (Hrsg.):
Wirtschaft trifft Politik 2006.
Invention – Innovation –
Wachstum,
ISBN 978-3-939826-34-7

Gerhard Kruij, Helmut Reifeld
(Eds.):
Church and Civil Society.
The Role of Christian Churches
in the Emerging Countries of
Argentina, Mexico, Nigeria
and South Africa,
ISBN 3-939826-21-9

Alexander Leicht,
Jacqueline Plum (Hrsg.):
Kulturelle Bildung und Bildung
für nachhaltige Entwicklung,
ISBN 978-3-939826-31-6

Matthias Schäfer (Hrsg.):
Konsolidieren oder Investieren.
Strategien für den Schulden-
abbau,
ISBN 978-3-939826-66-8

Bernhard Vogel (Hrsg.):
Preis Soziale Marktwirtschaft
2006. Sybill Storz: Heute
bereits an morgen denken!
ISBN 978-3-939826-38-5

Bernhard Vogel (Hrsg.):
Zukunft gemeinsam gestalten.
Christliche Demokraten
für Europa,
ISBN 978-3-939826-48-4

Bernhard Vogel (Hrsg.):
Zukunft der Gewerkschaften
in einer sich wandelnden
Arbeitswelt,
ISBN 978-3-939826-53-8

Gerhard Wahlers,
Karsten Grabow (Hrsg.):
Parteien und Demokratie.
Beiträge der Internationalen
Fachkonferenz zum
KAS-Demokratiereport 2007,
ISBN 978-3-939826-41-5

POSITIONEN

Norbert Walter:
Der demographische Wandel
als Chance und Heraus-
forderung für Deutschland,
(Heft Nr. 7 / Online-Ausgabe)
Sankt Augustin / Berlin 2007
ISBN 978-3-939826-83-5

Wolfgang Schäuble:
Streit und Zusammenhalt.
Zum Zustand von Demokratie
und Gemeinwesen in
Deutschland (Heft Nr. 6),
Sankt Augustin/Berlin 2007
ISBN 978-3-939826-79-8

Gerhard Wahlers,
Agostino Marchetto,
Hermann Kues, Josef Voß:
Integration – Kirche – Politik.
Migration als Herausforderung
und Chance für Kirche
und Politik (Heft Nr. 5),
Sankt Augustin/Berlin 2007
ISBN 978-3-939826-73-6

Renato Raffaele Martino:
Soziallehre, Armut und
Verantwortung für das
Gemeinwohl. Das komplexe
Geflecht von Einfluss und
Pflichten der Eliten
(Heft Nr. 4),
Sankt Augustin/Berlin 2007
ISBN 978-3-939826-74-3

Christian Wulff:
Das Vermächtnis der
Widerstandskämpfer des
20. Juli 1944. Die Bedeutung
des christlichen Glaubens für
die Widerstandskämpfer
(Heft Nr. 3),
Sankt Augustin/Berlin 2007
ISBN 978-3-939826-54-5

Wolfgang Huber, Michael
Hüther:
Streitfall Soziale Gerechtigkeit.
Zwei Statements (Heft Nr. 2),
Sankt Augustin/Berlin 2007
ISBN 978-3-939826-52-1

Richard Schröder:
Über das Gewissen
(Heft Nr. 1),
Sankt Augustin/Berlin 2007
ISBN 978-3-939826-35-4

ZEITSCHRIFTEN

Historisch-Politische Mittei-
lungen. Archiv für Christlich-
Demokratische Politik. Im Auf-
trag der KAS herausgegeben
von Günter Buchstab und
Hans-Otto Kleinmann.
14. Jahrgang, Böhlau Verlag,
Köln 2007, ISSN: 0943-691X;
erscheint jährlich

KAS-Auslandsinformationen.
Im Auftrag der Konrad-
Adenauer-Stiftung herausge-
geben von Gerhard Wahlers.
ISSN: 0177-7521,
erscheint monatlich

Die Politische Meinung.
Für die KAS herausgegeben
von Bernhard Vogel.
ISSN: 0032-3446,
erscheint monatlich

EINZELTITEL

Cadenabbia und der Comer See.
Herausgegeben von KAS und
Merian-Verlag,
München 2008,
ISBN 978-3-939826-68-2

Dieter Althaus,
Günter Buchstab,
Norbert Lammert, Peter Molt:
Mut – Hoffnung – Zuversicht.
Festschrift zum 75. Geburtstag
von Bernhard Vogel,
Schöningh Verlag 2007

Canan Atilgan, Deborah Klein:
*Europa lohnt sich. Was jeder
über die Europäische Union
wissen sollte,*
Sankt Augustin/Berlin 2007

Ralf Thomas Baus,
Raoul Blindenbacher,
Ulrich Karpen (Hrsg.):
*Competition versus Coopera-
tion/Wettbewerb versus
Kooperation.*
*German Federalism in Need
of Reform – A Comparative
Perspective/Der Reformbedarf
des deutschen Föderalismus –
Eine vergleichende Perspektive,*
hrsg. gemeinsam mit:
Forum of Federations,
Nomos Verlagsgesellschaft,
Baden-Baden 2007
ISBN 978-3-8329-2991-6

Ralf Thomas Baus, Thomas
Fischer, Rudolf Hrbek (Hrsg.):
*Föderalismusreform II:
Weichenstellungen für eine
Neuordnung der Finanz-
beziehungen im deutschen
Bundesstaat.*
*Schriftenreihe des Europäischen
Zentrums für Föderalismus-
Forschung Tübingen
(Band 29),*
Nomos Verlagsgesellschaft,
Baden-Baden 2007
ISBN-13 978-3-8329-2791-2
*Ergebnisse einer gemein-
samen Konferenz von
Konrad-Adenauer-Stiftung,
Bertelsmann Stiftung und
Europäischem Zentrum für
Föderalismus-Forschung*

Michael Borchard (Hrsg.):
Das Solidarische Bürgergeld.
Analysen einer Reformidee,
Lucius & Lucius,
Stuttgart 2007
ISBN 978-3-8282-0393-8

Michael Borchard (Hrsg.):
*Das neue Bild vom älteren
Menschen – aktiv in Politik
und Gesellschaft!*
Sankt Augustin/Berlin 2007
ISBN 978-939826-72-9

Jörg-Dieter Gauger:
*Deutsche und Polen im
Unterricht. Eine Untersuchung
aktueller Lehrpläne/Richtlinien
und Schulbücher für Geschichte,
Wochenschau-Verlag 2007
ISBN 978-3-89974-369-2*

Jörg-Dieter Gauger,
Josef Kraus (Hrsg.):
*Zwischen Persönlichkeitsbil-
dung und Berufsqualifizierung.
Perspektiven der schulischen
beruflichen Bildung,*
Sankt Augustin/Berlin 2007
ISBN 978-3-939826-50-7

Jörg-Dieter Gauger, Hermann
Wilske (Hrsg.):
*Bildungsoffensive Musikunter-
richt. Mit Geleitworten von
Anne-Sophie Mutter, Dietrich
Fischer-Dieskau und Daniel
Barenboim,*
Rombach, Freiburg 2007

J. W. van de Gronden:
*Das Gesundheitswesen im
Spannungsfeld von National-
staat und EU-Binnenmarkt.
Ein niederländischer Beitrag
zur Frage der Kompatibilität
nationaler Gesundheits-
systeme und Reformmodelle
mit dem EG-Recht,*
hrsg. im Auftrag der KAS im
Lucius & Lucius Verlag,
Stuttgart 2007
ISBN 978-3-8282-0384-6

Christine Henry-Huthmacher
(Hrsg.):
Kinder in besten Händen.
*Frühkindliche Bildung,
Betreuung und Erziehung in
Deutschland,*
Sankt Augustin/Berlin 2007
ISBN 978-3-939826-58-3

KAS (Hrsg.):
*Cadenabbia. Adenauer, Politik,
Kultur und mehr,*
Konrad-Adenauer-Stiftung
Sankt Augustin/Berlin 2007

KAS (Hrsg.):
*AfriKAS – Veröffentlichungen
der Konrad-Adenauer-Stiftung
zu Afrika 2006-2007,*
Sankt Augustin/Berlin 2007
ISBN 978-3-939826-39-2

KAS (Ed.):
Parties and Democracy.
*The KAS Democracy Report
2007,*
Bouvier, Bonn 2007
ISBN 978-3-416-03194-3

KAS (Hrsg.):
Islam und Rechtsstaat.
*Zwischen Scharia und
Säkularisierung,*
Sankt Augustin/Berlin 2007

KAS (Hrsg.):
*Muslims als Staatsbürger:
Bürgerschaftliches Engagement
aus internationaler Perspektive.*
*Muslims as Citizens: An Inter-
national Dialogue on Civic
Engagement.*
Hrsg. gemeinsam mit:
Heinrich-Böll-Stiftung und
Bundeszentrale für politische
Bildung, Berlin 2007
ISBN 978-3-939826-55-2

KAS (Hrsg.):
Im Dialog mit Muslimen,
Sankt Augustin/Berlin 2008
ISBN 978-3-939826-77-4

KAS (Hrsg.):
*Thesenpapier. Globalisierung
als überregionale Heraus-
forderung,*
Sankt Augustin/Berlin 2007
ISBN 978-3-939826-62-0

KAS (Hrsg.):
*Thesenpapier zur Entwicklungs-
zusammenarbeit mit Afrika,*
Sankt Augustin/Berlin 2007
ISBN 978-3-939826-40-8

KAS (Hrsg.):
*Internationale Parteien-
zusammenarbeit der KAS,
Globales Engagement für
Frieden und Demokratie,*
Sankt Augustin/Berlin 2007

KAS (Hrsg.):
Internationale Brennpunkte,
Sankt Augustin/Berlin 2007

Melanie Piepenschneider,
Burkard Steppacher (Hrsg.):
Was Europa ausmacht.
*Namen, Daten und Fakten zur
Europäischen Union,*
Sankt Augustin/Berlin 2007
ISBN 978-3-939826-34-7

Günther Rüter (Hrsg.):
*Verleihung des Literaturpreises
der Konrad-Adenauer-Stiftung
an Petra Morsbach.*
Sankt Augustin/Berlin 2007
ISBN 978-3-939826-65-1

*Soziale Marktwirtschaft –
damals und heute.*
Zitate und Aufsätze.
*Zusammengestellt von
Sabine Vogel, Richard Reichel,
Andrea Schneider,*
Berlin/Sankt Augustin 2007
ISBN 978-3-939826-33-0

Wilhelm Staudacher (Hrsg.):
*Petersberger Europa-Reden
2003 – 2006,*
Sankt Augustin/Berlin 2007
ISBN 978-3-939826-60-6

ANALYSEN UND ARGUMENTE

Die Broschüren können auf
www.kas.de heruntergeladen
werden.

INFORMATIONSDIENSTE

Internet-Newsletter der
Konrad-Adenauer-Stiftung
(10 Ausgaben pro Jahr)
Anmeldung über www.kas.de
oder publikationen@kas.de

KAS International
(3 bis 4 Ausgaben pro Jahr)
Download auf www.kas.de

Newsletter der Hautabteilung
Politik und Beratung
Download auf www.kas.de

ONLINEPUBLIKATIONEN

[http://www.kas.de/
upload/dokumente/
liste_Online-Publikationen.pdf](http://www.kas.de/upload/dokumente/liste_Online-Publikationen.pdf)

Stand: 1. Januar 2008

DIE POLITISCHE MEINUNG

MONATSSCHRIFT ZU FRAGEN DER ZEIT

Ein Forum für den nachhaltigen Austausch über christlich-demokratische Werte und Ideen bietet die von Bernhard Vogel herausgegebene Monatszeitschrift „Die Politische Meinung“. Seit ihrer ersten Ausgabe im Jahr 1956 steuert sie mit fachlichen Analysen und vertiefender Argumentation dem wachsenden Druck von beschleunigter Information im Zeitalter digitaler Medien entgegen. Die aktive Teilnahme an der politischen Debatte steht dabei im Selbstverständnis des christlichen Menschenbildes.

Das breitgefächerte Themenspektrum im Jahr 2007 umfasst mit Schwerpunkten zu Afrika, CDU-Grundsatzprogramm, China, Klimawandel und europäischer Integration ebenso außenpolitisch wie innenpolitisch relevante Fragen. Rezensionen widmen sich den Entwicklungen in Literatur und Kultur.

Seit 1967 engagiert sich die Konrad-Adenauer-Stiftung für „Die Politische Meinung“ in einer inhaltlichen Partnerschaft und liefert thematisch maßgebliche Impulse. Umgekehrt wirkt die Zeitschrift auf die inhaltliche Arbeit der Stiftung und findet vielseitige Verwendung bei Veranstaltungen, in der politischen Bildung sowie im Rahmen der Begabtenförderung. Die Themenkreise der Politischen Meinung wurden im Laufe der Zeit immer weiter gezogen. In der Sparte „kontrovers“ öffnete sie sich auch für Autoren konkurrierender Denkschulen.

Mit einer Auflage von 5.700 Exemplaren spricht die Zeitschrift vor allem Politiker, Journalisten, Pädagogen und Wissenschaftler an – Multiplikatoren, die im Bereich politischer Bildung Akzente setzen und das demokratische Grundverständnis der Gesellschaft fördern. Zu den namhaften

Autoren des Jahres 2007 zählen unter anderem Angela Merkel, José Manuel Barroso, Volker Kauder, Armin Laschet, Günter Mächler, Ronald Pofalla, Annette Schavan, Manfred Wilke, Feridun Zaimoglu und Juli Zeh.

www.politische-meinung.de

Schwerpunktt Themen Jahr 2007

- *Afrika – Nachbar und Partner* (12/2007)
- *CDU-Grundsatzprogramm* (11/2007)
- *Herbst 1977* (10/2007)
- *Zwei Jahre Große Koalition* (9/2007)
- *Auftrag Außenpolitik* (8/2007)
- *Integrationsland Deutschland* (7/2007)
- *Klima im Wandel* (6/2007)
- *Medien und Politik* (5/2007)
- *Die Zukunft der Christlichen Demokratie in Deutschland* (4/2007)
- *Europäische Integration* (3/2007)
- *Aufgeklärter Patriotismus* (2/2007)
- *Chinas Aufstieg* (1/2007)

Ausblick 2008

Geplante Themenschwerpunkte

- *Deutschlands innere Einheit* (1/2008)
- *Politik von und für Frauen* (2/2008)
- *Grundlegungen und Herausforderungen der Demokratie in Deutschland* (3/2008)
- *Religionsfreiheit in Europa* (4/2008)
- *Demokratie unter Druck* (5/2008)
- *China* (6/2008)



FREUNDESKREIS

DER FREUNDESKREIS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG AUF BILDUNGSREISE

Im Freundeskreis haben sich inzwischen rund 1.600 Menschen zusammengeschlossen, die der Konrad-Adenauer-Stiftung nahestehen und sie darin unterstützen, die christlich-demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft weiterzuentwickeln und zu stärken.

Im Jahr 2007 nahm der Freundeskreis wieder an Studienreisen, Seminaren und herausragenden Veranstaltungen der Stiftung teil. Am 28. Februar 2007 waren unter den mehr als 1.000 Gästen, die zu einem Festakt aus Anlass des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge nach Berlin gekommen waren, auch 250 Förderer aus dem Freundeskreis. Eine elftägige Studienreise führte im September 2007 von Prag über die Slowakei nach Krakau. Referenten informierten über die politische und wirtschaftliche Situation der Länder und vermittelten touristische und kulturelle Eindrücke. Weitere Höhepunkte bildeten die Teilnahme an der Verleihung des KAS-Literaturpreises in Weimar an Petra Morsbach und des Preises Soziale Marktwirtschaft der Stiftung in der Paulskirche zu Frankfurt an Arend Oetker. Den „Tag der KAS“ in Berlin sowie die jährliche Veranstaltung anlässlich des Petersberger Abkommens am 20. November auf dem Petersberg nutzten die Förderer auch 2007 wieder, um bestehende Bekanntschaften aufzufrischen und neue Kontakte zu schließen.

Die Förderer stehen in regelmäßiger Kommunikation mit der Stiftung und erhalten kontinuierlich aktuelle Informationen über Schwerpunkte der Stiftungsarbeit, über wichtige Veranstaltungen und Veröffentlichungen und natürlich über den Freundeskreis. Sie zahlen wahlweise einen Mindestbeitrag von 60 € im Jahr oder einen selbstgewählten höheren Beitrag.

Das Netzwerk eines Freundes- und Fördererkreises der Konrad-Adenauer-Stiftung ist eine notwendige Grundlage, um die Arbeit der Stiftung auf dem heutigen hohen Niveau weiterführen zu können. Neuförderer sind herzlich willkommen. Eine Beitrittserklärung finden Sie auf der nächsten Seite oder im Internet unter www.kas.de unter dem Suchbegriff „Freundeskreis“.



„SO LEISTET DIE STIFTUNG SEIT NUN EINEM HALBEN JAHRHUNDERT EINEN UNVERZICHTBAREN BEITRAG FÜR FREIHEIT UND GERECHTIGKEIT.“

BUNDESPRÄSIDENT HORST KÖHLER



„WIR BRAUCHEN DIE POLITISCHEN STIFTUNGEN UND WIR BRAUCHEN DIE KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IN GANZ BESONDERER WEISE.“

BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL



FREUNDKREIS

FREUNDKREIS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.

FAX-NUMMER: 0 22 41 / 2 46-25 39

JA, ICH MÖCHTE ZUM FREUNDKREIS GEHÖREN UND WERDE DIE KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG REGELMÄSSIG UNTERSTÜTZEN.

Der Mindestbeitrag pro Jahr beträgt:

Für Einzelpersonen 60,00 Euro. Für Ehepaare gemeinsam 80,00 Euro.

Für Studenten/Stipendiaten 40,00 Euro. Für Firmen/Institutionen 500,00 Euro.

Mein Jahresbeitrag _____ 500,00 € 250,00 € 180,00 € 120,00 € 60,00 €

Ich zahle meinen Jahresbeitrag jährlich halbjährlich

Firma

Telefon

Telefax

Titel, Name, Ansprechpartner

Vorname

E-Mail

Straße, Hausnummer

Geburtsdatum

PLZ, Ort

Ort, Datum

Unterschrift

Hiermit ermächtige ich den Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung widerruflich, meinen

Förderbeitrag ab dem _____ zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Die Zahlung erfolgt:

über mein Bankkonto

Kreditinstitut

Kontonummer

Bankleitzahl

Kontoinhaber

über meine Kreditkarte
(nur für Förderer im Ausland)

American Express

Eurocard/Mastercard

Visa

Karten-Nr.

Karteninhaber

Karte gültig bis

Ort, Datum

Unterschrift

Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin,
petra.kulcsar@kas.de

IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung
Kommunikation und Medien

Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Telefon: 0 22 41/2 46-0
Telefax: 0 22 41/2 46-25 91

Tiergartenstraße 35
10785 Berlin
Telefon: 0 30/2 69 96-0
Telefax: 0 30/2 69 96-32 61
E-Mail: redaktion@kas.de

Redaktion

Walter Bajohr, Elisabeth Enders

Redaktionsassistentz

Cornelia Wurm, Harald Wendlberger

Gestaltung und Realisierung

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln
workstation gmbh | produktionsservice
für analoge und digitale medien, Bonn

Druck

Tuschen GmbH
Druck- und Medienhaus, Dortmund

Bildnachweis

Hans-Joachim Gerboth: 106
Gabriel Habermann: 7 (re. oben)
Henning Lüders: 8 (re. oben), 9, 11 (re. oben),
12, 15, 16 (li. unten), 16 (re. unten),
18 (re. oben), 45, 58, 80 (li.), 82 (li. u. Mitte),
90 (li. unten), 91 (re. oben), 98, 103
Thomas Lupo: 14 (li. oben u. unten), 61
Harald Odehnal: 13 (re. oben), 16 (re. oben),
80 (re.), 94, 100, 101 (re. oben), 102, 104,
106 (oben), 125
Maik Schuck: 7 (li. oben)
Marco Urban: U1 (li. oben), 5, 10, 11 (li. oben),
13 (li. oben)
Andreas Varnhorn: 8 (li. oben und Mitte)
Sabine Walter: 14 (re. oben)
dpa: 17, 23-26, 28-30, 33-34, 36, 41-44, 46
(oben), 47-48, 57, 59 (oben), 60, 62, 67-68,
70-72, 73 (li. unten), 74, 76-77, 84-86, 89, 90
(oben), 105
fotolia: 39-40, 53-54, 73 (oben)
stockbyte: 96
alle anderen: Konrad-Adenauer-Stiftung

Trotz sorgfältiger Recherche konnten nicht alle
Rechteinhaber ermittelt werden. Sofern Sie eine
Inhaberschaft nachweisen, erhalten Sie ein
angemessenes Honorar.

SPENDEN SIE ÜBERS INTERNET!

Auf unserer Webseite unter www.kas.de
können Sie Ihre Spende durch Bank-
einzug oder durch Überweisung auf
unser Konto bei Trinkaus & Burkhardt,
Düsseldorf Nr. 304042, BLZ 300 308 80
der Konrad-Adenauer-Stiftung zugute
kommen lassen. Sie erhalten dann kurz
nach Spendengutschrift von uns eine
Zuwendungsbestätigung für Ihr Finanz-
amt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist wegen
Förderung der als besonders förderungs-
würdig anerkannten gemeinnützigen
Zwecke gemäß § 48 Abs. 2 EStDV Anlage 1
Abschnitt A Nr. 3a, b, Nr. 4, Nr. 7, Nr. 10
und Nr. 12 durch Bescheid des Finanz-
amtes Sankt Augustin vom 07.02.2007
für das Jahr 2005 unter St.-Nr.
222/5740/0892 als gemeinnützig aner-
kannt worden und von der Körperschafts-
steuer befreit.

www.kas.de

www.kas.de